

HUMOR-DEBATTE
Darf Satire heute
noch wehtun?

PIANIST LEVIT
Ein Getriebener spielt
sich durch die Krise

TIERFORSCHUNG
Was Schweine und
Hühner fühlen



Das Nawalny- Komplott

Der Kreml, das Gift und der Anschlag auf Putins Angstgegner

BeNeLux € 6,60 Dänemark dkr 59,95 Finnland € 8,50 Frankreich € 7,- Griechenland € 7,30 Italien € 7,50 Norwegen NOK 89,- Polen (ISSN00387452) ZL 34,- Portugal (cont) € 6,90 Österreich € 6,20 Schweiz sfr 8,10 Slowakei € 7,- Slowenien € 6,70 Spanien/Kanaren € 7,20 Ungarn Ft 2750,- Printed in Germany Tschechien Kc 200,-

FORD GEWERBE WOCHEN



STARK FÜR IHR BUSINESS.

AB € 159,- FINANZIERUNGSRATE²
INKL. GEWERBEBONUS¹ UND FORD FLATRATE³

Inklusive Wartung, Ford Protect Garantie-Schutzbrief
und Mobilitätsgarantie.

Mehr Informationen unter ford.de/gewerbewochen



BEREIT FÜR
MORGEN

Kraftstoffverbrauch (in l/100 km nach § 2 Nrn. 5, 6, 6a Pkw-EnVKV in der jeweils geltenden Fassung): Ford Focus Trend Hybrid Turnier, 1,0-l-EcoBoost Hybridmotor mit 92 kW (125 PS): 5,2 (innerorts), 4,0 (außerorts), 4,4 (kombiniert); CO₂-Emissionen: 100 g/km (kombiniert).

Beispielfoto von Fahrzeugen der Baureihe. Die Ausstattungsmerkmale der abgebildeten Fahrzeuge sind nicht Bestandteil des Angebotes. ¹ Der Ford Gewerbebonus ist ein modellabhängiger Herstellerbonus und wird gewährt bei teilnehmenden Ford Partnern beim Kauf eines neuen Ford Fahrzeugs (ausgeschlossen Ford Mustang). Gültig für Gewerbekunden (außer gewerbliche Großkunden mit einem Ford Rahmenabkommen sowie Sonderabnehmer wie z. B. Taxi, Post- oder Paketdienste, Fahrschulen, Behörden). Beispielrechnung anhand eines Ford Focus Trend Hybrid Turnier, 1,0-l-EcoBoost Hybridmotor mit 92 kW (125 PS): unverbindliche Preisempfehlung inkl. Ford Flatrate Garantie-Schutzbrief € 25.198,32 abzüglich € 4.931,05 Ford Gewerbebonus = € 20.267,27 unverbindliche Aktionspreisempfehlung. ² Die Ford Flatrate als Ford Auswahl-Finanzierung ist ein Angebot der Ford Bank GmbH, Josef-Lammerting-Allee 24-34, 50933 Köln, für Gewerbekunden (außer gewerbliche Großkunden mit einem Ford Rahmenabkommen sowie Sonderabnehmer wie z. B. Taxi, Post- oder Paketdienste, Fahrschulen, Behörden), bei verbindlicher Kundenbestellung eines noch nicht zugelassenen, für die Ford Flatrate Angebote berechtigten Ford Neufahrzeugs, bei allen teilnehmenden Ford Partnern. Das Angebot stellt das repräsentative Beispiel nach § 6a Preisangabenverordnung dar. Ist der Darlehensnehmer Verbraucher, besteht ein Widerrufsrecht nach § 495 BGB. Z. B. der Ford Focus Trend Hybrid Turnier, 1,0-l-EcoBoost Hybridmotor mit 92 kW (125 PS), 6-Gang-Schaltgetriebe, auf Basis einer unverbindlichen Aktionspreisempfehlung inkl. Ford Flatrate Garantie-Schutzbrief von € 20.267,27 brutto (€ 17.471,78 netto) zzgl. Überführungskosten, Ford Auswahl-Finanzierung, Laufzeit 48 Monate, Gesamtleistung 40.000 km, Anzahlung € 2.797,58, Nettodarlehensbetrag € 17.469,69, Sollzinssatz (fest) p. a. 0,98 %, effektiver Jahreszins 0,99 %, Gesamtbetrag € 18.022,67, 47 monatliche Raten je € 159,-, Restrate € 10.549,67. ³ Die Ford Flatrate ist auch ohne Ford Flatrate Garantie-Schutzbrief als Ford Auswahl-Finanzierung zu dem für die Ford Flatrate geltenden effektiven Jahreszins erhältlich. Detaillierte Informationen über die Leistungen und Ausschlüsse des Ford Protect Garantie-Schutzbriefs (Neuwagenanschlussgarantie) sowie der Ford Assistance Mobilitätsgarantie entnehmen Sie bitte den jeweils gültigen Garantiebedingungen (Garantiegeber: Ford-Werke GmbH). Der Ford Protect Service Plan beinhaltet die ersten 3 Wartungen (bei Fahrzeugen mit verlängerten Wartungsintervallen kann die Anzahl der Wartungen abweichen) beim teilnehmenden Ford Service Partner (Lohn- und Materialkosten, ausgenommen Premium-Aufbereitungsservice bei Vignale-Modellen und Wartungen des Gassystems bei Umrüstung auf CNG-/LPG-Betrieb) lt. Wartungsplan und Wartungsumfang. Detaillierte Informationen über die Leistungen und Ausschlüsse des Ford Protect Service Plan entnehmen Sie bitte den gültigen Bedingungen des Ford Protect Service Plan. Anbieter: Ford-Werke GmbH. Die Ford Assistance Mobilitätsgarantie gilt für 12 Monate (24 Monate für bestimmte Ford Fahrzeuge) und kann mit jeder weiteren planmäßigen Inspektion bei einem teilnehmenden Ford Service Partner in Deutschland erneuert werden – wenn Sie wünschen, sogar ein ganzes Autoleben lang. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Ihren teilnehmenden Ford Partner.

Hausmitteilung

Betr.: Titel, Kunstraub, Igor Levit



DENIS SINYAKOV / DER SPIEGEL

Esch, Nawalny 2017

Der Fall des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny erschüttert die Welt. Er wurde wohl Opfer eines Giftanschlags, und die Titelgeschichte analysiert, wer den verübt haben könnte – und was das Motiv gewesen sein dürfte. Alexander Chernyshev, Mitarbeiter des Moskauer SPIEGEL-Büros, war im sibirischen Tomsk unterwegs, um Nawalyns letzte Stunden vor seinem Zusammenbruch zu rekonstruieren. Russlandkorrespondent Christian Esch recherchierte von Minsk aus, wo er die Proteste gegen den belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko beobachtete. Welcher Zusammenhang zwischen Belarus und der

wahrscheinlichen Vergiftung besteht, ist eine der zentralen Fragen bei der Aufklärung. Korrespondentin Christina Hebel redete mit dem Aktivist Pjotr Wersilow, der vor knapp zwei Jahren Opfer eines Giftanschlags wurde. Er half mit zu organisieren, dass sein Freund Nawalny nach Berlin ausgeflogen wurde. Dort sprach Redakteur Marcel Rosenbach mit Nawalyns Stabschef Leonid Wolkow. Beim ersten Treffen war Wolkow gerade mit dem Auto aus Litauen eingetroffen – und seit 32 Stunden auf den Beinen. Die Bedeutung des Falls auch für die Bundesrepublik analysiert Wolfgang Ischinger, Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, im SPIEGEL-Gespräch: Durch die Affäre habe das deutsch-russische Verhältnis einen neuen Tiefpunkt erreicht. **Seiten 8, 17**

Anfang Dezember meldete der SPIEGEL (50/2019) eine Sensation: Nach vier Jahrzehnten waren Werke aus dem größten Kunstraub der DDR-Geschichte wiederaufgetaucht. Unbekannte hatten die wertvollen Gemälde alter Meister wie Frans Hals in der Nacht auf den 14. Dezember 1979 aus Schloss Friedenstein in Gotha gestohlen. SPIEGEL-Autor Konstantin von Hammerstein hat die monatelangen Geheimverhandlungen mitverfolgt, die am Ende zur Rückgabe der Bilder führten. Seitdem ließen ihn zwei Fragen nicht los: Wo waren die Werke in den vergangenen 40 Jahren – und wer hatte sie geklaut? Hammerstein traf sich mit einem DDR-Kriminalisten, der damals auf den Fall angesetzt war, sprach mit den Kunstfahndern des Berliner Landeskriminalamts und arbeitete sich durch etwa 3000 Seiten Stasi- und Polizeiakten, die größtenteils für die Öffentlichkeit gesperrt sind. Er entdeckte, dass DDR-Ermittler dem Täter schon 1981 auf der Spur waren, aber die entscheidenden Hinweise ignorierten. »So aufgeblasen und angsteinflößend der DDR-Polizeistaat auch war«, sagt Hammerstein, »so unfähig war er manchmal, eins und eins zusammenzuzählen.« **Seite 36**



Levit



Stuff, Pirich

Der Pianist Igor Levit wäre im Frühjahr in London aufgetreten, in New York, in Rom. Stattdessen war er, wie die meisten Deutschen, durch Corona plötzlich auf sich selbst zurückgeworfen und verbrachte seine Zeit im Wesentlichen zu Hause. Aber Levit begann im März von seiner Wohnung in Berlin-Mitte aus, fast jeden Abend ein Konzert live zu streamen. Zehntausende Menschen

schauten online zu. SPIEGEL-Mitarbeiterin Carolin Pirich und Redakteurin Britta Stuff haben den Künstler durch diese Zeit begleitet, ihn bei manchen Hauskonzerten besucht, mit dem nötigen Abstand. Sie stellten fest: Levit hatte großen Erfolg, war aber unglücklich. Er vermisste sein Publikum. Manchmal sagte er, er wolle nun direkt nach dem Konzert seine Ruhe. Wie ihm geht es in dieser Zeit vielen Musikern, die ihren Beruf nicht ausüben können und kaum Perspektiven haben. »Auch nach Corona wird die Welt der Künstler erst mal nicht werden wie früher«, sagt Pirich. »Levit kehrt zurück in eine veränderte Klassikwelt.« **Seite 48**

SPIEGEL

Akademie

In Kooperation mit der SRH Fernhochschule

Fit für die digitale Zukunft

mit dem neuen E-Learning-Kurs **Personalmanagement digital**



Jetzt 2 Wochen kostenlos testen

Eine Auswahl der Inhalte:

- + Zukunftsfähiges HR-Selbstverständnis
- + E-Recruiting und Candidate Matching
- + Digitales Lernen und Personalentwicklung
- + Anforderungen einer digitalen HR-Prozesskette

Alle Kurse und Infos unter akademie.spiegel.de

Inhalt

74. Jahrgang | Heft 36 | 29. August 2020

Titel

Leitartikel Es braucht eine entschlossene Politik gegenüber Moskau – und Deutschland muss jetzt vorangehen 6

Attentate Was hat Wladimir Putin mit der Vergiftung seines Widersachers Alexej Nawalny zu tun? 8

Geopolitik SPIEGEL-Gespräch mit Wolfgang Ischinger, Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, über Europas richtige Antwort auf Russland 17

Deutschland

E-Mails belasten Scheuer in Mautaffäre / Bundesregierung bestellte mangelhafte Masken / Türkei behinderte Bundeswehrflug / Die Gegendarstellung / So gesehen: Echt virtuell 20

Außenpolitik Die deutsch-russische Pipeline Nord Stream 2 ist von US-Sanktionen bedroht – scheidet sie im letzten Moment? 26

Gesundheit Warum es die falsche Strategie ist, einfach immer mehr zu testen 30

AfD Alexander Gauland hat sich mit seinem Einsatz für den rechtsextremistischen »Flügel« ins Abseits manövriert 32

Karrieren Der Linken-Finanzpolitiker Fabio De Masi ist der Star der Wirecard-Aufklärung im Parlament 34

Europa Brüssel ist Corona-Risikogebiet – das stürzt die EU-Diplomatie ins Chaos ... 35

Schicksale Neue Ermittlungen zum größten DDR-Kunstraub führen zum möglichen Täter – einem Lokomotivführer 36



Michael Kappeler / dpa

Vergiftetes System

Nach einem Mordanschlag kämpft Alexej Nawalny, Russlands bekanntester Oppositionspolitiker, in der Berliner Charité um sein Leben. Was hat Wladimir Putin mit der Tat zu tun – und was bedeutet sie für die Opposition im Land, für Deutschland und Europa? **Seite 8**



Thomas Kest / laif

Stefan Finger / laif

»Sie sind zu misstrauisch!«

Der Philosoph Richard David Precht und der Investor Frank Thelen liefern sich einen Schlagabtausch über die großen Fragen der Zukunft. Es geht um künstliche Intelligenz und die Frage, ob die digitale Wirtschaft noch den Menschen braucht. **Seite 60**

Hochschulen Wie ein Erlanger Professor unfreiwillig in ein Terrorverfahren geriet – und jetzt an der Freiheit der Wissenschaft zweifelt ... 41

Zeitgeschichte Die lukrativen Geschäfte des Conti-Konzerns im Nationalsozialismus 42

Vereine Warum die USA keine Beatmungsgeräte aus Deutschland geschenkt haben wollten 45

Reporter

Familienalbum / Was würde verloren gehen, wenn Karneval ausfiel? ... 46

Eine Anzeige und ihre Geschichte Warum eine junge Frau Schäferin wurde 47

Musik Der Pianist Igor Levit hat während des Lockdowns 53 Hauskonzerte gegeben, nun kehrt er zurück in eine veränderte Klassikwelt 48

Mein Fall Mord aus perfider Neugier 53

Wirtschaft

Kritik an Plug-in-Hybriden wächst / Private Bahnbetreiber beschwerten sich in Brüssel / Verleger Jan Ippen über seine Neuerwerbung BuzzFeed 54

Nachhaltigkeit Beim Lieferkettengesetz knickt die Koalition vor der Industrie ein 56

Autoindustrie Porsche droht nach Dieselgate nun ein Benzinerskandal 59

Gesellschaft Der Philosoph Richard David Precht und der Investor Frank Thelen im SPIEGEL-Streitgespräch über die German Angst vor der digitalen Zukunft ... 60

Konzerne Für den Börsengang muss sich Siemens Energy als grüner Riese inszenieren **64**

Der neue starke Staat (VII) Deutschlands Rückstand beim Breitbandausbau ist das Ergebnis fataler Marktgläubigkeit **66**

Ausland

Schwedens desaströse Corona-Bilanz / US-chinesische Konfrontation im Westpazifik **70**

USA Besuch bei Trump-Fans in Pennsylvania, einem Schlüsselstaat bei der Präsidentschaftswahl **72**

Karrieren Die Sexaffäre des einflussreichen Evangelikalen Jerry Falwell kommt dem US-Präsidenten bedrohlich nahe **74**

Großbritannien Die steigende Zahl der Bootsflüchtlinge im Ärmelkanal verschärft die Asyldebatte auf der Insel ... **78**

Nahost Der israelische Diplomat Jeremy Issacharoff erklärt, wie es zum historischen Deal mit den Vereinigten Arabischen Emiraten kam **81**

Südkorea Videoblogger übertragen ihr Leben live im Netz – viele von ihnen sind so einsam wie ihre Fans **82**

Sport

Die Rekorde Lionel Messis / Gut zu wissen: Warum quälen sich Sportler beim Everesting? **85**

Football Leaks Der Informant Rui Pinto ist jetzt im Zeugnenschutzprogramm – beeinflusst das den Prozess gegen ihn? **86**

Rassismus Die Streiks vieler Profiteams verleihen der Protestbewegung in den USA eine neue Wucht **89**

Bildung Warum sich Kinder trotz Corona-Lockdown mehr bewegt haben **90**



Sara Naomi Lewkowicz / DER SPIEGEL

In der Trump-Bastion

In Luzerne County, Pennsylvania, haben Menschen wie die Unternehmerin Kim Woodrosky vor vier Jahren entscheidend zum Sieg Donald Trumps beigetragen. Heute sind nicht mehr alle seiner Wähler von ihm begeistert, dennoch wollen viele für eine zweite Amtszeit stimmen. **Seite 72**

Sauwohl

Leiden Schweine im Stall unter Langeweile? Können Kühe optimistisch sein? Und kennen Hühner Glück? Verhaltensforscher und Ethiker fordern einen umfassenderen Blick auf das Befinden der Tiere. **Seite 94**



Katharina Dubno / DER SPIEGEL

Ernsthaft lustig

»Witzschkeit kennt keine Grenzen«, sang Hape Kerkeling einst. Aber stimmt das noch? Deutschland diskutiert mal wieder darüber, was Komiker wie Idil Baydar in politisch korrekten Zeiten dürfen. **Seite 104**

Wissen

Akzeptanztest mit Robotern im Straßenverkehr / Trumps gefährliche Impfstoffpläne / Was ist der beste Schutz vor Wespenattacken? **92**

Nutztiere Biologen vermessen das Wohlbefinden von Huhn, Rind und Schwein ... **94**

Naturerbe Fossilienstreit in deutschen Steinbrüchen ... **97**

Pandemie Frühwarnsysteme gegen die Seuche **98**

Medizin Corona-Gefahren für Schwangere **100**

Kultur

Holocaust-Scharade auf TikTok / Kinderbuch von Basketballstar LeBron James **102**

Zeitgeist Zwischen Shitstorm und Moralbeflissenheit – es steht ernst um den Witz in Deutschland **104**

Kino Die Regisseurin Julia von Heinz erzählt von ihrer Jugend in der Antifa **108**

Sammler Der wiederentdeckte »Bilderatlas« des Hamburger Mäzens Aby Warburg **110**

Kunst Das New Yorker Metropolitan Museum in der Coronakrise – Interview mit Direktor Max Hollein **112**

Literaturkritik »Meine dunkle Vanessa« erzählt eine moderne Lolita-Geschichte **115**

SPiegel-TV-Programm **101**

Bestseller **114**

Impressum, Leserservice ... **116**

Nachrufe **117**

Personalien **118**

Briefe **120**

Hohlspiegel / Rückspiegel ... **122**

Vergiftetes Verhältnis

Leitartikel Der Fall Nawalny zeigt einmal mehr, dass es eine entschlossene Politik gegenüber Moskau braucht – und Deutschland sollte diese anführen.

Nun kämpft er auf einer Berliner Intensivstation um sein Leben, beschützt von BKA-Beamten, fast wie ein Staatsgast. Alexej Nawalny, der Mann, dessen Namen Wladimir Putin noch nie öffentlich ausgesprochen hat – und der als größte, ja als einzige Hoffnung auf einen demokratischen Wandel in Russland gilt. Welches Gift ihm verabreicht wurde und ob Wladimir Putin den Mordanschlag in Auftrag gegeben hat, wird sich wohl nie aufklären lassen. Aber genau dieses Leugnen, Verwirren, Täuschen hat ja Methode, vom MH-17-Abschuss bis zum Nowitschok-Attentat in England. Es zeigt sich auch jetzt, indem der Kreml eine Vergiftung anzweifelt und regierungstreue Medien von einer ausländischen Verschwörung raunen. Doch es ist Putins System, das diese Tat geschehen ließ, der Präsident ist der Verantwortliche im politischen Sinne.

Die Bundesregierung bemüht sich, ihren russischen Patienten zum humanitären Fall zu erklären. Nur, so einfach ist es nicht. Die Aufnahme Nawalyns war ein politischer Akt – und er wird das ohnehin zerrüttete Verhältnis zwischen Deutschland, der EU und Russland weiter verschlechtern. Der Glaube, Putin könnte ein Partner sein, ist schon lange obsolet, er ist eine destruktive Kraft der Weltpolitik; der mutmaßliche Giftanschlag belegt das erneut.

Aber noch etwas zeigt er: Putin hat offenbar Angst. Im 21. Jahr seiner Herrschaft kann er sich seiner Macht nicht mehr sicher sein. Das Attentat in Tomsk dürfte viel mit dem zu tun haben, was im rund 4000 Kilometer entfernten Minsk geschieht. Belarus ist für Putin wie für die meisten seiner Bürger nicht Ausland, sondern eher eine russische Provinz. Ein Diktator, der die Wahlen fälscht und gegen den sich eine Protestbewegung formiert? Könnte eine Inspiration für die Russen sein. Auch Nawalny hat die Demonstranten in Belarus unterstützt.

Zudem gärt der Protest im eigenen Land, vor allem im sibirischen Chabarowsk, wo die Bürger Putins Partei abwählten und nach der fadenscheinig begründeten Verhaftung ihres Gouverneurs auf die Straße gingen. Ein ähnlicher Kontrollverlust droht bei den Regionalwahlen Anfang September in Nowosibirsk, wo Nawalny Werbung für seine Kandidaten machte, kurz bevor er vergiftet wurde.

In den Augen eines paranoiden Herrschers wirkt all das wie ein Flächenbrand. Die deutliche Botschaft des Gift-

anschlags lautet daher, an jeden Bürger gerichtet: Wenn ihr euch in die Politik einmischt, kann das tödlich enden.

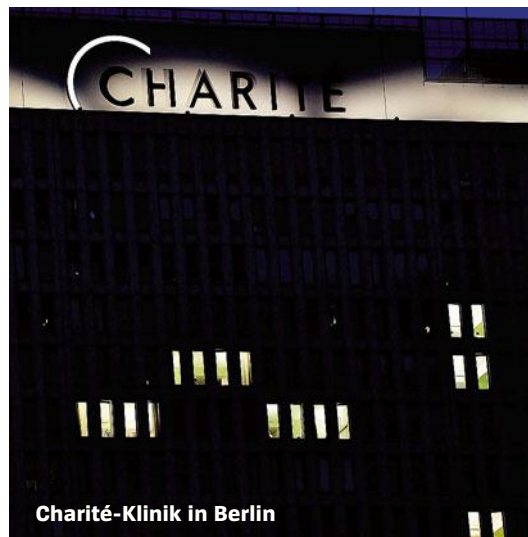
Insofern war die Aufnahme Nawalyns in Berlin ein Statement für die Demokratie und für die Demonstranten. Die Bundesregierung hat damit aber auch Verantwortung übernommen, der sie jetzt gerecht werden muss. Es reicht nicht, nur Aufklärung durch Moskau zu verlangen, die es nicht geben wird. Schon der Fall des im Berliner Tiergarten ermordeten Georgiers hat gezeigt, dass der Kreml darauf allenfalls mit einem Schulterzucken reagiert – obwohl der Generalbundesanwalt für die Tat »staatliche Stellen der Zentralregierung der Russischen Föderation« verantwortlich macht.

Diesem Regime kann man nicht mit Mahnungen begegnen. Es hilft ebenfalls nichts, immer wieder zu fordern, man müsse einfach noch mehr mit Putin reden, wie es nicht wenige deutsche Politiker gern tun – und auch der französische Präsident. Emmanuel Macron plant einen Staatsbesuch in Moskau, er will seit Langem Russland wieder in die G7 aufnehmen. Auf Putin zuzugehen, in der Hoffnung, dass dieser dann die Probleme löst, die er geschaffen hat – das kann nicht funktionieren. Die Eskalation ist ja gerade sein Ziel.

Genauso ist der nicht ganz uneigennützte Versuch, Wandel durch Handel zu schaffen, zum Scheitern verurteilt, wie das Beispiel Nord Stream 2 verdeutlicht.

Mit dem Pipelineprojekt hat die Bundesregierung erst europäische Partner verprellt und streitet sich nun mit den USA; Russland profitiert nicht nur finanziell, sondern triumphiert auch geopolitisch.

Das russische Dilemma ist offenkundig; seit der Annexion der Krim hat sich die Tonlage verschärft, wurden Sanktionen eingeführt. Geändert hat das wenig. Das heißt nicht, dass der Bundesregierung die Hände gebunden sind. Sie müsste es zur Priorität machen, dass die EU gegenüber Russland endlich mit einer Stimme spricht, wofür es letztlich eine gemeinsame Außenpolitik ohne Vetorecht einzelner Mitglieder braucht. Also keine Macron-Alleingänge mehr, keine Projekte à la Nord Stream, dafür eine einheitliche Position zu den Sanktionen und den Konfliktherden Libyen, Syrien und Türkei. Damit wäre die EU für Putin eine ernst zu nehmende Macht – und für die Oppositionellen in Russland das Zeichen, dass sie nicht alleingelassen werden. Juliane von Mittelstaedt



Charité-Klinik in Berlin

F. Singer / EPA-EFE / Shutterstock

MEHRWERT

1

Kinder auf der ganzen Welt brauchen Geborgenheit und Liebe. Sie brauchen eine Familie.

2

Nur ein liebevolles, friedliches Zuhause lässt ihnen Raum zur Entfaltung. Das kann unsere Arbeit erreichen.

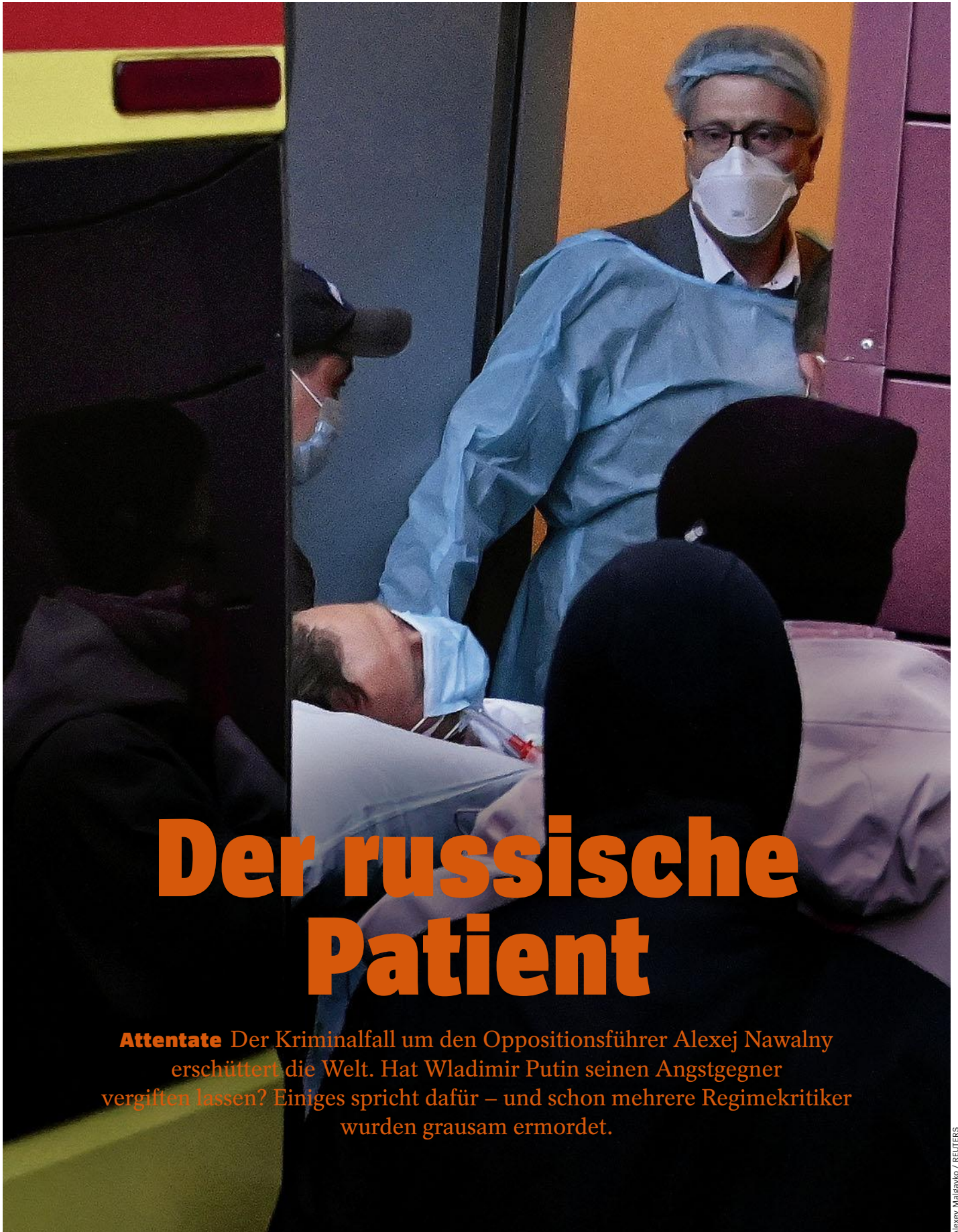
3

Damit helfen wir Kindern, zu starken Persönlichkeiten heranzuwachsen, die ihre Heimat voranbringen.

4

Helfen Sie uns dabei. Werden Sie Teil der SOS-Familie und schaffen Sie einen Mehrwert für alle.





Der russische Patient

Attentate Der Kriminalfall um den Oppositionsführer Alexej Nawalny erschüttert die Welt. Hat Wladimir Putin seinen Angstgegner vergiften lassen? Einiges spricht dafür – und schon mehrere Regimekritiker wurden grausam ermordet.

Alexey Malgavko / REUTERS

Bewusstloser Nawalny im russischen Omsk

Am Abend vor seiner Vergiftung, am Abend bevor aus dem Star der Opposition ein Patient wird, ist Alexej Nawalny noch einmal in Höchstform. Er tritt in der westsibirischen Universitätsstadt Tomsk auf, und er muss vor seinen lokalen Mitstreitern die Frage beantworten, die er in seinem Leben schon so oft gehört hat: wieso er eigentlich noch am Leben sei.

Es ist die letzte Station einer längeren Reise Nawalyns durch Westsibirien. Der bekannteste russische Regierungsgegner besuchte erst die Metropole Nowosibirsk, nun ist er im kleineren Tomsk, einer Stadt, in der vom Ölreichtum der Region wenig hängen geblieben ist.

Er hat seine Anreise geheim gehalten, weil er über die Korruption örtlicher Vertreter der Kremlpartei recherchiert. Aufsehen schadet ihm nur. Er weiß, dass er ständig beobachtet wird.

Auf der Einladung für den Abend steht nicht, dass Nawalny selbst auftauchen wird. Die Oppositionellen treffen sich im Regionalbüro der Organisation, im vierten Stock eines neuen ziegelroten Gebäudes. Zwei Dutzend Leute sind gekommen.

Nawalny spricht über die bevorstehenden Regionalwahlen im September, in Tomsk wird das Stadtparlament neu gewählt. Zunächst erklärt er seine Taktik, der Kremlpartei Einiges Russland maximalen Schaden zuzufügen. Dann beantwortet er Fragen.

Einer will wissen, was Nawalny zur Anschuldigung sage, er sei ein Projekt des Kreml – schließlich sei er ja immer noch am Leben. Wäre er ein echter Kremlgegner, dann hätte man ihn doch längst getötet?

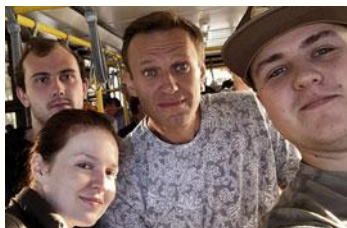
Nawalny lächelt. »Jetzt muss ich mich also dafür rechtfertigen, dass man mich nicht umgebracht hat!«, antwortet er. So berichtet es ein Teilnehmer dem SPIEGEL.

Nawalny zeigt auf den Anstecker mit der Aufschrift »Nemzow-Brücke«, den jemand trägt – in Erinnerung an den Oppositionspolitiker Boris Nemzow, der 2015 auf einer Brücke vor dem Kreml erschossen wurde. Nawalny sagt: »Wenn man mich umbringt, schafft das den Mächtigen nur noch mehr Probleme. So wie es bei Nemzow war. Demos, Abzeichen, T-Shirts mit seinem Namen und so weiter.«

Niemand im Raum ahnt, dass dies die letzten Stunden sind, in denen Nawalny noch reden kann. Bald wird er dem Tod näher sein als dem Leben.

Inzwischen befindet sich Nawalny, der russische Patient, im Herzen von Berlin, nur 600 Meter Luftlinie vom Kanzleramt. Seit Samstag liegt er hier, noch immer im Koma, auf der Intensivstation der Universitätsklinik Charité, schwer bewacht von Beamten des Bundeskriminalamts, hinter einer unscheinbaren Tür.

Das Nawalny-Drama



Donnerstag, 20. August

Morgens besteigt Nawalny in der sibirischen Stadt **Tomsk**, wo er sich mit Anhängern getroffen hat, ein Flugzeug.

An Bord bricht er zusammen, die Maschine muss in Omsk notlanden.



Freitag, 21. August

Nawalny liegt in **Omsk** in einem Krankenhaus. Der Chefarzt diagnostiziert eine Stoffwechselstörung, Gift wollen die Ärzte nicht gefunden haben. Der im Koma liegende Kremlkritiker soll angeblich nicht transportfähig sein.



Samstag, 22. August

Ein gechartertes Spezialflugzeug aus Deutschland mit Medizinern startet am Morgen in **Omsk**, um Nawalny nach Berlin zu bringen.



Nawalny wird in die **Berliner Charité** eingeliefert. Zwei Tage später erklären die Ärzte, dass ihre Untersuchungen auf eine Vergiftung Nawalyns hinweisen.

In unmittelbarer Lebensgefahr befindet er sich nicht, teilte die Klinik mit, sein Zustand sei aber ernst. Und: Nawalny sei vergiftet worden. »Die klinischen Befunde weisen auf eine Intoxikation durch eine Substanz aus der Wirkstoffgruppe der Cholinesterase-Hemmer hin.« Langzeitschäden im Nervensystem seien nicht auszuschließen.

Nawalny ist in Berlin gelandet, weil Bundeskanzlerin Angela Merkel sich persönlich für ihn eingesetzt hat. Vielleicht würde er sonst gar nicht mehr leben. Die Kanzlerin lässt sich, so berichten es Quellen aus ihrem Umfeld, jeden Tag persönlich und detailliert über seinen Gesundheitszustand unterrichten.

Mit dem Patienten ist aber auch sein Fall nach Deutschland gekommen. Die Vergiftung eines russischen Oppositionellen ist nicht mehr nur ein Krimi, sie ist jetzt Weltpolitik.

Es geht um die Frage, wer die Täter sind, und um ihre Verbindungen zum Kreml. Hat Putin selbst befohlen, den Mann aus dem Weg zu räumen, der sein schärfster Kritiker ist? Woher stammt das Gift? Wie gelangte es in seinen Körper? Und wie hängt Nawalyns Schicksal mit dem der Menschen in Belarus zusammen, die – zum Ärger Putins – seit Wochen gegen die Wahlfälschung des Diktators Lukaschenko protestieren? Ist das zeitliche Koinzidenz, oder sind die Demonstrationen in Minsk der Grund für den Anschlag?

Die Bundesregierung muss nun einen Weg finden, mit einem Regime umzugehen, dessen profiliertester Gegner so offensichtlich aus dem Weg geräumt werden sollte. Mit einem Regime, dessen Feinde auch im Ausland umgebracht werden – und das sich immer mehr zu einem Unrechtsstaat und düsteren Gegenspieler Europas entwickelt.

In einem Café in Berlin-Mitte, wenige Kilometer von der Charité entfernt, sitzt an diesem Dienstag Leonid Wolkow, Nawalyns Stabschef. Er nimmt sich eine Stunde Zeit, um zu schildern, was aus seiner Sicht geschehen ist. Warum sein Freund und Chef wohl vergiftet wurde.

Er legt zwei Handys auf den Tisch, bestellt schwarzen Kaffee, Brote mit Marmelade. Ständig trudeln Nachrichten ein, er tippt Antworten. Wolkow ist ein Mann mit großen Augen und rötlichem Bart, wenn er redet, tut er das so präzise und kompakt und ungeduldig, als sei er schon zwei Gedanken weiter und könne kaum warten, dass der Gesprächspartner ihn einholt. Man kann sich den ehemaligen IT-Unternehmer eher im Silicon Valley vorstellen als in der russischen Politik.

Nun, da Nawalny im Koma liegt, muss Wolkow ihn ersetzen, soweit das geht. Er hilft Nawalyns Ehefrau Julija und der Familie, die ebenfalls in Berlin sind. Er führt die politische Arbeit weiter. Was ist das

Ziel dieser Arbeit? »Putin und dem Kreml Schmerzen zuzufügen«, sagt Wolkow.

Die Geschichte von Alexej Nawalny's Vergiftung ist eine Geschichte von Schmerzen – von qualvollen Schmerzen, die der Kreml dem prominentesten Oppositionspolitiker wohl zufügte, weil er die Frechheit besaß, sich mit Politik zu beschäftigen, so sieht es Wolkow. Weil Nawalny die schmerzhaften Stellen des Regimes kennt und mit aller Macht auf sie gedrückt hat, wurde er selbst vergiftet. Das ist Wolkows Überzeugung. Er hat keinen Zweifel: Putin ist schuld an Nawalny's Qual, ungeachtet all der verwirrenden Nachrichten, die aus Russland auf Wolkows Handys eintrudeln.

»Was watschelt wie eine Ente und schwimmt wie eine Ente, das ist auch eine Ente«, sagt er.

Die Ereignisse seit dem Tag, an dem Nawalny das Bewusstsein verlor, sprechen für sich: Donnerstagfrüh fahren Nawalny und seine zwei Mitarbeiter zum kleinen Flughafen von Tomsk, sie wollen zurück nach Moskau. Nawalny passiert die Sicherheitskontrolle, betritt den Wartesaal im ersten Stock und trinkt einen Tee für 100 Rubel im »Wiener Kaffeehaus«. Er ist gebucht auf Flug S7 2614 nach Moskau, Abflug 7.55 Uhr. Es sind rund 3000 Kilometer, gut vier Stunden Flugzeit.

Eigentlich soll Nawalny an diesem Abend in Moskau seine wöchentliche Internetsendung aufnehmen, aber dazu wird es nicht kommen. Er schafft es nicht einmal nach Moskau, obwohl das Flugzeug mit nur acht Minuten Verspätung abhebt.

Auf Videoaufnahmen aus dem Inneren des Flugzeugs ist zu hören, wie Nawalny bald nach dem Start qualvoll schreit, der Pilot nimmt eine Notlandung in Omsk vor, obwohl eine Bombendrohung am Flughafen fast die Landung verhindert hätte. In Omsk bringt man ihn ins Nothilfe-Krankenhaus Nr 1. Man verabreicht ihm Atropin, ein bekanntes Gegengift, und versetzt ihn in ein künstliches Koma.

Der erste Verdacht der Ärzte ist: Alexej Nawalny ist vergiftet worden. Man holt Spezialisten aus der Hauptstadt und schickt Blut- und Urinproben zur Untersuchung in Moskauer Labors.

Dann behaupten die Ärzte in Omsk plötzlich, es seien keine Giftstoffe festgestellt worden. Der Chefarzt der Klinik vermutet Stoffwechselprobleme oder irgendwas mit dem Blutzucker. Er spielt bei seinen Statements nervös mit seinem Kugelschreiber. Unterzuckerung klingt, als hätte man mit einem einfachen Bonbon den ganzen Notfall verhindern können.

Nawalny's Sprecherin Kira Jarmysch twitert, man habe der Familie gesagt, Nawalny sei mit einem Stoff kontaminiert worden, der für ihn und seine Umwelt gefährlich sei. Das klingt nicht nach Blutzucker.



Sergei Gapon / AFP

Autokraten Putin, Lukaschenko: Zeigt sich in Belarus die Zukunft Russlands?

Werden die Ärzte bedroht? Sind sie vom Moskauer Labor falsch informiert worden? Liegt es daran, dass der Chefarzt ein linientreues Mitglied der Kremlpartei Einiges Russland ist? Oder an den Männern in Zivil, die sich in seinem Zimmer aufhalten und vermutlich zum Inlandsgeheimdienst FSB gehören? Wartet man, bis die Spuren des Gifts sich verflüchtigen?

Fast zwei Tage lang geht das so, obwohl Nawalny's Familie – seine Ehefrau Julija, sein Bruder Oleg – eine Verlegung des Patienten fordert. Seit Freitagmittag Ortszeit steht in Omsk bereits eine kleine Challenger der Nürnberger Charterfirma FAI bereit, um Nawalny nach Berlin zu bringen. Das Spezialflugzeug hat eine kleine Intensivstation an Bord, plus Arzt und zwei Sanitäter. Doch der Chefarzt und seine Kollegen weigern sich, den Patienten freizugeben. Nawalny sei nicht transportfähig.

Halb Europa, so scheint es, ist nun mit dem Fall Nawalny beschäftigt. Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron bieten medizinische Hilfe an.

Bei Hintergrundgesprächen in Berliner Regierungskreisen entsteht der Eindruck, dass Deutschland sich den Fall ganz bewusst zu eigen gemacht hat. Merkel setzt sich persönlich bei Putin für den Wunsch

der Familie Nawalny's ein, den schwer Erkrankten in einer deutschen Klinik behandeln zu lassen. Sie ruft, anders als sonst üblich, nicht selbst beim russischen Staatspräsidenten an, sondern nutzt ein lange geplantes Telefonat ihres finnischen Amtskollegen Sauli Niinistö, um Putin dazu zu bewegen, Nawalny ausreisen zu lassen.

Niinistö gilt als jemand, dem der russische Präsident vertraut. Allerdings, so teilt es Niinistö dem SPIEGEL mit, habe er gar keine Überzeugungsarbeit leisten müssen. Putin habe ihm von sich aus erzählt, dass es keine Bedenken gegen den Transfer gebe. Eine halbe Stunde nach dem Telefonat erfolgt die Genehmigung für den Flug.

Ein Oppositionspolitiker aus Russland, den Putin noch nie auch nur mit dem Ausprechen seines Namens gewürdigt hat, wird über Nacht zu einer Art Sondergast der Bundeskanzlerin. Samstag früh wird der Patient gegen neun Uhr am Flughafen in Tegel mit Polizeieskorte abgeholt. Er ist zur Staatsaffäre geworden. Die Bundeswehr hat extra einen Spezialtransport zur Verfügung gestellt, eine Art Schneewittchensarg mit eigener Belüftung – aus Sorge, dass Nawalny auch für andere gefährlich sein könnte. Mit Blaulicht bringt man ihn in die Charité.

Am Montag verkündet die Klinik, was in Omsk noch abgestritten wurde – die Vergiftung.

Eine Reaktion auf Nawalny's Schicksal ist besonders interessant, und zwar, weil es sie nicht gibt: die des Kreml. Russlands Behörden tun, als wäre nichts geschehen.

Der Kreml vermeidet es weiterhin, den Namen Nawalny auszusprechen. »Der Patient«, sagt Putins Sprecher Dmitrij Pes-

»Nawalny hat ein einzigartiges Talent, sein politischer Instinkt lässt ihn nie im Stich.«



Anti-Putin-Proteste in Chabarovsk: Die Staatsmacht an der Gurgel packen

kow, wenn er über ihn redet. Der Kreml streitet jede Schuld ab – weil er ohnehin keine Straftat sieht, die aufgeklärt werden müsste. In den Worten von Putin-Sprecher Peskow: »Für Ermittlungen braucht man einen Grund. Derzeit konstatieren wir nur, dass ein Patient im Koma liegt.«

Wenn Mitgefühl geäußert wird, dann mit dem Zusatz: Man wünsche dem Mann, »wie jedem Bürger«, in dieser Situation alles Gute. Erst am Donnerstag kündigt die Staatsanwaltschaft eine Voruntersuchung an – nachdem aus Moskau der bizarre Verdacht geäußert wurde, die Affäre könnte von Deutschland inszeniert worden sein.

Je mehr der Kreml betont, wie unbedeutend Nawalny sei, desto mehr beweist er das Gegenteil. Nawalny ist der wohl frustrierendste Herausforderer für Putin, weil er ihm ständig aufzeigt, was dem Land fehlt. Und er ist gefährlich, weil er Putins Traum von der totalen Stabilität zerstört.

Als der Staatschef am Donnerstag ein großes Fernsehinterview gibt, wird der Fall Nawalny mit keinem Wort erwähnt. Stattdessen gibt Putin bekannt, Russland habe eine Art »Sicherheits-Taskforce« für Belarus gegründet, um Alexander Lukaschenko, dem unter Druck geratenen Autokraten im Nachbarland, zu helfen, falls nötig. Wieder stellt sich die Frage, was Belarus und Nawalny miteinander zu tun haben.

Fürchtet Putin das, was seinem Weggefährten Lukaschenko gerade in Minsk passiert? Fürchtet er Nawalny, seinen einzigen ernst zu nehmenden Gegner, der zuletzt immer öfter Belarus als Vorbild nannte?

Alexej Nawalny ist ein Ausnahmetalent. Er ersetzt vieles von dem, was Russland nicht oder nicht in ausreichendem Maße

besitzt. Die außerparlamentarische Opposition. Das kritische Fernsehen. Die Gewerkschaften. Teilweise sogar den Investigativjournalismus. Man kann sich diesen Mann gar nicht mehr wegdenken aus Russland. Das ist eine der wenigen Gemeinsamkeiten, die er mit Wladimir Putin hat.

»Nawalny hat ein einzigartiges Talent, sein politischer Instinkt lässt ihn fast nie im Stich«, sagt die Moskauer Politologin Jekaterina Schulmann. »Und er hat Ausstrahlung, physische Präsenz.«

Seine politische Karriere beginnt in den Neunzigerjahren bei Jabloko, einer liberalen Partei mit hoher Professorenquote und Wähleranteilen im einstelligen Prozentbereich. Nawalny ist ein untypisches Mitglied: ein junger Anwalt und Anti-Korruptions-Aktivist, der sich mit dem Chef anlegt und weit am rechten Rand steht. Er hält enge Kontakte zu Nationalisten, dafür wird er aus der Partei ausgeschlossen. Nawalny ist fortan sein eigener Parteiführer.

Im Herbst 2013 wird Putin erstmals richtig bewusst, dass Nawalny eine Nummer größer ist als die anderen Kremlgegner. Im Jahr zuvor ist Putin nach einer vierjährigen Auszeit als Premierminister als Präsident in den Kreml zurückgekehrt. Die heftigen Proteste der Opposition gegen ihn sind niedergeschlagen. Im Kreml fühlt man sich so sicher, dass man Nawalny zu den Bürgermeisterwahlen in Moskau zulässt.

Eigentlich hat Nawalny keine Chance. Er soll als ungefährlicher Sparringspartner die Wahl legitimer wirken lassen. Das Experiment geht schief: Amtsinhaber Sergej Sobjanin schrammt knapp an einer gefährlichen Stichwahl vorbei. Nawalny holt unerwartet 27 Prozent.

Sieben Jahre sind seither vergangen, in denen der Kreml eine Lektion gelernt hat: Auf keinen Fall darf dieser Mann je wieder das Feld der offiziellen Politik betreten. Umgekehrt hämmert Nawalny, den selbst in der radikalen Opposition manche nicht ausstehen können, seit sieben Jahren gegen Putins Festung.

Seine Besessenheit ist beeindruckend. Im Dezember 2016 kündigt Nawalny an, er werde bei den Präsidentschaftswahlen 2018 gegen Putin antreten. In den Augen vieler Russen ist das geradezu albern – wer antritt, das entscheidet immer noch der Kreml.

Aber Nawalny treibt den Preis für die erwartbare Absage in die Höhe. Er mobilisiert Anhänger in den Regionen, reist durchs Land, führt Wahlkampf wie ein richtiger Präsidentschaftskandidat. Es ist, als riefe er seinen Anhängern zu: Lasst uns so tun, als gäbe es in Russland eine freie Politik – dann gibt es sie vielleicht auch.

Der Kreml verweigert Nawalyns Registrierung. Der aber hat mit seiner Kampagne faktisch eine neue Oppositionspartei erschaffen, auch wenn sie so nicht heißt. Es ist alles da, was eine Partei ausmacht: Regionalstäbe. Eine Basis. Ein Anführer. Eine Ideologie, auch wenn die unscharf formuliert ist. Er selbst beschreibt sie als »Nicht lügen, nicht stehlen«. Über die Jahre ist er politisch nach links gerückt, hat soziale Belange ins Zentrum gerückt. Vom Nationalisten und Fremdenfeind ist wenig geblieben. Bis auf die Forderung nach freiem Waffentragen.

Zugleich hat Nawalny sein eigenes kleines Medienimperium aufgebaut – das braucht er, denn die Kremlsender vermeiden es, seinen Namen zu nennen.

Sein Sender heißt YouTube. 2015 veröffentlicht er einen Film namens »Tschajka«, »Möwe«, darin geht es um die Familie des Generalstaatsanwalts Jurij Tschajka, dessen Söhne unter anderem Geschäftsinteressen in der Müllentsorgung haben. Ein für Russland neues Genre ist geboren: die peppige Anti-Korruptions-Doku – witzig und rasant erzählt, im Hochglanzformat.

Statt trockener Zahlen sieht man in Nawalyns Videos Villen aus der Vogelperspektive, Privatfotos der Mächtigen aus Instagram und Facebook, gut gestaltete Infografiken, Nawalny beim Ortsbesuch. »Tschajka« hat enormen Erfolg – laut Umfragen von 2015 hatten fünf Prozent der Russen den Film gesehen und 38 Prozent von ihm gehört oder gelesen.

Der größte Erfolg ist 2017 ein Film über Premierminister Dmitrij Medwedew. Nawalyns Leute lassen eine Drohne über Medwedews Geheimresidenz an der Wolga fliegen und über sein Weingut in der Toskana. 36 Millionen Mal ist der Film auf YouTube geklickt worden. Er löst Großdemonstrationen der Jugend aus und beschädigt auf ewig Medwedews Reputation. »Angeblich soll er erst mal eine Woche lang gesoffen

Vergiftet oder erschossen

Anschläge auf Kremlkritiker



Alexander Litwinenko

Der KGB- und FSB-Agent lief zum britischen Nachrichtendienst MI6 über. Vorher hatte Litwinenko wiederholt öffentlich Kritik am Kreml und an den russischen Geheimdiensten geäußert. **Er starb am 23. November 2006 an einer Polonium-Vergiftung in London.**

AFP

Anna Politkowskaja



Die Journalistin und Menschenrechtsaktivistin berichtete u. a. für die russische Zeitung »Nowaja Gaseta« über den Krieg in Tschetschenien. 2004 überlebte Politkowskaja einen Giftanschlag. **Am 7. Oktober 2006 wurde sie in Moskau erschossen.**

Dmitry Lovetsky / AP



Boris Nemzow

Nemzow war Gouverneur und Vizepremier unter Boris Jelzin. Zunächst als dessen Nachfolger gehandelt, ging er schließlich in die Opposition. **Er wurde am 27. Februar 2015 in Moskau erschossen.**

Maxim Shigenkov / dpa

haben, und so sah er auch aus«, sagte Nawalny 2017 in einem SPIEGEL-Gespräch.

Jeden Donnerstagabend um 20 Uhr spricht er auf seinem YouTube-Kanal »Navalny live« zu seinen Zuschauern. Am 13. August, exakt eine Woche vor seiner Vergiftung, tritt er dort ein letztes Mal auf. In Schlips und Jackett sitzt er vor der Kamera, gut gelaunt wie ein Präsentator im Frühstückfernsehen.

Das Thema sind die Demonstrationen in Belarus. Zweieinhalb von drei Stunden redet Nawalny über das Nachbarland, sichtlich begeistert und immer auf der Suche nach Parallelen zu Russland. Er freut sich, wie die Slogans bei den Demonstrationen in Minsk jenen in der fernöstlichen russischen Stadt Chabarowsk gleichen, wo seit Wochen Zehntausende gegen Putin demonstrieren. »Chabarowsk, pass auf«, ruft er, bevor er von den Streiks in Belarus erzählt, die zeigen, wie »man die Staatsmacht an der Gurgel« packt.

Schon Ende Juli hatte Nawalny in seiner Sendung behauptet: »Lukaschenko ist der Vater, der politische Lehrer Putins.« Er sagte: »Der Mann hat ein Regime gebaut, und Putin hat es bloß kopiert. Lukaschenko ist ihm stets zwei, drei Jahre voraus.« Will sagen: In Belarus kann Putin seine eigene Zukunft wie in einer Kristallkugel lesen.

Nawalnys Umfeld ist wie elektrisiert von den Vorgängen in Belarus. Dort ist das Szenario wahr geworden, das sie sich für Russland wünschen: Eine echte Gegenkandidatin wird zur Wahl zugelassen, in diesem Fall Swetlana Tichanowskaja. Lukaschenko hat das Feld nur einen Spalt breit geöffnet – und die Opposition ist hindurchgeschlüpft.

Am Wahltag in Belarus machen Nawalnys Leute eine sechsstündige Dauersendung. Leonid Wolkow, Wladimir Milow, alle reden sie über das Nachbarland. Aus der Sicht von Nawalnys Gegnern ist klar:

Dieser Mann versucht, den Funken aus Belarus nach Russland zu tragen, um einen Flächenbrand zu entfachen.

Es gibt viele in Russlands Elite, die Nawalny übel wollen. Kaum jemand hat sich so viele, so mächtige Feinde zugleich gemacht. Zu den Bösewichten seiner Enthüllungsgeschichten zählen: Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka und der Chef des russischen Ermittlungskomitees Alexander Bstrykin, Ex-Premier Medwedew und seine Minister, Putins Sprecher Peskow und Rosneft-Chef Igor Setschin, die Manager von Staatsunternehmen und der Chef der Weltraumbehörde, Duma-Abgeordnete, Gouverneure sowie Funktionäre der Kremlpartei.

Einige von ihnen haben Nawalny bereits offen gedroht: Putins Ex-Leibwächter Wiktor Solotow, heute Chef der mächtigen Nationalgarde, rief ihn offen zum Duell auf. Sehr verärgert ist auch Jewgeni Prigoschin, einst Putins Koch und jetzt Chef eines Firmenkonglomerats samt eigener Söldnertruppe (»Wagner«), der Einfluss auf die Wahlkämpfe in den USA und in Großbritannien genommen haben soll.

Am Ende sind es vielleicht sogar Nawalnys eigene Leute, die einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung leisten: In den nächsten Tagen wollen sie, so erzählt es eine Journalistin in Nowosibirsk, ihren eigenen Bericht über die Recherchen in Sibirien veröffentlichen.

In Nowosibirsk soll Nawalny Mitgliedern der Kremlpartei Einiges Russland in der sibirischen Stadt hinterherrecherchiert haben – alle in der dortigen Baubranche tätig, in der es immer wieder zu Korruptionsskandalen gekommen ist. Diese Leute seien eng mit dem ehemaligen regionalen Vizeleiter des FSB und heutigen Chef des FSB in Tomsk verbunden. Nawalny sei in Nowosibirsk eng beschattet worden – der Stadt, in der er sich befand, bevor er weiter nach Tomsk fuhr. »Sie folgen uns zu Fuß,

fahren uns in ganzen Autokolonnen hinterher, jeweils mit zwei oder drei Autos, und schauen, wohin wir fahren, was wir tun, sie filmen uns heimlich«, erzählte Nawalnys Mitarbeiter Georgij Alburow einem örtlichen YouTube-Kanal.

Man kann nur mutmaßen, wer genau die Auftraggeber hinter dem Anschlag auf Nawalny sind. Waren es die Feinde, die er sich in Westsibirien gemacht hatte? »Die örtliche Führung taugt für kleine Schikanen – administrativer Arrest, Geldstrafen«, sagt Nawalnys Stabschefin in Tomsk, Xenia Fadejewa. »Aber Nawalny ist Putins Feind. Weder der Gouverneur noch die lokalen Chefs der Sicherheitsorgane würden sich so etwas zutrauen, ohne es ganz oben abzustimmen.«

Hat Putin selbst Nawalny aus dem Weg räumen lassen, weil er in ihm eine Bedrohung sah? »Nie im Leben glaube ich, dass Putin sich gegenüber Nawalny schwach oder verletztlich fühlt«, hält die Analytikerin Tatjana Stanowaja gegen. »Putin glaubt, er sei einzigartig und sein System stabil. Nawalny hält er nicht mal für einen Politiker, sondern für einen Betrüger und Projektmacher ohne jedes politische Gewicht. Deshalb nennt er ihn nie beim Namen. Andere sehen in Nawalny eine ernsthafte Bedrohung – Sicherheitsratschef Patruschew, FSB-Chef Bortnikow, der Chef des Auslandsgeheimdienstes Naryschkin. Putin nicht.«

Eines lässt sich mit Sicherheit sagen: Nawalnys Vergiftung ist ein Resultat des Systems, das Putin aufgebaut hat. Und kaum jemand zweifelt daran, dass es eine direkte Linie gibt von dieser Tat bis in die obersten Etagen der russischen Führung.

Da ist zunächst die Technik: eine Vergiftung, noch dazu womöglich mit einem militärischen Nervengift. Das ist eine typische Geheimdienstmethode. Zwar haben die Dienste ihr Monopol auf solche Methoden verloren. Laut dem Moskauer Geheimdienstexperten Andrej Soldatow



Sergej Skripal

Der Doppelagent arbeitete sowohl für den russischen als auch für den britischen Geheimdienst. Er wurde enttarnt und kam sechs Jahre in Haft. Durch einen Agentenaustausch kam er 2010 nach Großbritannien. **Skripal und seine Tochter wurden am 4. März 2018 in Salisbury mit Nowitschok vergiftet, beide überlebten.**



Pjotr Wersilow

Der Ex-Mann von Pussy-Riot-Mitglied Nadja Tolokonnikowa beteiligte sich aktiv an politischen Aktionen gegen den Kreml. **Wersilow überlebte einen Giftanschlag am 11. September 2018 in Moskau.**



Wladimir Kara-Mursa

Der russische Oppositionspolitiker und Journalist arbeitete als Nemzows Berater in Moskau und veröffentlichte kritische Berichte über den Kreml. **Er überlebte zwei Giftanschläge im Mai 2015 und im Februar 2017.**



Alexej Nawalny

Der Oppositionspolitiker sorgte mit Anti-Korruptions-Videos für Aufsehen. Zehntausende folgten landesweit seinen Aufrufen zu Demonstrationen. **Er wurde am 20. August 2020 vergiftet und wird zurzeit in der Berliner Charité behandelt.**

habe Putin in den vergangenen vier Jahren aber alles getan, um den gesamten Staatsapparat unter strenge Kontrolle zu bringen. »Dass irgendjemand in so einer Atmosphäre eine eigenständige Operation durchführt, ohne sie abzusprechen, kann man sich viel schwerer vorstellen als noch vor 15 Jahren.«

Und Gleb Pawlowski, der einst ein mächtiger Spindoktor im Dienst des Kreml war, ist sich sicher: »Ein solcher Mordanschlag ist sehr gefährlich für den, der ihn verübt. Absichern kann man sich da nur ganz oben – ich würde sagen, auf der Führungsebene eins unter Putin und seinem direkten Umfeld. Mindestens.« Er glaube nicht, dass Putin um Erlaubnis gefragt wurde. »Putin würde so etwas eher verbieten, weil er vorsichtig ist. Er gibt sowieso ungern direkte Anweisungen. Aber man muss ihn auch nicht fragen. Der, der es getan hat, geht vermutlich davon aus, in Putins Sinn zu handeln – das zu tun, was Putin selbst aus Willensschwäche unterlässt, aber tun müsste.«

Das hieße: Putin vergiftet zwar selbst keine Gegner, hat jedoch ein System geschaffen, in dem so etwas straflos geschieht, und er deckt die Täter.

Selbst Angela Merkel, die Putin seit Jahren gleichermaßen mit Härte und Geduld gegenübertritt, verzweifelt zuletzt zunehmend am russischen Präsidenten. Das war Mitte Mai im Bundestag zu sehen.

Zuvor war bekannt geworden, dass der Generalbundesanwalt den russischen Militärgeheimdienst GRU für den Cyberangriff auf den Bundestag 2015 verantwortlich macht, auch zwei E-Mail-Postfächer aus Merkels Abgeordnetenbüro waren gehackt worden. »Ich darf sehr ehrlich sagen: Mich schmerzt es«, sagte die Kanzlerin vor den Abgeordneten und war sichtlich angefasst – bemühe sie sich doch »tagtäglich um ein besseres Verhältnis zu Russland«.

Es waren nicht nur die Hacker, die das deutsch-russische Verhältnis so tief erschütterten – auch den Mord an Zelimkhan Khangoshvili, einem Tschetschenen mit georgischem Pass, im August 2019 im Kleinen Tiergarten in Berlin schreibt der Generalbundesanwalt in seiner Anklage Russland zu. Deutschland wies daraufhin zwei russische Diplomaten aus. Man behalte sich, so die Bundesregierung, weitere Schritte vor.

Nicht nur die Tat an sich empörte die deutsche Politik, vielleicht noch mehr der Umgang Russlands damit. 17 Eingaben machte das Auswärtige Amt beim Kreml und bat um Mithilfe bei der Aufklärung des Mords, keine einzige wurde beantwortet. Kein Wunder, dass die Kanzlerin und ihr Außenminister in ihrer ersten gemeinsamen Stellungnahme zum Fall Nawalny Moskau aufforderten, den Fall aufzuklä-

ren. Der Wortlaut war für die deutsche Diplomatie ungewöhnlich deutlich. Die Behörden in Russland seien dringlich aufgefordert, die Tat »bis ins Letzte aufzuklären – und das in voller Transparenz«. Die Verantwortlichen müssten »ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden«.

Es ist der Versuch, den Ball zurückzuspielen: Wenn ihr angeblich nichts mit der Tat zu tun habt, dann beweist es.

Der Verteidigungsminister von Estland, Jüri Luik, sagt dem SPIEGEL: »Ich bin mir zu 100 Prozent sicher, dass Entscheidungen von solcher Tragweite nicht von Gouverneuren oder niederen Beamten getroffen werden. Nawalneys Vergiftung muss von ganz oben befohlen worden sein.« Der Skripal-Fall zeigt, dass die Wahrheit am Ende herauskommt.«

Bislang sieht es nicht danach aus, als würde der Fall Nawalny eine Verschärfung bestehender EU-Sanktionen nach sich ziehen; doch das kann sich schnell ändern.

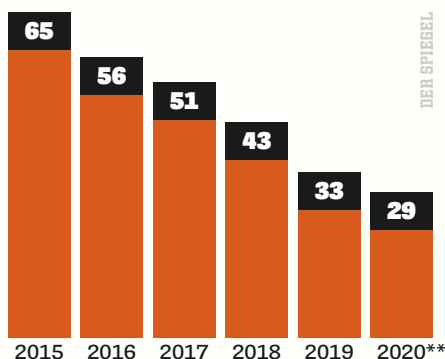
»Es ist ernüchternd, dass alle Bemühungen um ein besseres Verhältnis zu Europa vom Kreml ausgeschlagen werden«, sagt Jürgen Hardt, der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion. »Sollten sich die Indizien weiter verfestigen, dass Nawalny Opfer eines staatlich geduldeten oder gar veranlassenen Giftanschlags wurde, muss die Europäische Union geschlossen und entschlossen agieren und auch die gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen zu Russland auf den Prüfstand stellen.«

Nils Schmid, der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, fordert eine »rasche Einführung eines personenbezogenen EU-Sanktionsmechanismus bei schweren Menschenrechtsverstößen«. Die Verantwortlichen müssten die Konsequenzen »ihres kriminellen Handelns schnell spüren«.

Mit welcher Substanz Nawalny konkret vergiftet wurde, steht bisher nicht fest. »In

Bröckelnder Sockel

Russische Bürger über 18 Jahre, die auf die Frage »Welchem Politiker vertrauen Sie?« **Wladimir Putin** nannten*, Jahresdurchschnitt in Prozent



* offene Frage, Mehrfachnennungen möglich
** Januar bis Juli; Quelle: WZIAM (staatliches Institut)

Proben von Nawalnys Blutplasma sollte sich die Signatur des verwendeten Stoffes noch immer finden lassen«, sagt der Chemiker Marc-Michael Blum, der zwei Jahre lang das Labor der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) geleitet hat.

Zumindest Hinweise auf den Stoff gibt es bereits. So stellten die Ärzte an der Charité nach der Einlieferung ihres prominenten Patienten fest, dass in seinem Körper ein wichtiges Enzym im Nervensystem blockiert war: Acetylcholinesterase.

»Ein Reihe von chemischen Stoffen kann diese Wirkungen haben, darunter insbesondere organische Phosphorsäureester und Phosphonsäureester«, sagt der Chemiewaffenexperte Ralf Trapp. Fachleute fassen diese Substanzen auch unter dem Namen Organophosphate zusammen.

Einige Pestizide fallen darunter, aber auch für militärische Zwecke entwickelte chemische Kampfstoffe – wie Tabun, Sarin, Soman, die V-Kampfstoffe sowie die Familie der Nowitschok-Gifte.

Wer mit diesen Substanzen in Kontakt kommt, zeigt schwere Vergiftungserscheinungen: Speichel und Tränen fließen, Urin und Kot gehen unkontrolliert ab, die Muskeln zucken, der Herzschlag verlangsamt sich. Eine zentrale Atemlähmung droht.

Wird das Gift eingeatmet, dauert es nur Sekunden bis Minuten, bis es seine Wirkung entfaltet. Nimmt man es mit der Nahrung auf, gehen Experten von einer halben, maximal einer Stunde aus. Gelangt das Gift über die Haut in den Körper, können mehrere Stunden vergehen. Womöglich war Letzteres bei Nawalny der Fall – dann wäre kaum der berüchtigte Tee am Flughafen verantwortlich gewesen.

»Mir war sofort klar, dass er vergiftet wurde. Das habe ich auch durchgemacht.«

Ein Kontaktgift war am 4. März 2018 im Spiel: Mitarbeiter des russischen Militärgesheimdienstes GRU bestreichen damals im britischen Salisbury die Türkinke am Haus des früheren Doppelagenten Sergej Skripal mit einem tödlichen Nervengift, ebenfalls ein Organophosphat. Es gehört zu einer bis dahin nur Fachleuten bekannten Familie chemischer Kampfstoffe, die unter dem Namen Nowitschok zusammengefasst werden. Diese Substanzen wurden einst in wenigen Hochsicherheitslabors der Sowjetunion ersonnen, später in Russland weiterentwickelt.

Der Ex-Spion und seine gerade aus Russland zu Besuch gekommene Tochter Julija berühren die Substanz auf der Klinke, sie werden nach dem Kontakt bewusstlos auf einer Parkbank gefunden. Beide werden mit schweren Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert, überleben den Anschlag knapp.

Ein verwandter Fall interessiert die Ärzte der Berliner Charité nun offenbar besonders: der Giftanschlag auf den bulgarischen Waffenhersteller Emilian Gebrew vor fünf Jahren. Es stellte sich heraus: Einer der Mitarbeiter des russischen Auslandsgeheimdienstes GRU, der auch bei der Skripal-Vergiftung eine Rolle spielte,

war kurz vor Gebrews Zusammenbruch dort eingereist. In dieser Woche haben sich Charité-Experten nach SPIEGEL-Informationen an die bulgarischen Ärzte von Gebrew gewandt, um dessen klinische Befunde mit denen von Nawalny zu vergleichen. Offenbar sehen sie Parallelen.

Die Experten der Charité klären im Fall Nawalny den Einsatz eines Nervenkampfstoffs ab. Diskret ersuchten die Berliner auch Hilfe bei der Bundeswehr und in Porton Down in Großbritannien.

Die Bundeswehr unterhält in München ein Labor für Pharma- und Toxikologie, in dem streng abgeschirmten Komplex sitzen vermutlich die deutschlandweit besten Kenner von Giften und chemischen Kampfstoffen. Offiziell will die Truppe weder bestätigen noch dementieren, dass die Wissenschaftler in Uniform in der Angelegenheit im Einsatz sind. In dem hoch politisierten Fall, sagen Insider, wolle man ungern Akteur sein und Moskau weiteres Futter für Desinformationskampagnen liefern.

In Porton Down sitzt das Zentrum der britischen Bio- und Chemiewaffenforschung. Weltweit berühmt wurde es im Zusammenhang mit dem Fall Skripal. Die Wissenschaftler dort hatten den Einsatz von Nowitschok schnell bestätigt – und wurden später zur Zielscheibe zahlreicher falscher Verschwörungsmysen, verbreitet von russischen Staatsmedien, wonach das Gift in Wahrheit von dort stamme.

In Russland haben Giftanschläge auf missliebige Personen eine lange Tradition. Pjotr Wersilow kann davon erzählen. Er ist einer der bekanntesten Kremlgegner in Moskau, stammt aus der aktivistischen Künstlerszene. Er ist der Ex-Mann von Nadeschda Tolokonnikowa, der Pussy-Riot-Aktivistin. Seine letzte große Aktion fand beim Finale der Fußball-WM in Moskau 2018 statt. Damals gelang es ihm und drei Freundinnen, in Polizeiuniform aufs Spielfeld zu rennen.

Bald darauf wurde Wersilow Opfer eines Anschlags. Er konnte nicht mehr richtig sehen, sprechen, verlor das Bewusstsein. Auch er wurde nach Berlin ausgeflogen und in der Charité behandelt. Die Berliner Ärzte hielten eine Vergiftung für »die plausibelste Erklärung«.

Wersilow sagt: »Als ich die Bilder von Alexej in Omsk gesehen habe, war mir sofort klar, dass er vergiftet wurde. Das alles habe auch ich durchgemacht.« Er half Stabschef Wolkow, Nawalny nach Berlin zu bringen, und stellte den Kontakt zur Charité her. Er glaubt, dass es ohne internationalen Druck kaum möglich gewesen wäre, Nawalny auszuliegen.

Mit dem Oppositionsführer sei er seit Jahren gut befreundet, sagt er, sie joggen regelmäßig zusammen. Einmal habe ihn



Youtuber Nawalny bei seiner letzten Sendung: Elektrisiert von Belarus

SPIEGEL+

Ihr Plus: klarer, schneller, intuitiver



S+

Mehr. Alle Inhalte von SPIEGEL+ auf [spiegel.de](https://www.spiegel.de)



Sichtbar. Exklusive Videoreportagen und -kolumnen



Persönlich. Individuelle Leseempfehlungen



Früher. Die digitale SPIEGEL-Ausgabe freitags ab 13 Uhr

Starten Sie jetzt Ihren kostenlosen Probemonat!



abo.spiegel.de/plus

**Jetzt
1 Monat
gratis**



Dmitry Serebryakov / AP

Oppositionelle Sobol bei Protesten in Moskau: »Die Wahl, die wir getroffen haben«

Nawalny gefragt, wie schnell man sich nach einer Vergiftung vollständig erhole.

Wersilow ist überzeugt davon, dass der Kreml an der Vergiftung Nawalnys beteiligt ist. Putin und seine Umgebung, sagt er, lebten wie in Machiavellis Zeiten. Jeder vergiftet, mordet und strickt irgendwelche Verschwörungen gegen andere.

Für die Führung des Landes sei Vergiftung zu einer »sehr komfortablen Arbeitsmethode« geworden, sie sei viel effektiver als Haftstrafen, für die es immer Verfahren brauchte. Zudem bestünde die Gefahr, durch als ungerecht empfundene Urteile neue Proteste zu schüren.

Die Qual hat Methode. Das unterscheidet die Vergiftung von anderen Tötungsarten. Der russische Oppositionspolitiker Boris Nemzow, die Journalistin Anna Politkowskaja wurden erschossen, und sie starben schnell. Eine Vergiftung dauert länger.

Das mache ihren gewollten psychologischen Effekt aus, erklärt der Geheimdienstexperte Andrej Soldatow. »Das Sterben dauert und dauert – allein dadurch wirkt eine solche Tat stärker auf die Gesellschaft. Das ist wie bei einer Geiselnahme, die sich hinzieht. Und für die Freunde und Verwandten ist es schrecklich anzusehen, wie sich das Opfer allmählich verändert.« Jeder Giftanschlag enthalte eine Botschaft – an die Mitstreiter des Vergifteten und an die Gesellschaft. Im Fall Nawalnys sei die Botschaft: Wer sich in Politik einmischt, der begibt sich in allerhöchste Gefahr.

Der Preis für die Teilnahme am öffentlichen Leben in Russland ist mit der Vergiftung Nawalnys drastisch gestiegen. Und weil der neueste Fall so offenkundig in der politischen Verantwortung Putins liegt und

dieser kein Interesse an einer Aufklärung beweist, können die Bürger daraus ihre eigenen Schlüsse ziehen.

Was aber ist das Motiv? Nawalnys Mitstreiter Wolkow vermutet: Die Führung fühlt sich von Nawalnys Strategie des »schlauhen Wählens« bedroht – sie bezeichnet die professionelle Umlenkung von Proteststimmen. Eine typische Nawalny-Idee: modern, serviceorientiert, aggressiv. Sie nimmt dem Bürger die Mühe, die Kräfteverhältnisse im Wahlkreis zu analysieren, es reicht ein Blick aufs Smartphone.

Sie hebt die für Russland so wichtige Trennung auf zwischen der zugelassenen Opposition und der »außersystemischen«, radikalen. Nawalnys Leute entscheiden, welchen offiziellen Kandidaten ihre Stimmen zufließen – und binden sie damit an sich. Zugleich umgehen sie damit das Problem, dass sie vielerorts selbst nicht antreten dürfen. In Moskau war die Strategie 2019 überaus erfolgreich.

»Nawalny hat das Gegengift gegen den Putinismus gefunden«, so bewertet sein Mitstreiter Wladimir Milow das »schlaue Wählen«. Aber auch der Aufruhr in Belarus sei wichtig. »Das war der Auslöser«, behauptet Milow in einem seiner letzten YouTube-Auftritte: »Oh, wie ist Putin er-

»Zwei Diktatoren, die ihre Popularität verlieren. Und wachsende Protestbereitschaft.«

schrecken!« Der Anschlag auf Nawalny sei »das direkte Resultat« dieser »Panik«.

Das eine schließt das andere nicht aus. Die Vereinigung der Proteststimmen, die in Lukaschenkos brutal einfachem Regime mit primitiveren Methoden stattgefunden hat – weil nur ein echter Gegenkandidat zugelassen wurde –, sie muss im raffinierteren System Putin eben mit raffinierteren Methoden erkämpft werden. Das Ziel ist dasselbe: eine Ohrfeige für die Führung.

»Es ist alles sehr ähnlich«, sagt der Moskauer Oppositionspolitiker Dmitrij Gudkow. »Zwei Diktatoren, die ihre Popularität verlieren, auf der einen Seite. Und eine wachsende Protestbereitschaft auf der anderen.«

Das Omega Plaza ist ein Bürogebäude mit rötlicher Granitfassade im Südosten Moskaus, nahe der Metrostation Awtosawodskaja. Hier hat Nawalny sein TV-Studio und Büro, schon oft sind die Räume von Polizisten durchsucht, Computer und Technik beschlagnahmt worden.

Ljubow Sobol, 32, die Produzentin von Nawalnys YouTube-Kanal, lässt auf sich warten, entschuldigt sich: »Wir sind gerade live auf Sendung, die Proteste in Belarus. Ich komme gleich wieder.«

Sie lässt sich in ein Sofa fallen, daneben spielt ihre sechsjährige Tochter auf dem Handy. Sobol sieht blass aus, atmet einmal tief aus und ein, dann fängt sie an zu erzählen, schnell und leise: »Der Präsident hat große Angst, dass sich in Russland das wiederholt, was wir in Belarus erleben: Hunderttausende Menschen auf den Straßen, die nicht mehr bereit sind, das Lukaschenko-Regime weiter hinzunehmen, die in einem normalen Land leben wollen.«

Die Juristin arbeitet seit 2011 für Nawalny. Als sie ihn das erste Mal persönlich traf, habe sie ihm gesagt, wie froh sie sei, dass er nicht verhaftet und getötet worden sei.

»Das war ein Witz, wir haben gelacht, aus heutiger Perspektive gesehen war es ein sehr bitterer Witz«, sagt Sobol. Tränen steigen ihr in die Augen, ihre Stimme bricht, sie holt Luft. Alle in Nawalnys Team wüssten um das große Risiko ihrer Arbeit. »Aber es ist die Wahl, die wir getroffen haben. Und wir machen weiter.«

Am Donnerstag findet Nawalnys YouTube-Sendung ohne ihn statt. Sein Mitstreiter Wolkow in Berlin hat keine guten Neuigkeiten, was Nawalnys Gesundheitszustand angeht. »Wir müssen unsere Erwartungen dämpfen«, sagt er. »Und verstehen, dass wir unseren Alexej, so, wie er war, so bald nicht zurückbekommen.«

Alexander Chernyshev, Christian Esch, Matthias Gebauer, Christo Grozev, Christina Hebel, Martin Knobbe, Mathieu von Rohr, Marcel Rosenbach, Fidelius Schmid, Christoph Schult, Christoph Seidler, Severin Weiland

»Es gilt das Recht des Stärkeren«

SPIEGEL-Gespräch Wolfgang Ischinger, Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, fordert von den Europäern mehr außenpolitische Härte. Nur so sei Autokraten beizukommen.



Gene Glover / DER SPIEGEL

Ischinger, 74, ist einer der erfahrensten deutschen Diplomaten. Er war Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Botschafter in Washington und London. Seit 2008 leitet er die Münchner Sicherheitskonferenz, Deutschlands wichtigste außen- und sicherheitspolitische Tagung.

SPIEGEL: Herr Ischinger, wenige Gehminuten von Ihrem Büro entfernt, in der Berliner Charité, liegt der Putin-Kritiker Alexej Nawalny im Koma, nachdem er in seiner Heimat Russland mutmaßlich vergiftet wurde. Wie wirkt sich der Fall Nawalny auf das deutsch-russische Verhältnis aus?

Ischinger: Wir erleben einen neuen Tiefpunkt, leider. In Moskau macht man sich über das Opfer lustig. Schon deshalb ist das für den Kreml ein unsäglich peinlicher Vorgang. Russlands Glaubwürdigkeit war durch den Giftanschlag auf Sergej Skripal in Großbritannien, den Mord an einem Exiltschetschenen im Berliner Tiergarten und den Hackerangriff auf den Bundestag ohnehin schon erschüttert. Sie dürfte nun endgültig erledigt sein. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in den vergangenen 15 Jahren eine Eselsgeduld mit Präsident Wladimir Putin gezeigt. Ich habe als OSZE-Vermittler in der Ukraine 2014 mit-erlebt, wie sie als einzige Regierungschefin

überhaupt immer wieder mit Putin telefoniert hat, zum Teil mehrmals in der Woche. Seit Längerem ist klar, was das Wort aus Moskau wert ist. Dort gilt das Recht des Stärkeren. Das ist das Ende, leider, auch für die Idee strategischer Partnerschaft.

SPIEGEL: Eine Peinlichkeit wäre der Vorfall doch nur dann, wenn der Kreml nicht hinter der möglichen Vergiftung Nawalyns stecken würde. So ist es ja fast ein Charakteristikum russischer Politik.

Ischinger: Wir haben sowohl im Fall Skripal als auch bei dem Mord im Tiergarten erlebt, dass Moskau rein gar nichts unternimmt, um diese Verbrechen aufzuklären. So wird es wohl leider auch bei Nawalny sein. Insofern macht es fast keinen Unterschied, ob der Kreml direkt für den Giftangriff verantwortlich ist oder irgendwelche anderen Akteure auf eigene Faust gehandelt haben. Die russische Regierung muss das auf ihre Kappe nehmen. Ich sehe in dem Vorfall allerdings auch eine Chance für uns Deutsche, den Bürgerinnen und Bürgern in Russland zu zeigen, dass wir zwar mit ihrer Führung nicht einverstanden sind, aber trotzdem helfen. Wir sind nicht die Feinde Russlands und der Russen. Das ist wichtig.

SPIEGEL: Es gibt vermehrt Stimmen, die nun Sanktionen gegen russische Staatsvertreter fordern.

Ischinger: Das kann man machen. Aber das dient vor allem der Beruhigung des eigenen Gewissens. Man sollte sich nicht der Hoffnung hingeben, dass das in Moskau tiefen Eindruck hinterlässt.

SPIEGEL: Was würde denn Eindruck hinterlassen?

Ischinger: Die Bundesregierung oder die EU könnte umfassende Sanktionen verabschieden, etwa aus dem Pipelineprojekt Nord Stream 2 aussteigen. Doch die Frage, die sich dann stellt, ist: Wie sehr schaden wir uns dann selbst – und deutschen Firmen? Sanktionen sind das Mittel, das Regierungen gern anwenden, wenn ihnen sonst nicht mehr viel einfällt.

SPIEGEL: Merkels Dialogbemühungen gegenüber Russland sind bisher ins Leere gelaufen, Sanktionen, sagen Sie, bringen auch nichts. Müssen die Europäer Wladimir Putin einfach gewähren lassen?

Ischinger: Nein. Wir sollten klare Kante zeigen. Aber wir befinden uns nicht innerhalb des deutschen Rechtssystems, wo wir jemanden, der ein Verbrechen begangen hat, vor Gericht stellen können. Wir bleiben in der internationalen Politik auf Verhandlungen mit Russland angewiesen. Egal ob in Syrien, Libyen, in der Ukraine oder in Iran – gegen den Willen Putins kommen wir bei entscheidenden Fragen nicht voran. Deshalb bringt uns ein Totalboykott Russlands nicht weiter. Wir müssen uns hoffentlich nicht dauerhaft mit der Tatsache abfinden, dass wir im Moment

kaum wirksame Hebel gegenüber Moskau haben – allein schon weil es leider an transatlantischer Geschlossenheit fehlt. Ein Trauerspiel. **SPIEGEL:** Nawalny ist nicht der einzige aktuelle Streitfall zwischen Russland und der EU. Auch in Belarus prallen Ost und West zunehmend aufeinander.

Ischinger: Mich erinnert Russland manchmal an den Scheinriesen Tur Tur aus dem Kinderbuch »Jim Knopf« von Michael Ende. Aus der Ferne betrachtet, wirkt Putin allmächtig, er kontrolliert Syrien, er mischt in Belarus mit. Je näher man ihm kommt, desto kleiner wird der Riese. Das Bruttoinlandsprodukt Russlands ist kleiner als das von Italien, der Braindrain der russischen Elite setzt sich fort. So erfolgreich die Außenpolitik Russlands kurzfristig erscheinen mag, so defensiv und verloren ist sie langfristig. Wie viele Freunde hat Russland in den 20 Jahren unter Putin gewonnen? Das lässt sich an einer halben Hand abzählen. Der Fall Nawalny und die Vorgänge in Belarus zeigen: Moskau handelt reaktiv, abwehrend. Man fühlt sich durch das westliche Modell bedroht.

SPIEGEL: Trotzdem richtet Putin viel Schaden an. Er hat in Syrien den Kriegsverbreher Baschar al-Assad gerettet. Er stützt in Belarus Diktator Alexander Lukaschenko. Sie sagen, das müssen wir aushalten?

Ischinger: Nein, ich sage, wir Europäer müssen außen- und sicherheitspolitisch endlich handlungsfähig werden. Solange in der EU bei sämtlichen Fragen das Einstimmigkeitsprinzip gilt und jeder Kleinstaat Entscheidungen per Veto verhindern kann, dürfen wir uns nicht wundern, dass uns in der Weltpolitik niemand ernst nimmt. In Asien – in Japan, Singapur, Indonesien – findet Europa sicherheitspolitisch nicht statt. Dort sind wir ein Niemand. Wir müssen wie in der Handelspolitik endlich mit einer Stimme sprechen, um wahrgenommen zu werden. Und wir müssen auch militärisch handlungsfähig werden.

SPIEGEL: Sie wollen, dass die EU aufrüstet?

Ischinger: Wir sind die Meister der Soft Power. Aber Soft Power ohne Hard Power ist wie eine Fußballmannschaft ohne Torwart. Wir müssen unsere Interessen verteidigen können, wir müssen gegenüber Männern wie Wladimir Putin weniger erpressbar werden. Das heißt nicht etwa, dass wir militärische Macht offensiv einsetzen sollten, aber wir müssen wirksam abschrecken können.

SPIEGEL: In Deutschland dürfte es für Interventionen im Ausland kaum eine Mehrheit geben.

Ischinger: Ich rede doch nicht militärischen Abenteuern das Wort. Aber Umfra-



Ischinger beim SPIEGEL-Gespräch*: »Ein Epochenbruch«

gen deuten darauf hin, dass sich gerade innerhalb der jüngeren Generation etwas verschiebt. Junge Menschen erwarten eine aktivere, verantwortungsvolle Außenpolitik, die sich nicht nur pazifistisch definiert.

SPIEGEL: Bislang verstanden sich die Deutschen als Mittler zwischen den Polen.

Ischinger: Als damaliger Staatssekretär des Auswärtigen Amtes habe ich in einer Rede zum Thema Russland vor 20 Jahren in Tutzing einmal gesagt, dass es im 21. Jahrhundert für Staaten weniger auf militärische Stärke ankommen wird, sondern auf Partnerschaften und Allianzen, auf Überzeugungskraft, auf Technologie- und Innovationskraft. Nun, das stimmt nur zur Hälfte. Das deutsche Dogma, wonach Krisen nicht militärisch gelöst werden können, ist irreführend. Putin zeigt uns, dass es sehr wohl militärische Lösungen gibt, wenn vielleicht auch keine langfristigen. Damit aber Europa die Sprache der Macht lernt, wie Ursula von der Leyen es fordert, muss vor allem Deutschland die Sprache der Macht lernen. Wir hatten bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 ein Heureka-Erlebnis! Gauck, Steinmeier, von der Leyen – sie alle forderten, Deutschland müsse außenpolitisch mehr Verantwortung übernehmen...

SPIEGEL: ... daraus folgte aber nichts.

Ischinger: Seit Trump im Amt ist, hat nicht nur Angela Merkel erkannt, dass alte Gewissheiten nicht mehr gelten. Wir erleben eine Zeitenwende, einen Epochenbruch. Wir können uns nicht mehr darauf verlassen, dass die USA umfassend für unsere Sicherheit sorgen, dass die EU-Staaten immer enger zusammenrücken, dass sich die liberale Demokratie weltweit durchsetzt, dass sich Länder wie Russland oder China in die internationale Ordnung

»Wir müssen gegenüber Männern wie Wladimir Putin weniger erpressbar werden.«

einfügen, dass die Vereinten Nationen ein Machtmonopol besitzen. Die globale Ordnung zerbröckelt, die niemand dringlicher braucht als wir, die exportabhängigen Deutschen. Wir können nicht so tun, als wären wir eine Art große Schweiz. Ohne die Fähigkeit, notfalls auch Hard Power einzusetzen, wird es künftig nicht mehr gehen.

SPIEGEL: Was muss geschehen, damit die EU zu einer Militärmacht wird?

Ischinger: Die EU soll keine »Militärmacht« werden. Sie soll eine verhandlungsfähige politische Macht sein. Das geht nicht ohne

militärischen Rückhalt. Es gibt Visionen wie die einer gemeinsamen europäischen Armee. Die finde ich gut. Aber bis dahin ist es noch ein ganz weiter Weg. Wir brauchen zunächst einmal eine echte gemeinsame Außenpolitik, eine Außenpolitik mit einer Stimme. Dazu müssen wir das Vetorecht in der EU abschaffen. Die Bundeskanzlerin, der Außenminister und viele andere haben sich zwar für die Einführung des Mehrheitsprinzips ausgesprochen, aber in Brüssel dafür bisher keine konkrete Initiative ergriffen. Ein deutscher Vetoverzicht könnte ein erster Schritt sein. Deutschland und Frankreich haben bei den Corona-Hilfen gezeigt, dass sie doch gut zusammenarbeiten können, wenn sie wollen. Ich würde mir wünschen, dass wir jetzt auch in der Außen- und Sicherheitspolitik gemeinsam vorangehen.

SPIEGEL: Im Moment sieht es nicht so aus, als würde das bald passieren. In Berlin ist man von Emmanuel Macrons Alleingängen genervt, in Paris von der deutschen Passivität.

Ischinger: Macron schreckt nicht davor zurück, rhetorische Raketen abzufeuern. Aber es könnte ja auch einmal eine Initiative von Deutschland ausgehen. In Deutschland ist die Denke verbreitet, die Franzosen wollten uns vor ihren Karren spannen. Aber das ist so nicht richtig. Nehmen Sie das Beispiel Griechenland/Türkei. Natürlich sind die aktuellen deutschen Interessen nicht identisch mit den französischen. Wir wollen die Türkei möglichst nah an Europa halten. Frankreich hat aber auch einen Punkt: Unsere Solidarität muss – siehe Vertrag von Lissabon – im Grenzstreit im Mittelmeer zuallererst dem EU-Mitglied Griechenland gelten. Ich frage: Ist deutsche Außenpolitik denn stets dagegen gefeit, einfach nur eigene Interessen durchsetzen zu wollen, statt europäisch zu denken? Haben wir zum Beispiel in der Debatte über die Stationierung von US-Atomwaffen in Deutschland die Interessen unserer polni-

* Mit den Redakteuren Maximilian Popp und Mathieu von Rohr in Berlin.

schen, baltischen und anderen Partner und Nachbarn hinreichend berücksichtigt? Nein. Beim Bau der Nord-Stream-2-Pipeline? Nein. Manchmal erscheinen wir unseren Partnern ziemlich rücksichtslos, nicht immer als die besten Europäer.

SPIEGEL: Sie werben für mehr Verständnis gegenüber Frankreich?

Ischinger: In Deutschland droht doch bei der Bundestagswahl 2021 keine Revolution. Wir haben stabile politische Verhältnisse. In Frankreich kann sich Macron hingegen keinesfalls sicher sein, ob er mehr Stimmen als die extreme Rechte bekommt. Das ist zu berücksichtigen, bevor wir Kritik üben. Wir müssen uns mit Paris, aber auch auf europäischer Ebene grundsätzlich viel stärker über unsere außenpolitischen Prioritäten verständigen. Josep Borrell, der kluge EU-Außenbeauftragte, ist angesichts der vielen gleichzeitigen Krisen massiv überfordert. Er ist gezwungen, von einem Thema zum nächsten zu springen. Die EU verfügt über eine große Zahl an herausragenden, erfahrenen ehemaligen Staatsmännern und -frauen, Ex-Präsidenten, Ex-Premiers, Ex-Ministern. Warum setzen wir diese Leute nicht als Sondergesandte für bestimmte Themen ein? Warum haben wir beispielsweise bis heute keinen hochrangigen EU-Sondergesandten für Syrien, nach neun Jahren blutigen Krieges vor unserer Haustür?

SPIEGEL: Sind die Deutschen zu sehr mit sich selbst beschäftigt?

Ischinger: In der deutschen Politik wird auch heute noch sehr provinziell gedacht, ja. Ich würde mir wünschen, dass die Außenpolitik im Wahlkampf und bei den Koalitionsverhandlungen im kommenden Jahr nicht wieder so stiefmütterlich behandelt wird wie bei der vorigen Wahl. Europa, Nato, Russland, China, der Nahe Osten – all diese Themen wurden im Koalitionsvertrag auf wenigen Seiten abgehandelt. Wir haben einst den Bundessicherheitsrat geschaffen, der allerdings heute nur für Rüstungsentscheidungen herangezogen wird. Wieso bereitet dieses Gremium nicht sämtliche außenpolitischen Entscheidungen systematisch vor?

SPIEGEL: Angela Merkel ist nur noch ein gutes Jahr im Amt. Trauen Sie Annalena Baerbock, Olaf Scholz oder Markus Söder mehr außenpolitischen Gestaltungswillen zu?

Ischinger: Als ich 1975 als Attaché anfang, war Hans-Dietrich Genscher gerade vom Innen- ins Außenministerium gewechselt. Es hieß, der Mann habe von der Welt keine Ahnung, könne kein Englisch. Und dann hat er über viele Jahre hinweg die deutsche Außenpolitik entscheidend mitgeprägt. Man sollte niemanden unterschätzen.

SPIEGEL: Herr Ischinger, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Flexibel bleiben. Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten.

Frei Haus.

Der SPIEGEL jede Woche direkt nach Hause

Rund 4% sparen.

Für nur €5,30 pro Ausgabe statt €5,50 im Einzelkauf

Ohne Risiko.

Jederzeit kündbar, Urlaubsservice möglich

Vergünstigte Tickets.

Für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen auf www.spiegel-live.de

Einfach jetzt anfordern:

 abo.spiegel.de/flexibel

oder telefonisch unter 040 3007-2700

(Bitte Aktionsnummer angeben: SP-FLEX)

Keine
Mindest-
laufzeit



Deutschland



CHRISTOPHE GATEAU / DPA

Üben für den Minimalbetrieb Komparsen stehen bei einer Brandschutzübung am Bahngleis des künftigen Berliner Flughafens BER im Rauch einer Nebelmaschine. Rund 800 Helfer stellten Notfallszenarien nach und testeten die vorgesehenen Fluchtwege. Nachdem unter anderem Brandschutzvorgaben das teure Infrastrukturprojekt für die deutsche Hauptstadt um Jahre verzögerten, kommt das Ungemach kurz vor der geplanten Eröffnung Ende Oktober aus einer anderen Richtung: Mit der Corona-Pandemie sinken die Fluggastzahlen.

Ungeschützter E-Mail-Verkehr

Pkw-Maut Bei einem Treffen Scheuers mit dem Betreiberkonsortium soll es sehr wohl ums Geld gegangen sein.

● Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) hat die Öffentlichkeit in der Affäre um die gescheiterte Pkw-Maut offensichtlich falsch informiert. Das legt der E-Mail-Verkehr zwischen einem Manager der Betreiberfirma Autoticket und einem Beamten des Verkehrsministeriums nahe. Darin geht es auch um ein Gespräch vom 29. November 2018, das Scheuer mit den Chefs des Betreiberkonsortiums, Georg Kapsch und Klaus-Peter Schulenberg, einen Monat vor Unterzeichnung des Mautvertrags geführt hatte. Der SPIEGEL hatte berichtet, dass Scheuer die Manager gebeten haben soll, die Kosten

des geplanten Mautsystems zu überdenken, was vergaberechtlich problematisch wäre. Das Ministerium hatte daraufhin mitgeteilt, es habe sich lediglich um einen »Kennenlerntermin« und einen »allgemeinen Gedankenaustausch« gehandelt. Der E-Mail-Verkehr erschüttert nun die Version des Verkehrsministeriums zu dem nicht protokollierten Gespräch. »Nach den besprochenen Themen in den Spitzengesprächen werden wir bis Montag die Vergütung überdenken und einen neuen Vorschlag entwickeln«, schrieb der Manager einen Tag nach dem Treffen mit dem Minister in einer E-Mail, die als Ver-

schlussache eingestuft wurde und in der Geheimschutzstelle des Bundestags lagert. Der Ministeriale antwortete: »Gern erwarten wir die neuen Kalkulationen und kommen bei eventuellen Rückfragen auf Sie zurück.« Auf Anfrage kommentiert der Grünenpolitiker Stephan Kühn, Mitglied des Maut-Untersuchungsausschusses: »Verkehrsminister Scheuer hat damit nicht nur massiv gegen das Vergaberecht verstoßen, die E-Mail zeigt auch deutlich, dass die bisherigen Angaben des Ministeriums zu den Gesprächen schlicht falsch waren.« Auf Nachfrage blieb das Ministerium bei seiner bisherigen Darstellung. GT, SVE

Diplomatie

Türkei behindert Bundeswehrflug

● Ein neuer Eklat belastet die deutschen Beziehungen zur Türkei. Ende Juli verweigerten türkische Fluglotsen einem in Köln gestarteten Truppentransporter der Luftwaffe spontan und ohne Begründung den Überflug. Der graue Airbus 310 musste zur Basis zurückkehren. Eigentlich war die Maschine auf dem Weg nach Eriwan, um dort armenische Soldaten abzuholen, die in Deutschland ausgebildet werden. Die Bundeswehr geht davon aus, dass der Nato-Partner Türkei den Flug wegen seines Ziels gestoppt hat. Die Türkei unterhält keine diplomati-

schen Beziehungen zu Armenien. Zudem bestreitet Ankara bis heute den Völkermord an bis zu anderthalb Millionen Armeniern ab 1915. Die Türkei hat Deutschland massiv kritisiert, weil der Bundestag den Völkermord als erwiesen dargestellt hatte. Im aktuellen Streit um den Überflug lenkte Ankara auch später nicht ein. Folglich musste die Luftwaffe Mitte August eine weitaus längere Flugroute über Russland wählen, um die Soldaten abzuholen. Militärmaschinen den Überflug zu verweigern ist eine beliebte Straffaktion von autokratischen Staaten. Unter Nato-Partnern gilt die Genehmigung als Routine. Daher werten Militärs den Vorfall als bewusste Provokation Ankaras. MGB

Corona-Skeptiker

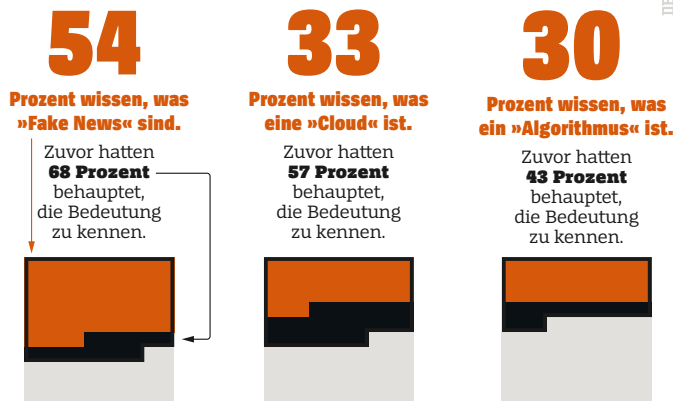
Razzia bei Polizist

● Die niedersächsische Polizei hat am Montag die Wohnung eines Kollegen durchsucht, nachdem dieser auf zwei Demonstrationen von Corona-Skeptikern als Redner aufgetreten ist. In Dortmund stellte sich der Beamte Michael F. als Kriminalhauptkommissar vor. Er forderte andere Polizisten auf, Widerstand gegen Corona-Maßnahmen zu leisten. Zudem stellte

er die Existenz der Gewaltenteilung in Deutschland infrage und zog Vergleiche zur NS-Diktatur. Auch in Darmstadt gab sich der sogenannte Querdenker als Polizist zu erkennen. Nach seinem ersten Auftritt wurde Michael F. vorerst vom Dienst suspendiert. Die Durchsuchung steht in Zusammenhang mit einem Disziplinarverfahren, das die Polizei Hannover eingeleitet hat. Strafrechtlich ist dem Beamten bislang offenbar nichts vorzuwerfen. GUD

Nachgezählt

Digitale Fachbegriffe, Anteil der Personen, die die korrekte Bedeutung kennen*



* Bei einer Auswahl aus drei möglichen Definitionen; Quelle: Initiative D21; Umfrage vom Juni/Juli 2019, 2019 Befragte ab 14 Jahren

Alexander Neubacher Die Gegendarstellung

Lebe deinen Traum



Kein Geld, kein Bock, genervt vom Job? Dann habe ich was für Sie: Der Berliner Verein »Mein Grundeinkommen e. V.« sucht 120 Probanden, denen er jeden Monat 1200 Euro schenken kann, drei Jahre lang, insgesamt 43 200 Euro. Praktisch ohne Gegenleistung. Ab und zu werden Sie einen Fragebogen ausfüllen müssen. Vielleicht wird eine Haarprobe verlangt.

Der Verein will in einer wissenschaftlichen Studie zeigen, wie sich ein bedingungsloses Grundeinkommen auf Lebensqualität, Zufriedenheit und sogar auf die Gesundheit auswirkt. Deshalb die Sache mit den Haaren. Auf der Website stehen bereits Erfolgsgeschichten früherer Testpersonen. Da ist Michael aus Sachsen, der seinen Beruf als Kindergärtner aufgab, um als Mönch verkleidet über Jahrmärkte zu tingeln. Oder Katrin aus Köln, die es geschafft habe, ihre »Karriere als selbstständige Künstlerin auf ein neues Level zu heben«. Oder der 13-jährige Apuan aus Berlin, der mit ein paar Tausend Euro Taschengeld im Rücken beschloss: »Ich will YouTuber werden.«

Nun freue ich mich mit jedem, der seinen Traum lebt, meinewegen sogar als Mönchsdarsteller auf Mittelaltermärkten. Wenngleich man sich fragt, wer sich um die Kinder im Kindergarten kümmert, seit Michael gekündigt hat.

Die Begeisterung fürs bedingungslose Grundeinkommen vereint Linke und Libertäre.

Ich staune aber darüber, dass so viele Menschen bereit sind, für den Traum anderer zu zahlen. Gut 140 000 Privatpersonen haben laut Verein dafür gespendet, anderen ein bedingungsloses Grundeinkommen zu ermöglichen. Eine Großherzigkeit, von der viele karitative Organisationen nur träumen können.

Woher kommt die Begeisterung fürs Grundeinkommen? Mein Eindruck ist, dass es sich um zwei Fangruppen handelt, die eine seltene Allianz bilden. Zum einen sind es Linke wie Katja Kipping und Richard David Precht. Zum anderen Libertäre vor allem aus der Tech-Welt, von Peter Thiel bis Elon Musk.

Für die Linken geht es um eine Art Hippie-Sozialismus: Jeder darf machen, was er will. Hinter ihrer Faszination fürs Grundeinkommen steckt ein sonniges Menschenbild. Dass sich manche Leute auf die faule Haut legen, wenn es Geld fürs Nichtstun gibt, können sie sich offenbar gar nicht vorstellen.

Das Menschenbild der Libertären hingegen ist nicht sonnig, sondern finster. Sie glauben, dass viele Beschäftigte wegen der Digitalisierung demnächst überflüssig sind. Das Grundeinkommen dient als Stilllegungsprämie für diese menschlichen Minderleister.

Ich glaube, dass beide Seiten, die sonnigen Linken und die finsternen Libertären, falschlügen. Bei einem realistischen Menschenbild sieht die Sache wohl eher so aus: Das bedingungslose Grundeinkommen würde die Leistungsbereitschaft von Menschen beschädigen, die auch im digitalen Zeitalter dringend gebraucht werden.

Insofern freue ich mich, dass die Sache nun wissenschaftlich untersucht wird. Bewerben Sie sich! Am 10. November ist Anmeldeschluss.

An dieser Stelle schreiben Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher im Wechsel.

Hilfen für Krankenhäuser Fehlende Kontrolle

● Die Bundesregierung will in diesem Jahr elfeinhalb Milliarden Euro an Ausgleichszahlungen für Krankenhäuser zur Verfügung stellen. Das geht aus der Antwort des Bundesgesundheitsministeriums auf eine Anfrage der Grünenfraktion hervor. Das Geld soll Kliniken helfen, die wegen Covid-19-Patienten auf Behandlungen und Operationen verzichten mussten. Zunächst rechnete man mit Mehrkosten von lediglich 2,8 Milliarden Euro für die ersten 100 Tage. Die Grünen kritisieren, dass Krankenhäuser durch die Zahlungen zusätzliche Gewinne erzielen können. »Eindeutige Kriterien für den Abruf der Gelder wären essenziell gewesen«, sagt die gesundheitspolitische Sprecherin

der Partei, Maria Klein-Schmeink. Laut einem Bericht des Expertenbeirats der Bundesregierung konnten vor allem kleinere und psychiatrische Einrichtungen ihre Erlöse mit den Ausgleichszahlungen steigern, während Maximalversorger große Ausfälle verzeichnen. COS, MFK



Instrumententisch im OP

Bayern Schüler dürfen wegen Corona Handy nutzen

● Bayerns Schülerinnen und Schüler können während des Unterrichts häufiger ihr Mobiltelefon angeschaltet lassen – aus Gründen des Gesundheitsschutzes. »Die Nutzung der Corona-App ist aus Sicht des Kultusministeriums grundsätzlich sinnvoll«, teilt das zuständige Ressort auf Anfrage mit. Daher könne »das Einschalten des Smartphones im Einzelfall gestattet werden«. Allerdings sei die Nutzung der App nicht erforderlich, da in der

Schule, »anders als etwa im öffentlichen Raum, Corona-Infektionsketten schnell erkannt und nachverfolgt werden können«. Im Vergleich zu anderen Bundesländern regelt der Freistaat bislang die Handynutzung strikt: Laut Artikel 56 des Schulgesetzes sind Mobiltelefone und andere digitale Speichermedien, sofern sie nicht dem Unterricht dienen, im Schulgebäude und auf dem Gelände auszuschalten. Lehrkräfte können jedoch Ausnahmen zulassen. In der kommenden Woche will das Kabinett Vorgaben für den anstehenden Schulstart beschließen. Dabei geht es unter anderem um den Gebrauch von Masken im Unterricht. FRI

Chappattes Welt



Bestellungen der Bundesregierung Masken mit Mängeln

● Vier von zehn Schutzmasken, die die Bundesregierung eingekauft und überprüft hat, sind mangelhaft. Das teilte das Gesundheitsministerium auf eine Anfrage der FDP-Fraktion mit. Wie viele deshalb als unbrauchbar eingestuft wurden und was mit ihnen passierte, geht aus der Antwort nicht hervor. Mit rund 8700 Prüfungsvorgängen ist nur ein kleiner Teil der bestellten Masken überhaupt getestet worden. Der Bund hat mehr als 1,3 Milliarden OP-Masken erhalten, über 876 Millionen FFP2-Masken und mehr als 2,7 Millionen FFP3-Masken. Die Schutzausrüstung kam zu 85 Prozent aus China. Nicht alle Lieferanten sind zufrieden mit der Zusammenarbeit: Aktuell laufen 31 Klagen gegen den Bund. Der FDP-Abgeordnete Wieland Schinnenburg sagt: »Bei zukünftigen Notlagen darf es ein solches Chaos nicht ein zweites Mal geben.« Er setze sich für eine parlamentarische Aufarbeitung der Bestellungen ein. JOS

Thüringer AfD-Mann Doch kein Stasispitzel

● Einem neuen Gutachten zufolge war der Thüringer AfD-Landtagsabgeordnete Dieter Laudenbach zu DDR-Zeiten kein inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Stasi. Zuvor hatten mehrere Medien über eine Stasiakte berichtet, in der Laudenbach als IM unter dem Decknamen »Klaus« auftauche. Auch eine Sprecherin des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes hatte diesen Vorwurf erhoben. In seinem Bericht schreibt der Gutachter Jürgen Haschke, früherer Landesbeauftragter in Thüringen, nun: »Herr Laudenbach war zu keiner Zeit als IM für das MfS tätig.« Bei den Dokumenten handle es sich um eine »IM-Vorlaufakte«, in der Laudenbach angeworben werden sollte. Zu diesem Ergebnis kam Haschke nach »Begutachtung aller beim Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen vorhandenen Unterlagen«. Dort finde sich keine Verpflichtung. »Erst mit der handschriftlichen Unterschrift unter einer Verpflichtungserklärung wird der IM-Kandidat zum IM«, so Haschke. Von der Vorlaufakte und dem Anwerbungsversuch habe Laudenbach keine Kenntnis gehabt. Laudenbach sagte, er habe erst durch die Berichterstattung erfahren, dass er ins Visier der Stasi gelangt sei. TL

Junge Union CDU-Parteitag nur digital

● Junge-Union-Chef Tilman Kuban kann sich angesichts der Corona-Lage einen CDU-Bundesparteitag im Dezember nur schwer vorstellen. »Eine physische Großveranstaltung in der Dimension eines CDU-Bundesparteitags wird es angesichts der jüngsten Bund-Länder-Beschlüsse kaum geben können«, sagt der Vorsitzende der Nachwuchsorganisation von CDU und CSU. »Ich halte es jedenfalls für unverantwortlich, dem Karnevalsverein zu erklären, dass er am 11. 11.

nicht feiern darf, oder dem Hochzeitspaar verständlich machen zu müssen, nur mit 50 Personen feiern zu dürfen, aber einen Parteitag mit 1500 Personen physisch durchzuführen.« Da im Parteiengesetz bislang keine digitalen Wahlparteitage geregelt sind, ist es aus Sicht des CDU-Politikers zwingend, dass der Bundestag schnell neue Rahmenbedingungen schafft. »Wir sollten jetzt alles daransetzen, bis zum Dezember die gesetzlichen Voraussetzungen im Parteienrecht für digitale Wahlparteitage zu schaffen.« So könne auf einem digitalen CDU-Parteitag auch eine neue Parteispitze gewählt werden. FLO

Berliner Mietendeckel Kaum Streit zwischen Mietern und Eigentümern

● Bislang sorgt der Berliner Mietendeckel für weniger Streitfälle, als es das politische Ringen um das Instrument vermuten ließe. Nach einer Erhebung der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen gingen bei den zuständigen Bezirken seit dem 1. März 972 Anzeigen ein. Lediglich 30 Anzeigen bemängelten überhöhte Mieten, 121 zeigten Verstöße gegen die Mietobergrenze an. Was die wirtschaftliche Belastung der Vermieter betrifft,

so vermerkte die staatliche Investitionsbank Berlin bis Mitte dieser Woche 354 Härtefallanträge. Als berechtigt anerkannt hat die Förderbank 47 Anträge. Ende vergangenen Jahres hatte der rot-rot-grüne Berliner Senat beschlossen, Obergrenzen für Mieten für die kommenden fünf Jahre festzusetzen. Der Mietendeckel gilt für rund 1,5 Millionen Mietwohnungen, etwa 90 Prozent des Bestands in der Hauptstadt. Gegen den Deckel liegen mehrere Klagen beim Bundesverfassungsgericht vor. Die Richter werden vermutlich im Sommer 2021 über die Verfassungsmäßigkeit entscheiden. WAS



Wohnungen in Berlin

Paul Langrock / Agentur Zenit



Philip Frowein / DER SPIEGEL

Der Augenzeuge

»Der Wolf wird kommen«

Viele Deutsche seien der Natur entfremdet und ahnten auch nicht, wo es gefährlich werden kann, sagt der Konstanzer Kreisjägermeister Kurt Kirchmann, 70. Im Programm »Lernort Natur« des Deutschen Jagdverbandes vermittelt der Naturpädagoge vor allem Schülern Wissen über den Wald und seine Tiere.

● »In die Schulen bringe ich meist einen Anhänger voller präparierter Tiere mit: Wildschwein, Dachs, Storch, Biber, ein Reh, Spechte, Eulen und Habichte. Da machen die Kinder erst mal große Augen, denn viele sind eher selten draußen. Die Waldtiere verstecken sich vor den Menschen, die ihre Feinde sind und auch oft viel zu laut unterwegs. Häufig kennen die Kinder nur einen Raubvogel, den Adler, und sie denken, der Hirsch wäre der Vater vom Reh. Ich zeige und erkläre ihnen alles, auch auf Waldgängen. Leider ist seit März wegen Corona alles ausgefallen.

Die Menschen heute sind der Natur entfremdet, dem möchte ich entgegenwirken. Immer häufiger nehmen Spaziergänger Jungtiere aus dem Wald mit nach Hause, weil sie denken, sie wären elternlos: Kitze, Frischlinge, selbst Turmfalken, die aus dem Nest gefallen sind. Wildtiere, die von Menschen berührt wurden, werden aber von ihren Eltern oft nicht wieder angenommen. Versucht der Mensch, sie aufzuziehen, sterben die Kleinen häufig sogar, denn viele brauchen die Muttermilch.

Ein großes Problem sind Spaziergänger, die nicht auf den Wegen bleiben. Sie trampeln mitten durchs Wohnzimmer der Wildtiere, in der Brutzeit im Frühjahr sogar durch ihr Kinderzimmer. Viele lassen ihren Hund frei laufen, das führte dazu, dass ich in den letzten Wochen vier tote Rehkitze mit Kehlbiß hatte. Nachts machen manche Leute Schnitzeljagd per GPS im Wald, das ist gefährlich, denn wegen der Schweinepest müssen wir derzeit nachts möglichst viele Wildschweine jagen.

Manche Tiere wie Fuchs, Marder und Waschbär sind näher an die Städte und Dörfer herangerückt. Der Wolf wird auch zu uns kommen, wir werden lernen müssen, mit ihm zu leben, und er mit uns. Oft werde ich gefragt, was man tun soll, wenn man einen sieht. Dann sage ich: langsam bewegen, laut sprechen. Auf keinen Fall rennen, denn das weckt seinen Jagdinstinkt.« Aufgezeichnet von Annette Großbongardt

Echt virtuell

Die CDU nimmt sich ein Beispiel am US-Wahlkampf.

● Liebe Parteifreunde! Weil Corona keine Parteigrenzen kennt, sind auch wir nicht immun – und können unseren Parteitag im Dezember deshalb nicht so abhalten wie geplant. Verschieben wollen wir aber auch nicht noch mal – ich bin ja schon viel zu lange CDU-Vorsitzende.

Wie unsere Freunde in den USA gezeigt haben, können aber auch Virtualität und ein neuer Stil begeistern. Schon heute darf ich Ihnen Höhepunkte des Programms verraten. Die Eröffnungsrede hält Joachim »Rampen« Sauer, der uns mit launigen Anekdoten

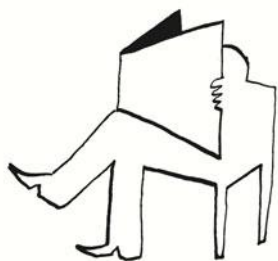
Hausmusik von Merz, Merkel-Anekdoten von Joachim »Rampen« Sauer.

aus der Ehe mit Angela Merkel auf den Parteitag einstimmt.

Es folgt die Vorstellung der Vorsitzendenkandidaten durch Testimonials: Johannes, Eva und Julius Laschet berichten über die politischen Qualitäten ihres Vaters und enthüllen,

welche Regierungsposten sie anstreben. Die Familie Merz wurde für ein Hausmusikkonzert verpflichtet, im Anschluss verliest der Vorstandsvorsitzende von Blackrock das sehr zufriedenstellende Arbeitszeugnis von Friedrich Merz. Für Norbert Röttgen werden noch Fürsprecher gesucht, zur Not will er das aber gern selbst übernehmen.

Freuen Sie sich dann auf meine Abschiedsrede: »Warum Frauen doch vielleicht wichtig sind«. Anschließend die Wahl des Vorsitzenden per Zoom, Absingen des Deutschlandlieds, gemeinsames Bittgebet »Markus, hilf uns!« sowie Verkündung von Markus Söder als Kanzlerkandidat der Union. Soviel steht schon fest. Wollen Sie sich noch einbringen? Gute Ideen brauchen wir dringend. Ich freu mich auf Sie – echt virtuell! Ihre AKK. Stefan Kuzmany



Amerikanische Hubschrauber über Bayern

U.S. Army / Cover Images / Picture Alliance

US-Truppenabzug Bund soll Immobilien abgeben

● Bayern verlangt vom Bund Kompensation für die wirtschaftlichen Schäden durch den von US-Präsident Donald Trump angekündigten Truppenabzug aus Deutschland. Dieses Anliegen brachte der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Markus Söder nach Auskunft von Teilnehmern am vergangenen Dienstag beim Koalitionsgipfel in Berlin vor. Die Runde beschloss, dass die von Standortschließungen betroffenen Länder – neben Bayern sind das vor allem Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz – mit Verteidigungsministerin

Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) über solche Leistungen des Bundes verhandeln sollen. Trump will fast 12 000 der rund 35 000 in Deutschland stationierten Soldaten abziehen. Den Ländern schwebt beispielsweise vor, dass betroffene Kommunen zu günstigen Konditionen an frei werdende Liegenschaften kommen. Diese Flächen könnten sie dann nutzen, um Gewerbe anzusiedeln oder Wohnraum zu schaffen. In der Regel gehen die militärischen Areale nach der Nutzung in den Besitz des Bundes über. Zudem will Kramp-Karrenbauer im Herbst in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit den Ländern prüfen, ob die Bundeswehr den vom US-Truppenabzug betroffenen Regionen helfen kann. MGB, REI

Fall McCann Geschwätzte Aussage

● Einer der Hauptzeugen im Fall der 2007 im portugiesischen Praia da Luz verschwundenen Madeleine McCann spielte auch eine entscheidende Rolle beim Vorwurf der Vergewaltigung einer 72-jährigen US-Amerikanerin. In beiden Fällen belastete Helge B. den wegen der Vergewaltigung noch nicht rechtskräftig zu sieben Jahren verurteilten Deutschen Christian B. schwer. Der mehrfach vorbestrafte Helge B. berichtete Scotland Yard von einem jährlich stattfindenden Drachenfestival im Süden Spaniens, bei dem er im Frühjahr 2008 Christian B. getroffen habe. Dort soll der heute 43-Jährige ihm gegenüber eingeräumt haben, mit dem Verschwinden des Mädchens zu tun

zu haben. In der Aussage von Helge B. im Vergewaltigungsverfahren ist diese Passage allerdings geschwätzt. »Um die Glaubwürdigkeit des Zeugen überprüfen zu können, hätte die Passage offengelegt werden müssen«, sagt Christian B.s Anwalt Friedrich Fülcher und fordert »unverzögliche Akteneinsicht«. Sein Mandant bestreitet die Vorwürfe in beiden Fällen. In Kiel beantragte Fülcher die Haftentlassung seines Mandanten auf Bewährung. Christian B. verbüßt derzeit noch eine Haftstrafe wegen Drogenhandel auf Sylt. Die Gerichte in Kiel und Braunschweig hatten bereits vor Wochen über die Zuständigkeit für diesen Antrag gestritten. Da sie sich immer noch nicht einigen können, rief das Gericht in Braunschweig nun erneut den Bundesgerichtshof an. GUD



Zeit für
höchsten Genuss



Südtiroler
Qualitätsprodukte



SÜDTIROL

Südtiroler Produkte vereint der hohe Anspruch an ihre Qualität. Dabei sind sie ebenso vielfältig wie die Natur und Kultur des Landes. Südtiroler Qualität erkennen Sie an der Herkunftsbezeichnung – und am Genuss. Erfahren Sie mehr unter [suedtirol.info/qualitaetsprodukte](https://www.suedtirol.info/qualitaetsprodukte)



Guido Bergmann / DPA

US-Präsident Trump, Kanzlerin Merkel bei der Uno in New York 2019: »Das können wir uns nicht gefallen lassen«

In Trumps Visier

Außenpolitik Die USA haben den Bau der Ostseepipeline Nord Stream 2 mit Sanktionsdrohungen lahmgelegt. Das deutsch-russische Großprojekt kann zum Milliardengrab werden, wenn es der Bundesregierung nicht gelingt, Washington zu besänftigen.

Der Landwirt Johann Tophoff-Kaup aus dem Dorf Neklade auf Rügen kämpft schon seit Langem gegen die geplante deutsch-russische Gaspipeline Nord Stream 2. Erst sollte er sein Land verkaufen, um Ausgleichsflächen für den Bau zu schaffen. Er wehrte sich und steckte Schilder in seine Weizenfelder mit dem Slogan »Kein Acker für Nord Stream 2«.

Seinen Acker konnte er retten, doch nun bangt der 32-Jährige um seine Biogasanlage, die er seit sechs Jahren betreibt. Das russische Erdgas ist billiger als die umweltfreundliche Energiegewinnung aus Speiseresten und Gülle. »Wir reden gerade so viel über die Energiewende und erneuerbare Energien«, sagt der Landwirt. »Dann in so großen Mengen auf fossile Brennstoffe zu setzen, finde ich fragwürdig.«

Nicht nur Umweltschützer widersetzen sich seit Jahren dem Pipelineprojekt. Viele EU-Partner, allen voran Polen und Balten, halten es für einen strategischen Fehler, weil es Europa von russischem Gas abhängig mache. Doch kein noch so gutes Argument konnte das Projekt bislang ernsthaft in Gefahr bringen. Die Bundesregierung hielt stur an der Umsetzung fest. Die beiden jeweils 1230 Kilometer langen Rohrleitungen durch die Ostsee nach Lubmin bei Greifswald sind so gut wie fertig, es fehlen lediglich zusammen rund 150 Kilometer.

Doch jetzt könnte US-Präsident Donald Trump das Projekt im letzten Moment zu Fall bringen. Grund sind Sanktionen, mit denen Washington weltweit Firmen droht, die in den Pipelinebau verwickelt sind. Die beiden Kammern des US-Kongresses wollen dazu ein Sanktionsgesetz erweitern. Aus Sorge vor den Drohungen herrscht derzeit ein Baustopp.

Bislang hat Trumps Außenpolitik des »maximalen Drucks« andere Länder erwischt, doch US-Außenminister Mike Pompeo kündigte an, die Pipeline falle ab sofort unter das Caatsa-Gesetz von 2017. »Amerikas Gegnern mit Sanktionen entgegenwirken« lautet der Titel des Gesetzes. Eigentlich richtet es sich gegen Erzfeinde wie Iran oder Nordkorea. Nun aber steht auch Deutschland im Visier sogenannter »extraterritorialer« Sanktionen.

Was das konkret bedeutet, erlebten die Bewohner der Insel Rügen Anfang August. Drei US-Senatoren drohten den Betreibern des Sassnitzer Hafens in einem Brief mit Konsequenzen, falls sie den Bau der Pipeline weiterhin logistisch unterstützen. Dass solche Drohungen wirken, zeigte sich bereits Ende vergangenen Jahres, als die Schweizer Firma Allseas zwei Verlegeschiffe abzog, nachdem die Senatoren auch ihr gedroht hatten.

Deutschland auf gleicher Linie wie Iran und Nordkorea – das harte Ringen um die

Pipeline markiert einen weiteren Tiefpunkt im deutsch-amerikanischen Verhältnis. »Sanktionen zwischen Partnern sind ganz klar der falsche Weg. Deutschland und Europa entscheiden selbstständig über ihre Energiepolitik«, kritisiert Außenminister Heiko Maas (SPD). »Das Verhalten der US-Regierung ist skandalös«, sagt seine Parteifreundin Manuela Schwesig, die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern. Das Bundesland ist vom derzeitigen Baustopp am meisten betroffen. »Das können wir uns nicht gefallen lassen. Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie den USA klarmacht, dass wir dieses Verhalten nicht akzeptieren.«

Doch so einfach ist es nicht, für die Bundesregierung ist die Auseinandersetzung mit den USA ein heikler Balanceakt. Einer-

mächte ganz nah. Nur wenige Zentimeter trennen die russische von der US-amerikanischen Flagge. Zu beiden Ländern pflegt Sassnitz Städtepartnerschaften. Auf Krachts Schreibtisch liegt das Dokument, das ihm derzeit viel Aufmerksamkeit beschert. »United States Senate, Washington, DC 20510«, steht auf dem Briefkopf, Absender: Ted Cruz, Tom Cotton und Ron Johnson.

Die drei republikanischen Senatoren drohen der Fährhafen Sassnitz GmbH mit »fatalen« Sanktionen, dem Einfrieren von Guthaben und Einreiseverboten. Die Gesellschaft betreibt den Hafen Mukran Port, an dem bislang die Rohre für Nord Stream 2 verladen wurden. Sie gehört zu 90 Prozent der Stadt Sassnitz und zu 10 Prozent dem Land Mecklenburg-Vor-



Pipelineverlegeschiff in der Ostsee 2018: Längeren Baustopp einkalkuliert

seits muss sie die heimischen Unternehmen vor den amerikanischen Angriffen bewahren. Andererseits tritt sie dadurch noch mehr als Beschützerin eines Projekts in Erscheinung, das dem russischen Präsidenten Wladimir Putin viel Geld in die Kasse spülen soll.

Angesichts des Giftanschlags auf den Oppositionspolitiker Alexej Nawalny mehrten sich Forderungen nach Sanktionen gegen Putin. Da würde der Einsatz für das gemeinsame Milliardenprojekt kontraproduktiv wirken. Stattdessen werden erste Forderungen laut, Deutschland solle von sich aus Nord Stream 2 beenden, was wohl tatsächlich Eindruck auf den russischen Präsidenten machen könnte. Zugleich aber wäre es ein Sieg Washingtons und seiner Außenpolitik, die viele mittlerweile als Erpressung empfinden.

Im Vorzimmer des Sassnitzer Bürgermeisters Frank Kracht sind sich die Welt-

pommern. »Wenn Sie weiterhin Waren, Dienstleistungen und Unterstützung für das Nord-Stream-2-Projekt bereitstellen, würden Sie das zukünftige finanzielle Überleben Ihres Unternehmens zerstören«, heißt es in dem Brief.

»Das ist der Gipfel der Unverfrorenheit«, sagt Kracht. Der Hafen ist neben dem Tourismus eine bedeutende Einnahmequelle der Stadt. »Für mich ist es wichtig, dass wir saisonunabhängige Arbeitsplätze haben.« Nord Stream 2 spiele dabei eine wichtige Rolle.

Der Konflikt habe das Potenzial, Sassnitz langfristig zu schaden, glaubt der 53-Jährige. Ein mögliches Beispiel: Eine international tätige Firma will in Zukunft einen Offshore-Windpark bauen und sucht dafür den passenden Hafen. Ähnliche Projekte hat die Stadt bereits ergattert. Wenn einer solchen Firma in Sassnitz US-Sanktionen drohen, würde sie sich wahrscheinlich

einen anderen Standort suchen. »Dann gehen wir leer aus«, sagt Kracht.

Am Mukran Port stapeln sich die verbleibenden Pipelineteile, 17 000 sind es noch. Eigentlich sollte bereits Ende vergangenen Jahres Erdgas durch die Rohre fließen, nun ist Abwarten angesagt. »Wir haben keinen Termin, wann wir verladen dürfen«, sagt der Bürgermeister.

Christine Zillmer, die stellvertretende Vorsitzende des CDU-Stadtverbands Sassnitz, hat selbst zum Briefpapier gegriffen. Die 42-Jährige hat Trump nach Sassnitz eingeladen. »Das war nicht ironisch gemeint, sondern wirklich respektvoll und menschlich«, sagt sie. Zillmer hofft, dass sich der US-Präsident durch ihren Brief wenigstens kurz mit dem Thema auseinandersetzt. »Wir haben schon den Hinweis bekommen, dass wir vielleicht twittern sollten«, scherzt sie.

Zillmer sagt, dass sie auch Kontakt mit dem Büro der CDU-Bundestagsabgeordneten für den hiesigen Wahlkreis hatte. Es ist Angela Merkel, mit der Kanzlerin persönlich gesprochen habe sie über das Thema aber noch nicht. »Merkel prescht nicht vor«, sagt Zillmer. »Immer schön besonnen, ruhig bleiben und die Dinge regeln.« Bisher habe das bei der Kanzlerin geklappt, findet sie. Jetzt hofft sie, dass es wieder so ist.

Es sind allerdings nicht nur die Amerikaner, die ihre Vorbehalte haben. Auch in Europa ist das Projekt seit Langem umstritten. Nachdem der damalige Kanzler Gerhard Schröder (SPD) 2005 die Übereinkunft mit Moskau zum Pipelinebau getroffen hatte, erinnerte das den damaligen polnischen Verteidigungsminister Radek Sikorski an den Hitler-Stalin-Pakt. Auch andere östliche EU-Staaten äußerten immer wieder Kritik, wenngleich deutlich milder.

Mit dem Bau von Nord Stream hätten die Deutschen ein hohes Maß an Geschichtsvergessenheit gezeigt, so lautet die polnische, aber auch die baltische Lesart. Um des billigen Gases wegen seien sie bereit, die tief sitzenden historischen Bedenken ihrer EU-Partner zu ignorieren.

Zudem sei die Übereinkunft Beweis dafür, wie sträflich sie die Gefahr unterschätzten, die von Putins Russland ausgehe. Der verfolge mit der Pipeline geostrategische Ziele, so der Verdacht, und habe dann ein neues Druckmittel in der Hand. Er könnte den Ländern der einst sowjetischen Hemisphäre im Konfliktfall den Gashahn abdrehen.

Die Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Lettland und Estland sind auf russisches Gas angewiesen. Vor allem aber wäre die ohnehin schon durch den Bürgerkrieg im Osten angeschlagene Ukraine in Gefahr: Über sie fließen rund 40 Prozent der russischen Gasimporte in die EU.

Für die Ukraine sind die Transitgebühren ein erheblicher Wirtschaftsfaktor, sie würden mit dem Bau der Pipeline nicht mehr fällig. Dank Nord Stream könnte Russland die Ukraine in Zukunft umgehen, Gas nach Westen verkaufen und gleichzeitig Druck auf die Führung in Kiew ausüben, um etwa deren Annäherung an die EU zu sabotieren, warnen die Osteuropäer.

Moskau würde mit den Europäern »großes Geld« machen, ließ Mateusz Morawiecki, Premier in Warschau, verlauten. Geld, das der Kreml direkt wieder in die Rüstung investieren könnte. Anlässlich des Besu-

Die EU-Kommission versucht, »mit einem Dosenöffner einem Stahltesor zu Leibe zu rücken«.

ches von US-Außenminister Pompeo Mitte August lobte Morawiecki ausdrücklich die US-Sanktionen gegen Firmen, die am Bau von Nord Stream 2 beteiligt sind.

Viele EU-Partner, die das Pipelineprojekt bislang kritisch sahen, fühlten sich durch die harschen US-Sanktionen jedoch genötigt, Deutschland ihre Solidarität zu bekunden. Mitte August übermittelten 24 der 27 EU-Staaten dem US-Außenministerium per Videokonferenz eine scharfe Protestnote. Nicht dabei waren Ungarn, Lettland und Rumänien. Aber auch andere EU-Partner würden dem Projekt keine Träne nachweinen. »Estland hat Nord Stream 2 schon immer kritisch gesehen«, sagt der estnische Verteidigungsminister Jüri Luik. »Ich wäre nicht enttäuscht, wenn es scheitert.«

In Brüssel sieht man das anders: Sollten die USA mit ihrer Taktik Erfolg haben, sagt ein Diplomat, müsse jeder EU-Staat damit rechnen, irgendwann selbst in die Schusslinie der Amerikaner zu geraten – und dann die Hilfe der anderen zu brau-

chen. Heute ist es Nord Stream 2, »schon morgen könnte es um Computer, Schiffe, Autos oder anderes gehen«, sagt Daniel Caspary, Chef der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament. »Wir müssen den Anfängen wehren.«

Eine Rolle spielt dabei die in Brüssel verbreitete Überzeugung, dass es den USA keineswegs nur darum geht, die Europäer vor russischer Einflussnahme zu schützen – sondern einzig und allein darum, ihr eigenes Flüssiggas an die EU zu verkaufen. »Falls es zu US-Sanktionen kommt, sollte die EU Gegenmaßnahmen ergreifen«, sagt Bernd Lange, Chef des mächtigen Außenhandelsausschusses im EU-Parlament. Schäden für die europäische Wirtschaft müsse man mit »Zöllen und Sanktionen« ausgleichen, sagt der Sozialdemokrat aus Hannover. »Man kann zu Nord Stream 2 unterschiedliche Auffassungen haben«, konstatiert David McAllister, Chef des Auswärtigen Ausschusses im Europaparlament. »Die extraterritorialen Sanktionsdrohungen der US-Regierung sind in jedem Fall unangemessen.«

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen arbeitet bereits daran, ihrer Behörde schärfere Waffen zu verschaffen, die den amerikanischen Methoden ebenbürtig sein sollen. Die CDU-Politikerin war noch keine zwei Wochen im Amt, als sie Mitte Dezember vorschlug, die sogenannte Durchsetzungsverordnung zu überarbeiten. Sie soll es der Kommission erlauben, in Handelsstreitigkeiten auch dann gegen andere Länder vorzugehen, wenn die Welthandelsorganisation noch kein Urteil gesprochen hat.

Ob die neue Regelung aber eine Wirkung entfaltet, darf bezweifelt werden. Die Änderung gleiche dem Versuch, »mit einem Dosenöffner einem Stahltesor zu Leibe zu rücken«, lästert der Grünen-Europapolitiker Reinhard Bütikofer. Er warnt vor einer »völlig unbedachten Rhetorik des Zurückschlagens«. Zumindest kurzfristig gebe es »keinerlei Aussichten, dass sich die EU erfolgreich gegen Sanktionen der USA wehren kann«. Denn für große europäische Unternehmen zähle am Ende nur die Frage, ob sie im Zweifel auf den US-Markt verzichten könnten. »Und die Antwort«, sagt Bütikofer, »lautet in den allermeisten Fällen nein.«

In der Bundesregierung hat man lange gehofft, die Amerikaner mit dem Bau eines Flüssiggasterminals etwa in Brunsbüttel besänftigen zu können. Im Wirtschaftsministerium geht man davon aus, dass die US-Administration deswegen so hart gegen Nord Stream 2 vorgeht, weil es ihr vor allem um den Verkauf des eigenen Fracking-Gases nach Europa geht. Ted Cruz, einer der briefeschreibenden Sensatoren, stammt aus Texas, wo besonders viel Fracking-Gas produziert wird.



Geschäftspartner Schröder, Putin 2011
»Hohes Maß an Geschichtsvergessenheit«

Großzügig hatte die Bundesregierung daher zugesagt, auch den Anschluss der Terminals ans deutsche Gasnetz zu finanzieren, alle Genehmigungshürden zu beseitigen und schnell zu bauen. Doch die erneute Verschärfung der Sanktionsdrohungen hat Minister Peter Altmaier (CDU) und seinen Beamten gezeigt: Die Amerikaner lassen sich mit dem Terminal nicht zufriedenstellen.

Grund zur Hoffnung, dass sich mit einer Wahl des Demokraten Joe Biden zum Präsidenten die Haltung Washingtons grundsätzlich ändern würde, besteht auch nicht. Die Sanktionen hätten eine breite überparteiliche Unterstützung in beiden Häusern des Kongresses, sagte eine Sprecherin von Senator Cruz dem SPIEGEL. »Es ist nicht nur Konsens in den USA«, erklärte sie. »Viele europäische Regierungen haben den Vorstoß von Senator Cruz unterstützt und haben ausdrücklich die konstruierten und falschen Berichte über die amerikanische Initiative zurückgewiesen.« Nord Stream 2 würde nach Ansicht von Cruz Russlands Politik der aggressiven Expansion und wirtschaftlichen Erpressung belohnen. Die Pipeline gefährde daher die Sicherheitsinteressen Amerikas.

Deutsche Diplomaten weisen zwar darauf hin, dass die angedrohten Sanktionen ohnehin nicht so schnell umgesetzt würden. Der »Protecting Europe's Energy Security Clarification Act«, dem die Sanktionen unterliegen würden, ist Teil des Verteidigungsbudgets, der wahrscheinlich nicht mehr vor den Wahlen verabschiedet werde. Aber in der Sache seien sich alle einig. Sollte Joe Biden Präsident werden, könne er es sich nicht leisten, schwach gegenüber dem Kreml zu wirken. In der Bundesregierung hofft man trotzdem, mit dem Demokraten am Ende irgendeinen Deal schließen zu können.

Die beteiligten Firmen jedenfalls haben sich schon vor Längerem auf mögliche politische Schwierigkeiten eingestellt und einen längeren Baustopp mit einkalkuliert. Bereits 2016 übernahm der russische Gasgigant Gazprom das komplette Projekt als alleiniger Gesellschafter. Die bis dahin involvierten fünf europäischen Gesellschafter Uniper (Deutschland), OMV Österreich, Engie (Frankreich), Wintershall (Deutschland) und Shell (Niederlande) beschränkten sich darauf, im Gegenzug jeweils 10 Prozent der geplanten Bausumme von rund 9,5 Milliarden Euro zu übernehmen.

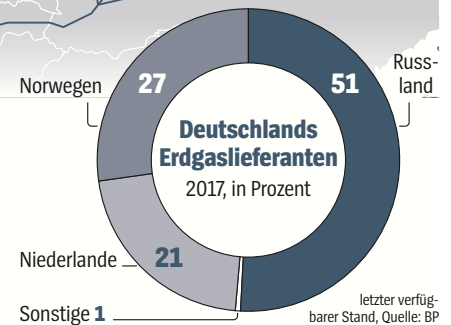
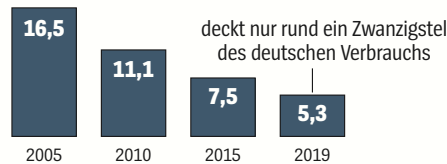
Der Trick daran: Da die Gelder bereits vollständig gezahlt sind, können die Firmen auch nicht mit Sanktionen belegt werden. Offiziell haben sie in dem Unternehmen keine Funktion mehr. Selbst eine weitere Verzögerung des Baus über mehrere Monate könnten sie verkraften. Zur Not müssten sie die Investitionen irgendwann

Pipeline-Poker

Die wichtigsten Rohrleitungen für russische Gaslieferungen



Heimische Erdgasförderung in Milliarden m³



abschreiben. Das wäre bei knapp einer Milliarde Euro schmerzlich, gehört bei Energiekonzernen dieser Größenordnung jedoch zum Geschäftsrisiko. Die Abschreibungen für die stillgelegten Atom- und Kohlekraftwerke in Deutschland waren um ein Vielfaches höher.

Auch die deutsche Energiewirtschaft könnte noch eine Zeit lang auf das Gas aus Russland verzichten. Aber in Deutschland werden in den nächsten Jahren immer mehr Kohle- und auch die letzten Atomkraftwerke vom Netz gehen. Für den Übergangszeitraum dürfte mehr Gas gebraucht werden, um Schwankungen bei Solar- und Windenergie auszugleichen. Langfristig jedoch soll Gas für die Stromversorgung und das Heizen immer unwichtiger werden.

Es gibt sogar Überlegungen, die davon ausgehen, dass in naher Zukunft überhaupt kein Gas durch die Nord-Stream-Rohre fließt, die Pipeline aber dennoch gebraucht würde – für die Produktion von Wasserstoff zum Beispiel.

Um die vereinbarten Klimaziele von Paris einhalten zu können, müssen europäische Industrieunternehmen ihre Produktion radikal ändern und in den nächsten Jahren von fossilen Brennstoffen auf den Einsatz von Wasserstoff umstellen.

Bis aber genug grüner Wasserstoff zur Verfügung steht, könnte die Lücke mit Wasserstoff gefüllt werden, der mittels einer chemischen Umwandlung aus Gas gewonnen wird. Im Falle von Nord Stream

könnte das direkt an der Quelle in Russland geschehen. Die dabei frei werdenden Kohlenstoffe könnten möglicherweise direkt in die Bohrlöcher verfüllt und der Wasserstoff über die Pipeline nach Europa gepumpt werden. Das Klimaargument könnte die Europäer in ihrer Haltung weiter zusammenschweißen und die US-Position schwächen.

In Sassnitz dagegen geht derweil das Gerücht um, dass die Bauarbeiten schon im Verborgenen weitergehen. Seit Mai liegt die »Akademik Cherskiy« am Kai. Ein russisches Schiff, das als Ersatz für die Schweizer Verlegeschiffe kam. Mit seinem riesigen Kran soll es künftig die Rohre verlegen, dafür muss es noch umgebaut werden. Einige Sassnitzer glauben, dass dies längst stattfindet, die Arbeiter wohnen angeblich im benachbarten Stadthafen.

Dort stehen Männer auf dem Wohnschiff »Rossini«, sie quatschen, telefonieren, rauchen. Ein weißer Zaun sperrt sie und das Schiff vom Rest des Stadthafens ab. Nur über eine Laufplanke gelangen die Arbeiter vom Schiff. »Wir arbeiten in Mukran«, ruft einer in gebrochenem Englisch durch den Zaun. »Wir schweißen.« Mehr will er nicht sagen, es bleibt ein reines Gerücht.

Markus Becker, Frank Dohmen, Andreas Flammang, Peter Müller, Ralf Neukirch, René Pfister, Jan Puhl, Christoph Schult, Gerald Traufetter, Severin Weiland, Sabrina Winter



Corona-Teststation bei VW in Wolfsburg: Warnrufe zahlreicher Labors

Peter Steffen / dpa

Unter Vollast

Gesundheit Gerade erst eingeführt, schon wieder abgeschafft: Der Streit um die Testpflicht für Reiserückkehrer zeigt, wie schwer sich die Politik tut, den richtigen Kurs in der Krise zu finden.

Vor dem Autofenster steht ein Mann in einem weißen Ganzkörper-Schutzanzug. Sein Gesicht ist hinter einem Plastikvisier verborgen, zusätzlich trägt er einen Mund-Nasen-Schutz und blaue Einmalhandschuhe, in der Hand hält er ein kleines Plastikröhrchen mit einem Abstrichupfer.

Der Rastplatz Neuenburg an der A5 in Baden-Württemberg ist zum Corona-Testzentrum umfunktioniert worden. Davor bilden sich lange Autoschlangen. Alle paar Minuten Motor starten, einige Meter vorrollen, Motor wieder aus. Niemand darf sein Fahrzeug verlassen, nicht mal zur Toilette gehen, dafür sorgt ein Polizist, der alles überwacht.

Wer vorn angekommen ist, muss seinen Namen angeben und das Reiseland, aus dem er kommt. Dann bittet der Mann im Ganzkörperanzug, den Kopf nach vorn zu neigen und die Zunge herauszustrecken. Bis zu vier Tage könne es momentan dauern, bis das Testergebnis im Internet abzurufen sei, sagt der Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes, nachdem er den

Abstrichupfer wieder herausgezogen hat. Bei einem positiven Ergebnis melde sich ohnehin das Gesundheitsamt. Danke, gute Weiterfahrt, nächstes Auto.

Zehntausende Urlaubsrückkehrer haben sich in den vergangenen Wochen unmittelbar nach der Einreise an Autobahnen und Flughäfen auf Sars-CoV-2 testen lassen. Wer aus einem Risikogebiet kommt, in dem die Infektionsraten hoch sind, ist seit dem 8. August zu einem Test verpflichtet; die Kosten übernehmen die gesetzlichen Krankenkassen – noch.

Politisch war das bis vor Kurzem so gewünscht, auch vom Bundesgesundheitsminister: Die Reisenden seien zu einem großen Teil für die stark gestiegenen Infektionszahlen in Deutschland verantwortlich, sagte Jens Spahn (CDU) noch am Mittwoch. Mehr als 40 Prozent der Neuinfektionen seien auf Heimkehrer aus dem Ausland zurückzuführen.

Allerdings: Die Testpflicht, die er erst im August eingeführt hatte, will Spahn jetzt wieder abschaffen. Stattdessen sollen Rückkehrer aus Risikogebieten nach ihrer

Einreise zunächst in Quarantäne gehen und sich frühestens nach fünf Tagen testen lassen können. So hatte es Spahn zusammen mit den Gesundheitsministern der Länder am Montag vorgeschlagen. Und dieser Plan wurde am Donnerstag in der Videoschleife der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin abgesegnet, wenn auch nicht ab sofort.

Abgeschafft werde die Testpflicht erst, wenn die nötigen Voraussetzungen dafür geschaffen seien, entschied die Runde der Regierungschefs, etwa wenn alle Rückkehrer elektronisch erfasst würden und sich so die Einhaltung der Quarantänepflicht leichter überprüfen lasse. Gelingen soll das »möglichst« ab 1. Oktober. Aber schon zwei Wochen vorher, ab Mitte September, sollen Rückkehrer aus Nichtrisikogebieten ihre Corona-Tests selbst bezahlen.

Man müsse die Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung immer wieder an die Großlage anpassen, begründete Spahn diese Rolle rückwärts. Er reagierte damit auf die Warnrufe zahlreicher Testlabors und Experten wie des Berliner Virologen Christian Drosten: Durch die kostenlosen Tests für alle Rückkehrer seien die Labors an ihre Belastungsgrenzen getrieben worden. Wichtige Reagenzien und andere Verbrauchsmittel, die für die Tests notwendig sind, seien schon bedenklich knapp geworden.

Im schlimmsten Fall könnten dadurch dringend benötigte Corona-Tests fehlen, wenn es irgendwo in der Republik zu großen Ausbrüchen mit vielen Infizierten kommen sollte, warnen Laborärzte. Aus medizinischer Sicht ergibt es keinen Sinn, die Reiserückkehrer ohne Krankheits-symptome »anlasslos« zu testen, sagt der Vorsitzende des Vereins der Akkreditierten Labore in der Medizin (ALM), Michael Müller.

Der Einspruch, vor allem aus Bayern, ließ nicht lange auf sich warten. CSU-Chef Markus Söder, der den Bürgern im Freistaat kostenlose Tests für alle versprochen hatte, nannte die Abschaffung der Rückkehrer-Testpflicht einen »Fehler«. Und kündigte eine Sonderregelung an: An bayerischen Flughäfen, Bahnhöfen und Autobahnen sollen sich alle Reiserückkehrer wie bisher kostenlos auf das Virus untersuchen lassen können, mindestens bis Oktober.

Die Warnungen vor Kapazitätsengpässen dürften also vorerst nicht verstummen. Dabei steht Deutschland in dieser Frage noch gut da. Rund 1,4 Millionen der PCR-Analysen können die Labors nach einer Umfrage des Robert Koch-Instituts (RKI) derzeit in einer Woche schaffen. Diese Tests können Erbmateriale des neuartigen Coronavirus bei einer erkrankten Person mit einer Wahrscheinlichkeit von 98 Prozent nachweisen. Tatsächlich durchgeführt

wurden laut RKI in der vergangenen Woche knapp 990 000 PCR-Analysen. Rechnerisch wäre also noch Luft für mehr Tests.

Gleichwohl schlagen die Labors Alarm: Die Belastungsgrenze für ihre Mitarbeiter und die technische Ausstattung seien nach monatelangem Dauereinsatz erreicht und in manchen Regionen bereits überschritten, sagt ALM-Chef Müller, in dessen Verein rund 200 Laboratorien und fast tausend Ärzte organisiert sind. Manche Unternehmen wie der Laborverbund Bioscientia mit Hauptsitz im rheinland-pfälzischen Ingelheim arbeiten nach eigenen Angaben zum Teil schon »mit 110 Prozent«.

Die Testgeräte liefen seit Monaten unter Volllast, sagt Bioscientia-Kommunikationschef Hendrick Borucki. Als am Wochenende zwei große Geräte für mehrere Stunden ausgefallen seien, seien in kurzer Zeit mehr als 2000 Tests aufgelaufen, die nur mit erheblicher Verspätung in den folgenden Tagen abgearbeitet werden konnten.

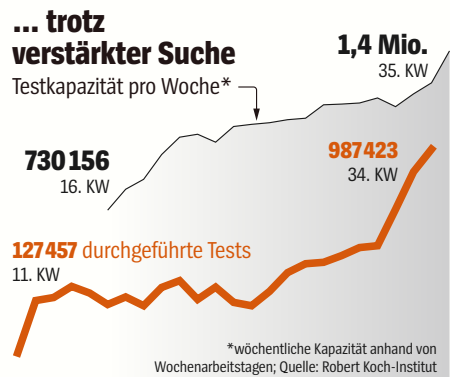
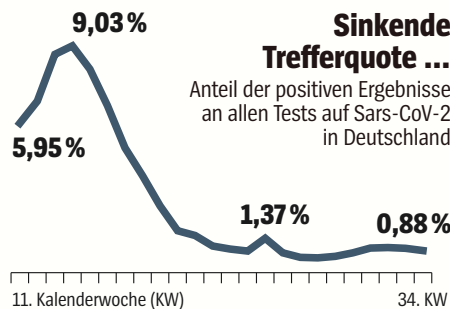
Die vielerorts starke Auslastung der Labors und Testzentren wirkt sich auch auf die Wartezeiten aus. Wer sich in dieser Woche in Hessen bei der Telefonhotline der Kassenärztlichen Vereinigung nach einem Test für Schüler mit Erkältungssymptomen erkundigte, bekam eine ernüchternde Auskunft: Bis zu fünf Werktage könne es dauern, bis man über ein positives Ergebnis informiert werde, sagte eine freundliche Hotline-Mitarbeiterin. Falle der Test negativ aus, könne die Benachrichtigung sogar bis zu 14 Tage auf sich warten lassen – so lange, wie eine Quarantäne ohne Test dauern würde.

Allerdings gibt es auch Laborbetreiber, die durchaus noch Spielraum für mehr und schnellere Tests sehen. Sein Unternehmen schaffe derzeit rund 50 000 Analysen pro Tag und könne diese Zahl »in kurzer Zeit« auf 100 000 verdoppeln, sagt Arndt Rolfs, Geschäftsführer des Biotechnologieunternehmens Centogene. Die Rostocker Firma bietet an den Flughäfen Frankfurt am Main und Hamburg Corona-Tests für Selbstzahler an. Deren Ergebnisse sollen bei einem Preis von 59 Euro in der Regel nach spätestens zwölf Stunden vorliegen, beim mehr als doppelt so hohen Express-tarif sogar nach sechs Stunden.

Dass die Reagenzien für die PCR-Tests knapp würden, könne er nicht bestätigen, sagt Rolfs. Die Grundbestandteile der Chemikalien, mit deren Hilfe Viruserbmaterial nachgewiesen werden kann, seien noch in ausreichender Menge auf dem Weltmarkt zu ergattern. Viele Labors seien jedoch von Großanbietern abhängig, die Systemlösungen mit Geräten und kompletten Testkits inklusive vorgefertigter Reagenzien anböten, so Rolfs. Dort sei es zum Teil tatsächlich zu Lieferengpässen gekommen.

Und diese Engpässe drohten zuzunehmen, warnt das Robert Koch-Institut, das ebenfalls eine »starke Abhängigkeit von einzelnen Herstellern« sieht. Gemeint ist vor allem der Schweizer Pharmahersteller Roche, dessen Analysegeräte in den meisten deutschen Labors stehen. Auch RKI-Leute sprechen sich dafür aus, die Testkapazitäten »zu priorisieren«, also die begrenzte Zahl der Tests nach einer Rangliste zu verteilen.

Priorität und damit ersten Zugriff auf die Tests sollten nach dem RKI-Konzept Personen mit typischen Symptomen einer Covid-19-Erkrankung haben, also zum Beispiel Husten, Fieber, Atemnot oder Geschmacksverlust. In die zweite Kategorie fielen Kontaktpersonen von Infizierten sowie Personal und Patienten von Kliniken



Kanzlerin Merkel, Ministerpräsident Söder
Einspruch aus Bayern

oder Pflegeeinrichtungen, in denen es Corona-Ausbrüche gibt. Zur dritten Kategorie zählten dann unter anderem Reisende aus Risikogebieten ohne Krankheitssymptome.

Grund dafür ist, dass von den vielen Tests in Deutschland nur sehr wenige positiv ausfallen. In der vergangenen Woche waren nach RKI-Zahlen 8655 von insgesamt 987 423 Tests positiv, also knapp jeder hundertste. Bei Reiserückkehrern liege die Trefferquote im Schnitt sogar noch niedriger, sagt Bioscientia-Sprecher Borucki: »Da haben wir nur 0,5 Prozent positive Tests.«

Auch im Centogene-Testcenter am Frankfurter Flughafen wird bei weniger als einem Prozent der getesteten Reiserückkehrer das Virus nachgewiesen. Firmenchef Rolfs weist aber darauf hin, dass Rückkehrer aus bestimmten Risikoländern weitaus höhere Infiziertenquoten vorweisen. So würden derzeit mehr als sieben Prozent der Reisenden aus dem Kosovo am Flughafen positiv getestet.

Selbst ein negatives Ergebnis bei der Einreise ist nur bedingt aussagekräftig. »Man weiß ja nicht, ob sich die Reiserückkehrer zu Beginn ihrer Reise oder erst kurz vor dem Rückflug angesteckt haben«, sagt Matthias Orth, Ärztlicher Direktor des Instituts für Laboratoriumsmedizin am Marienhospital in Stuttgart. Das Virus sei dann erst einige Tage später nachweisbar. »Ein Test direkt bei der Einreise ist also eigentlich Unsinn«, sagt Orth. Eine Quarantänepflicht wäre zweifellos sicherer – aber nur, wenn sich jeder Rückkehrer auch daran hält.

Viele Laborbetreiber wünschen sich mehr freie Testkapazitäten für den Herbst. Dann dürfte das Infektionsrisiko steigen, weil die Menschen wieder mehr Zeit in geschlossenen Räumen verbringen. Zudem seien in dieser Jahreszeit auch vermehrt gewöhnliche Erkältungs- und Grippeviren unterwegs, die ähnliche Symptome wie Corona hervorrufen.

Jan Kramer vom landesweiten Laborverbund LaDR spricht sich deshalb dafür aus, die Zahl der Tests jetzt auf ein »vernünftiges Maß« zu reduzieren. »Am Jahresanfang haben wir gesehen, dass eine gezielte Testung von Menschen mit Symptomen gut funktioniert, um die Pandemie im Griff zu behalten«, so Kramer. Auch bei den Urlaubsrückkehrern solle man sich nun auf Personen mit Krankheitssymptomen konzentrieren.

Auf der Konferenz der Ministerpräsidenten und der Kanzlerin konnte sich diese Sichtweise nicht so ganz durchsetzen: Er sei nach wie vor der Meinung, verkündete Söder, dass er mit seiner Strategie der kostenlosen Tests für alle richtig-gelegen habe.

Matthias Bartsch, Katherine Rydlink



Hans Christian Plambeck / LAIF

Bundestagsfraktionschef Gauland: »Ich duze mich nicht mit Kalbitz«

Einsamer Mann

AfD Im Streit um den Skandalpolitiker Andreas Kalbitz vertiefen sich die Gräben. Der Ehrenvorsitzende Alexander Gauland hat sich mit seinem Einsatz für den extremen Rechten ins Abseits befördert.

Alexander Gauland hat sich eine Auszeit genommen. Eine Pause von der Unruhe in seiner Partei, von den Machtkämpfen und Intrigen. Der AfD-Ehrenvorsitzende stapft dieser Tage durch die Berglandschaft Südtirols.

Früher war es immer schwierig für die Partei, wenn Gauland mal ein paar Tage im Urlaub war. Wie kein Zweiter hielt er die unterschiedlichen Charaktere und Strömungen zusammen. Ohne ihn wäre die AfD vermutlich viel früher auseinandergebrochen. Doch inzwischen ist Gauland arg beschädigt. Er steht jetzt selbst am Rand.

Vor Kurzem entschied das Landgericht Berlin, dass der Ausschluss von AfD-Rechtsaußen Andreas Kalbitz aus der Partei vorläufig Bestand hat. Seither ist zumindest klar, dass Kalbitz auf absehbare Zeit seine Mitgliedschaft nicht wieder erhält, auch wenn er weiterklagen sollte. Hinterlassen hat der Streit um ihn einen tiefen Riss in der Partei.

Wie kaum ein Zweiter hat sich Gauland seit der Entscheidung des Bundesvorstands im Mai, Kalbitz' Mitgliedschaft zu annullieren, hinter den Brandenburger Ex-Funktionär gestellt. Kalbitz' Niederlage ist also auch Gaulands Niederlage, wenngleich er selbst das anders sieht. »Ich habe mich nur auf eine Seite geschlagen – auf die der Rechtsstaatlichkeit«, sagt Gauland. Er halte »das ganze Verfahren für unmöglich«.

Kalbitz wird vorgehalten, bei seinem Eintritt in die AfD im Jahr 2013 frühere Mitgliedschaften in der neonazistischen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) und bei den Republikanern verheimlicht zu haben. Der frühere Bundeswehrsoldat

»Jeder von uns hat sich im Leben schon mal in eine Ecke verrannt.«

bestreitet, je Mitglied bei der HDJ gewesen zu sein. Das Bundesamt für Verfassungsschutz nennt in einem Behördengutachten jedoch sogar eine HDJ-Mitgliedsnummer für eine »Familie Andreas Kalbitz«. Kalbitz dagegen hatte im Juni vor Gericht eidesstattlich versichert, dass seine Darstellung richtig sei. Seit Kurzem ermittelt die Staatsanwaltschaft Berlin gegen ihn wegen des Verdachts der falschen Versicherung an Eides statt.

Kalbitz und Gauland, das ist ein merkwürdiges Gespann. Eines, das kulturell eigentlich nicht zusammenpasst. Der eine, Kalbitz, spricht von »rechtsextremen Bezügen«, wenn es um seine Vergangenheit geht. Der andere, Gauland, hat vier Jahrzehnte in der CDU verbracht und galt lange als das bürgerliche Gesicht der Partei. Gauland hat seinen Anteil an Kalbitz' Aufstieg. 2017 sorgte er dafür, dass ihm Kalbitz im Brandenburger Landesverband als Landes- und Fraktionsvorsitzender nachfolgte. Und auch sonst scheute er keine Nähe. Wie Co-Parteichef Jörg Meuthen trat Gauland als Redner auf den Kyffhäuser-Treffen des von Kalbitz und dem Thüringer AfD-Chef Björn Höcke organisierten »Flügel«-Netzwerks auf. Der »Flügel« wurde im Frühjahr offiziell aufgelöst, nachdem er vom Verfassungsschutz als rechts-extremistisch eingestuft worden war. Seine Anhänger sind aber größtenteils immer noch in der Partei.

Dass ausgerechnet Meuthen im Mai zum Schlag gegen Kalbitz ausholte, hat Gauland überrascht und enttäuscht. Einen Tag vor der entscheidenden Sitzung des Bundesvorstands teilte er Meuthen in einem Telefonat mit, er werde sich im Gremium gegen ihn stellen müssen.

Seitdem haben sie in dreieinhalb Monaten nur noch einmal miteinander gesprochen. Meuthen rief ihn vor rund vier Wochen an, es ging um das Angebot einer Tageszeitung für ein Streitgespräch der beiden. Gauland sei dazu bereit gewesen, erzählt er. Meuthen aber lehnte ab, weil er dem Konflikt nicht zusätzlich öffentliche Aufmerksamkeit verschaffen wollte. Das, sagt Meuthen, »hätten unsere Mitglieder absehbar nicht gut gefunden«.

Nun ist das Verhältnis der beiden zertrübt. Fürs Erste zumindest, denn in der AfD kann sich alles rasch ändern, sobald sich der Wind dreht. Er sei zwar zu einem Gespräch mit Meuthen grundsätzlich bereit, sagt Gauland, »aber im Moment sehe ich nicht, wie das gehen soll«.

Wenn Gauland über Meuthen spricht, klingt das sarkastisch. »Ich duze mich im Gegensatz zu Meuthen nicht mit Kalbitz«, erzählt er etwa. Und: Bei der Aufstellung der Europawahlliste 2019 hätten sich Kalbitz und Meuthen eng abgesprochen. »Da hieß es von Meuthen oft, der Andreas habe dies und jenes gesagt. Und nun ist

der einst liebe Andreas für ihn ein gefährlicher Rechtsradikaler in der Partei?« Das passe einfach nicht zusammen, sagt Gauland in einem Telefonat. Ob er Meuthen für einen Opportunisten halte? »Der Eindruck drängt sich auf, nach alledem, was ich in seinem Umgang mit Herrn Kalbitz erlebt habe.«

Wie nachhaltig der Triumph Meuthens über seine parteiinternen Widersacher ist, scheint indes fraglich. Noch immer liegt der Schatten einer Affäre aus dem baden-württembergischen Landtagswahlkampf 2016 über ihm. Es geht um illegale Wahlkampfspenden, diskrete Zuwendungen aus der Schweiz und gefälschte Spendenquittungen. Woher das Geld für Meuthens Wahlkampagne – rund 90 000 Euro – damals wirklich kam, ist ungeklärt. Genau wie Meuthens Verbindung zu dem umstrittenen Milliardär Henning Conle, zu der sich der AfD-Vorsitzende beharrlich ausschweigt.

Inzwischen beschäftigt die Spendenaffäre auch die Justiz. Ende Juli erstattete Meuthens früherer Wahlkampfmanager Ralf Özkara Strafanzeige gegen seinen Ex-Chef: Zur »Herkunft und Verwendung der Spenden« habe Meuthen vor Gericht »vorsätzlich falsch ausgesagt«, heißt es in dem Schriftsatz (SPIEGEL 32/2020). Meuthen sei »sehr wohl bewusst« gewesen, »woher die Spenden kamen«. Meuthen dementiert die Vorwürfe. Die Strafanzeige wurde inzwischen an die zuständige Staatsanwaltschaft in Berlin weitergeleitet. Wie ein Behördensprecher auf Anfrage mitteilte, würden die darin erhobenen Vorwürfe nun geprüft.

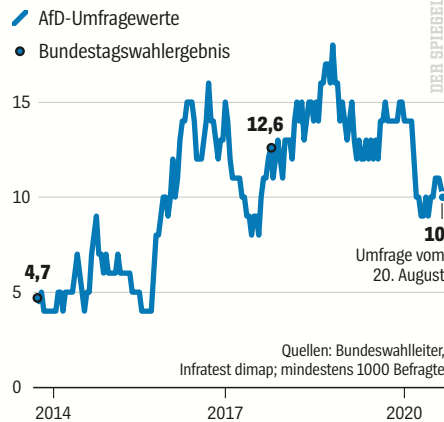
Aber auch Gauland steht parteiintern unter Druck. In diesen Wochen wird es einsamer um ihn. Als er das Urteil des AfD-Bundesschiedsgerichts kritisierte, das den Rauswurf von Kalbitz bestätigte, bedachten ihn die Parteirichter mit einer geharnischten Stellungnahme. Als vor einer Woche Kalbitz im Landgericht Berlin mit seinem Eilantrag gegen seinen Rauswurf scheiterte, erschien Gauland mit Corona-Mundschutz vor Gericht. Kalbitz' Anwalt hatte ihn gebeten, als Zeuge auszusagen, doch das Gericht hielt dies im Eilverfahren nicht für notwendig.

Gaulands Position ist längst nicht mehr unangefochten. »Jeder von uns hat sich im Leben schon mal in eine Ecke verrannt, aus der man nur schwer wieder herauskam«, sagt der nordrhein-westfälische AfD-Landesvorsitzende Rüdiger Lucassen. Gauland habe die Partei mitgegründet, lange erfolgreich geführt und geformt, doch im Fall Kalbitz sei er dem Amt des Ehrenvorsitzenden »nicht gerecht« geworden.

Gauland reagiert auf solche Vorhaltungen mit einer Mischung aus Unverständnis und Sturheit. »Man landet im Leben

Sonntagsfrage

»Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?«, Angaben in Prozent



immer mal in Ecken«, sagt er. Er bleibe bei seiner Haltung, damit müsse die Mehrheit im Vorstand zurechtkommen. »Ich werde mich nicht entschuldigen, auch nicht für meine Kritik am Bundesschiedsgericht.«

Im Fall Kalbitz geht es längst nicht mehr nur um die Frage, ob das Verfahren rechtens war. Der 47-Jährige geriet jüngst mit einem Vorfall in die Schlagzeilen, der ihn selbst bei »Flügel«-Anhängern Kredit kostete. Kalbitz soll dem Parlamentarischen Geschäftsführer der Brandenburger AfD-Fraktion einen Boxhieb verpasst haben. Dennis Hohloch musste ins Krankenhaus, sprach von einem Milzriss. Gegen Kalbitz ermittelt nun auch die Staatsanwaltschaft Potsdam – wegen des Verdachts der fahrlässigen Körperverletzung. Er selbst nannte den Vorfall eine »bedauerliche Sache«, die sich »völlig aufklären« werde. Gauland nahm mit Hohloch Kontakt auf, nannte den Vorfall »unverzeihlich« und sprach darüber mit Kalbitz. Der habe ihm gegenüber »zerknirsch« reagiert, erzählt er. Die Boxhiebbaffäre, das



Kalbitz-Werbung vor Berliner Landgericht
 »Von Lügnern und Schlägern trennen«

weiß auch Gauland, hat Kalbitz womöglich mehr geschadet als seine frühere Vita in der rechtsextremen Szene. Mitstreiter aus dem »Flügel« gehen auf Distanz. In einer internen Chatgruppe der AfD (»Plenum Quasselgruppe«) schrieb der »Flügel«-Anhänger und AfD-Bundestagsabgeordnete Thomas Seitz seinem Fraktionskollegen Steffen Kotré, man müsse die »notwendige Selbstreinigung aufbringen« und sich »von Lügnern und Schlägern trennen«.

Auch andernorts gehen die Kameraden auf Distanz zu Kalbitz. »Flügel«-Anhänger trafen sich am Mittwochmittag vor dem jüngsten Gerichtsurteil im sachsen-anhaltischen Schnellroda bei Götz Kubitschek, einem Verleger rechter Literatur. Der gehört zwar nicht der AfD an, ist aber ein enger Weggefährte Björn Höckes. Man beriet sich, so wird von Teilnehmern berichtet, wie die Runde mit Kalbitz umgehen solle, falls dieser vor Gericht verliere. Das Ergebnis der Diskussion: Wenn das Urteil gegen Kalbitz ausfalle, lasse man ihn fallen. So kam es dann auch. Kalbitz sei zwar ein »politisches Talent erster Kategorie«, er sei zur »Zielscheibe der Clique um Meuthen« geworden, schrieb Kubitschek in seinem Internetblog nach dem Urteil. Durch »die Niederlage vor Gericht« sei Kalbitz aber »politisch aus dem Rennen genommen worden«.

Dass Kalbitz am Ende fallen gelassen wurde, ist auch ein Signal an die ostdeutschen Landesverbände. Deren Spitzen galten lange Zeit als unangefochten. Doch langsam wächst dort ebenfalls der Unmut. In Sachsen-Anhalt beispielsweise wird am 20. September ein offener Machtkampf auf dem Landesparteitag erwartet. Die AfD-Spitze um Meuthen versucht in den Ostverbänden, eigene Mehrheiten aufzubauen, um die »Flügelianer« zu schwächen. Am schwierigsten dürfte dies in Thüringen werden, wo Höcke nach wie vor keinen ernsthaften Widerstand fürchten muss.

Doch ohne Kalbitz, der im »Flügel« als Organisator galt, wird Höcke eine neue Rolle finden müssen. Gauland, der mit Höcke weiter im Austausch steht, ahnt, dass andere Zeiten auf den Thüringer AfD-Chef zukommen: »Ich befürchte, ohne Kalbitz wird es für Höcke schwerer werden in der Partei.« Dieser Befund könnte auch für Gauland gelten. Hinter den Kulissen fragen sich seine Gegner, wie er aus der Ecke herauskommen will, in die er sich manövriert hat. Der 79-Jährige aber zeigt bislang keine Anzeichen von Reue. Kalbitz sei für ihn »nicht gänzlich gestorben«. Er werde, sagt Gauland, »den Kontakt zu ihm halten«, wenn dieser das Gespräch mit ihm suche.

Timo Lehmann, Sven Röbel,
 Severin Weiland

Finger in der Wunde

Karrieren Im Fall Wirecard treibt Fabio De Masi Bundesregierung und Finanzaufsicht vor sich her. Nur an seiner eigenen Partei leidet der Sozialist bisweilen.

Fabio De Masi hätte mittendrin landen können, im Schmutz der Finanzindustrie. Ende der Nulljahre, als ihm nach dem Volkswirtschaftsstudium in Hamburg eine Einladung zum Vorstellungsgespräch der HSH Nordbank auf den Tisch flatterte: Assistent von Vorstandschef Dirk Jens Nonnenmacher, attraktive Bezahlung, Mitarbeit in einer ambitionierten Bank auf dem Sprung an die Börse.

Doch der heutige Bundestagsabgeordnete der Linken lehnte ab. Das nächste Studium, internationale Beziehungen an der Universität Kapstadt, schien ihm reizvoller. »Die Zeit bis dahin«, erinnert er sich, »habe ich unter anderem mit Kloputzen in Berliner Technoklubs überbrückt.«

Die Skandalbank HSH kollabierte später. Und De Masi bekam auf anderem Weg Einblick in die Schmutzdecker der Geldbranche. Der Deutschitaliener, 40, gilt inzwischen als kundigster Experte im Parlament und als Spezialist für Skandale – ausgerechnet ein Sozialist. Wirtschaft habe er studiert, »weil es mich genervt hat, dass es immer heißt, Linke könnten nicht mit Geld umgehen«, sagt De Masi. »In der Fraktion sind alle froh, dass sich einer um die exotischen Themen kümmert.«

Kryptowährungen, Cum-Ex-Steuerdeals, Geldwäsche – De Masi steht auf dicke Bretter. Nicht alle interessieren die breite Öffentlichkeit so sehr wie der Betrug beim ehemaligen Dax-Konzern Wirecard. Seit Wochen attackiert der Linkenpolitiker im Finanzausschuss die Bundesregierung und die ihr unterstellte Finanzaufsicht BaFin, um deren Mitverantwortung in der Wirecard-Affäre aufzudecken.

Gerade erst hat das Finanzministerium auf seine Anfrage hin einräumen müssen, dass die BaFin zwar schon 2017 Kredite von Wirecards Banktochter an dubiose Firmen in Asien bemerkte, aber nicht nachforschte, wofür das Geld überwiesen wurde. Jetzt sind die Millionen wohl für immer fort, BaFin-Präsident Felix Hufeld steht einmal mehr blamiert da.

Zu Wochenbeginn trifft sich der Finanzausschuss zu seiner zweiten Sondersitzung. Vertreter von BaFin, Bundesbank und Kanzleramt müssen dann noch einmal



Linken-Finanzexperte De Masi: Einblick in die Schmutzdecker der Geldbranche

ins Verhör. Von dessen Verlauf hängt mit ab, ob sich die Regierung demnächst in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss rechtfertigen muss, der vor allem für SPD-Finanzminister und Kanzlerkandidat Olaf Scholz gefährlich wäre.

De Masi hält das für zwingend notwendig, einig ist er sich dabei mit FDP und AfD. Ideologische Gräben? Scheinen im Finanzausschuss überwindbar. Viele Mitglieder des Gremiums kicken zusammen im FC Bundestag – De Masi, ausnahmsweise, hinten rechts.

»De Masi ist kein orthodoxer Linker«, sagt sein Ausschusskollege Frank Schäffler, als FDP-Mann vom anderen Ende des politischen Spektrums. »Bei Wirecard hat er als einer der Ersten den Finger in die Wunde gelegt und sich sehr tief eingearbeitet.« Beim Lobbyverband der privaten Banken BdB, den er wegen dessen Verstrickung in den Cum-Ex-Skandal immer wieder angreift, mag man sich lieber nicht äußern; insgeheim aber wird seine Fachkompetenz auch dort geschätzt.

Vor seinem Eintritt in den Bundestag 2017 saß er drei Jahre lang im Europaparlament und trieb Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, zuvor luxemburgischer Premierminister, in Sachen Steuerhinterziehung vor sich her.

De Masi gilt als Aktenfresser, Reden schreibt er am liebsten selbst. Zeit genug hat er momentan: Sein Privatleben, das ihn oft nach Kapstadt treibt, liegt wegen der Corona-Beschränkungen seit Monaten brach, sein Lieblingshobby Fußball ebenfalls. In normalen Zeiten ist er Stammgast beim FC St. Pauli, wo er auch lebt, mit Freunden schaut er sich gern abseitige Spiele an, etwa das Belgrader Derby Partizan gegen Roter Stern.

Auf die Ausschusssitzung hat sich De Masi nahe Neapel vorbereitet, dort lebt sein Vater. Als Kind pendelte er zwischen Italien und Deutschland, zu Hause fühlt er sich in beiden Welten.

Aufgewachsen in einer Sozialbausiedlung in Darmstadt, hat er sich einen nüchternen Blick auf das Thema Migration bewahrt, was ihn in seiner Partei zum Außenseiter macht. Dort gebe es zu viel identitätspolitische Ideologie, zu wenig ökonomischen Sachverstand: »Bei uns wollen sehr viele Außen- oder Flüchtlingspolitik machen, dabei müssten wir auch die Lücke ausfüllen, die die SPD lässt, weil sie sich nicht mehr um die Arbeiter kümmert.«

Eine Hausmacht hat sich De Masi mit seinem Faible für die Finanzwelt in der Linken nicht aufbauen können. Auch Besuche an der Basis sind nicht sein Ding. Trotz des Bekenntnisses, von Herzen links zu sein, schimmert durch, dass er an seiner Partei leidet. Und daran, »keine Gestaltungsoptionen« zu haben: Eine Bundesregierung mit ihm als Finanzminister ist unwahrscheinlich. Da geht es ihm wie Gerhard Schick. Der Grüne war vor De Masi der gefragteste Finanzexperte im Bundestag, ohne Chance auf ein Ministeramt. Er verließ 2018 den Bundestag.

Dass De Masi zur Bundestagswahl noch mal antritt, ist nicht sehr wahrscheinlich. Reizen würde ihn eine Rolle als Politikberater in Fragen der Regulierung von Fintechs, jungen Finanzfirmen, die den etablierten Banken einheizen; und irgendwann vielleicht etwas Unternehmerisches.

Endgültig entschieden hat er sich noch nicht. Aber, so viel steht fest, Scholz und Hufeld würden ihn nicht vermissen.

Tim Bartz

Gefährliches Terrain

Europa Die Bundesregierung hat Brüssel zum Corona-Risikogebiet erklärt – und bringt die europäische Politik damit fast zum Erliegen.

Eigentlich hatte sich Rasmus Andresen für diesen Freitag in seinem Wahlkreis Schleswig-Holstein viel vorgenommen. Der Europaabgeordnete wollte Vertreter des Bauernverbands treffen, später stand in Kiel ein Termin mit Landtagsabgeordneten auf dem Programm, die sich mit Europa beschäftigen. Beide Male sollte es um viel Geld gehen, immerhin ist der Grüne der einzige Deutsche im Verhandlungsteam, das aufseiten des Europaparlaments den billionenschweren mehrjährigen EU-Haushalt aushandelt.

Doch nun sitzt Andresen, 34, in seinem Büro im achten Stock des Brüsseler Parlaments, klappt den Terminkalender zu und sagt: »Ich bleib erst mal hier.«

Der Besuch im Wahlkreis fällt der jüngsten Reisewarnung aus Berlin zum Opfer: Weil die Zahl der mit Corona Infizierten in Brüssel über mehrere Tage den Grenzwert von 50 Infizierten pro 100 000 Einwohner überstieg, stuft die Bundesregierung die EU-Hauptstadt am vergangenen Freitag als Risikozone ein. Wer nach Deutschland zurückkehren will, muss nun

in Quarantäne oder, je nach Bundesland, mindestens einen negativen Corona-Test vorweisen. Vereinzelt gibt es für EU-Abgeordnete Ausnahmen, ob die auch für Mitarbeiter und Beamte gelten, ist unklar.

Die Reisewarnung trifft Europas Politik zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Ausgerechnet jetzt, da Deutschland bis Ende des Jahres die rotierende EU-Ratspräsidentschaft innehat, sind die Pendelmöglichkeiten zwischen Brüssel und Berlin extrem eingeschränkt. Nicht mal hohe Beamte wissen derzeit, ob sie für längst geplante Dienstreisen noch ihre Koffer packen sollen. Bis zum Mittwoch wollen Kanzlerin Angela Merkel und ihr Kabinett nun versuchen, einheitliche Vorgaben für die Bundesministerien festzuzurren.

Auch im Ausland sorgt die Reisewarnung für Verstimmung. Die Deutschen kommen, mal wieder, als besserwisserisch daher, als wäre das Zentrum Europas ernsthaft gefährliches Terrain. »Wir haben in Luxemburg erlebt, wie willkürlich die Obergrenze von 50 Infektionsfällen als einziges Kriterium des Robert Koch-Instituts ist«, sagt etwa Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn. »Wir können doch Brüssel jetzt nicht einfach zumachen und nur noch in Berlin tagen!«

Dabei blieb der Bundesregierung angesichts der Infektionsrate wenig anderes übrig, als Brüssel ebenso wie Mallorca, Paris und die Côte d'Azur zum Risikogebiet zu erklären. Was passiert, wenn die Politik sich nicht an ihre eigenen Corona-Vorgaben hält, zeigt der Rücktritt von EU-Handelskommissar Phil Hogan. Der Ire hatte in seiner Heimat unter anderem ein Galadinner der parlamentarischen Golf-Gesellschaft besucht, dessen Teilnehmerzahl die Corona-Begrenzung sprengte.

Die Bundesregierung geht daher erst mal auf Nummer sicher. Bevor die EU-Außenminister am Donnerstag und Freitag in Berlin zusammenkamen, forderte das Auswärtige Amt alle Teilnehmer aus Risikogebieten auf, sich testen zu lassen – Diplomatenpass hin oder her. Auch Gastgeber Heiko Maas ist davon nicht ausgenommen, er macht ohnehin im Schnitt alle zwei Tage einen Coronatest. Das haus-eigene Labor liefert innerhalb weniger Stunden das Ergebnis.

Von so viel Effizienz kann in Brüssel keine Rede sein. Das Europaparlament, in dem üblicherweise mehr als 700 Abgeordnete aus 27 EU-Ländern tagen, verfügt über keine eigenen Testkapazitäten und verweist seine Abgeordneten auf die oft ohnehin überlasteten Labore in der Stadt.

Entsprechend groß ist die Verunsicherung. »Ich habe keine Ahnung, wie ich wieder zurückkomme«, sagt der stellvertretende Fraktionschef der Sozialdemokraten im Europaparlament, Ismail Ertug. David McAllister, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, verdichtete seine Brüsseler Termine zuletzt auf knapp zwei Tage. Er setzt darauf, dass er Test und Quarantäne entgehen kann, weil er sich weniger als 48 Stunden im Risikogebiet Brüssel aufhält.

Umgekehrt verzichten Berliner Politiker nun ihrerseits auf Reisen in die EU-Hauptstadt. Kommende Woche lassen sich die Ministerinnen Franziska Giffey, Anja Karliczek und Julia Klöckner zu Gesprächen mit den Parlamentsausschüssen per Video zuschalten, obwohl sie eigentlich selbst kommen wollten. Die deutsche Ratspräsidentschaft hatte sich zum Ziel gesetzt, im EU-Geschäft zur Normalität zurückzukehren. Davon ist man weit entfernt.

Noch komplizierter wird die Lage, weil die EU-Mitglieder inzwischen einen ganzen Flickenteppich von Vorschriften erlassen haben, um das Corona-Risiko zum Ende der Urlaubssaison einzudämmen. Wer aus Ober- oder Niederbayern nach Brüssel zurückkehrt, dem empfehlen die belgischen Behörden Quarantäne und Test. Das Gleiche gilt für Reisende aus dem Département Bas-Rhin, wo Straßburg liegt, einer der Sitze des Europaparlaments. Vor allem für Parlamentsmitarbeiter ist das ein großes Problem.

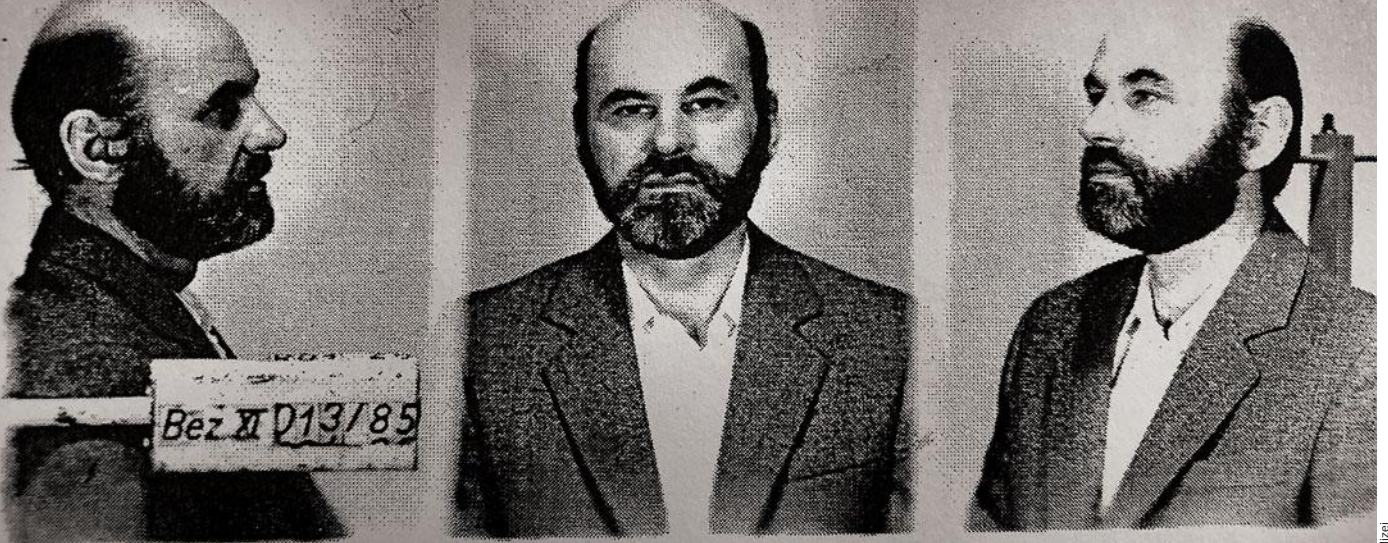
Entsprechend deutlich sind die Rufe nach Vereinheitlichung: »Mindestabstand, Statistiken, Regeln für Reiseheimkehrer – es wird höchste Zeit, dass wir da in Europa zu einheitlichen Standards kommen«, fordert der Fraktionschef der Europäischen Volkspartei Manfred Weber (CSU). »Sonst verlieren die Bürger den Glauben an den Sinn der Regeln.«

Peter Müller, Christoph Schult



EU-Hauptstadt Brüssel: »Ich bleib erst mal hier«

Stasiopfer Bernhardt 1985



Polizei

Rudis Rache

Schicksale Es war eine Sensation: Im September tauchten nach vier Jahrzehnten fünf alte Meister aus dem größten Kunstraub der DDR-Geschichte wieder auf. Doch wer hatte sie aus Schloss Friedenstein in Gotha gestohlen? *Von Konstantin von Hammerstein*



Sonderausstellung der zurückgekehrten Bilder im Herzoglichen Museum Gotha

IMAGO IMAGES

Am 6. Dezember 2019, morgens gegen halb neun, klopft die Direktorin an der Klassentür. Ob Katharina, die Lehrerin, mal rauskommen könne, bittet sie. Vor der Grundschule steht ein Streifenwagen, der sie nach Hause bringen soll. Dort wartet seit einer halben Stunde die Kripo mit einem Durchsuchungsbefehl. »Stellen Sie sich das mal vor«, sagt Katharina später, als sie davon erzählt. »Eine Lehrerin, die aus dem Unterricht von der Polizei abgeholt wird.«

Kriminalhauptkommissar René Allonge, der Chefkustfahnder des Berliner Landeskriminalamts, will an diesem Nikolaustag 2019 mit Katharina auch über ihren Bruder sprechen, es geht um einen spektakulären Kriminalfall, den größten Kunstraub in der Geschichte der DDR.

In der Nacht auf den 14. Dezember 1979 wurden aus Schloss Friedenstein in Gotha fünf alte Meister gestohlen, darunter die »Heilige Katharina« von Hans Holbein dem Älteren und das »Brustbild eines unbekanntem Herrn« des niederländischen Meisters Frans Hals. Auch nach vier Jahrzehnten fehlte von Bildern und Tätern jede Spur. Erst am Mittag des 30. September 2019 war Bewegung in den Fall gekommen.

Ein Observationsteam der Polizei beobachtete an diesem Herbsttag, wie vor dem Rathgen-Forschungslabor der Staatlichen Museen in Berlin ein unbekannter Mann fünf in Noppenfolie verpackte Gegenstände aus einem Mercedes-Benz Vito holte. Eine Sensation. Es waren die Bilder aus Gotha. Nach 40 Jahren waren sie wieder aufgetaucht.

Ein dubioser Anwalt aus Süddeutschland hatte den Deal in monatelangen Geheimverhandlungen mit Knut Kreuch, dem Oberbürgermeister von Gotha, eingefädelt. Der Anwalt vertrat eine anonyme Erben-gemeinschaft, die angeblich legal an die Bilder gekommen war und sie nun an die Stadt Gotha zurückgeben wollte – für 5,25 Millionen Euro (SPIEGEL 50/2019).

Als Kommissar Allonge am Nikolaustag morgens um acht bei Katharina klingelt, sucht er Antworten auf mehrere Fragen: Wer steckt hinter der anonymen Erben-gemeinschaft? Wie ist sie an die Bilder gekommen? Und vor allem: Gibt es eine Spur zu den Tätern?

Von dem Besuch des Kriminalkommis-sars erzählt Katharina dem SPIEGEL neun Monate später. Ihre Anwältin hat davon abgeraten, aber Katharina will reden. Unter drei Bedingungen: Der Name muss verändert werden, der Wohnort darf nicht genannt werden, und über das Ermittlungs-verfahren gegen ihren Bruder wegen ver-suchter Erpressung wird sie nicht sprechen.

Und so sitzt sie nun am Küchentisch ihres Siedlungshäuschens aus den Fünf-

zigerjahren, eine fröhliche, warmherzige Frau, und versetzt sich in ihre Kindheit zurück. Sie erzählt vom bescheidenen Einkommen des Vaters, der damals als Labo-rant bei Boehringer Ingelheim arbeitet. Von der Mutter, die sich als Hausfrau um die vier Kinder kümmert. Von den Klavier-stunden und der Woche Sommerferien auf Langeoog, von der Fleischwurst, die sie sich zu Weihnachten wünscht. »Das war das Tollste für mich«, sagt sie lachend, »ein Ring Fleischwurst, der mit meinen Geschwistern geteilt wurde.«

Es ist Mai 1986, als es an der Tür klin-gelt. Katharina ist mit ihrer jüngeren Schwester allein im Reihenhauser in Ingelheim am Rhein. Sie ist 19 Jahre alt, eigent-lich müsste sie sofort die Tür schließen, ein wildfremder Mann, aber da steht sie nun und denkt, das Gesicht kenne ich. Bloß woher?

Und dann fällt es ihr ein. Der Mann sieht aus wie Hans Bernhardt, der beste Freund ihres Vaters. Die beiden Männer kennen sich aus der Nachkriegszeit. Hans lebt seit den Sechzigerjahren in Australien. Einmal besuchte er Katharinas Eltern in Ingelheim, sein Gesicht hat sie nicht ver-gessen.

Und der Mann, der jetzt vor der Tür steht? Ist Rudi Bernhardt, der jüngere Bru-der von Hans. Er blieb nach dem Krieg im thüringischen Städtchen Schmalkalden, um die Eltern nicht allein zu lassen. Als Rudi im Wohnzimmer sitzt, beginnt er zu reden: Er sei Lokführer bei der DDR-Reichsbahn, erzählt er, doch dann habe man ihn denunziert und wegen versuchter

Republikflucht zu einem Jahr und zehn Monaten Haft verurteilt. Und nun sei er vor wenigen Tagen aus dem Gefängnis in Karl-Marx-Stadt mit dem Bus an die Gren-ze gebracht worden, freigekauft von der Bundesrepublik.

Es ist klar, dass Rudi nichts mehr hat. Die Frau und die Kinder sind im Osten geblieben. Er hat keine Arbeit, kein Geld, keine Wohnung, nur ein Zimmer im Über-gangsheim in Wiesbaden. Inzwischen sind Katharinas Eltern wieder da, Rudi bleibt noch zum Abendessen, dann geht er.

In den nächsten Wochen und Monaten ist er häufiger zu Gast in Ingelheim. Bald bringt er auch seine Frau mit, die zusam-men mit dem kleinen Sohn wenige Wo-chen nach ihm ausreisen darf. Katharina empfindet ihn als aufbrausend, hart, bitter und so voller Hass auf die DDR, dass es manchmal schwer auszuhalten ist.

Irgendwann hängen plötzlich unge-wohnte Bilder an der Wand. Vielleicht 1987, vielleicht 1988, sie weiß es nicht mehr. Katharina und ihre Geschwister fin-den die fünf alten Schinken grauenhaft. Im Schlafzimmer ihrer Eltern hängt jetzt ein Mann mit Lockenhaaren, Goldkettchen und Sonnenblume. »Um Gottes Willen«, denkt sie, »wie grottig ist das denn jetzt?«

Das dunkle Bild des Mannes mit Schnauzbart und Hut, das im ohnehin schon dunklen Esszimmer hängt, findet sie besonders gruselig. »Der sieht aus wie ein echter Frans Hals«, sagt eine Tante, die zu Besuch kommt. »Schön wär's«, grummelt Katharinas Vater, der die Bilder dem Rudi abgekauft hat.

Die Geschwister und Katharina fragen nicht nach. Sie kennen ihren Vater, er ist manchmal ein bisschen spleenig. Steckt ein kleines Vermögen in Briefmarken und sagt, das sei die Aktie des kleinen Mannes. »Ich habe nie geglaubt, dass das irgendwann mal etwas wert ist«, sagt Katharina.

Hat er jetzt in Bilder investiert? Und woher kommt das Geld? Im Mai 1987 ist Oma gestorben und hat Katharinas Mutter 40 000 Mark vererbt. Viel ist das nicht. Wahrscheinlich sei der größte Teil in die Schuldentilgung des Reihenhauses ge-steckt worden, glaubt Katharina. Für Rudis Bilder wird nicht viel übrig ge-blieben sein. Vielleicht ein paar Tau-sender, wenn überhaupt.

Als Katharinas Mutter 2014 mit Krebs im Sterben liegt, erzählt sie der Tochter von einer Fahrt in die DDR. Von Bildern ist zwar keine Rede, aber Katha-rina wird klar, dass die Eltern etwas Ver-botenes gemacht haben müssen.

Die Mutter erinnert sich noch genau, wie sie damals in ihrem Opel Rekord auf den Grenzübergang zugefahren seien, vol-ler Angst. Der Vater sei stehen geblieben und habe gefragt: »Was machen wir jetzt, wenn sie uns anhalten und kontrollieren?«



Tatort Schloss Friedenstein

- 1 Mehrere Zeugen berichten von einem blauen P 70, wie ihn auch Rudi Bernhardt fuhr. Das Auto sei in der Tatnacht an der Ecke Lindenallee/Bergallee geparkt gewesen.
- 2 Spürhunde nehmen an einem Blitzableiter am Westflügel des Schlosses eine Fährte auf und führen die Polizisten quer durch den Park.
- 3 Am südlichen Ende der Schlossanlage verlieren die Hunde die Fährte an der Parkstraße.

Und die Mutter: »Da hilft nur eins – Gottvertrauen.« Dann seien sie durchgefahren. »Mensch, wir hatten so ein Glück.« Katharina lässt die Mutter erzählen, es ist nicht der Moment, Fragen zu stellen.

Als die Mutter stirbt, holt Katharina den Vater in ihre Stadt. Sie wohnt schon lange nicht mehr in Ingelheim. Irgendwann kommt die Schwester zu Besuch, und sie reden über die Bilder. Wohin mit ihnen, wenn der Vater nicht mehr lebt? »Och, Mensch«, sagt Katharina, »die will doch sowieso keiner haben.« – »Jetzt sei doch nicht so naiv«, sagt die Schwester, »geh mal ins Internet und gib ein: Schloss Friedenstein, Gotha und Kunstraub.«

Holla, habe sie sich gedacht, als sie am Abend am Computer sitzt und die Geschichte über den größten Kunstraub der DDR-Geschichte liest. So viel Zufall gibt es doch nicht. Dass wir ausgerechnet die fünf gestohlenen Bilder als Kopien haben. Das wäre schon sehr komisch. Und dann fängt ihr Vater an zu reden. Wie der Rudi damals erzählte, er habe auf dem Dachboden einer alten Frau im Osten etwas gefunden. Bilder. Und ob die Eltern das nicht abholen könnten. Da seien er und die Mutter in den Osten gefahren und hätten die Kunstwerke nach Ingelheim geschmuggelt.

2017 habe der Vater der Tochter gesagt, er glaube, dass es tatsächlich die echten Bilder aus Gotha seien, und er fände es gut, wenn sie zurückgebracht würden. Wenig später stirbt er. Wusste er die ganzen Jahre über, dass es die gestohlenen Werke aus Schloss Friedenstein waren? Oder erst, nachdem ihm Katharinas Schwester von Gotha und der Geschichte des Raubes erzählte? Katharina sagt heute, sie wisse es nicht. Die Mutter ist tot, der Vater ist tot, die jüngere Schwester vor Kurzem an Krebs gestorben.

Eine Zeit lang liegen die Gemälde schön eingepackt in Tischwäsche bei ihr auf dem Dachboden. Dann holt sie die alten Meister nach unten. Wer weiß, vielleicht brauchen sie genauso Luft wie Musikinstrumente. Und so hängen die fünf Bilder, die sie immer hässlich fand, in ihrem Wohnzimmer. Bis der Bruder sie abholt, um sie in seinem Mercedes-Benz Vito nach Berlin zu bringen. In jenem Transporter also, den das Observationsteam der Berliner Polizei am 30. September 2019 beobachtet. Aber über diesen Teil der Geschichte will Katharina nicht reden. Das war ihre Bedingung.

Als Kommissar Allonge im Dezember 2019 nicht nur bei Katharina klingelt, sondern auch die Wohnung ihres Bruders durchsucht, findet er den alten Reisepass des Vaters. Es stimmt, was die Kinder erzählt haben. Die Eltern sind nie in die DDR gereist, bis auf ein einziges Mal. Am 26. März 1988, an einem Samstag, drücken DDR-Grenzer Katharinas Vater

einen Einreisestempel in den Pass. Ein Tag später bescheinigen sie seine Ausreise.

Haben die Eltern an jenem Wochenende die Bilder in den Westen geschmuggelt? Oder schon ein Jahr vorher, am 30. Mai 1987? Da beobachtet ein Inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Stasi an der Transitstrecke von Berlin nach Hirschberg eine verdächtige »Zusammenkunft« auf der Raststätte am Hermsdorfer Kreuz. Um 12.13 Uhr fährt ein grüner VW Scirocco mit Frankfurter Kennzeichen auf den Parkplatz. Es ist Rudi Bernhardt mit Frau und Kind.

Um 13.05 Uhr beobachtet der Stasi-Mann, wie ein Opel Kombi mit Mainzer Kennzeichen neben Rudis Scirocco einparkt. Es ist das Auto von Katharinas Vater. »Der Fahrer des Opel stieg aus und unterhielt sich ohne sichtbare Begrüßung mit den Insassen des VW«, heißt es in dem IM-Bericht, »eine Unterhaltung mit den zwei männlichen Personen wurde nicht festgestellt.«

Sind die Bilder schon bei diesem Treffen übergeben worden? Unwahrscheinlich, denn die Transitstrecke wurde von der Stasi lückenlos überwacht. Aber vielleicht ist die Übergabe jetzt schon vorbereitet worden. Zwei Dinge scheinen festzuste-

War das Ziel ein Viehtransporter aus Bayern, der in dieser Nacht beladen wird?

hen: Rudi hatte die gestohlenen Bilder, und Katharinas Eltern schmuggelten sie in den Westen. Fragt sich, wie Rudi, der Lokführer aus Schmalkalden, an die alten Meister aus Gotha kommen konnte.

Rudi Bernhardt selbst kann man nicht mehr fragen, er ist im März 2016 in Frankfurt an Leukämie gestorben. Seine erste Frau und seine Witwe sind bereit, sich mit dem SPIEGEL zu treffen, versichern aber glaubwürdig, dass sie von den Bildern nichts mitbekommen hätten. Die meisten Zeugen sind schon lange tot, nur ein altes Ehepaar in Schmalkalden lebt noch, und es liefert wertvolle Hinweise.

Es gibt ein riesiges Konvolut an Akten von Volkspolizei und Stasi, etwa 3000 Seiten dick. Der kleinere Teil ist das, was von den Ermittlungsergebnissen im Fall Gotha erhalten blieb, der viel größere die Stasiakte von Rudi Bernhardt. Zusammen ergeben sie ein Puzzle. Man muss es zusammensetzen und mit den Aussagen der wenigen Menschen kombinieren, die Bernhardt kannten, um ein Bild zu bekommen. Aber reicht das, den größten Kunstraub der DDR-Geschichte aufzuklären?

Die Recherche führt in den Norden Deutschlands, ins Rhein-Main-Gebiet, nach Oberbayern und auf beide Seiten des

Rennsteigs, nach Gotha und Schmalkalden in Thüringen. Doch sie beginnt in Bernau bei Berlin.

Dort öffnet an einem heißen Vormittag im August ein erfahrener Kriminalist die Wohnungstür. Gerd Schlegel ist seit 2004 Pensionär. In seiner langen Karriere diente er erst der DDR, dann der Bundesrepublik. Als in der Nacht auf den 14. Dezember 1979 im zweiten Stock von Schloss Friedenstein ein Klimaschreiber gegen zwei Uhr morgens einen plötzlichen Temperaturabfall registriert, ist Schlegel Oberleutnant der Kripo und leitet das Kommissariat III im Volkspolizeikreisamt Gotha.

Einbrecher haben eines der Fenster geöffnet, mit Gewalt. Sie sind mit Steigeisen an der Außenwand des Schlossmuseums fast zehn Meter am Blitzableiter und dem daneben liegenden Fallrohr hochgeklettert, haben die Fensterscheibe mit einem Glasschneider angeritzt, mit Klebeband beklebt und dann zertrümmert.

Um 7.10 Uhr geht bei der Gothaer Volkspolizei ein Anruf des Museums ein, 20 Minuten später ist Oberleutnant Schlegel am Schloss. Er löst eine Eilfahndung aus. Schlegels Männer stellen auf dem Fluchtweg Rahmentheile sicher. Offenbar sind die Bilder beim Diebstahl beschädigt worden.

Gegen acht Uhr fordert Schlegel Hunde an. Es ist kalt und feucht, da können sich Spuren lange halten. Der Spürhund schnüffelt am Blitzableiter des Westflügels, dann zieht er den Hundeführer durch den Schlosspark in Richtung Süden durch den Park, über Parkallee, Leinakanal, am Parkteich vorbei zur Parkstraße. Der Hund bleibt stehen, vergebens versucht er, Witterung aufzunehmen.

Sind die Täter an dieser Stelle in ihr Fluchtauto gestiegen? Oder war das Ziel ein Viehtransporter aus dem bayerischen Rosenheim, der in dieser Nacht auf der anderen Straßenseite neben dem Schlachthof mit lebenden Tieren beladen wird? Er gehört dem Fleischnunternehmer Josef März, einem engen Vertrauten von CSU-Chef Franz Josef Strauß.

Die März-Lkw, die häufig kommen, werden beladen, verplombt und fahren dann ohne große Kontrollen über den nahen Grenzübergang Wartha/Herleshausen in den Westen. Mit ein wenig Glück sind sie in einer knappen Stunde in Hessen. Sind die Bilder zu dieser Zeit also schon nicht mehr in der DDR?

Der ostdeutsche Polizeistaat läuft zur Höchstform auf. Die Staatssicherheit leitet den operativen Vorgang »Alte Meister« ein, bei der Volkspolizei kümmert sich eine Einsatzgruppe von mehr als hundert Kriminalisten um den Fall. Polizei und Stasi überprüfen Hunderte Gefängnisinsassen und Ex-Häftlinge, sie befragen 189 »als amnestiert entlassene Einbrecher des Bezirks Erfurt«, bei 86 von ihnen wer-



Jahrelang hingen der gestohlene **Frans Hals** und die anderen Bilder aus Gotha bei einer Familie in **Ingelheim** am Rhein. Die fünf alten Meister hatte der **Lokführer** Rudi Bernhardt beschafft. War er der Dieb?



den die Wohnungen durchsucht. Insgesamt geraten mehrere Tausend Menschen in das Fadenkreuz der Ermittler.

Ende Juli 1980 listet Major Albert Grüner in einem Bericht die verschiedenen Fahrten auf, denen die Ermittler nachgegangen sind. Am Türrahmen der Galerie »Altdeutsche Meister« sichert die Spurensicherung die »Teilabdrücke zweier Fingerglieder. Bei dem linken Abdruck ist ein nach links auslaufendes Schlingenmuster erkennbar.«

Auf dem Blech des Mauersimses und auf dem Parkettboden im Museum finden Kriminalisten »Teilschuhabdruckspuren«, wahrscheinlich von »Germina-Einlaufschuhen« der DDR-Schuhgröße 27.

Und es gibt noch eine Spur. Vier Zeugen haben in der Nacht einen P 70 in der Nähe

des Schlosses beobachtet, ein zu dieser Zeit schon seltener DDR-Oldtimer aus den Fünfzigerjahren. Ein Taxifahrer berichtet, das Auto sei ihm auf der Parkallee entgegengekommen, »mit einer männlichen Person« als Insasse. Eine Frau sagt aus, der Wagen sei »vermutlich dunkelgrün« gewesen, die anderen glauben, er war blau.

Sehr viel mehr haben die Fahnder nicht. Mitte der Achtzigerjahre stellen Stasi und Volkspolizei ihre Ermittlungen weitgehend ein. Der größte Kunstraub in der Geschichte der DDR bleibt unaufgeklärt. Es fehlt jede Spur.

Tatsächlich? Am 28. Oktober 1981 wird in der Haftanstalt Untermaßfeld bei Meiningen der Häftling Herbert R. aus Schmalkalden verhört. Gegen den gelernten

Schmied läuft ein Verfahren wegen Steuer-
vergehens. Was der Häftling aussagt, ist
bemerkenswert.

»Mir ist bekannt«, gibt R. zu Protokoll, »dass der Bernhardt, Rudi, wohnhaft Schmalkalden, im Besitz eines echten Ölgemäldes (Rubens) ist. Das Bild hat die Ausmaße 85 x 65 cm und stellt einen Juden dar. Wie mir Bernhardt erklärte, ist dieses Bild im Kunstkatalog ausgedruckt, und zwar als Kriegsverlust aus der UdSSR.«

In den folgenden Jahren wird R. immer wieder vernommen, neue Details kommen dazu, im Kern aber geht seine Geschichte so: 1980 kreuzt Rudi bei Herbert auf und bittet ihn, »bei der Beschaffung eines Wartburg 353 behilflich zu sein«. Die beiden Männer freunden sich schnell an.

Um die Weihnachtszeit 1980 erwähnt Rudi zum ersten Mal das Bild. Das dürfe er aber nicht weitererzählen, »es wäre ein ganz heißes Eisen«. Auf die Frage, wo er das Bild her habe, erzählt Rudi unterschiedliche Geschichten. Mal will er es von einer Frau erhalten haben, deren Mann früher Kunsthändler gewesen sei, mal aus dem Nachlass einer verstorbenen Nachbarin.

Später ist noch von einem zweiten Bild die Rede. »Das Gemälde selbst ist in einem dunklen Ton mit kräftigen Farben gemalt«, berichtet R., »dieses Gemälde habe ich im Gegensatz zu dem anderen persönlich gesehen.«

Im Frühjahr 1981 wird Rudi von Herbert R. auf die Leipziger Frühjahrsmesse mitgenommen. Die beiden treffen sich mit dem Bosch-Generalvertreter aus West-Berlin. Er soll einen Käufer für Rudis Bilder im Westen finden. Doch dem ist die Sache mit dem angeblichen Rubens zu heiß. »Er brachte zum Ausdruck, dass die BRD nicht der Absatzmarkt ist«, erzählt R. seinen Vernehmern, »das Gemälde müsste in den USA zum Verkauf angeboten werden.«

Immer wieder verhört die Polizei Herbert R., später wird auch ein weiterer Zeuge vernommen, doch die Ermittler kommen gar nicht auf die Idee, dass zwischen dem plötzlich aufgetauchten »Rubens« und dem Einbruch im benachbarten Gotha ein Zusammenhang bestehen könnte.

Herbert R. ist inzwischen ein alter Mann. Mitte August hat er sich in seinem Haus in Schmalkalden vor der Hitze im Keller in Sicherheit gebracht. Im Halbdunkel sitzt er dort in Jogginghose und T-Shirt vor einem großen Flachbildschirm und sieht MDR. Die Sache mit Rudi ist schon lange her, er hat Mühe, sich an die Zeit vor 40 Jahren zu erinnern. Aber als er die Fotos der fünf geraubten Bilder aus Gotha gezeigt bekommt, zögert er nicht lange. »Das hier war's«, sagt er und zeigt auf den alten Mann mit Bart des Rembrandt-Schülers Ferdinand Bol, »das kenne ich.«

Warum hat die Polizei ihm damals keine Fotos der Gothaer Bilder gezeigt? Und

warum ignoriert sie in den folgenden Jahren alle weiteren Spuren, die darauf hindeuten, dass es Rudi Bernhardt selbst war, der in der Nacht auf den 14. Dezember 1979 mit selbst geschmiedeten Steigeisen am Blitzableiter hochstieg?

Als Bernhardt am 20. März 1985 in die Untersuchungshaftanstalt Suhl eingeliefert wird, werden ihm Fingerabdrücke abgenommen. Sie finden sich in seiner Stasiakte. Vergleicht man die Fingerabdrücke aus der Akte mit den Schilderungen des Ermittlungsberichts über den Raub von 1980 (»links auslaufendes Schlingenmuster«), dann erkennt man klare Übereinstimmungen. »Passt«, sagt der pensionierte Kriminalist Gerd Schlegel, als er auf die Fingerabdrücke blickt.

Es gibt weitere Indizien: Der Einbrecher von Gotha hat die DDR-Schuhgröße 27, Bernhardt 27,5. Der Stahl für das Steigeisen war selten und könnte aus dem Edelstahlwerk »8. Mai 1945« im sächsischen Freital gestammt haben, das nur zwei Betriebe belieferte, einer davon war der »VEB Werkzeugkombinat Schmalkalden«.

Er wird ausgebremst, bespitzt, verfolgt, und es geht immer weiter bergab.

Dort absolvierte Bernhardt seine Ausbildung zum Schmied.

Und schließlich der blaue P 70, den vier Zeugen in der Nacht des Einbruchs in der Nähe des Schlosses beobachtet haben. Aus den Akten geht hervor, dass Bernhardt Anfang der Achtzigerjahre einen dieser seltenen DDR-Oldtimer fuhr. Welche Farbe hatte er? »Blau«, sagt Herbert R. »Blau«, sagt auch Bernhardts erste Frau.

Es ist nur eine Indizienkette. 40 Jahre nach dem Bilderraub von Gotha wird sich die Tat nicht mehr hundertprozentig aufklären lassen, aber die Spuren, die auf Rudi Bernhardt deuten, sind überwältigend. Und er war es schließlich, der den Eltern Katharinas nach seiner Ausreise in den Westen die Bilder verkaufte.

Doch warum sollte ein Lokführer aus Schmalkalden fünf wertvolle Museumsgemälde stehlen? »Um zu beweisen, dass er etwas kann, was vor ihm niemand geschafft hat«, sagt seine erste Frau, »so war er. Ich traue es ihm zu.« Sie erinnert sich noch, wie der Rudi sie in den Siebzigerjahren dreimal zu den alten Meistern nach Schloss Friedenstein mitgenommen habe.

Und Herbert R.? Ruft nach seiner Frau. »Brigitte, komm mal! Wir reden über den Rudi.« Und dann kommt sie, eine kleine,

lebhaft Frau, die auf die 80 zugeht. »Der Rudi«, sagt sie, »war voller Hass. Ich kenne wenige Menschen, die so voller Hass waren.« Hass auf wen? »Auf das System, auf die roten Schweine, auf die Partei, auf die Stasi.« Als der Rudi gehört habe, dass die Stasi ihrem Mann Herbert die Datsche enteignet hatte, um sie sich selbst unter den Nagel zu reißen, habe er gesagt: »Die sprengt mich in die Luft!« Man habe ihn nur mit Mühe davon abhalten können. »Der Rudi war ein Revoluzzer«, sagt sie.

Schließlich die Witwe. »Er war voller Hass«, sagt auch sie, »weil dieses System sein Leben zerstört hat.«

Im April 1967 berichtet Stasi-Mitarbeiter »H. Müller«, Rudi Bernhardt wolle aus der Partei austreten. In der DDR habe sich eine neue Klasse gebildet, die »Klasse der Funktionäre«. Nach dem sowjetischen Einmarsch in Prag 1968 meldet der Stasispitzel »Uwe«, der Kollege Bernhardt halte »die Maßnahmen für eine ›große Schweinerei‹«. Ein paar Tage später weigert er sich, eine Solidaritätserklärung für die Sowjetunion zu unterschreiben.

Das reicht der Stasi, um das Leben Bernhardts zu zerstören. Er darf nicht studieren, obwohl er als hervorragender Lokführer gilt, er muss bei der Reichsbahn weiter Dampflok fahren und darf nicht auf die neuen Dieselloks umschulen, er wird ausgebremst, bespitzt, verfolgt, und es geht immer weiter bergab. Stiehlt er die Bilder aus Gotha, um Rache am System zu üben?

Vieles spricht dafür. 1982 bricht er mit seinem 15-jährigen Sohn in einen Intershop in Friedrichsroda ein. Offenbar will er wieder die DDR schädigen. Doch dieses Mal geht alles schief. Der Sohn wird geschnappt, der Vater versteckt sich tagelang im Wald, dann stellt er sich der Polizei. Er bekommt ein Jahr Gefängnis. Drei Jahre später denunziert ihn eine Kollegin wegen geplanter Republikflucht. Zwei Wochen später nimmt sie sich das Leben, Bernhardt wird verurteilt, sitzt im Gefängnis und wird in den Westen abgeschoben.

1996 überfällt er mit seinem Sohn im thüringischen Meiningen mit einem Weltkriegsrevolver einen Makler, von dem sich der Sohn ungerecht behandelt fühlt. Bei der Flucht stürzt Rudi Bernhardt 15 Meter tief von einem Dach und liegt monatelang im Koma. Dann kommt er ins Gefängnis.

Als er entlassen wird, ist er das erste Mal ruhig in seinem Leben. Die Wut und der Hass sind endlich verschwunden. 2016 erkrankt Rudi Bernhardt an Leukämie, die Krankheit verbreitet sich rasend schnell.

»Ich habe mein Leben lang gegen Windmühlenflügel gekämpft«, sagt er seiner Frau. Wenig später ist er tot.

Das Geheimnis von Gotha nimmt er mit ins Grab.



Psychologe Stemmler im Zellengefängnis

Radikale Ermittler

Hochschulen Ein Professor

befragt für eine Studie einen mutmaßlichen Islamisten. Polizisten beschlagnahmen die Aufnahme. Ist die Wissenschaftsfreiheit in Gefahr?

Es war an einem Vormittag Ende Januar, als der Psychologieprofessor Mark Stemmler zuerst gezwungen wurde, ein Versprechen zu brechen, und später begann, an der Forschungsfreiheit zu zweifeln.

Zwei Beamte des Bayerischen Landeskriminalamts standen an jenem Vormittag vor seinem Büro und zeigten ihm einen Durchsuchungsbeschluss. Stemmler ist Professor an der Universität Erlangen-Nürnberg, einer seiner Schwerpunkte ist die Rechtspsychologie. Die Beamten interessierten sich für sein Projekt »Islamistische Radikalisierung im Justizvollzug«. Es geht um Häftlinge, die als islamistische Gefährder eingeschätzt oder verdächtigt werden, sich zu radikalisieren.

Stemmler und eine Mitarbeiterin hatten 31 Gefangene interviewt. Sie wollen herausfinden, warum ein Mensch sich radikalisiert – und ob die Haft diese Entwicklung verstärkt. Die Forscher lassen die Probanden aus deren Leben erzählen, sprechen über Familie, Schule, Glauben, Politik. Über Straftaten sprechen sie nicht.



Sonja Och / DER SPIEGEL

Nürnberg: Er merkte, dass er keine Chance hatte

Stemmler war klar, dass es ein heikles Forschungsfeld ist. Die Aufnahmen liegen auf einem gesicherten Server, die Dateien wurden verschlüsselt und anonymisiert. Aus der Studie hätte niemand Rückschlüsse auf die Befragten ziehen können.

Die Teilnehmer der Studie erhalten eine kleine Entschädigung, drei Euro für ein Gespräch. Wichtiger als das Geld ist für Stemmler eine andere Währung: Vertrauen. Stemmler und seine Mitarbeiterinnen hatten den Inhaftierten schriftlich versichert, »dass das, was Sie uns erzählen, keine Folgen für Ihre Strafe oder Ihre Zeit im Gefängnis hat«. Und: »Sie werden deswegen keine Probleme bekommen.«

Ein großes Versprechen – vielleicht zu groß. Heute sagt Stemmler, er habe ja nicht gewusst, dass man den Informanten einen Schutz vorgaukelt, den es so nicht gibt.

Zu den Gesprächspartnern zählte Abdullah H. Er war wegen Drogen delikten im Gefängnis, als ihn Stemmlers Mitarbeiterin im Oktober 2019 interviewte. Sie erfuhr, dass H. aus dem Irak komme, einige Zeit in der Türkei gelebt und drei Handys im Gefängnis versteckt habe. Ansonsten sei H. distanziert gewesen. Aufschlussreicher ist ein Beschluss des Oberlandesgerichts München, der dem SPIEGEL vorliegt: Gegen H. wurde wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Verei-

nigung im Ausland ermittelt. 2014 und 2015 soll H. dem »Islamischen Staat« im Irak angehört haben. Am 9. Juli 2015 kam er als Asylbewerber nach Deutschland.

Drei Jahre später begannen die deutschen Ermittlungsbehörden, sich für H. zu interessieren, nach dem Hinweis eines Inhaftierten der Justizvollzugsanstalt München. Der Fall landete bei der Generalstaatsanwaltschaft München, in der Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus. Beamte werteten H.s Asylakte aus, sie überwachten seine Kommunikation, recherchierten im Netz nach Spuren, befragten Zeugen. H. selbst verweigerte die Aussage. Irgendwann hörten die Ermittler vom Besuch der Forscherin bei H. Mitte Januar rief ein Polizist das erste Mal Stemmler an.

Erfahren Staatsanwälte vom Verdacht einer Straftat, müssen sie umfassend ermitteln, Belastendes ebenso wie Entlastendes. Am Anfang von Ermittlungen gilt es vor allem, so viele Hinweise zu sammeln wie möglich, bei Bedarf Dokumente zu beschlagnahmen, Zeugen zu vernehmen.

Es gibt Berufsgruppen, die davor teils geschützt sind: Geistliche, Anwälte, Ärzte, Psychotherapeuten, auch Journalisten. Wer einem solchen Beruf nachgeht, kann die Aussage unter bestimmten Umständen verweigern. Zudem dürfen grundsätzlich keine Gegenstände beschlagnahmt werden, wenn damit jenes Zeugnisverweigerungsrecht umgangen werden könnte. Für Forscher gilt das nicht.

Als der Polizist im Januar Mark Stemmler am Telefon fragte, ob er bereit sei, die Aufnahmen zu Abdullah H. herauszugeben, weigerte sich der Professor. Erst als die Beamten mit einem Beschluss in seinem Büro standen, merkte er, dass er keine Chance hatte. Stemmler gab den Polizisten einen USB-Stick mit der Datei. Im Protokoll ließ er vermerken, mit der Beschlagnahme nicht einverstanden zu sein.

Sein Anwalt Helmut Pollähne nennt den Beschluss des Oberlandesgerichts München »kurzsichtig und unreflektiert« und spricht von einem »Flurschaden für die Forschung«. Er legte Beschwerde gegen die Beschlagnahme ein, sie wurde zurückgewiesen. Nun will er eine Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe einreichen. Für Pollähne geht es im Fall Stemmler um mehr als nur ein gebrochenes Versprechen. Für ihn geht es um die Zukunft vergleichbarer Forschungsprojekte.



Sonja Och / DER SPIEGEL

USB-Stick in Stemmlers Büro
»Flurschaden für die Forschung«

Norbert Nedopil ist einer der bekanntesten forensischen Psychiater Deutschlands. Er leitete lange die Abteilung für Forensische Psychiatrie an der Psychiatrischen Klinik der Ludwig-Maximilians-Universität München. Einige Male sei es vorgekommen, dass Staatsanwälte und Polizisten sich für seine Forschungsdaten interessiert hätten, sagt Nedopil. Er habe jedes Mal abgelehnt.

Anfang der Nullerjahre beriet er die bayerischen Behörden bei der Entwicklung einer Sexualstrafäterdatei. »Die Grundlage war das Wissen, das wir aus der Forschung hatten«, sagt Nedopil. Das hätten sie nur erwerben können, weil sie den Probanden absolute Vertraulichkeit zugesichert hatten. Nedopil nennt den Beschluss im Fall Stemmler »ein Eigentor«.

Es passiert nur selten, dass Ermittler Forschungsmaterial beschlagnahmen. Der Deutschen Forschungsgemeinschaft ist kein Fall bekannt, dem Präsidium der Kriminologischen Gesellschaft ebenso wenig. Der Fall Stemmler ist für Verfassungsrechtler und Kriminologen gerade deshalb interessant: Sie sehen eine Grenze überschritten, die nicht klar definiert ist.

Frank Neubacher, Direktor des Kölner Instituts für Kriminologie, spricht von »blankem Entsetzen« über die Durchsuchung: »Wir können uns eigentlich nur wünschen, dass sich das Bundesverfassungsgericht damit beschäftigt.« Ähnlich sieht es der Münchner Kriminologe Ralf Kölbel: Es müsse geklärt werden, ob Forscher in ähnlicher Weise wie Journalisten geschützt sein sollten. Der Bonner Verfassungsrechtler Klaus Gärditz verweist auf das Grundgesetz, Artikel 5: »Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.« Für Gärditz leitet sich daraus ein besonderer Schutz von Wissenschaftlern ab.

Der Vorgang beschäftigt inzwischen auch den bayerischen Landtag, die Grünenfraktionsvorsitzende Katharina Schulze sieht eine »Regelungslücke«. Die Generalstaatsanwaltschaft München weist Kritik an ihrem Vorgehen zurück. Sie bezeichnet es auf Anfrage als »gerechtfertigt und insbesondere auch verhältnismäßig«, da ein schwerwiegendes Verbrechen aufzuklären gewesen sei.

Mark Stemmler weist neue Probanden nun darauf hin, nicht über Straftaten sprechen zu wollen. Sollten sie nachfragen, ob wirklich niemand Zugriff auf die Daten habe, wolle er in Zukunft antworten: Er könne das nicht garantieren.

Das Verfahren der Generalstaatsanwaltschaft München gegen Abdullah H. wurde Anfang August eingestellt, mangels hinreichenden Tatverdachts.

Edgar Lopez, Christopher Piltz
Mail: christopher.piltz@spiegel.de

Die Kriegsmaschinisten

Zeitgeschichte Der Autozulieferer Continental hat seine Verstrickungen im Nationalsozialismus untersuchen lassen. Als NS-Musterunternehmen tat der Konzern alles, um Hitlers Angriffskrieg zu unterstützen – und daran zu verdienen.

Laufen, im Schnee, auf Eis. Laufen, 30, 40 Kilometer am Tag. Laufen, barfuß in zu kleinen oder zu großen Schuhen. Laufen, rund um den Appellplatz, am Galgen vorbei. Laufen, weiterlaufen, um sein Leben laufen. Bis zum Umfallen laufen. Wer hinfiel, den erschoss die SS.

Im KZ Sachsenhausen in Oranienburg gehörte das, was die Nazis »Schuhprüfstrecke« nannten, zu den schlimmsten Schindereien des Lagers. Häftlinge mussten für die deutsche Schuhindustrie Sohlen und Absätze testen; durch Ablaufen.

Der Verschleiß am Material wurde millimetergenau notiert; der Verschleiß an Menschen, ihr Tod, interessierte keinen. Auch nicht den Marktführer für Sohlen und Absätze, den Continental-Konzern aus Hannover und seine Schuhtochter, die Schwelmer Gummiwaren GmbH.

Im Herbst 1940 meldete sich Conti-Ingenieur Karl Stubbendiek bei der KZ-Kommandantur und schickte zehn Paar Gummiabsätze nach Sachsenhausen, die am 26. November eintrafen. Keine vier Wochen später kamen die Ergebnisse zurück: Im Schnitt hatten die Absätze 274 Kilometer gehalten, ein Paar war erst nach 427 Kilometern am Ende. Weitere »Trageversuche werde ich demnächst nach Schneefall und Frost machen lassen, um den Grad der Gleitneigung praktisch feststellen zu können«, schrieb ein Geschäftsführer aus Schwelm.

Und weil Naturkautschuk knapp war, schickte Conti auch Kunststoffsohlen aus sogenanntem Igelit nach Sachsenhausen. Eine »Produktionsaufgabe für Igelit-Sohlen« bekomme »nur die Firma, die nachweisen kann, dass ihre Sohlenplatten die Prüfbedingungen auf der Schuhprüfstrecke in Sachsenhausen erfüllt« haben, notierte Stubbendiek. Also wurde gelaufen, gelaufen, gelaufen – die Igelit-Sohlen schafften bis zu 2200 Kilometer.

Viele Häftlinge schafften es nicht.

Die Todesmärsche in Sachsenhausen sind nicht die einzige Verstrickung mit der SS, die der Historiker Paul Erker in seinem Werk über den Conti-Konzern in der Nazi-Zeit beschreibt*. KZ-Häftlinge schufteten in Hannover in der Reifenfabrik, außerdem in Gleiwitz in einem Werk für den

Zusatzstoff Gasruß, der unter Conti-Beteiligung entstand. In den letzten Kriegsmontaten mussten KZ-Gefangene noch einen Stollen für eine Untertagefabrik ausbauen, die nie in Betrieb ging. Vermutlich mehrere Hundert starben dabei.

Der Konzern profitierte auch von geschätzt 10 000 Zwangsarbeitern – Kriegsgefangenen und Arbeitskräften aus besetzten Gebieten. Vor allem aber profitierte Continental als wichtiger Zulieferer von der unersättlichen deutschen Kriegsmaschine. Die Räder, die für den Sieg rollen mussten, trugen oft Gummi aus Hannover.

Conti ist heute einer der größten Autozulieferer der Welt, hat 240 000 Mitarbeiter. Der Konzern hat die Studie in Auftrag gegeben und mit Erker einen be-

Verlangen die Reichsministerien mehr, wird alles versucht, um das Plansoll zu erfüllen.

kanntermaßen unbequemen Historiker verpflichtet. Als Erker die Geschichte von Jägermeister aufarbeitete, kam es zu heftigen Turbulenzen, weil der Likörhersteller die Studie nicht komplett veröffentlichen wollte und dann jahrelang liegen ließ.

Auch dem Conti-Konzern wirft Erker in der Einleitung zunächst mal vor, »sich lange Zeit vor einer wirklichen Analyse seiner Rolle in der NS-Zeit gedrückt« zu haben. Das erledigt der Münchner Historiker nun umso gründlicher, mit einem mehr als 800 Seiten



Manager Könecke, Bundespräsident Heuss bei Daimler-Benz in Stuttgart 1954

Williger Gehilfe

starken Buch, das weit über die historische Conti hinausgeht. Erker rollt darin nicht nur die NS-Zeit des Unternehmens auf, sondern auch die der wichtigsten Firmen, die sich der Konzern nach dem Krieg einverleibt hat: des Bremsenherstellers Alfred Teves (Ate), des Fahrzeuginstrumentenbauers VDO, beide aus Frankfurt am Main, sowie der Reifenproduzenten Phoenix aus Hamburg und Semperit aus Österreich.

Erker hält diese Rückgrat der nationalsozialistischen Rüstungs- und Kriegswirtschaft«.

Eine Conti-Werbung zeigt Truppentransporter beim Vormarsch, dazu den Slogan: »Bewährt an allen Fronten«. Ob Reifen, Bremsen oder Messgeräte, ob für Lastwagen, Jagdflugzeuge, Panzer, U-Boote oder V1-Waffen – ohne die Firmen, die heute unter dem Dach von Conti arbeiten, wäre Hitlers Krieg kurz hinter der deutschen Grenze zu Ende gewesen.

Dabei stieß Erker in den Unternehmen auf das gesamte Spektrum menschlicher Stärken und Schwächen in einer Diktatur: in kleinerem Maße auf verbrecherische, sadistische Charaktere wie den Conti-Vorstand Hans Odenwald, der anordnete, keine Rücksicht auf russische Zwangsarbeiter zu nehmen, angeblich mit den Worten: »Wenn sie tot sind, gibt's neue.« In Einzelfällen auf Beispiele persönlichen Muts und Widerstands – wie bei Alfred Teves, dem Patron der Teves-Werke. Er hielt seine Hand über jüdische oder linke Mitarbeiter und brachte 1936 in einer Rede vor Nazi-honoratioren ein dreifach donnerndes Siegheil auf »August Hitler« aus. Ein Fauxpas, hinter dem man in seinem Fall durchaus Absicht vermuten darf.

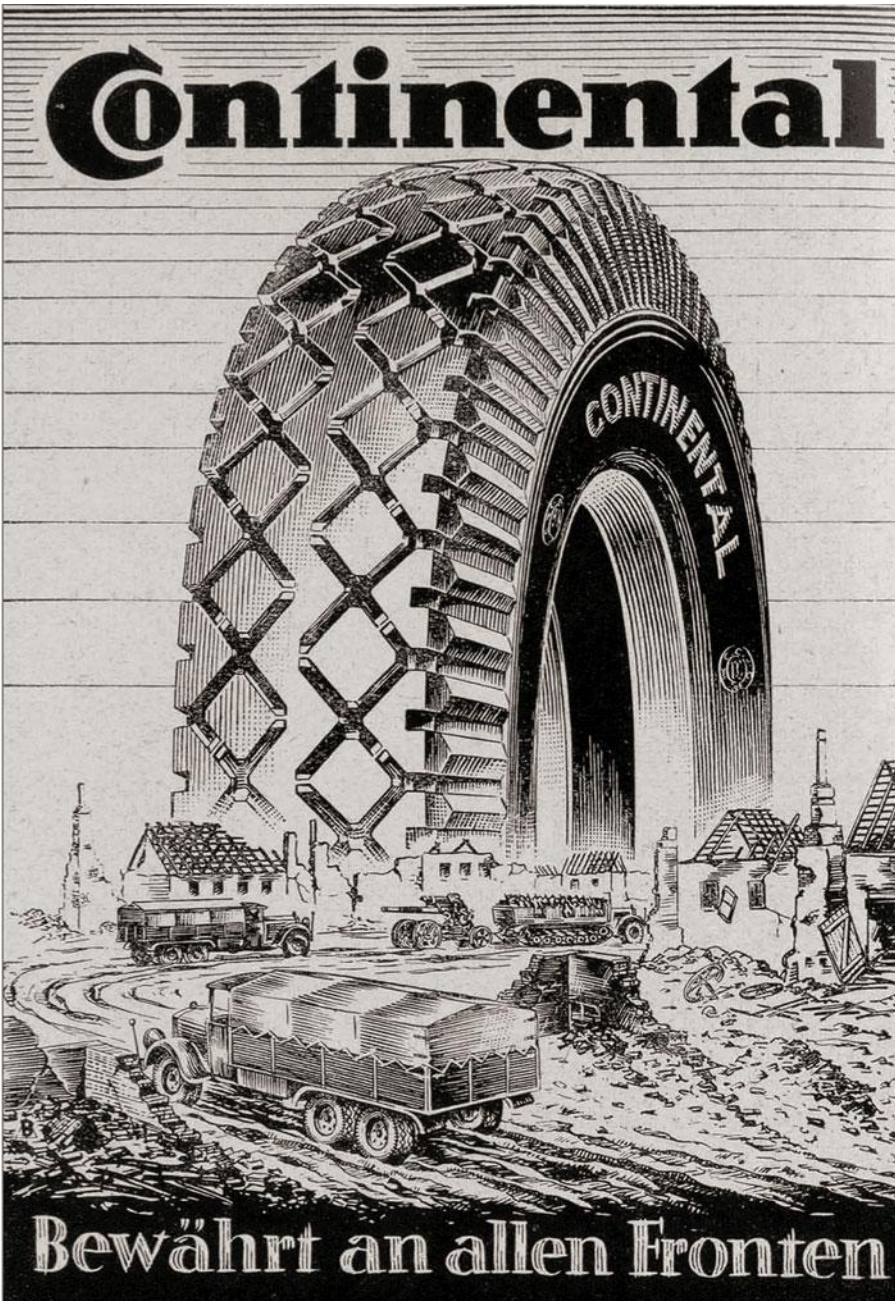
Das Gros erscheint in der Studie dagegen weder als Widerstandskämpfer noch als begeisterte Nazis, sondern als Opportunisten: Wenn sich die Gelegenheit ergibt, Geschäfte zu machen, nutzen Conti und die anderen sie. Verlangen die Reichsministerien immer mehr – mehr Reifen, mehr Bremsen, mehr Tachometer –, wird alles versucht, um das Plansoll zu erfüllen. Und wenn das Kriegsgerät noch effizienter töten soll, nehmen auch die Teves-Ingenieure die technische Herausforderung an.

Continental und die späteren Konzernfirmen wirken bei Erker nicht wie der Inbegriff des Bösen; gerade für Zwangsarbeiter gab es offenbar weit schlimmere Unterneh-

* Paul Erker: »Zulieferer für Hitlers Krieg«. De Gruyter Oldenbourg; 867 Seiten; 49,95 Euro.



FSB



Archiv

»Schuhprüfstrecke« im KZ Sachsenhausen 1945, Werbung 1943: Am Galgen vorbei

men. Der Conti-Verbund steht vielmehr für den Normalfall – wie willig man sich in der deutschen Industrie auf das Regime einließ, wie schnell man Betriebe »arisierte«, wie gierig man um Rüstungsaufträge buhlte und wie unbedingt man sich dann dem Diktat des »totalen Krieges« unterwarf, auch unterworfen wurde. Dass »wegen Continental damals viele Menschen leiden und sterben« mussten, wie Conti-Chef Elmar Degenhart bei der Vorstellung der Studie am Donnerstag sagte, war eingepreist. »Die damaligen Management-Entscheidungen waren durch nichts zu rechtfertigen«, so Degenhart.

Conti-Chef Willy Tischbein versprach bereits in einem Aufruf zum 1. Mai 1933, sein Unternehmen werde dem Streben des »Führers Adolf Hitler« dienen, dem deutschen Volk »die Stellung in der Welt zu verschaffen, auf die es einen berechtigten Anspruch hat«. Am Verwaltungsgebäude wehten Hakenkreuzfahnen.

Tischbein verpflichtete alle Vorstände, Prokuristen und Direktoren, in die Partei einzutreten. Noch im selben Monat wurden die Aufsichtsräte, die aus jüdischen Familien stammten, zum Rückzug gedrängt – mit einer Ausnahme: Aufsichtsratschef Julius Caspar. Er konnte sich bis 1938 in dem Gremium halten, vermutlich weil er auch einen schwedischen Pass hatte und wichtige Patente hielt, auf die Continental angewiesen war.

Die Säuberungswelle hatte der damalige Conti-Hauptaktionär mitgetragen, die Familie Opel mit Gründersohn Fritz an der Spitze. Der allerdings überwarf sich bald darauf mit Tischbein und ließ ihn ablösen, nicht etwa aus ideologischen Gründen, sondern weil Opel als Aktionär und Pfennigfuchser vor allem eines interessierte: so viel Geld wie möglich aus dem Unternehmen zu ziehen. Wenn es ums Geld ging, hatte Opel trotz Parteibuch für die Bewegung nicht viel übrig. Während die Gewinne stiegen, verlangte er vom Vorstand, er solle auch bei den Spenden fürs NS-Winterhilfswerk knausern – 100 000 Reichsmark im Jahr seien zu viel.

Das sah der Vorstand anders und verdoppelte die Summe. Auch der Etat für braune Propagandafeiern im Betrieb stieg kräftig an. Besonders viel Geld ließ sich der Konzern die Reifen für die »Silberpfeile« kosten, die Lieblingsspielzeuge der Nazi-propaganda, die von 1935 bis 1939 Siege und Rekorde im Rennsport einfuhren. Und natürlich lieferte der Marktführer auch die Spezialreifen für den überschweren »Führerwagen«, nur dass sich Hitler trotz bester Zutaten aus Naturkautschuk über unangenehme kurze Stöße während der Fahrt beklagte. Conti- und Daimler-Benz-Vertreter mussten deshalb zum Rapport in die Reichskanzlei.

Mit Fritz Könecke übernahm 1938 ein Manager die Konzernführung, der in erster



Zwangsarbeiter in zerstörter Phoenix-Fabrik 1943*: »Rückgrat der Rüstungswirtschaft«

Linie den Gewinn im Blick hatte, dafür opportunistisch die ganze Klaviatur der Plan- und Filzwirtschaft in Nazideutschland bespielte. Er ließ sich auf Lobbyposten an der Schnittstelle zwischen Industrie und Regime wählen, um Contis Stellung als größter Gummiverarbeiter im Land zu sichern.

In ihm fanden die Nazis einen willigen Erfüllungsgehilfen. Kaum auf dem Chefessel, drängte er den letzten jüdischen Aufsichtsrat Caspar aus dem Amt. Auch zwei Juden, an denen Conti festgehalten hatte, weil sie mit ihrem Fachwissen als unverzichtbar galten, mussten nun gehen. Zu groß wurde der politische Druck – und die Angst, Aufträge zu verlieren.

1942 wurde Conti unter Könecke als NS-Musterbetrieb ausgezeichnet. Sperrig wurde der neue Chef meist nur, wenn Pläne des Regimes den Profit oder gar die Marktführerschaft gefährdeten – etwa der Wunsch, Conti solle dem damaligen Konkurrenten Semperit nach dem »Anschluss« Österreichs mit Know-how helfen. So etwas versuchte Könecke zu hintertreiben.

Wie Conti »arisierte« auch der Frankfurter Instrumentenbauer VDO sein europäisches Vertriebsnetz und biederte sich als Rüstungslieferant dem Reichswirtschaftsministerium an. VDO-Mitgründer Adolf Schindling hatte schwierige Jahre hinter sich, er hatte mehrfach vor der Pleite gestanden. Er nahm die Aufrüstung als Chance an – und 1934 das Parteibuch, das für Aufträge nützlich war.

Auch Teves wurde im Krieg zu einer Schlüsselfirma der Rüstung. Alfred Teves und seine beiden Söhne bewahrten sich aber die riskante Aura der Unangepassten. Der alte Teves weigerte sich, Juden zu entlassen; die Drohung, dass man ihm deshalb die goldene Fahne der Deutschen Arbeitsfront verwehren werde, soll er mit den

Worten quittiert haben: »Die sollen ihren Fetzen hinhängen, wohin sie wollen, ich mache da nicht mit.« Viele seiner Arbeiter waren ehemalige SPD- und KPD-Mitglieder, manche nannten sich nach dem Markennamen Ate doppeldeutig »Ate-isten«.

Teves, der seine Söhne zum Lernen in die USA geschickt hatte, lebte in der Geisteshaltung amerikanischer Selfmademillionäre, die sich von der Politik nicht in ihr Geschäft hineinreden lassen wollten. Für ihn zählte nur technische Exzellenz, nicht politische Gesinnung; solange er die lieferte – und die geforderten Mengen –, konnte er sich gegenüber den Nazis einen gewissen Freiraum erhalten. Zumindest KZ-Häftlinge kamen Teves nicht ins Haus.

Die Gestapo platzierte Spitzel im Unternehmen, die Kommunisten ans Messer lieferten.

Trotzdem trat auch Alfred Teves in die Partei ein. Ein von Erker gefundener Aufnahmeantrag datiert auf Mai 1939. Der örtliche Gauleiter hatte den Industriellen unter Druck gesetzt. 1940 drohte man Teves, ihn als Betriebsführer abzusetzen. Angeblich war er mit 72 Jahren zu alt, tatsächlich hielt man ihn für politisch unzuverlässig. Teves überließ daraufhin die Führung seinem jüngeren Sohn. Der trat nun wie sein Bruder, Chef der Berliner Tochterfirma, ebenfalls in die Partei ein.

Die Nazis saßen der Familie trotzdem weiter im Nacken: Die Gestapo platzierte Spitzel im Unternehmen, die Kommunisten

ten ans Messer lieferten. Im Berliner Werk flog eine Widerstandszelle mit 40 Mitgliedern auf. 6 von ihnen wurden um die Jahreswende 1944/45 hingerichtet.

Im ganzen Reich standen da schon seit Langem Zwangsarbeiter an den Werkbänken; sie rückten für die Deutschen ein, die an die Front mussten. Auch bei Conti in Hannover oder im hessischen Korbach arbeiteten Kriegsgefangene und verschleppte Zivilisten, allerdings oft an denselben Arbeitsplätzen wie Deutsche oder Ausländer, die freiwillig gekommen waren. Historiker Erker bescheinigt dem Konzern einen vergleichsweise »moderaten« Umgang mit den Ausländern.

Das lag auch an der langjährigen Firmenphilosophie: Bei Conti hielt man traditionell nicht viel von Zucht und Zwang, setzte auf Lohn und Belohnung, um das Beste aus den Arbeitern herauszuholen. Zumindest französische Kriegsgefangene verdienten daher fast genauso viel wie deutsche Mitarbeiter. Und wenn sich Zwangsarbeiter nicht an die Regeln hielten, bemühte sich die Conti-Führung um eine interne Klärung. Selbst der Betriebsobmann, im NS-System eine Art politischer Aufpasser im Unternehmen, war darauf bedacht, dass der Arm der Gestapo nicht bis aufs Conti-Werkgelände reichte.

Wer allerdings in den Rohbetrieben mit den Kautschukmischwerken landete, der erlebte eine andere Conti. Sie unterstanden dem damals noch stellvertretenden Vorstand Odenwald, der nach dem Krieg auch von deutschen Arbeitern als »brutaler, sadistischer Menschenschinder« beschrieben wurde. Odenwald habe Zwangsarbeiter bis zum Zusammenbruch antreiben lassen. Einmal forderte er einen Betriebsleiter auf, Ausländern mit dem KZ zu drohen, »dann werden sie schon arbeiten«.

Das war nur ein Vorgeschmack auf die Verrohung bei Conti, die zunahm, je näher das Kriegsende rückte. Schwere Zerstörungen durch Luftangriffe, immer mehr Fachkräfte, die an die Front mussten, und zugleich immer absurdere Forderungen aus der Rüstungsbürokratie – je schwieriger die Produktion aufrechtzuerhalten war, desto rücksichtsloser wurde die Conti-Führung.

Im Juni 1944 schickte die SS die ersten KZ-Häftlinge nach Hannover, Frauen für das Werk im Stadtteil Limmer. Um die nötigen Absprachen zu treffen, war zuvor der Werkleiter ins KZ Ravensbrück gefahren. Das Ergebnis: Conti zahlte für die Unterbringung, für die Verpflegung sowie vier Reichsmark pro Häftling und Tag an die SS. Vor allem aber: Die Wachen sollten aus der eigenen Belegschaft kommen. Zur Anwerbung reiste ein SS-Hauptsturmführer nach Limmer. Er hatte keine Probleme, 25 Conti-Frauen als KZ-Schergen zu rekrutieren.

Die Häftlinge mussten Gasmasken zusammenbauen, zwölf Stunden am Tag bei

* In Hamburg-Harburg.

Luftbrücke für Amerika

Vereine Warum Deutschland den USA 50 Beatmungsgeräte schenken wollte – und wie es dann ganz anders kam

35 Grad und in benzingeschwängelter Luft. Misshandlungen durch die SS-Aufseherinnen gehörten zum Alltag, bis die Werkleitung Schläge in der Fabrik verbot. Im September 1944 folgten Männer aus dem Getto Łódź, die Conti vom KZ Auschwitz angeboten wurden. Ein Conti-Ingenieur fuhr nach Auschwitz, befand nur 300 Männer für arbeitsfähig, wurde aber von allen angefleht, sie aus der Hölle des Vernichtungslagers mitzunehmen.

Tatsächlich kamen kurz danach 1000 Häftlinge in Hannover an. Die SS baute für sie ein Außenlager des KZ Neuengamme auf und errichtete ein Schreckenregime. Auch Conti-Mitarbeiter machten mit, wie Zeugen nach dem Krieg aussagten. Einmal soll sich ein Werkmeister bei einem Aufpasser beschwert haben, dass ein Häftling nicht gut genug arbeite. Daraufhin habe der Kapo dem Häftling mit einem Rohr zehn- bis zwölfmal auf den Kopf geschlagen, bis dieser blutüberströmt zusammengebrochen sei. Ein anderer Meister soll selbst mit dem Gummiknüppel zugeschlagen haben.

Nach wenigen Wochen waren 55 KZ-Gefangene tot, 80 bis 85 wurden wegen Arbeitsunfähigkeit zurück ins Hauptlager Neuengamme geschickt, was einem Todesurteil gleichkam.

Im November 1944 wurde das Lager aufgelöst, die Häftlinge kamen ins Lager Ahlem. Dort mussten sie einen Stollen ausbauen, viele starben. »Über die Zustände im KZ Ahlem wussten zweifellos viele ... im Unternehmen Bescheid«, urteilt Historiker Erker. »Auf die Bedingungen vor Ort hätte man seitens der Unternehmensführung ... mit Sicherheit Einfluss nehmen können. Aber das tat niemand.«

1946 schrieben 16 ehemalige Häftlinge aus Ahlem an die britische Militärregierung. Sie wollten verhindern, dass Conti-Chef Könecke in den Vorstand zurückkehren konnte. »Im Namen der 850 toten Kameraden, die bei der Conti-Arbeit durch Prügel, Hunger und andere Quälereien ermordet wurden«, protestierten sie »aufs Energischste gegen die Wiedereinsetzung des Nazi-Betriebsführers der Continental Gummiwerke AG, Dr. Könecke, sowie des früheren Nazi-Vorstands«. Diese trügen die Verantwortung für die Gräueltaten im Lager.

Tatsächlich kehrte Könecke nicht mehr zu Conti zurück. Im Entnazifizierungsverfahren brachte er es fertig, sich als Regimegegner darzustellen, widerborstig, hinhalten, zäh; er wurde als entlastet eingestuft. Er machte Karriere beim Konkurrenten Phoenix, dann bei Daimler-Benz. 1953 stieg er in Stuttgart zum neuen Vorstandschef auf. Kurz darauf verlieh ihm Bundespräsident Theodor Heuss das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik. Jürgen Dahlkamp

Die Bilder waren schlimm: Ein Gabelstaplerfahrer transportierte gestorbene Covid-19-Patienten zu Kühlcontainern, Bestattungsunternehmer standen in Räumen voller Leichen. Anfang April drohte New York das Chaos.

Mitglieder der Atlantik-Brücke waren bestürzt. Der Verein steht »im Dienst der deutsch-amerikanischen Freundschaft«, wie es auf seiner Internetseite heißt, ihm gehören rund 500 »Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien« an. Die Mitglieder starteten eine Spendenaktion und fragten den Vorsitzenden Sigmar Gabriel, ob man nicht Beatmungsgeräte in die USA schicken könne.

Der frühere Außenminister und SPD-Parteivorsitzende sei »sofort überzeugt von der Idee« gewesen, sagt er. »Amerika hat Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit Care-Paketen und Rosinenbomben beigetragen, die Idee war, etwas von dieser Hilfe zurückzugeben, wenn auch nur mit einem bescheidenen Beitrag.« Es sei darum gegangen, »die Luftbrücke symbolisch in entgegengesetzter Richtung wieder aufleben zu lassen«.

Und so begann die Geschichte einer Hilfe, die am Ende gar nicht gewollt war.

Den Krankenhäusern von New York und New Jersey fehlte es in diesen Apriltagen oft an hochwertigem medizinischem



Spezialgeräte im Dräger-Werk in Lübeck

»Im Dienst der Freundschaft«

Material, etwa zur künstlichen Beatmung. 50 Geräte hätten hochwillkommen sein müssen – sollte man denken.

Gabriel rief einen alten Bekannten an, den Medizintechnik-Unternehmer Stefan Dräger. Der habe den Vorstoß »toll« gefunden, wie er heute sagt, hatte aber zunächst keine Kapazitäten, die Geräte zu produzieren. Aber irgendwie werde sich schon ein Weg finden, sagte Dräger.

Als Nächstes redete Gabriel mit der Frau, der er lange als Vizekanzler gedient hatte. Angela Merkel versprach, das Vorhaben zu unterstützen. Die Details möge Gabriel mit ihrem außenpolitischen Berater Jan Hecker besprechen.

Langsam nahm das Projekt Fahrt auf. Die Mitglieder der Atlantik-Brücke sammelten Spenden, ab Mitte April kümmerte sich Dräger um die Produktion für New York und New Jersey.

Gabriel kontaktierte den Gouverneur von New Jersey, einen »alten Freund«, den er aus dessen Zeit als US-Botschafter in Berlin kennt. Phil Murphy und auch der Gouverneur von New York hätten sich über das Angebot gefreut, sagt Gabriel. Die Amerikaner ließen sich die Details der Geräte schicken und sondierten Kliniken, die Geräte am dringendsten benötigten.

Doch dann stellte die Atlantik-Brücke fest, dass sie nicht genug Geld zusammenbekommen würde. 1,5 Millionen US-Dollar kosteten die 50 Geräte – mehr, als die Spenden erbracht hatten. Gute Kontakte halfen weiter: Die Bundesregierung entdeckte einen Topf im Auswärtigen Amt, aus dem das Hilfspaket finanziert werden sollte.

Anfang Mai fehlte nur noch die Zustimmung aus Washington. Merkels Berater Hecker telefonierte mit dem Nationalen Sicherheitsberater Robert O'Brien im Weißen Haus. Der versprach, das Angebot zu prüfen. Nach einigen Tagen meldete sich das Weiße Haus: Man habe keinen Mangel an Beatmungsgeräten, vielleicht sei ja ein anderes Land ein geeigneter Empfänger.

Die Lage in New York hatte sich etwas entspannt, die USA hatten eigene Anstrengungen zur Produktion solcher Geräte unternommen – bestand kein Bedarf mehr? Gabriel hat einen anderen Verdacht: »Vermutlich herrschte in Washington die Sorge, dass das starke Amerika auf einmal als hilfsbedürftig erscheinen würde.«

Das Auswärtige Amt will die Geräte nun anderen Ländern schenken. Und die Atlantik-Brücke? Chef Gabriel betont, dass die Initiative nicht ganz ins Leere gelaufen sei: »Wir haben bis jetzt mehr als 50 000 Euro an den Save the Children Coronavirus Response Fund gespendet.« Die US-Organisation unterstützt hilfsbedürftige Kinder. Dagegen kann keiner etwas haben. Hubert Gude

Reporter



Familienalbum

Vereint, 1943

Jan Goreschian, 80:

Dieses Foto ist 77 Jahre alt. Es wurde in Täbris aufgenommen, einer Provinzhauptstadt im Norden Irans. Wir stehen vor dem Haus meiner Großeltern, ich sitze in der vorderen Reihe ganz links, damals war ich drei Jahre alt. Bemerkenswert finde ich, dass die Männer europäisch gekleidet sind, mit Anzug und Krawatte, und die Frauen keinen Schleier tragen. Zu jener Zeit war das Schleiertragen verpönt, ein Zeichen für Rückständigkeit. Schah Mohammad Reza Pahlavi hatte sich, ähnlich wie Mustafa Kemal Atatürk in der Türkei, bemüht, Iran aus dem Mittelalter zu führen.

Meine Familie gehörte zur Mittelschicht. Meine Mutter ist die zweite von links in der mittleren Reihe, mein Vater fehlt auf dem Bild. Beide waren Marxisten. Der Schah hat uns hin- und hergejagt, ich habe jedes Schuljahr in einer anderen Stadt verbracht. Aber er hat uns nicht töten lassen, dazu war er zu städtisch, zu zivilisiert. Die Einzige, die auf diesem Foto einen Schleier trägt, ist meine Urgroßmutter. Sie war die Tochter von Mosaffareddin Schah, aus dem Königshaus der Kadscharen-Dynastie,

eine echte Prinzessin. Nach dem Abitur bin ich 1961 nach Deutschland gegangen, zum Studieren. Ein Bruder von mir lebte schon in Frankfurt, in der Nähe habe ich mich später als Architekt niedergelassen. Die Menschen auf dem Foto wurden in alle Welt verstreut, viele gingen nach England, einige nach Deutschland, sehr viele in die USA.

Es erfüllt mich mit Wehmut zu sehen, wie weit Iran nach der Revolution 1979 zurückgefallen ist. Obwohl viele, auch gebildete Menschen, zu Schah-Zeiten mit der Situation nicht zufrieden waren, ist die Revolution eine Tragödie. Fast alle wollten eine Veränderung. Die Islamisten hat allerdings kaum einer ernst genommen. Irgendwann haben sie dann alles übernommen. Was westlich war, galt plötzlich als verdächtig. Wir waren kurz vor der Revolution im Urlaub am Kaspischen Meer. In einem Supermarkt hing ein Schild: Wir bitten die Damen, nicht im Bikini einzukaufen. Nach 1979 bin ich nie wieder in Iran gewesen. Das Foto hängt in meinem Büro. Es zeigt eine Familie, die durch die Fliehkräfte der Geschichte auseinandergerissen wurde.

Aufgezeichnet von Hauke Goos

► Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten? Schreiben Sie an:

familienalbum@spiegel.de

Volksfeste

Was würde verloren gehen, wenn Karneval ausfiele, Herr Tüllmann?

SPIEGEL: Der Gesundheitsminister von Nordrhein-Westfalen hat gesagt, dass er sich die kommende Karnevalssession schwer vorstellen könne. Glauben Sie, dass der Karneval ausfällt?

Tüllmann: Nein, das denke ich nicht. Die Aussagen finde ich übertrieben und verfrüht. Karneval ist vielfältig, es gibt Veranstaltungen drinnen und draußen. Außerdem haben wir Alternativpläne.

SPIEGEL: Wie sehen die aus?

Tüllmann: Am 11.11. um 11.11 Uhr beginnt die Session, da steht der Hoppepitz auf dem Marktplatz und spricht zum Oberbürgermeister. Zur Not werden die beiden alleine dort stehen, dann übertragen wir alles live im Fernsehen. Am wichtigsten ist natürlich der Rosenmontagszug, da haben wir in Düsseldorf den besten der Welt.

SPIEGEL: Köln wird das anders sehen.

Tüllmann: Die sind größer und mächtiger, aber den besten haben wir. Jedenfalls könnten wir andere Routen laufen, nicht durch die enge Altstadt.

SPIEGEL: Ist Karneval ohne Küsschen überhaupt möglich?

Tüllmann: Sie haben recht, der Karneval lebt von Enge und Bützchen. Auch Alkohol spielt eine Rolle. Wer weiß, wie sich die Leute nach sechs Altbier verhalten? Natürlich ist das schwierig. Aber wir werden einen Weg finden.

SPIEGEL: Was ginge Deutschland verloren, fiele der Karneval aus?

Tüllmann: Na ja, Ihnen im Norden wäre das wohl egal, aber Karneval ist Brauchtum, viele Leute freuen sich das ganze Jahr darauf. Wir bringen pro Session 150 bis 200 Millionen Euro nach Düsseldorf. Das ist nicht nur Party.

SPIEGEL: Ist die Session überhaupt schon mal ausgefallen?

Tüllmann: 1991 war die Kuwaitkrise, da fiel der Rosenmontagszug aus. Aber die ganze Session? Nur während der Kriegsjahre bis 1945. MAP

Hans-Jürgen Tüllmann, 63, ist Geschäftsführer des Comitees Düsseldorf Karneval.



Schafe zählen

Warum eine junge Frau auf der Schwäbischen Alb Lämmer liebt, auch als Braten

Ja doch«, sagt sie, »natürlich schlachte ich sie selbst. Ich habe ihnen ins Leben geholfen, und ich beende ihr Leben.« Man steht mit Kerstin Riek vor 120 jungen Schafen im Stall, die Tiere blöken gelegentlich und wissen nicht, dass sie zu denen gehören, die als Nächste geschlachtet werden. Sie sehen eine dunkel gekleidete Gestalt, die sie schon häufiger gesehen haben und von der normalerweise Gutes kommt. Sie wissen nicht, dass diese Gestalt Lämmer auch als Braten schätzt. Dass sie, die Schäferin, über ihre Zukunft spricht.

Der moderne Stadtmensch, nein, nicht nur der Stadtmensch hat ein komisches Verhältnis zu Schafen. Er liebt und feiert sie, wie Shaun, das Trickfilmschaf, das klüger ist als sein Bauer. Er kennt sie als Kuscheltier, er zählt sie, wenn er nicht schlafen kann, er zählt sich selbst dazu, falls er bibelfromm ist: »Der Herr ist mein Hirte«. Er denkt: Oh, süßes Schäfchen! Und denkt: Ah, leckeres Lamm! Dass dazwischen etwas stattfindet und dass das mit ihm zu tun hat, denkt er nicht. Lieber nicht.

Vielleicht blieb der Blick deswegen hängen an einer Anzeige in der Regionalzeitung: »Herzlichen Glückwunsch«, schrieb eine Familie an eine Kerstin. »Herzlichen Glückwunsch zum Tierwirtschaftsmeister Fachrichtung Schafe«.

Schäferin. Ist das nicht von gestern?

Oder ist das vielleicht, wenn man aktuelle Diskussionen bedenkt, ganz vorn dran?

Kerstin Riek ist 25 Jahre alt und Schäferin in sechster Generation. Ein Hof in Nattheim im Osten der Schwäbischen Alb, 900 Muttertiere, Merinoschafe vor allem. Eigentlich war der Onkel der Hoferbe der Schäferei Wiedenmann, aber vor zehn Jahren verunglückte er mit dem Traktor, er starb. Kerstin und ihre Mutter übernahmen, die Familie hilft.

Die Hunde, der Stock, die Herde. Es sei in manchem, sagt Kerstin Riek, »noch wie vor 100 Jahren«. Das stimmt, und es ist verblüffend.

Hühner liefen vor 100 Jahren noch frei durch die Landschaft und saßen bis vor ein paar Jahren gemeinhin in Legebatterien; inzwischen haben sie ein wenig Freiheit zurück.

Lachse schwimmen im Gehege, Forellen im Bassin.

Zuchtsauen stehen eingezwängt zwischen Stahlbügeln, wochenlang.

Ein Schaf ist nicht auf dieselbe Weise ausbeutbar wie ein Huhn, ein Lachs, ein Schwein. Sein Leben genügt Ansprüchen, die neuerdings viele Menschen den Nutztieren zubilligen wollen. Es bewegt sich und sucht sich aus, was es fressen will. Es braucht Platz auf der Koppel oder zieht grasend durch die Landschaft. Wenn es die Landschaft zum Grasern noch gibt.

Passt es in diese Zeit?

Es ist, auch auf der Alb, eine Zeit der Logistikhallen, der Parkplätze und immer neuen Gewerbegebiete. Vor zehn Jahren, sagt Kerstin Riek, sei es noch möglich gewesen, mit 500 Schafen auf dem Weg in die Winterweide durch die Kreisstadt Aalen zu ziehen. Das geht nicht mehr: die Bebauung, der Verkehr.

Ihr Großvater streckte die Hand raus, dann hielten die Autofahrer an und hatten womöglich sogar Verständnis für den Schäfer, der sie warten ließ. Sie muss immer wieder die Bundesstraße 19 mit der Herde queren, sie braucht zwei Leute in Warnwesten, die ihr helfen. Auf der B 19 fahren jetzt in ihrer Gegend drei Millionen Fahrzeuge im Jahr.

Aber der Zweck, die Aufgabe der Schafe hat sich nicht verändert. Sie fressen auch auf kargem Boden, wo kein Weizen wächst und wo der Hang zu steil ist für den Schlepper. Wo man sie braucht, um den Deich zu festigen oder die Heide freizuhalten. Sie tragen, schreibt der Autor Eckhard Fuhr in einem liebevollen Porträtbuch über das Schaf, zur »Ästhetisierung und Vergeistigung von Landschaft« bei.

Sie sind genügsam, es wäre ökonomisch unsinnig, sie ein Schafesleben lang in den Stall zu stellen und mit Kraftfutter zu mästen. Sie sind »nicht zum bloßen Produktionsapparat erniedrigt«, so sagt es Fuhr. Er sieht sie als eine Art Leittier für die Zukunft, es gebe schließlich »im Zeitalter der

Globalisierung auch eine Migration zurück, dorthin, wo seit Menschengedenken Schafe blöken«. Wer weiß, spekuliert er, »vielleicht steht dem Schaf in postindustriellen Zeiten eine grandiose Zukunft bevor«. Vielleicht ist ja die Logistikhalle von gestern, und das Schaf von morgen? Wer weiß?

Kerstin Riek weiß: Es macht bestimmt nicht reich, aber sie mag so leben. Sie ist dabei, wenn Schafe beim Gebären Schwierigkeiten haben, sie hilft dann, schiebt zum Beispiel das Lamm in der Mutter zurecht. Die Schafe blöken nicht vor Schmerz, sagt sie.

Sie seufzen leise, das ist alles.

Sie weiß genau, wenn sie vor sich hat, wenn sie schlachtet. Wenn es ein Mutterschaf ist, das sie lange kennt, sagt sie: »Mach du, Papa«, aber wenn das Tier tot ist, macht sie weiter. Die Lämmer tötet sie selbst.

Lämmer wie diese, die im Stall jetzt vor ihr stehen, sieben, acht Monate alt, 20, 25 Kilogramm schwer. Draußen auf der Weide sind sie über eine Waage gelaufen, wer das richtige Gewicht hatte, kam in den Stall. Je nach Bestellung, nach Bedarf wird immer wieder eine Gruppe zum Schlachthaus auf der älteren Hofstelle gebracht, ein paar Hundert Meter weiter.

Dann geschieht das, was für Außenstehende oft so schwer zu verstehen ist: das eigenhändige Töten als Ausdruck des Respekts. Kerstin Riek sagt, in einem ihrer Lehrbetriebe seien die Lämmer lebend verkauft worden, es war ein Schreien auf dem Lkw, schwer zu ertragen.

Bei ihr warten die Schlachttiere in der Gruppe, ein Lamm nach dem anderen wird geholt, die Tür geht hinter ihm zu. »Die anderen merken nichts«, da ist sie sich sicher.

Dann: Betäubungszange, Entblutungsschnitt, Fell ab, Innereien raus. Das Ergebnis ist dasselbe wie bei einem Tier im Großschlachthof, die Methoden sind es nicht.

Wer gern Fleisch essen will, denkt man, muss sich mit dem Vorgang in Kerstin Rieks Schlachthaus abfinden. Die Tiere stehen da, gucken neugierig, blöken, es klingt nicht nach Angst. Barbara Supp



Aus der »Heidenheimer Zeitung«

Liebe Kerstin,

Herzlichen Glückwunsch zum

**TIERWIRTSCHAFTS-
MEISTER**

Fachrichtung Schafe
mit der Abschlussnote 1,6!

Wir sind sehr stolz auf Dich!

Mama & Papa
Hermann
Schäfer Oma & Riek Opa

sowie das ganze Team
der Schäferei Wiedenmann



Wie ein Geist

Musik Der Pianist Igor Levit hat während des Lockdowns 53 Konzerte gestreamt, meist aus seiner Wohnung, Hunderttausende haben zugehört. Er beschreibt diese Zeit als einen absoluten Tiefpunkt – und denkt doch manchmal wehmütig an sie zurück. *Von Carolin Pirich und Britta Stuff*

Igor Levit willigt im März ein, sich begleiten zu lassen während der Konzerte, die er von seinem Wohnzimmer aus gibt. Zu diesem Zeitpunkt weiß er noch nicht, dass er damit großen Erfolg haben wird, auch nicht, dass er schon bald sagen wird, er fühle sich komplett entseelt. Er ahnt nicht, dass am

Ende vieles anders sein wird, für seine Branche, für ihn.

Zu Hause

12. März, Ludwig van Beethoven, Klaviersonate Nr. 21 C-Dur op. 53

Der erste Satz der Klaviersonate Nr. 21 in C-Dur op. 53, genannt »Waldstein«-Sonate,

beginnt mit einem immer wieder angeschlagenen C-Dur-Akkord, ein schneller Puls, der klingt, als würde die Zeit davonrennen.

Seit ein paar Tagen ist die Welt stiller, als Igor Levit zu Saturn am Alexanderplatz fährt, ein Stativ kauft, dazu eine Halterung für sein Handy, alles zusammen für 24 Euro. Er hat an diesem Tag getwit-



Emilie Ducker / The New York Times / Redux / laif

tert, dass er am Abend auftreten wolle, er schrieb: »Das Publikum, das seid Ihr alle. Ich werde ab heute Abend, 19:00, wann immer ich kann, für Euch von meinem Zuhause aus, spielen. Per Livestream.«

Um 19 Uhr setzt er sich hin, an seinen Flügel, der in seiner Wohnung steht und den er Edwin nennt, weil er früher mal dem Pianisten Edwin Fischer gehörte, und auf den er wahllos ein paar Bilder gestellt hat und einen Preis, den er mal bekommen hat. Er spielt die »Waldstein«-Sonate. Sie gilt als Levits Meisterstück und ist auch deshalb besonders, weil man in ihr erste Übergänge der Klassik in die Romantik erkennen kann. Sie öffnet einen Raum, den zur Zeit ihrer Entstehung noch niemand kannte.

Als er fertig ist, haut Levit mit der Faust auf den Klavierhocker, steht auf, geht Richtung Stativ, das Bild wird schwarz.

23. März, Beethoven, Klaviersonate Nr. 31 As-Dur op. 110

Er hat inzwischen elf Konzerte gegeben, jeden Abend um 19 Uhr, nur als die Kanzlerin am 18. März im Fernsehen sprach, begann er etwas früher. Er hat Beethovens »Appassionata« gespielt, Schumanns große Klavierfantasie, Schostakowitschs Klaviersonate in h-Moll. Er hat manchmal das Arrangement auf dem Flügel verändert, hat immer auf seinem Hocker gesessen und ein paar Sätze zu den Stücken gesagt, die er ausgesucht hat, erst auf Deutsch, dann auf Englisch, meist in Jogginghose und Hausschuhen. Einmal beschrieb er den Satz einer Beethoven-Sonate: Es sei, als würde er einen in den Arm nehmen, und für einen Moment sei alles okay. Einmal wählte er eine Chaconne von Bach in der Bearbeitung von Brahms, weil sie »voller Trauer sei«, aber mittendrin »Trost spendet«.

Es gibt in der Musik ein Zeichen, die Fermate, sie wird auch Corona genannt, weil sie ein wenig wie eine Krone aussieht: ein Bogen mit einem Punkt darunter. Über eine Note gesetzt bedeutet sie, dass die Note länger gehalten werden soll, ohne Note ist sie ein Pausenzeichen. Wie lange diese Pause dauern soll, ist dem Interpreten überlassen.

Es ist, als stünde über der Welt in diesen Tagen eine Fermate. Die Menschen sind nach Hause gekommen, die Schulen wurden geschlossen, die Restaurants, die Friseursalons und die Konzerthäuser. Die Straßen sind leer, die Polizei patrouilliert durch die Parks. Alle, egal ob Künstler oder Steuerberater, sind auf sich zurückgeworfen.

Levits Leben ist in den vergangenen Jahren abgelaufen, als hielte jemand die Vorpultaste. Er ist mit 33 Jahren einer der bekanntesten deutschen Pianisten. Die Musikkritikerin Eleonore Büning schrieb schon vor zehn Jahren über ihn, er habe nicht nur »das Zeug dazu, einer der großen Pianisten dieses Jahrhunderts zu werden«, er sei es schon.

Er hätte in diesen Tagen beim Heidelberger Frühling spielen sollen, in Rom mit dem Orchestra dell'Accademia Nazionale di Santa Cecilia, er wäre nach London geflogen, um mit dem London Philharmonic Orchestra aufzutreten, dann nach New York, um in der Carnegie Hall zu spielen. Er hätte die »Hammerklavier«-Sonate gespielt und Busonis Klavierkonzert. Man hätte ihm applaudiert, und bald schon wäre er weitergereist, zu einer anderen Bühne, einem anderen Stück, einem anderen Applaus.

Seine Wohnung in Berlin-Mitte ist luftig und groß. An den Wänden stehen Zimmerpflanzen, im Zentrum des Wohnzimmers trocknet die Wäsche. Daneben, am Rand, der Steinway-Flügel. Eine hohe Flügeltür führt in einen kleineren Raum mit Schreib-

tisch und Regalen, auf dem Boden hat er sorgfältig Bücher gestapelt, er will sie sortieren. Er lebt allein hier.

Es ist 18:30 Uhr, er öffnet die Tür und führt in seine Küche, er läuft vor, er sagt: »Das ist der totale Clusterfuck.«

Er sagt, er habe heute gemacht, was viele in diesen Tagen tun, er war einkaufen. Er war bei Metro, viele Regale waren leer. Er öffnet seine Küchenschränke, er zeigt Reis und Nudeln, er zeigt Kochbücher, die aussehen, als wären sie nie aufgeschlagen worden, Klopapier habe er keins gebraucht, er habe nachgeschaut, er habe 58 Rollen.

Er sagt, er habe seit heute auch einen Fernseher. Er spricht das Wort Fernseher aus, als wäre es eine ansteckende Krankheit.

Er sagt, dass er 17 Jahre lang keinen Fernseher gehabt habe, er habe keinen gewollt und keinen gebraucht. Jetzt habe er gedacht, vielleicht müsse er mal Nachrichten sehen, als habe er es vorher nicht nötig gehabt, die Welt in sein Wohnzimmer zu holen.

Er sagt: »Das ist der absolute Tiefpunkt.«

Er füllt Cognac in Gläser.

Wenn man ihn fragt, warum er die Hauskonzerte gebe, sagt er, er könne doch nicht einfach nur zu Hause rumsitzen.

Um kurz vor sieben montiert er zwei Handys auf zwei Stative, eins für Instagram, eins für Twitter, und spielt die Klaviersonate, über die er sagt, im Zentrum stehe »die Idee des Lebenswillens«.

30. März, Beethoven, Klaviersonate Nr. 18 Es-Dur op. 31

Er hat einen YouTube-Kanal eingerichtet und ein Video hochgeladen, man sieht ihn, wie er mit dem Rücken zur Tastatur

Er führt in seine Küche, und sagt: »Das ist der totale Clusterfuck.«

Billy Joel spielt. Er sagt, körperlich gehe es ihm so gut wie nie. Er habe zwei Jahre lang unter Kopfschmerzen gelitten, wegen Überlastung. Die seien jetzt weg. Er hat eine Kuchenform gekauft, ein Rührgerät und einen Bräter.

350 000 Menschen haben insgesamt das erste Konzert vom 12. März gesehen, auch die Konzerte danach hatten Zehntausende Zuschauer. In den Kommentaren schreiben sie, dass sie sich über jede einzelne Note freuen, und posten Herzen. Es scheint, als wäre die Musik in einer Zeit, in der man sich nicht anfassen darf, eine der wenigen Möglichkeiten, gemeinsam etwas zu erleben. Etwas, das berührt, ohne dass man sich berühren muss.

Levit hat ausgerechnet, er könne etwa 100 Abende lang spielen, so lange reiche sein Repertoire. Beethoven hat 32 Klavier-

sonaten geschrieben, die kann er schon mal, er hat sie im vorigen Jahr auf CD eingespielt, 2020 ist Beethoven-Jahr, und Levit gilt als Beethoven-Pianist. Hinzu kommen Bach, Brahms, Schubert, Liszt, Mozart, Mussorgski, Rzewski und andere. 100 ist eine hohe Zahl für einen klassischen Pianisten.

Er sagt, es gebe wunderbare Dinge an den Hauskonzerten, Dinge, die er beibehalten wolle. Dass man diese alberne Konzertkleidung nicht mehr tragen müsse. Dass man mittags entscheiden könne, was man abends spielen will, dass man nicht spielen müsse, was zwei Jahre zuvor mit einem Veranstalter abgesprochen wurde. Er sagt, er wisse auch, dass die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus wichtig seien.

Da sei aber auch die andere Seite. Ihm sei aufgefallen, dass er allein sei wie viele andere Menschen derzeit auch, besonders an den Rändern des Tages. Er wache morgens allein auf und schlafe abends allein ein.

Der Tag fühle sich dann an wie Strampeln an der Oberfläche, als würde man sehr bald untergehen. Die Hauskonzerte seien gerade das Einzige, was seinem Tag Struktur gebe und ihm Halt.

Er nimmt Tabletten gegen die Schlaflosigkeit, morgens wacht er unruhig auf, er setzt sie wieder ab. Er träumt von früheren Trennungen.

2. April, Beethoven, Klaviersonate Nr. 21 C-Dur op. 53

Nach der Veröffentlichung der »Waldstein«-Sonate sagten Kritiker zu Beethoven, sie sei zu lang, und Beethoven tausch-

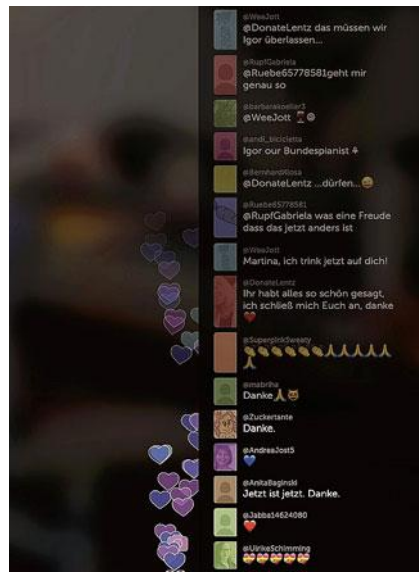
»Du musst den Leuten doch eine Perspektive geben, sonst gehen die in die Depression.«

te den zweiten Satz aus. Die neue Mitte des Stücks ist nun kurz, so unscheinbar, dass man genau hinhören muss, um sie überhaupt als eigenen Satz zu erkennen.

Auf der Website des Bundespräsidenten steht an diesem 2. April: »In seiner heutigen Videobotschaft geht Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier auch auf die schwierige Lage vieler Künstlerinnen und Künstler ein, die derzeit nicht auftreten können. Der Bundespräsident hat den Pianisten Igor Levit dazu eingeladen, sein tägliches Livestream-Konzert heute Abend in Schloss Bellevue zu spielen. Die Begrüßungsworte des Bundespräsidenten und das Konzert von Igor Levit werden um 19.00 Uhr auf Instagram gestreamt.«

Es ist Levits 20. Hauskonzert, er trägt zum ersten Mal Jackett.

Steinmeier sagt: »Wenn wir morgens aufwachen, dann erkennen wir unsere



Kommentare bei Levit-Livestream
»Freude über jede einzelne Note«

Welt zwar wieder, aber sie scheint doch seltsam unwirklich.«

5. April, Peter Tschaikowski, »Die Jahreszeiten« op. 37b

Es ist Nachmittag, es ist warm, die Sonne scheint, und Levit steht in seinem Arbeitszimmer. Corona hat die Häuser und Wohnungen vieler Menschen neu geordnet, auch die Wohnung von Levit. Er hat die Bücher dem Alphabet nach in die Regale einsortiert, auf dem Boden liegt noch ein Stapel: Z passt nicht mehr rein.

Er fragt: »Oder soll ich Z einfach wegwerfen?«

Er sagt, er freue sich, dass die Menschen die Hauskonzerte so lieben, aber er brauche sein Leben zurück.

Man muss, um Levits Streamingserfolg zu verstehen, ein wenig zurückgehen. Levit, der knapp 100 000 Follower bei Twitter hat, mehr als 30 000 bei Instagram, twittert seit Jahren, manchmal über Musik, oft über Politik. Er twittert für Seenotrettung, er twittert gegen Rassismus, er wird wütend, wenn es um Trump geht. Levit ist es wichtig, auch außerhalb der Musik sichtbar zu sein, er sagte über sich selbst, dass er nicht nur der Mann sein will, der die Tasten drückt. Es ist nicht sehr verbreitet, dass sich klassische Musiker zu Politik äußern. Vor allem ist es nicht selbstverständlich, dass ein klassischer Musiker so viele Follower hat.

Levit hat viel Hass dafür abbekommen, manche finden ihn nervig, zu präsent, für andere ist er jemand, der zu sehr und zu oft betont, dass er auf der richtigen Seite steht.

In der Corona-Zeit hat Levit aufgehört, über Politik zu twittern, er sagt, es fühle sich falsch an. Doch das neue Ich ohne Gegenwind fühlt sich auch falsch an.

Bei einem Spaziergang draußen bleibt er oft stehen, er sagt Sätze wie: »Ich bin doch nicht nur der Trost-Igor.«

Oder: »Ich bin nicht der Bundespianist.« Er sagt, das sei jetzt der absolute Tiefpunkt.

10. April, Paul Dessau, »Guernica«

Die Katastrophen der Welt beginnen oft mit einem Knall, dann wird es leise. Corona begann direkt mit Stille.

Der kleine Park vor Levits Haus ist mit Absperrband umzäunt, der Wind zieht daran und bläst Papiertaschentücher über die Wiese. Die Straßen sind verlassen, hinter den meisten Fenstern brennt Licht. Eine Stimmung wie an Heiligabend.

Als das Hauskonzert gegen 19.20 Uhr beginnt, dringt die Musik durch die geschlossenen Fenster auf die Straße. Levit spielt ein scharf klingendes Zwölftonklavierstück, es handelt von dem spanischen Ort Guernica, der 1937 nahezu komplett zerstört wurde.

Jede Katastrophe hat ihre Musik, es gibt immer jemanden, der versucht, die Stille auszufüllen, manchmal mit neuen Kompositionen, manchmal mit etwas, das schon vorher da war.

In der Corona-Zeit sehen einen Künstler aus ihrem Wohnzimmer an. Die Rolling Stones, Billie Eilish, Lady Gaga und Taylor Swift traten bei einer Online-benefizshow auf, der International Opera Choir aus Rom sang virtuell den Gefangenenchor aus Verdis »Nabucco«, lauter Kästchen auf dem Bildschirm, jedes ein Musiker, allein.

20. April, Ronald Stevenson, »Passacaglia on DSCH«

Der Flügel steht jetzt mitten im Raum, Levit hat ihn am Tag aus der Ecke rausgeschoben. Er sagt, ihm sei langweilig gewesen.

Er telefoniert, es geht um die Lage der Künstler. Er sagt in den Hörer: »Du musst den Leuten doch eine Perspektive geben, sonst gehen die in die Depression.«

Der Berliner Kultursenator hat vor Kurzem verkündet, dass es Lockerungen für Konzerthäuser in nächster Zeit nicht geben werde, die Musik ist in der Reihe der Systemrelevanz unten eingeordnet worden, als wäre Kunst Stuck, auf den man verzichten kann.

Levit brüllt ins Handy: »Wo bin ich gerade? Ich bin auf einer Konzertreise und spiele gleich, du Penner.«

Er sagt: »Heute ist der absolute Tiefpunkt.«

Er habe zum ersten Mal einen Schokokuchen gebacken und versucht, mit Puderzucker einen Davidstern draufzustreuen. Der sei gut gewesen. Aber der Rest.

Er fragt: »Alles wird neu verhandelt gerade, zu was wird die Kultur erklärt? Zu Entertainment, das man auch abschalten kann.« Er sagt: »Wer hält mich eigentlich davon ab, da draußen mein Klavier hinzu-

stellen? So schnell kann die Polizei gar nicht kommen.«

Er sagt, manche würden ihm vorwerfen, er habe ja genug Geld, er sei ja ein Star, er habe es leicht und könne einfach so Hauskonzerte geben. Aber die anderen? Die können ihre Miete nicht zahlen.

Klassische Künstler verdienen ihr Geld nicht mehr mit CDs, sie brauchen Auftritte. Fast alle Musiker bangen derzeit um ihre Existenz, es geht nicht nur der Klassik schlecht, auch den Jazzmusikern, den Pop-sängern, den Chören. Für das Streaming von Konzerten gibt es bislang kein Geschäftsmodell.

Levit sagt, er wisse, dass er es leichter habe, weil er sich finanziell keine Sorgen machen müsse. Er sagt: »Aber auftreten darf ich auch nicht. Und eine Perspektive habe ich auch nicht.«

Er spielt die rund 90-minütige »Passacaglia«, sie verlangt, dass der Pianist sich manchmal vorbeugt und mit den Händen in das Herz des Flügels greift, um dort die Saiten anzuschlagen. Die Sonne geht unter, als er fertig ist, sitzt er im Dunkeln.

27. April, Max Reger, »Variationen und Fuge über ein Thema von Johann Sebastian Bach« op. 81

Er hat inzwischen gekauft: einen Grill, Balkonmöbel und eine Kücheninstallation, von der Pfannen herabhängen. Für sein Fahrrad will er eine goldene Kette.

Er schlingt die Arme um seinen Oberkörper, als würde er sich selbst umarmen. Er sagt, er habe sich von manchen Menschen inzwischen getrennt. Eine Freundin habe gesagt, er dürfe sich keine Konzerte wünschen, die Menschen könnten sich schließlich anstecken und sterben. Tote applaudieren nicht, habe sie gesagt.

Reger ist ein Komponist, der Kontrolle liebt, er legt genau fest, wie die Noten gespielt werden sollen. An diesem Abend klingen sie wie eine Tracht Prügel.

15. Mai, 2Pac feat. Dr. Dre, »California Love«

Die Welt öffnet sich langsam wieder, und Levit hat die letzten Hauskonzerte gespielt, darunter Bachs Goldberg-Variationen, bei denen der Anfang nach 30 Variationen wiederkehrt, genau die gleichen Noten, die doch anders klingen.

Er sagt, er habe irgendwann gemerkt, dass er sofort nach der Aufnahme wissen wollte, wie viele Leute zugeschaut haben. Da habe er gewusst, es ist vorbei. Es wird noch ein Konzert geben, 20 Tage später, weil er es vermisst haben wird. Es wird dann bei 53 Hauskonzerten bleiben.

Er sitzt in seiner Küche und sagt, er sei so müde.

Er hat wieder begonnen zu reisen, vor zwei Wochen war er in Hannover.

Er sagt: »Das war der absolute Tiefpunkt.«

Es war der 70. Geburtstag der NDR Radiophilharmonie. Er spielte Mozart in einem leeren Saal, vor Kameras, ein Stream-Konzert. Er sagt, in einem leeren Saal zu sitzen und sich einzuspielen sei eigentlich total geil, wenn man wisse, dass der Raum später noch seine natürliche Funktion erfüllen werde. Levit sagt, jetzt sei das ein Raum gewesen, der entseelt war.

Levit sagt, er lebe in einem Moment vollkommener Verzweiflung und Verlorenheit. Er sagt: »Ich fühle mich arbeitslos, ziellos, richtungslos, körperlos, klebrig, alt und fett und langsam.«

Nach jedem Wort macht er eine Pause.

Dann sagt er: »Wem mache ich eigentlich was vor? Ich hab mir einen Grill gekauft für zu viel Geld, der steht jetzt hier rum. Ich geh einkaufen, ich mach mir Fisch, aber das ist nicht mein Leben. Ich brauche kein Abendessen, ich brauche drei rohe Tomaten. Aber ich brauche das Gefühl: Ich bin.«

Ist man noch, wenn man nicht auftreten kann?

Vor vier Jahren ist Levits bester Freund, Hannes Malte Mahler, bei einem Fahrradunfall gestorben, er kam nicht schnell genug aus den Klickpedalen seines Rennrads. Selbst als Mahler gestorben war, gab Levit kurz darauf ein Konzert. Levit sagt, Mahler habe das Radfahren geliebt. Er selbst fahre nun auch immerzu und denke an ihn. Es ist, als hätte im Stillstand die Vergangenheit aufgeholt.

Es gibt eine »Simpsons«-Folge, in der Bart Simpson seine Seele verkauft. Danach öffnen sich Supermarkttüren nicht mehr, wenn er davorsteht, und wenn er Glas anhaucht, beschlägt es nicht. Levit sagt, so fühle er sich. Wie Luft.

Viele Musiker fühlen sich wie ein Geist ohne die Bühne. Eine Geigerin erzählt, dass sie zum Spielen in den Wald gehe und sich



Musiker Levit bei »Vexations«-Konzert

Als säße er zwischen Trümmern

vorstelle, die Vögel wären das Publikum. Levit hatte bei den Hauskonzerten zwar ein Publikum, aber es war unsichtbar, er hatte eine Bühne, aber sie war sein Wohnzimmer. Er hat eine ganze Welt verloren, wie viele in dieser Zeit.

Konzertpianisten, wie alle Musiker, verbringen einen Großteil ihrer Zeit mit dem Instrument, es liegt immer Arbeit vor ihnen, und sie gewöhnen sich ab, darüber nachzudenken. Sie tun es einfach. Levit spielt Klavier, seit er drei Jahre alt ist, seine Mutter, eine Pianistin, hat ihn anfangs unterrichtet.

Er spielt nun gar nicht mehr, zum ersten Mal, seit er ein Kind war. Er sagt, er rühre sein Instrument zehn Minuten lang an, und dann müsse er heulen. Er sei nicht gut darin, Sachen für sich allein zu machen. Er höre auch keine Klassik mehr, er höre gerade Hip-Hop und Rap, über Kopfhörer.

»Ich fühle mich arbeitslos, ziellos, richtungslos, körperlos, klebrig, alt und fett und langsam.«

Den Fernseher habe er nur dreimal benutzt. Er fragt: »Brauchst du einen Fernseher?«

Im Studio

30. Mai, Erik Satie, »Vexations«

Drei Notenzeilen, ein Thema mit nur zwei Variationen. Satie hat die »Vexations«, auf Deutsch: Quälereien, Ende des 19. Jahrhunderts komponiert. Das Notenblatt soll 840-mal wiederholt werden, ein Stück wie ein Rosenkranz, in dem auch irgendwann die Wörter verschwimmen und alles nichts mehr bedeutet. Satie wollte, dass das Stück »très lent« gespielt wird, sehr langsam, es würde dann 28 Stunden dauern.

»Vexations« wurde einige Male aufgeführt, meist wechselten sich Pianisten ab, nur wenige haben es 840-mal allein gespielt, es heißt, das Stück könnte nach einer Weile Halluzinationen auslösen. Einmal hat ein Spieler geglaubt, dass Käfer zwischen den Klaviertasten herauskröchen, er musste abbrechen. Eine Aufführung von »Vexations« liegt irgendwo zwischen Kunst als Tortur und Guinness-Rekordversuch.

Levit sagt, er habe überlegt, welches Stück in diese Zeit passe. »Vexations« sei nicht progressiv, es kreise immer um die gleiche Sache. Es sei ein Werk, das man anwesenden Zuschauern nicht zumuten könne, das aber so einfach zu spielen sei, dass jeder es könne: »Ich geb euch zwei Tage Klavierunterricht, dann könnt ihr das auch.«

An diesem Tag steht Levit in einem Studio im Osten Berlins, es ist 13 Uhr, eine Stunde bevor es losgeht. Levit hat diesen Ort gemietet, ein Kamera- und Tonteam engagiert,

er hat einen hohen Betrag investiert, die Noten werden später für einen guten Zweck versteigert. »Vexations« wird live gestreamt, diesmal professionell gefilmt.

Ein Freund Levits, ein Arzt, ist angereist, falls Levit umfällt, der Producer hat sich auf dem Boden des Studios ein provisorisches Bett eingerichtet. Auf dem Parkettboden steht ein anderer Steinway-Flügel, der ihm gehört, er nennt ihn Lulu.

Seine Agentin hat einen Tisch aufgebaut für ihn, neben dem Flügel, mit Wasser, Ananasstücken, Datteln, Müsliriegeln.

Um 14 Uhr setzt sich Levit hin, er schlägt die ersten Takte an, neben ihm ein fast 13 Zentimeter hoher Stapel: 840 Notenblätter. Er wird fünfzehneinhalb Stunden spielen und nach jedem gespielten Notenblatt das Papier zu Boden werfen. Irgendwann wird es aussehen, als säße er zwischen Trümmern. Für die erste Seite wird er eine Minute und 41 Sekunden brauchen. Die Stunden werden klingen wie ein langes Selbstgespräch, mal wütend, mal liebevoll, mal sehr langsam, meist aber schnell. Er wird dasitzen, gequält wirken, und von außen wird man denken, das ist nun der absolute Tiefpunkt.

Doch wenn er aufsteht, um kurz zur Toilette zu gehen, zeigt er das Victoryzeichen oder wirft sich auf die Couch im Studio. Um 4.29 Uhr in der Nacht sagt er in einer der Pausen: »Ich sage gleich in die Kamera, ich habe ein postumes Werk entdeckt, es sind 1277 Variationen in Fis-Dur.« Alle Anwesenden lachen. Um 5.29 Uhr ist er fertig. Er legt sein Gesicht in die Hände und schließt den Deckel des Klaviers.

Leises Klatschen. Umarmungen.

Zwei Stunden später in seiner Küche fragt er: »What's next?« Er googelt die längsten Werke für Klavier solo.

Auf der Bühne

2. August, Beethoven, Klaviersonate Nr. 21 C-Dur op. 53

Für die klassische Musik werden Gebäude erschaffen, nur errichtet, damit sie perfekt klingt. In Salzburg ist das Große Festspielhaus in einen mächtigen Felsen gebaut worden. Die Festspiele feiern in diesem Jahr das 100-jährige Jubiläum. In jedem Jahr versammelt sich die Musikwelt hier wie bei einer Messe. Kritiker reisen an, Klassikfans aus Europa, Asien und den USA, Konzertveranstalter und Plattenlabelbosse. Salzburg ist für Musiker das, was für Tennisspieler Wimbledon ist. Es geht um Musik, aber es geht auch um die Vergewisserung dazugehören. Salzburg ist das Gegenteil von einem Hauskonzert.

Wenn man im August durch die Stadt läuft, sieht man Limousinen, die Männer im Smoking und Frauen im Abendkleid vor den Opernpremierern rauslassen, man geht an Champagnerständen vorbei. Auf der Salzach drehen sich Ausflugsschiffe im Kreis, sie



SF / Marco Borrelli

Pianist Levit in Salzburg
Bravo hinter Masken

tanzen Walzer für die Touristen, im Geburtshaus von Mozart ist jetzt ein Spar.

Es war lange unklar, ob das Festival wie geplant stattfinden kann, im Juni schließlich wurde bekannt gegeben, dass man es mit weniger Zuschauern und strikten Hygieneregeln, Maskenpflicht und ohne Pausen versuchen werde. Die Geister aus den Wohnungen sind zurück auf der Bühne, als wäre alles nur ein böser Traum gewesen.

Es war natürlich kein Traum. In Salzburg wurden im vergangenen Jahr 270 584 Tickets verkauft. In diesem Jahr wurden nur 76 383 Tickets angeboten. In Berlin gehen im August Musiker auf die Straße und fordern Perspektiven. Konzertveranstalter lassen inzwischen manchmal bei Künstlern anfragen, ob sie zweimal zum Preis von einem Auftritt spielen könnten. Forscher testen bei einem Tim-Benzko-Konzert, wie Großveranstaltungen trotz Corona stattfinden könnten. Levit kehrt in eine Welt zurück, die noch nicht wieder funktioniert.

Er spielt an seinem ersten Abend in Salzburg erneut die »Waldstein«-Sonate.

Der dritte Satz endet in einem Schluss-Prestissimo, es heißt, man könne hören, wie Musik hier gegen das Verfließen der Zeit rebelliert. Es gebe kein »Nachleuchten«, sondern nur den Versuch, den Moment immer wieder zu übersteigern.

Am Tag des Auftritts sitzt Levit auf der Terrasse eines Cafés, er raucht einen Zigarillo, der geht immer wieder aus, er versucht, ihn erneut anzuzünden, aber das schwere goldene Feuerzeug funktioniert nicht mehr. Er hat zuvor schon in Köln Mozart gespielt, Beethoven und Schubert in Granada. Spanien ist inzwischen wieder zum Risikogebiet erklärt worden. In Salzburg wird er an acht Abenden alle 32 Beethoven-Sonaten aufführen. Sein Terminkalender ist auch in den Wochen danach voll, Luzern, Berlin, Hannover, und er hat

eine CD aufgenommen, darauf sind auch Stücke aus der Hauskonzertzeit.

Wenn man ihn nach dieser neuen Welt fragt, in der er nun gelandet ist, sagt er, er sei so unglaublich froh, wieder spielen zu dürfen. Er fühle sich wieder frei, er sei glücklich auf der Bühne.

Dann sagt er: »Aber.«

Levit sagt, er habe gestern mit seinem Freund, dem Jazzmusiker Fred Hersch, telefoniert, Hersch habe gesagt, Levit habe nun alles erreicht, was man als klassischer Pianist erreichen könne. Jetzt wäre es vielleicht Zeit, ein Stück vom Piano wegzutreten, vielleicht etwas zu komponieren.

Als er in Spanien war, habe er Musikerbiografien gestreamt, sagt Levit, »Rocketman« über Elton John und einen Film über Keith Richards. Richards spricht darin über den Blues-Sänger Muddy Waters, den Levit bis dahin gar nicht kannte. Er habe sich dann »Everything's Gonna Be Alright« angehört. Diese Stimme zu hören sei ein intensives Erlebnis gewesen, ein Schock, im schönsten Sinne. Wenn er daran denke, fühle er sich, als stäche ihm jemand ein Messer in die Halsschlagader.

Er sagt, er wolle noch so viel mehr ausdrücken. »Ich komme aus dem Vergleichs-scheiß nicht raus. Die haben alle ihre Probleme, aber die haben so viel.« Er frage sich: Kann ich das auch?

Er spielt jetzt häufig ungewöhnliche Zugaben. Mal die Uraufführung eines Stücks, das für ihn geschrieben wurde, mal Jazz, mal einen Ragtime.

Am 21. August tritt Levit das letzte Mal in Salzburg auf, im Großen Festspielhaus. Er spielt die letzten drei Sonaten Beethovens, der Saal ist halb leer, wie es sein soll, derzeit. Ein Mann fummelt Hustenbonbons aus Zellphan, jemand bekommt einen Anruf, ein anderer eine Textnachricht, eine Frau weint leise in ihre Maske, ein Paar hält Händchen über den leeren Sitz dazwischen hinweg. Am Ende stehen fast alle auf, rufen Bravo hinter Masken, die Kritiker schreiben, wenn man Levit zühöre, lasse einen das Staunen nicht los, es sei ein Konzert wie eine Befreiung.

Verbeugen, weiterreisen.

Man kann mit Levit nicht gut über Vergangenes sprechen, er sagt, er erinnere sich beinahe an nichts. Nicht daran, wie er gespielt habe als Kind, nicht daran, ob er sich am Klavier gequält habe. Levit kam 1995 mit seinen Eltern aus dem russischen Nischni Nowgorod nach Deutschland, seine erste Erinnerung sei der Anflug, da war er acht Jahre alt. Er sagt, es sei schon dunkel gewesen, er erinnere sich an die Lichter. Düsseldorf.

Jetzt hat Levit etwas Neues an sich entdeckt. Er sagt, er sei nun manchmal nostalgisch. Gelegentlich, sagt er, denke er zurück an die Zeit der Hauskonzerte. Die sei doch sehr schön gewesen.

Mein Fall

34 Messerstiche



Ehemaliges Julia-Eck

Marcus Simants / DER SPIEGEL

Ein Mann wird so bestialisch ermordet, dass der Kommissar glaubt, ein Serienkiller wäre am Werk gewesen. In Wirklichkeit trieb eine perfide Neugier die Täter.

Am Morgen des 7. Dezember 2001 blickte Hauptkommissar Axel Pütter in einen Wohncontainer, der auf dem Gelände einer Molkerei in Herne stand. Auf dem Bett lag die Leiche des Lagerarbeiters Klaus K. in einer Blutlache. Ein Rechtsmediziner sollte später bei der Obduktion 34 Schnitt- und Einstichstellen feststellen – am Hals, Brustkorb, Rücken, an der Schläfe. Die Kehle war viermal aufgeschlitzt worden. Pütter fragte sich zu Beginn der Ermittlungen, ob hier ein Serientäter zugeschlagen hatte. Er war überzeugt, dass jemand, der so bestialisch tötet, schon einmal gewalttätig gewesen sein musste.

Axel Pütter sagt heute, in seinen 45 Jahren bei der Polizei habe er es niemals zuvor und niemals wieder mit einem vergleichbar brutalen und sinnlosen Verbrechen zu tun gehabt. Er sitzt im Kurzarmhemd zu Hause an seinem Esstisch in Herne, er erzählt sachlich und klar. Nur einmal, ganz am Ende, erlaubt er sich einen emotionalen Satz.

Die Molkerei, sagt Pütter, befand sich in einem weitläufigen Industriegebiet am Großmarkt, wo eigentlich immer jemand auf den Beinen ist. Darum begannen er und sein Team sofort damit, Leute zu befragen.

In den folgenden Stunden erfuhren die Polizisten, dass K., 56 Jahre alt, ein gutmütiger Mensch gewesen war, der manchmal zu viel trank. Zeugen waren in der Nacht zwei Männer aufgefallen, die Richtung Molkerei gelaufen waren. Ein Gabelstaplerfahrer hatte bemerkt, dass im Wohncontainer zwischen drei und vier Uhr mehrfach das Licht an- und ausgegangen war.

Die Polizisten fanden auch K.s letztes digitales Lebenszeichen, eine SMS, die er am Vorabend an einen Kollegen geschickt hatte. Er sei in einer Kneipe, im Julia-Eck, ob der Kollege Lust habe zu kommen. Axel Pütter dachte, dass K. dort seinen Mörder getroffen haben könnte. Er besuchte das Julia-Eck, 500 Meter vom Tatort entfernt.

Der Wirt hieß Thorsten B. und war 24 Jahre alt. Er erklärte Pütter, Klaus K. sei bis etwa zwei Uhr in der Kneipe gewesen.

Sie hätten zusammen mit Frank L. geknobbelt, dem besten Freund des Wirts, der gerade volljährig geworden war. K. sei ziemlich betrunken gewesen, als er gegen zwei Uhr ging.

Pütter bat B. und L. für eine Aussage auf die Wache. Sie wurden parallel befragt.

Thorsten B. schilderte folgende Geschichte: Als K. das Julia-Eck verlassen habe, sei sein Freund noch eine Weile geblieben und dann ebenfalls gegangen.

Frank L. erzählte diese Version: Nachdem K. gegangen war, hätten sie noch bei B. zu Hause Musik gehört und ferngesehen. Zwischendurch hätten sie für eine halbe Stunde frische Luft geschnappt. Es gebe bestimmte Zeugen dafür, denn ihnen seien Autos entgegengekommen.

Weil sich die Darstellungen widersprachen, entschloss sich Pütter, den Wirt und seinen Freund nicht länger als Zeugen zu betrachten, sondern als Beschuldigte. Es war Samstag, 0.10 Uhr. Es dauerte noch eine Viertelstunde, bis Frank L. schließlich ein Geständnis ablegte. Wenig später gab auch Thorsten B. zu, K. umgebracht zu haben.

Das Motiv für den Mord schockierte Pütter. Frank L. und Thorsten B. hatten K. erstochen, weil sie wissen wollten, wie es ist, jemanden zu töten, jemanden sterben zu sehen. Mit der Tat wollten sie ihre Freundschaft besiegeln. K. war ein zufälliges Opfer.

Sie schilderten die Tat so: Als sie betrunken in der Kneipe saßen, fragte der eine: Machen wir es? Der andere nickte. Zu dritt verließen sie das Julia-Eck gegen viertel vor zwei in der Nacht und gingen zu K.s Wohncontainer, K. sagten sie, sie wollten einen Film zusammen ansehen. Thorsten B. hatte ein Klappmesser dabei, die Klinge war zehn Zentimeter lang.

Während der Film lief, zog B. die Kordel aus dem Bündchen einer Jogginghose, die im Container herumlag. Er würgte K. von hinten, bis dieser ohnmächtig wurde. L. stach ihm dann mit dem Messer in Rücken und Bauch. B. schnitt ihm die Kehle auf, weil er sehen wollte, wie das Blut aus dem Hals spritzte, so sagte er es der Polizei. Danach legten sie eine Decke über den regungslosen K., steckten sein Handy ein, sein Portemonnaie, packten den Videorekorder und den DVD-Spieler ein und gingen in B.s Wohnung.

Gut eine Stunde später kehrte Thorsten B. zum Container zurück, um ein Scartkabel zu holen. Er sah, dass K. auf dem Bett saß – er lebte noch. B. stach ihm mit dem Messer in den Hals und in die Schläfe. Beide Täter gingen später erneut zum Container, um weitere Sachen zu klauen. Thorsten B. suchte ihn ein viertes Mal in jener Nacht auf, um Fingerabdrücke zu beseitigen.

Im Juni 2002 verurteilte das Landgericht Bochum Thorsten B. zu lebenslanger Haft und stellte die besondere Schwere der Schuld fest. Frank L. erhielt neun Jahre und drei Monate Jugendstrafe. Der Richter bezeichnete sie als »absolut abgestumpft, bedenkenlos, kaltblütig«, verglich sie mit Raubtieren, die sich auf ein verletztes Opfer gestürzt haben.

Axel Pütter sah Frank L. sieben Jahre nach dem Mord zufällig an einer Pommesbude wieder, er war offenbar vorzeitig entlassen worden.

Noch immer fragt sich Pütter, ob es gerecht sei, dass einer der Täter eine zweite Chance bekommen habe. Er sagt: »Das Opfer hatte gar keine.« Maik Großekathöfer



Axel Pütter,

66, war Leiter einer Mordkommission in Bochum, danach stellvertretender Dienststellenleiter im Fachkommissariat für Tötungsdelikte. Seit 2016 ist er im Ruhestand. Pütter lebt in Herne.

MAIK GROSSEKATHÖFER / DER SPIEGEL



Merkel auf der Internationalen Automobil-Ausstellung 2019

Michael Probst / AP

Hybridautos mit zweifelhafter Klimabilanz

Elektromobilität Deutsche Umwelthilfe fordert eine Abschaffung von Steuerrabatten und Kaufprämien.

● Die staatlichen Hilfen für Autos mit einer Kombination aus Verbrennungs- und Elektromotor (Plug-in-Hybride) geraten zunehmend in die Kritik. Anlass ist der hohe CO₂-Ausstoß, wenn die Wagen ohne Elektromotor fahren. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat eine Reihe solcher Modelle getestet. Spitzenreiter war ein Porsche Cayenne mit einem Ausstoß von 429 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer im

Sportmodus und 224 Gramm im Normalmodus. Beides liegt weit über dem ausgewiesenen Grenzwert von 90 Gramm pro Kilometer. »Es ist nicht akzeptabel, dass ein solches Auto als Dienstwagen mit einem Steuerrabatt gefördert wird«, sagt DUH-Geschäftsführer Jürgen Resch. Porsche hält die Tests für nicht aussagefähig. Kommende Woche wird Resch Beispiele anderer Hersteller mit ähnlich zweifelhaf-

ter Ökobilanz vorstellen, die zudem Tausende Euro Kaufprämie bekommen. Resch fordert, staatliche Vergünstigungen für Plug-in-Hybride abzuschaffen. Die Hersteller wollen das verhindern und weitere Corona-Hilfen ergattern. Dies soll auf dem Autogipfel bei Kanzlerin Angela Merkel am 8. September geschehen. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) will die Konzerne dabei unterstützen. 67

Studie Warenhäuser ohne Zukunft

● In Deutschland lohnt es sich offenbar nicht, ehemalige Warenhaus-Immobilien weiter für den Einzelhandel zu nutzen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Unter-

nehmensberatung PwC. Die Autoren untersuchten die Nachnutzungskonzepte aller 52 Warenhäuser, die in den vergangenen zehn Jahren geschlossen worden waren. Keine der Immobilien wurde danach als herkömmliches Kaufhaus weitergeführt. Auch eine Nutzung mit verschiedenen Ladengeschäften war nur

in einem Fünftel der Fälle erfolgreich. Das Warenhaus-Konzept sei »nicht mehr zeitgemäß«, schreiben die Autoren der Studie, aber auch alternative Einzelhandelskonzepte hätten sich »nur selten als erfolgreich« erwiesen. Sinnvoller sei ein sogenanntes Mixed-Use-Konzept, bei dem etwa Einzelhandel und Büro

oder Wohnraum kombiniert werden. Von den 24 so genutzten Häusern musste in den zehn Jahren keines wieder schließen. Die Studie zeigt damit auf, welche Schwierigkeiten auf viele Innenstädte zukommen: Allein die insolvente Kette Galeria-Karstadt-Kaufhof plant, 47 Filialen zu schließen. 580

Wirecard

Lebenszeichen von Jan Marsalek?

● Der seit Wochen flüchtige Ex-Wirecard-Topmanager Jan Marsalek hat möglicherweise ein digitales Lebenszeichen gesendet: Das Konto des mutmaßlichen Bilanzbetrügers beim russischen Smartphone-Messaging-Dienst Telegram wurde kürzlich gelöscht. Telegram gilt als sicher verschlüsselter Kommunikationskanal und wird vielfach für geheime Chats verwendet – von Kriminellen, aktuell aber etwa auch von politischen Oppositionsgruppen in Belarus. Marsalek steuerte seine Kommunikation Insidern zufolge hauptsächlich über den von zwei Russen gegründeten Telegram-Kanal. Ob er selbst oder

jemand anders den Account gelöscht hat, ist allerdings unklar, ebenso der Anlass. Es gibt mehrere Möglichkeiten, ein Telegram-Konto zu löschen: entweder per Voreinstellung am Smartphone mit einem oder mehreren Monaten Vorlauf – oder spontan. Dafür muss sich der Nutzer über einen Computer in sein Telegram-Konto einloggen. Marsalek wird seit Wirecards Zusammenbruch Ende Juni mit internationalem Haftbefehl gesucht. Seine Spur hat sich seit seiner Flucht verloren. Der Österreicher gilt als Drahtzieher hinter dem mutmaßlichen Milliardenbetrug des früheren Dax-Konzerns. Marsalek pflegte zudem Kontakte zu russischen Geheimdienstmitarbeitern. Sein Anwalt wollte sich nicht äußern. BAZ

Deutsche Bahn

Private Konkurrenz gegen Staatshilfe

● Die Betreiber privater Bahnen fordern die EU-Kommission auf, die staatlichen Hilfen für die Deutsche Bahn im Zuge der Coronakrise als unzulässige Beihilfe zu untersagen. In einem Brief an Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager argumentiert das Netzwerk Europäischer Eisenbahnen (NEE), die beschlossene Eigenkapitalerhöhung der Bahn in Höhe von fünf Milliarden Euro durch den Bund bedeute »eine schwerwiegende Wettbewerbsverzerrung«. Ihre

Kritik richtet sich vor allem gegen die DB-Gütersparte. Deren Defizite resultierten aus »ungelösten, strukturellen Problemen unabhängig von der Covid-19-Pandemie«. Die Finanzhilfe ermögliche es dem Staatsbetrieb, »Preise unterhalb der Kosten« anzubieten. Die Bundesregierung behauptet, die gewährten Hilfen würden zum Ausgleich von geschätzten 13 Milliarden Euro Verlusten benötigt, die bis zum Jahre 2024 wegen der Coronakrise bei der Deutschen Bahn anfallen. Das NEE fordert auch für seine Mitglieder staatliche Hilfen. Sonst solle Kommissarin Vestager die Eigenkapitalerhöhung untersagen. GT



ICE-Züge der Deutschen Bahn

Volkswagen

Golf blinkt wieder links

● Der VW-Konzern geht davon aus, dass sein Massenmodell Golf nach mehrmonatiger Schwächephase im Sommer wieder an die Spitze der europäischen Verkaufscharts rückt. Die Auslieferungen der Golf-Familie hätten im Juli bei rund 38 000 Fahrzeugen gelegen, 14 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Auch die Auftragseingänge seien wieder gestiegen, der neue Golf 8 habe gegenüber seinem Vorgänger um 20 Prozent zugelegt, auf mehr als 20 000 Fahrzeuge. VW-Vertriebsvorstand Jürgen Stackmann kündigt an, man bringe »den Golf auf den Platz zurück, der ihm gebührt«. Zuletzt war die Modellreihe erstmals seit Jahrzehnten für mehr als einen Monat von der Spit-



Golf-8-Produktion

ze verdrängt worden: Im Mai und im Juni war Renaults Kleinwagen Clio das meistverkaufte Auto in Europa. VW hingegen hatte Schwierigkeiten beim Modellwechsel von Golf 7 auf Golf 8. Softwareprobleme überschatteten den Marktstart, viele Händler erhielten die Autos mit Verspätung. Im Mai musste VW einen wochenlangen Produktionsstopp verhängen, weil der Notrufassistent nicht richtig funktionierte. Mittlerweile ist das Problem behoben. SH

Medien

»Nicht zu Grabe getragen werden«



Jan Ippen, 48, leitet das Digitalgeschäft des Ippen-Verlags. Vor Kurzem

erwarb er den Deutschlandableger des US-Medienportals BuzzFeed.

SPiegel: Herr Ippen, wie nennt man das, wenn sich ein altherwürdiger Verlag eine junge Marke wie BuzzFeed einverleibt? Midlife Crisis?
Ippen: So altherwürdig ist der Verlag ja gar nicht, wir sind eine heterogene Lokalzeitungsgruppe.
SPiegel: Ihnen gehören die Onlineauftritte von Regionalzeitungen und Boulevardtiteln. Wie passt BuzzFeed dazu?
Ippen: Die Übertragung von Zeitungslesern ins Netz würde bedeuten, dass wir nur Kunden ab 60 hätten. Mit BuzzFeed können wir neue Zielgruppen erschließen. Wir wollen ja nicht mit alten

Lesern zu Grabe getragen werden.

SPiegel: Was verbindet Sie inhaltlich mit BuzzFeed?

Ippen: Wir sehen eine geistige Parallele. BuzzFeed macht mit Gifs und lustigen Listen Reichweite, um dann an qualitative Inhalte heranzuführen.

SPiegel: Der Leser kommt wegen des Blödsinns und bleibt wegen der Qualität?

Ippen: Unterhaltung ist kein Blödsinn. Ich bin kein Journalist, aber ich finde: Alles, was nicht gegen gute Sitten, Anstand und Gesetz verstößt, darf von jedem so konsumiert werden, wie er oder sie es möchte. Ich hebe da keinen moralischen Zeigefinger.

SPiegel: BuzzFeed Deutschland wurde verkauft, weil die Refinanzierung nicht gelang. Wie soll es profitabel werden?

Ippen: Zum Beispiel über zusätzliche Suchmaschinenoptimierung. Die Zusammenarbeit im Netzwerk wird außerdem steigen. Im Gegenzug lernen wir, ein Publikum ab 15 Jahren zu adressieren. Das tut unseren Redaktionen auch ganz gut. RA1

Grünes Feigenblättchen

Nachhaltigkeit In wenigen Tagen will die Koalition endlich die Eckpunkte ihres Lieferkettengesetzes beschließen. Doch nach heftigem Widerstand aus Industrie und Wirtschaftsministerium ist von dem ambitionierten Regelwerk kaum noch etwas übrig.



XINHUA / IMAGO IMAGES

Arbeiterinnen, Reinigungskraft in Textilfabrik in Dhaka, Bangladesch: »Unwürdiges Geschacher um die Einhaltung von Menschenrechten«

Florian Mey steht vor seiner Rundstrickmaschine und schwärmt. 4000 hauchfeine Nadeln surren unablässig vor sich hin, verweben Baumwolle und Viskose, Seide und Elasthan. Die fast unsichtbaren Fäden laufen über Meys Kopf in die graue Apparatur hinein. 70 Tonnen Garn verarbeitet der Familienbetrieb im schwäbischen Albstadt jeden Monat zu Slips und BHs, Hemden und Unterhosen. 85 Prozent der Stoffe werden hier gefertigt, selbst die Maschinen kommen aus der Gegend.

Auf die Idee, sich dafür mit einem Siegel zu schmücken, kamen die geschäftsführenden Gebrüder Mey lange nicht. »Wir waren eigentlich immer der Meinung, unsere Marke stehe für sich«, sagt Mey. »Aber wir haben gelernt, dass sich die Kunden an Siegeln orientieren.«

Mey bewarb sich für den »Grünen Knopf«. Das Textilsiegel der Bundesregierung soll die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards in der Lieferkette gewährleisten. Zwei Mitarbeiter der Wäschefirma wurden abgestellt, um die nötigen Dokumente zu sammeln, Berichte zu schreiben und mit Zulieferern zu sprechen. Vor Kurzem kam die Bestätigung aus Berlin: bestanden. »Viel Aufwand, viel Papierkram«, sagt Mey. Aber gut.

So wie bei Mey könnte es bald in Tausenden Betrieben in ganz Deutschland laufen. Nach dem Willen von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) soll der »Grüne Knopf« zur »Blaupause« für das umstrittene Sorgfaltspflichtgesetz der Bundesregierung werden. Für die gut 7000 Unternehmen in Deutschland mit über 500 Mitarbeitern wäre die Zertifizierung dann nicht mehr freiwillig, sondern Pflicht.

Seit Jahren sorgt die Frage, wie sich deutsche Händler und Hersteller in die Verantwortung für ihre Lieferkette zwingen lassen, für Streit in der Großen Koalition. Im Dezember 2019 hatte Müller einen ambitionierten Plan vorgelegt. Firmen und Verbände laufen seither Sturm, flankiert von Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU).

Um das Vorhaben zu retten, nimmt sich Müller nun den im eigenen Haus ersonnenen »Grünen Knopf« zum Vorbild. Die Eckpunkte der neuen Regelung sollen am 9. September ins Kabinett, bis dahin ringen die beteiligten Ministerien um jeden Halbsatz. Müller gibt sich siegessicher, schwärmt vom »besten Ansatz für gerechte Globalisierung«, im Ministerium hofft manch einer auf Pionierarbeit in Sachen Menschen- und Umweltrechte.

Tatsächlich aber droht das grüne Lieferkettengesetz zu einem grünen Feigenblattchen der Koalition zu werden. Am Ende dürfte der Kompromiss weit hinter Müllers ursprünglichen Ansprüchen zurückbleiben. Statt der anfangs noch geplanten Freiheitsstrafen müssen Geschäftsführer bei folgen-

schweren Verstößen gegen die Menschenrechte wohl nur noch mit Bußgeldern rechnen. Die ursprünglich vorgesehenen engmaschigen Kontrollen vor Ort könnten weitgehend durch eine Papierprüfung von Managementprozessen ersetzt werden. Die Zahl der vom Gesetz betroffenen Firmen würde sinken, die Dauer der Übergangsfrist steigen. Das Lieferkettengesetz droht zu enden wie zuvor der »Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte« (NAP): als weichgespülte Minimallösung.

Es scheint, als hätte die Wirtschaft ganze Arbeit geleistet. Eine Allianz aus Spitzenverbänden, Handwerks- und Handelskammern hatte in den vergangenen Monaten gegen die »zusätzlichen bürokratischen und finanziellen Belastungen« gewettert,

Firmen müssten mit einem Extraaufwand von einer halben Million Euro pro Jahr kalkulieren.

Bei vielen Unternehmern sorgte zudem die Haftungsfrage für Unmut. Zwar ist eine strafrechtliche Ahndung schon länger aus dem Entwurf gestrichen. Doch die Lobbyisten richteten ihren Widerstand bis zuletzt auf die drohenden zivilrechtlichen Prozesse.

Selbst in seinem eigenen Wahlkreis im bayerischen Teil Schwabens fiel Müller mit seinem Gesetzesvorhaben in Ungnade. Vor einigen Wochen beschloss die dortige Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer (IHK) mit großer Mehrheit, das Lieferkettengesetz rundheraus abzulehnen. Praxisferner Aktionismus sei das Projekt, befanden die Unternehmer.

Am Montagnachmittag empfangen Gerhard Pfeifer und Marc Lucassen in einem etwas angestaubten Konferenzraum in Memmingen im Allgäu. Pfeifer ist Seilfabrikant in zwölfter Generation, mit 1700 Mitarbeitern an 19 Standorten weltweit, Lucassen Hauptgeschäftsführer der örtlichen IHK mit jahrelanger Auslandserfahrung in Afrika. Beide sind Minister Müller gut bekannt und unverdächtig, Menschenrechte mit Füßen treten zu wollen.

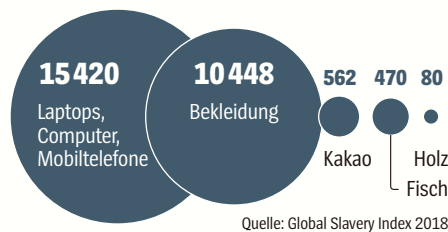
Die »klassenkämpferische Rhetorik«, die Müller bislang an den Tag gelegt habe, um für sein Gesetz zu werben, habe ihn erstaunt, sagt Pfeifer »Hier die hehre Ziele verfolgende Politik, dort die bösen, profitgierigen Unternehmer«. IHK-Mann Lucassen kann sich, wenn überhaupt, ein Anreizsystem auf europäischer Ebene vorstellen, aber bitte beschränkt auf die direkten Zulieferer und ohne jede Haftung für das Verschulden Dritter. Aber eigentlich, da sind sich beide einig, brauche es gar kein Gesetz, schon gar nicht zu Corona-Zeiten. Schließlich transportierten deutsche Firmen von sich aus menschen- und umweltfreundliche Werte in die Welt.

Mit der Realität ist das Argument schwer in Einklang zu bringen. Das geplante Gesetz haben sich die Unternehmen selbst eingebrockt. Vor vier Jahren hatte die Koalition den »Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte« ins Leben gerufen, begleitet von einer großen PR-Kampagne. Der Plan: Die Wirtschaft solle freiwillig berichten, ob entlang ihrer Lieferketten existenzsichernde Löhne gezahlt würden, eine Interessenvertretung der Arbeitnehmer erlaubt sei und das Recht auf körperliche Unversehrtheit gewahrt werde.

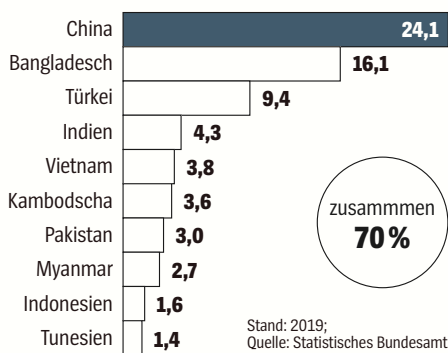
Um ja niemanden zu überfordern, sorgte das Bundesfinanzministerium dafür, dass die Unternehmen bis 2020 Zeit für die Prüfung bekamen. Das Wirtschaftsministerium verwässerte den Plan zusätzlich: Selbst Firmen, die die Sorgfaltspflichten des Aktionsplans nur fast erfüllten oder auch bloß erfüllen wollten, sollten als be-

Auf Kosten der Ärmsten

Deutsche Top-Fünf-Importeure von Warengruppen mit dem **Risiko, aus »moderner Sklaverei«** zu stammen, Wert in Millionen Euro



Bekleidungsimporte nach Deutschland, Anteile in Prozent (Top Ten ohne EU)



wie aus einem gemeinsam verfassten Brandbrief an die CDU-Fraktion im Bundestag hervorgeht.

In Branchen mit komplexen Lieferbeziehungen sei die Wertschöpfungskette unüberschaubar, Kontrollen fielen entsprechend schwer. Ein paneuropäischer Konzern wie Airbus etwa hat es mit 1676 direkten Zulieferern zu tun, die wiederum selbst 12 000 Lieferanten haben.

Hart getroffen von dem Vorhaben fühlen sich vor allem Unternehmen, die Grundstoffe erzeugen oder verarbeiten. Die Wirtschaftsvereinigung Metalle errechnete, dass ein Lieferkettengesetz schon Mittelständler im Schnitt mit zusätzlich rund 60 000 Euro jährlich belaste. Große



Janine Schmitz / photothek / imago images



Verena Müller / DER SPIEGEL

Minister Müller, Fabrikant Mey: Viel Aufwand, viel Papierkram

standen zählen. Das Kalkül: Wenn jeder Zweite die Kriterien erfülle, werde die Koalition schon von einem Gesetz absehen. Die Arbeitgeberverbände dankten Altmaier für sein »außerordentliches Engagement« im Sinne der Industrie.

Doch von den Tausenden angeschriebenen Firmen beteiligten sich jeweils gerade einmal etwa 450 an der Umfrage. In einer ersten Auswertung im vergangenen Winter erfüllten nur 20 Prozent von ihnen die Kriterien. Die zweite Auswertung aus dem Juli fiel noch düsterer aus: Lediglich 17 Prozent kommen ihrer unternehmerischen Sorgfaltspflicht nach.

Angesichts solch unterirdischer Zahlen und massiven Drucks aus dem Kanzleramt hat inzwischen auch Altmaier seine Fundamentalopposition aufgegeben. Zwar sehe sein Haus lieber eine EU-weite Gesetzgebung, aber Deutschland müsse nun zeigen, dass man es ernst meine.

Klingt konsequent. Tatsächlich fordern Altmaiers Leute weitere Zugeständnisse, um es sich mit dem Mittelstand nicht zu verschmerzen. Ja, man könne über Bußgelder sprechen, auch darüber, Unternehmen, die sich nicht an die Regeln hielten, öffentlich an den Pranger zu stellen. Aber eine zivilrechtliche Haftung lehnt das Wirtschaftsministerium ab. Auch die Zahl der Firmen, die unter das Gesetz fallen, ist aus Sicht von Altmaiers Beamten noch immer zu groß. Statt 500 dürfe die Verpflichtung erst ab 5000, besser gar ab 10 000 Mitarbeitern greifen. Zudem soll festgeschrieben werden, dass die Verantwortung der Firmen nur bis zur ersten Zuliefererstufe reicht. »Wir wollen nicht, dass sich unsere Unternehmen aufgrund dieser Regelungen aus bestimmten Ländern zurückziehen«, so das Ministerium.

Diese Bedingungen würden das Gesetz vollständig »zur Farce machen«, meint Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz. Von den über drei Millionen Unternehmen in Deutschland würden so gerade mal 250 unter die Regeln fallen.

Die Bundesregierung habe »geradezu apathisch und viel zu lange auf freiwillige Lösungen gesetzt«, sagt auch Uwe Kereritz, developmentspolitischer Sprecher der Grünen. Nun wiederhole sich »das unwürdige Geschacher um die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards« im Gesetzgebungsprozess. Er stört sich daran, dass die Beweislast für Verstöße bei den potenziell Geschädigten liegen soll: »Wie soll ein verletzter kongolesischer Minenarbeiter belegen, dass ein deutscher Auftraggeber Standards verletzt hat?«

Das federführende Entwicklungsministerium will ein paar rote Linien verteidigen. Die Forderung etwa, das Gesetz dürfe keinerlei Haftung enthalten, sei mit ihm nicht zu machen, verspricht Minister Müller: »Es wird kein Sorgfaltspflichtengesetz ohne Haftung geben.«

Allerdings rede man noch darüber, wie diese konkret ausgestaltet werde. Grundsätzlich ende die Verantwortung der Konzerne nicht beim ersten Zulieferer. Zugleich soll kein Unternehmer für die Fehler seiner Lieferanten haften, sondern nur für das, was er selbst getan – oder eben nicht getan hat. Geahndet würden nur vorhersehbare und vermeidbare Verstöße: »Einige Unternehmen haben Angst, ob sie das schaffen können, was wir da planen«, sagt Müller und beschwichtigt: »Der ›Grüne Knopf‹ zeigt: Alle können es schaffen.«

Dabei wird in der Bundesregierung sogar erwogen, Firmen aus der Haftung zu entlassen, wenn sie in freiwilligen Bündnissen wie dem »Grünen Knopf« sind.

Dazu dürfe es nicht kommen, warnt Kritikerin Kusch. »Man kann die Globalisierung nicht mit einem Haken auf einem Dokument gerecht gestalten.«

Der »Grüne Knopf« wird vor allem auf der Grundlage von Dokumenten vergeben. Zwar sind auch regelmäßige Audits vor Ort vorgesehen, Basis für das Firmen-Siegel sind indes die sogenannten Ruggie-

Kriterien. Der ehemalige UN-Sonderbeauftragte für Wirtschaft und Menschenrechte, John Ruggie, definierte ein Managementsystem, das Verstöße gegen Umwelt- und Sozialstandards vermeiden soll. Geschehen sie doch, sollen sie korrekt geahndet und abgestellt werden. Unternehmen, die glaubhaft machen können, dass sie Risiken prüfen, Probleme nicht ignorieren und Beschwerden abarbeiten, sollen danach aus dem Schneider sein.

Was man da beim »Grünen Knopf« verlange, sei nichts, was nicht auch in anderen Branchen machbar sei, heißt es dazu im Entwicklungsministerium.

Zumindest setzt das Textilsiegel Standards, die es zuvor in der Branche nicht gab. Rund 50 Unternehmen führen das Gütezeichen inzwischen, darunter sind Nachhaltigkeitspioniere wie Hess Natur oder Vaude, aber auch Handelsunternehmen wie Aldi, Bon Prix oder Kaufland.

Oder der Hamburger Kaffeeröster Tchibo, der längst ein großes Kleidungsangebot führt. Der Auditor habe sehr genau hingeschaut, sagt Julia Thimm, Nachhaltigkeitsmanagerin bei Tchibo. »Es wurde oft nachgehakt und ins Detail gefragt.«

Allerdings kann auch das staatliche Textilsiegel nicht ausschließen, dass etwa bei der T-Shirt-Produktion Kinderarbeit oder Umweltschutzverstöße vorkommen. Dazu gehen die Prüfer nicht tief genug in die Lieferkette. Um möglichst viele Unternehmen für den »Grünen Knopf« zu begeistern, hatte die Bundesregierung die Hürden bei der Einführung extra niedrig gelegt. Die Prüfungen beziehen sich nur auf das Färben, Zuschneiden und Nähen. Der Rohstoffanbau blieb außen vor. Die Audits der Baumwollfelder sollen erst in den nächsten Jahren hinzukommen.

»Der ›Grüne Knopf‹ ist der erste Schritt, um für mehr Transparenz zu sorgen«, meint Tchibo-Managerin Thimm. »Letztlich brauchen wir aber ein Lieferkettengesetz, denn nur dann wird es tiefgreifende Veränderungen bei allen Unternehmen geben. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft reichen nicht aus.« Tchibo ist einer Initiative von fast 90 Firmen beigetreten, darunter Nestlé oder Ritter Sport, die für eine nationale gesetzliche Regelung werben, wenn auch für eine, in der die Haftung weitgehend ausgeschlossen wird.

Gut möglich, dass Brüssel am Ende dafür sorgen muss. Bereits im April hatte Justizkommissar Didier Reynders zugesichert, die Konzerne in sozialen und umweltrechtlichen Belangen stärker in die Verantwortung zu nehmen, Haftung inklusive.

Von der Pionierarbeit, die Berlin dabei leisten wollte, dürfte dann allerdings nicht mehr viel übrig sein.

Simon Book, Kristina Gnirke, Alexander Jung, Nils Klawitter, Gerald Traufetter

Ab Werk frisiert

Autoindustrie Porsche hat schon wieder Ärger: Der Sportwagenhersteller soll Tausende Benziner verkauft haben, die auf der Straße mehr verbrauchen als im Test.

Am Mittwochmorgen bekam der Sportwagenbauer Porsche Besuch der unangenehmen Art. Kontrollleute des Kraftfahrt-Bundesamts (KBA) rückten zu einer mehrtägigen Betriebsprüfung an den Standorten Zuffenhausen und Weissach an. Begleitet wurden sie von Vertretern der Justiz.

Der Sportwagenbauer, so der Verdacht, könnte Fahrzeuge verkauft haben, die auf der Straße mehr Treibstoff verbrauchen und CO₂ in die Luft blasen als auf dem Prüfstand. Diesmal geht es nicht um Dieselaautos, sondern um Benziner. Auch das Flaggschiffmodell, der Porsche 911, ist möglicherweise betroffen.

Im Juni hatte ein Mitarbeiter das interne Hinweisgebersystem genutzt, um mutmaßliche Unregelmäßigkeiten bei Getriebeteilen zu melden. Die Indizien deuten darauf hin, dass Fahrzeuge für die Testsituation optimiert wurden und sich dadurch sparsamer verhielten als später auf der Straße.

Der Mutterkonzern Volkswagen berief eine Expertengruppe aus Technikern und Rechtsfachleuten ein, die bereits mit dem Dieselskandal befasst waren. Ziel der Run-

de: den Druck auf Porsches Aufklärungsarbeit zu erhöhen. Der Sportwagenhersteller selbst zeigte sich umgehend bei der Justiz und dem KBA an. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat bereits einen sogenannten Prüfvorgang gestartet. Und auch die Flensburger Behörde, sonst für ihre Nachsicht gegenüber der Autoindustrie bekannt, bewies ungewohnte Härte.

Nach SPIEGEL-Informationen erklärten die KBA-Vertreter den Porsche-Managern, die Zulassung neuer Fahrzeugtypen vorerst auszusetzen. Mehr als ein Dutzend Modellvarianten sollen betroffen sein. Für die Produktplaner des Sportwagenbauers ist das ein harter Schlag, zumal die Beamten angekündigt haben, den Bann erst wieder aufzuheben, wenn die Betriebsprüfung keine Beanstandungen ergeben habe. Porsche sagt dazu, momentan würden »lediglich in einzelnen laufenden Verfahren keine Genehmigungen erteilt«. Man sei »zuversichtlich, dass die Prüfung demnächst abgeschlossen sein wird«.

Bei ihrer Untersuchung vor Ort wollen die KBA-Aufseher kontrollieren, ob der Sportwagenhersteller in der Produktion die gleichen Bauteile verwendet wie in jenen Autos, die bei der Typgenehmigung getestet worden waren. Gegen diese vorgeschriebene sogenannte Konformität könnte Porsche verstoßen haben. Zugleich halten die Kontrolleure auf dem Gebrauchtwagenmarkt nach mindestens einem Wagen aus den betroffenen Serien Ausschau, um dessen Abgaswerte zu prüfen und die Software zu analysieren. Auch von Porsche erhofft sich das KBA weitere Aufklärung. Bis Ende September muss der Hersteller einen Zwischenbericht vorlegen.

Gefährlicher noch könnte es in den USA werden. Porsche hat auch die US-Umwelt-

behörden, die 2015 den Dieselskandal aufgedeckt hatten, alarmiert. Dort drohen Geldbußen, wenn herauskommen sollte, dass der Sportwagenhersteller den Flottenverbrauch nicht korrekt berechnet hat.

Unregelmäßigkeiten könnte es etwa beim Fahrmodus »Sport Plus« gegeben haben. Die Sonderausstattung ist vor allem für Fahrten auf der Rennstrecke vorgesehen. Auf dem Prüfstand könnte der CO₂-Ausstoß bei sportlicher Fahrweise gedrosselt worden sein, auf Normalmodus. Porsche sagt dazu, »Sport Plus« spiele für den Nachweis von CO₂ keine Rolle.

Offiziell heißt es bei Porsche nur, man habe bei internen Prüfungen »Themen« identifiziert. Dabei gehe es um bestimmte Hard- und Softwareteile, die in Messungen verwendet worden seien. Hierbei könne es »in Einzelfällen auch zu Abweichungen von Serienständen gekommen sein«.

Die Gesamtzahl der betroffenen Fahrzeuge ist noch unklar, die Kalkulationen schwanken zwischen einigen Tausend und mehreren Zehntausend. Der Hinweis des Informanten deutete auf Modelle aus den Jahren 2008 bis 2013 hin. Porsche will aber alle Modelle aus der jüngeren Vergangenheit überprüfen, um auch Verfehlungen in aktuelleren Fahrzeugen ausschließen zu können.

Sicher sind sich die internen Ermittler, dass Porsche-Modelle aus der laufenden Produktion nicht betroffen sind. Auch wurden die fragwürdigen Techniken offenbar nur in Porsches eingesetzt, nicht in Autos anderer Konzernmarken wie VW oder Audi. Trotzdem dürften mehrere Monate vergehen, bis alle potenziellen Problemfahrzeuge identifiziert sind und betroffene Kunden angeschrieben werden können.

Verschärft wird das Problem dadurch, dass in den USA derzeit Corona-bedingt fast alle Prüfanlagen geschlossen sind. Um Fahrzeuge aus dem US-Markt zu testen, müssen die Stuttgarter sie erst einmal per Luftfracht nach Deutschland transportieren. In einigen Monaten muss Porsche den US-Behörden Bericht erstatten.

Selbst wenn das Ergebnis glimpflich ausfällt: Für Porsche-Chef Oliver Blume, seit 2015 im Amt, sind die Unregelmäßigkeiten peinlich. »Das ist seine erste Bewährungsprobe als Krisenmanager«, heißt es im Umfeld des Porsche-Aufsichtsrats, »Blume ist in der Bringschuld.«

Lange behauptete Porsche, keine Abgas-tests manipuliert zu haben, auch gegenüber den US-Behörden und dem Verkehrsministerium. Im Dieselskandal inszenierten sich die Stuttgarter als Opfer: Die fraglichen Motoren habe man nicht selbst gebaut, sondern von der Schwestermarke Audi erhalten. In der Benziner-Affäre gibt es nun keine Ausreden mehr.

Simon Hage, Gerald Traufetter



Porsche-Chef Blume: »Erste Bewährungsprobe als Krisenmanager«

»Sie machen aus einem Menschen eine Art Haustier«

»Die meisten werden so unglücklich nicht sein«

SPIEGEL-Streitgespräch Der Philosoph Richard David Precht sieht in Digitalisierung und künstlicher Intelligenz enorme Gefahren. Der Investor Frank Thelen hält das für typisch deutsche Bedenkenträgerei und wünscht sich mehr Begeisterung für die Technologien der Zukunft.



Peter Rigaud / hlf



Sebastian Wesemann / image47 / picture alliance / dpa

Diskutanten Precht, Thelen: »Sie sind zu misstrauisch, Herr Precht«

Precht, 55, und Thelen, 44, haben es mit ihren Büchern über künstliche Intelligenz und Zukunftstechnologien beide in die SPIEGEL-Bestsellerliste geschafft. Doch ihre Perspektiven könnten unterschiedlicher nicht sein. Philosoph Precht (»Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?«) warnt vor der Entmündigung der Menschen und vor dem Verlust der Freiheit. Investor Thelen, bekannt durch die TV-Sendung »Die Höhle der Löwen«, will, dass die Deutschen weniger ängstlich in die Zukunft starren und endlich mitmachen bei den großen Innovationen. Zum Streitgespräch trafen sie sich per Videochat, da Thelen das geplante Treffen wegen eines positiven Corona-Tests absagen musste. Mittlerweile waren weitere Tests negativ.

SPIEGEL: Herr Precht, müssen Kinder lernen, wie Jeff Bezos und Elon Musk zu denken?

Precht: Ich bezweifle, dass die beiden tolle Vorbilder sind. Wenn alle Menschen denken würden wie sie, sähe es auf diesem Planeten wahrscheinlich nicht so gut aus.

SPIEGEL: Herr Thelen, dass Kinder so lernen sollen wie Bezos und Musk, war Ihre Formulierung, und Sie sind dafür in den sozialen Netzwerken heftig angegriffen worden. Was wollten Sie eigentlich sagen?

Thelen: Ich habe einen langen Artikel geschrieben, und da ist dieser Satz rausgegriffen worden, der so isoliert natürlich Blödsinn ist. Was mir wichtig ist: Jedes Kind sollte verstehen, wie Elon Musk und Jeff Bezos denken.

SPIEGEL: Warum?

Thelen: Ich habe Elon Musk mal kurz getroffen und mit Jeff Bezos gesprochen. Mich fasziniert, wie intelligent und geradlinig, wie langfristig und angstbefreit diese Typen denken und handeln. Sie erzeugen diese unfassbare Menge an Innovationen und neuen Produkten. Ganz anders als wir Deutschen und Europäer. Wir stehen daneben und schauen zu. Bei uns herrschen die Reichsbedenkenträger. Wo ist denn hier ein Manager von diesem Schlag? Einer, der nicht von Quartal zu Quartal denkt, sondern in wirklich großen Ideen?

SPIEGEL: Etwas konkreter, bitte!

Thelen: Die Deutschen haben ja immer noch nicht verstanden, warum Tesla auf einmal zehnmals besser dasteht als die gesamte deutsche Autoindustrie. Man tröstet sich mit der Behauptung, das sei eine Blase, die irgendwann platzt. Aber das ist Quatsch. Uns fehlt einfach diese besondere Denke – die nun mal die Zukunft ausmacht.

Precht: Dass man wissen sollte, wie diese Menschen denken, da stimme ich völlig zu.

Richard David Precht: »Künstliche Intelligenz und der Sinn des Lebens«. Goldmann; 256 Seiten; 20 Euro. Frank Thelen: »10 x DNA – Das Mindset der Zukunft«. Frank Thelen Media; 256 Seiten; 19,99 Euro. Das Gespräch führte der Redakteur Markus Brauck.

Mir macht aber gerade die Angstbefreiheit von Leuten wie Jeff Bezos selbst Angst. Das, was er tut, hat gewaltige soziale und politische Folgen, die in den Zukunftsszenarien dieser Herren und dieser Firmen nicht im Ansatz vorkommen.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

Precht: Der Einsatz künstlicher Intelligenz kann dazu führen, dass in sehr vielen entscheidenden Lebensbereichen künftig Maschinen über menschliche Schicksale urteilen und richten. Es besteht also die reale Gefahr, dass unsere Freiheit sehr stark eingeschränkt wird. Mich stört überhaupt das Menschenbild, das in der Rhetorik etwa von Elon Musk deutlich wird. Der Mensch wird dort wie eine defizitäre Maschine beschrieben oder als absoluter Gewinnmaximierer oder als jemand, der nichts anderes zu tun hat, als unausgesetzt zu neuen Horizonten aufzubrechen.

SPIEGEL: Was stört Sie daran?

»Mich stört überhaupt das Menschenbild, das in der Rhetorik etwa von Elon Musk deutlich wird.«

Richard David Precht

Precht: Dass es so nicht stimmt. Alle Menschen, die ich kenne, sind sozialer, bescheidener, vorsichtiger. Und Visionen, die über das, was Menschen empfinden oder was ihnen wichtig ist, hinweggehen, entwickeln sich sehr leicht zu Totalitarismen. Das ist es, was mir Angst macht.

Thelen: Diese Angst kann ich nachvollziehen. Und da kann ich direkt noch ein paar Namen hinzufügen, Jack Ma und Alibaba beispielsweise. Viel progressiver, viel intelligenter und viel aggressiver. Aber Angst hilft nicht weiter. Ich bin Europäer. Ich glaube an eine Welt, in der wir ein starkes China, starke USA, aber auch ein starkes Europa brauchen, angesichts der

Probleme, denen wir ausgesetzt sind, wie des Klimawandels. Die USA und China bekriegen sich um die digitale Weltherrschaft bei künstlicher Intelligenz. Da sind Hunderte Milliarden im Spiel. Nur Europa ist nirgendwo dabei.

Precht: Vielleicht hat das manchmal auch Vorteile.

Thelen: Ja, jede neue Technologie birgt enorme Gefahren. Aber wir können nicht einfach sagen, Deutschland ist eine Hügelandschaft mit irgendwelchen Postkutschen. Es gibt kein Zurück. Es gibt kein Exil. Wir müssen technologisch auf Augenhöhe sein, damit wir unsere Werte dagegenstellen können. Sonst haben wir keine Relevanz, keine Daten, kein Kapital.

Precht: Ich würde zustimmen, dass wir ein wirtschaftlich starkes Europa brauchen. Ich würde zustimmen, dass es bestimmte Entwicklungen gibt, bei denen wir weitgehend abgehängt sind. Aber ich würde differenzieren. Es gibt Bereiche, da müssen wir vorne mit dabei sein. Und es gibt welche, da können wir das, was wir an Terrain verloren haben, nie mehr aufholen. Also sollten wir es lassen hinterherzulaufen. Sonst werden wir zu Argentinien.

SPIEGEL: Das müssen Sie erklären.

Precht: Argentinien war um die vorletzte Jahrhundertwende eines der reichsten Länder der Welt. Es hat jedoch die zweite industrielle Revolution verschlafen, weil die Rinderbarone dafür gesorgt hatten, dass alles beim Alten blieb. Später, unter Perón, hat man versucht, das mit einer gewaltigen Industrieförderung aufzuholen, und hat die Produkte der zweiten industriellen Revolution gebaut, Autos und Flugzeuge und so weiter. Wahrscheinlich werden Sie keines davon kennen, weil sich nichts davon langfristig auf dem Weltmarkt durchgesetzt hat. Es war einfach zu spät. Mit den Skaleneffekten der Ford Motor Company konnte Argentinien nicht mithalten.

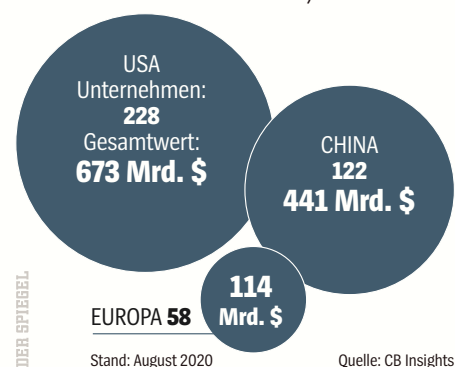
SPIEGEL: Deutschland droht jetzt dasselbe Schicksal?

Precht: Ich fürchte, der Staat fördert gerade mit sehr viel Geld zahlreiche Geschäftsideen, die uns nichts mehr nützen, weil jede wirklich gute Idee dort sowieso von Google oder Facebook aufgekauft wird. Zugleich gibt es Bereiche, wo wir stark sind. Umwelttechnik, KI-basierte Industrievernetzung oder Energiekonzepte, das sind wichtige Fragen für die ökologische Zukunft. Wenn wir unsere moralischen Werte ernst nehmen, müssen wir bei bestimmten Dingen einfach sagen: Die wollen wir lieber nicht haben. Überall, wo Maschinen über menschliche Schicksale entscheiden, urteilen oder richten, würden wir nicht nur unseren Datenschutz aufgeben, sondern auch unsere ethischen Werte als Europäer.

SPIEGEL: Ist das dieses Reichsbedenkenträgertum, von dem Sie vorhin sprachen, Herr Thelen?

Gründergeist

Unicorns (Start-ups mit einem Wert von mehr als einer Milliarde Dollar)



Thelen: Ich will auch nicht, dass meine Daten so genutzt werden wie in China. Wenn dort ein Hund seinen Kot hinterlässt, wird das auf einer digitalen Plakatwand aufgezeichnet. Und wenn man an der falschen Stelle hupt, kommt innerhalb von 30 Sekunden das Strafticket, weil die genau wissen, wer wo ist. Das ist der falsche Weg. Jedoch ist unser Weg, alles abzublocken, auch nicht besser.

SPIEGEL: Haben Sie ein Beispiel?

Thelen: Ich habe gerade mein Corona-Testergebnis bekommen, es war positiv. Doch die Corona-Warn-App sagt, ich habe kein Testergebnis. Die haben einfach null Daten. Ich musste mich aus Mallorca manuell per Papier anmelden. Da sind selbst die Spanier besser. Und das geschieht nur, weil wir Deutschen solche Datenangsthasen sind. Für uns sind Daten etwas Böses. Und Ihr neues Buch, Herr Precht, strickt an diesem Mythos. Wenn das meine Mutter liest, bekommt sie Angst. Fakt ist: Daten an sich sind erst mal gut. Nur haben wir in Europa keine.

Precht: Das stimmt doch nicht, anonymisierte Daten sind in Europa völlig legal. Wir können längst messen, wie viele Leute in Köln über eine Brücke fahren, um dann zu entscheiden, ob wir eine größere bauen. Dazu braucht man keine personenbezogenen Daten. Dasselbe gilt für anonymisierte Daten in der Medizin. Ich bin gegen die Verwendung personenbezogener Daten. Ich verstehe deren volkswirtschaftlichen Nutzen gar nicht. Die helfen nur für individualisierte Werbung.

Thelen: Okay, personenbezogene Daten sind ein Problem. Aber das Ergebnis dieses deutschen Datenschutz-Traras ist, dass die Leute hier überhaupt keine mehr rausrücken, nicht mal für die Corona-App.

Precht: Das Problem der App ist die überzogene Erwartung, man könnte mit dieser technischen Lösung Corona in den Griff kriegen. Was haben wir alle neidvoll nach Südkorea geguckt. Mittlerweile sieht es dort ebenfalls nicht mehr so gut aus. Die Pointe ist: Den größten Effekt haben eher mittelalterliche Methoden – Abstand halten und Masken aufsetzen.

Thelen: Das stimmt nur zur Hälfte. Wenn wir alle diese App hätten und sie funktionieren würde, dann bräuchte sie deutlich mehr. Ich habe bis heute über die App noch niemanden über mein Testergebnis informieren können.

SPIEGEL: Liegt das am Datenschutz oder am technologischen Unvermögen der Unternehmen, die die App gebaut haben, an SAP und der Deutschen Telekom?

Thelen: Uns fehlt eine tief greifende digitale DNA. Eine digitale Verwaltung, digitale Offenheit. Bei uns wird alles noch auf Zetteln gespeichert – und dann wundern wir uns, dass es nicht funktioniert. Ich bin wirklich frustriert.

SPIEGEL: Vielleicht ist Corona ein gutes Beispiel für ein grundsätzlicheres Problem. Herr Precht, Sie schreiben, dass die digitale Industrie von der Behauptung lebt, dass es eine technologische Lösung für jedes Problem gibt. Und dass deshalb andere, simple Lösungen schon im Ansatz auf der Strecke bleiben.

Precht: Mich stört das Missverhältnis zwischen sozialer und technischer Fantasie. Nehmen wir die Debatte um selbstfahrende Autos. Wir haben 3000 Verkehrstote im Jahr, 380 000 Verletzte. Das ist ein schlechter Zustand. Aber brauchen wir deshalb gleich eine so aufwendige technische Lösung? Warum bemühen wir nicht unsere soziale Fantasie und sagen: Tempo 30 in den Städten und 100 auf den Autobahnen? Und eine regelmäßige Überprüfung der Fahrtüchtigkeit. Mit sehr gerin-

»Weniger ist mehr« kann nicht die Antwort sein. Das ist zynisch für die Hälfte der Menschheit.«

Frank Thelen

gem Aufwand könnten wir unsere Verkehrsprobleme deutlich besser lösen.

Thelen: Und was macht in Ihrer Welt die Oma? Die darf dann nicht mehr fahren, weil sie ein bisschen schlecht sieht?

Precht: Es gibt immer noch Taxis.

Thelen: Und wenn sie sich die nicht leisten kann?

Precht: Dann braucht die Oma mehr Rente. Das ist viel einfacher als vollautomatisierte Autos. Es gibt für viele Fragen des Straßenverkehrs ziemlich einfache Lösungen, die wenig kosten.

Thelen: Wir erzielen damit jedoch nicht die gleiche Produktivität.

Precht: Ich habe überhaupt nichts gegen Produktivität. Mir wäre sie allerdings deutlich lieber in Bereichen, in denen es wirk-

Abgehängt

Die größten Unternehmen nach Börsenwert, in Mrd. Dollar

Quelle:
Refinitiv
Datastream
Stand: 25.8.

1. Apple	USA	2135
2. Aramco	Saudi-Arabien	1864
3. Amazon	USA	1676
4. Microsoft	USA	1638
5. Alphabet/Google	USA	1093
6. Facebook	USA	800
7. Alibaba	China	774
8. Tencent	China	682
13. Tesla	USA	377
40. SAP	Deutschland	202

lich darum geht, große Probleme der Menschheit zu lösen. Stattdessen geht es in der Regel einzig und allein um die Frage: Wie mehr ich mein Kapital?

Thelen: Dem stimme ich überhaupt nicht zu. Insbesondere Elon Musk hat sein Geld genommen, wieder komplett ins Feuer geworfen, um was Neues zu machen. Der hätte sich auch eine Insel oder eine Megajacht kaufen und endlos chillen können. Doch er ist getrieben davon, dass wir aufhören müssen, fossile Brennstoffe zu verkaufen.

SPIEGEL: Verzicht ist für Sie keine Option, Herr Thelen?

Thelen: Herr Precht denkt einfach zu kurz. Es ist absurd, dass wir den Planeten mit Straßen verschandeln. Ich selbst investiere in Flugtaxi. In dem Unternehmen arbeiten 600 Leute, und hoffentlich werden wir da mal Weltmarktführer. Das ist eine Technologie, die Menschen emissionsfrei und sehr sicher von A nach B schießen kann. Und das wird nur möglich, weil wir technologisch weiterkommen wollten. Sie bleiben bei der Idee des Autos stecken.

Precht: Ich bin kein großer Fan des Autos. Mit Lufttaxi kenne ich mich nicht aus. Glauben Sie wirklich, dass noch zu Ihren Lebzeiten das, was wir jetzt an Autoverkehr haben, in der Luft abgewickelt werden wird?

Thelen: Bei kurzen Strecken bin ich eher für E-Bikes und andere Lösungen. Aber alles über 20, 30 Kilometer können wir zu einem großen Teil in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren in die Luft verlagern. Starten werden wir damit schon in drei, vier Jahren. Das wird ein richtiger Massenmarkt.

SPIEGEL: Sie sind für technologische Lösungen. Fehlt es aber gerade beim Klimaschutz nicht eher am politischen Willen, vorhandene Lösungen durchzusetzen?

Thelen: Wollen Sie den Menschen in Brasilien sagen: Dein Leben wird schlechter, dafür holzen wir keinen Regenwald mehr ab? Nein, wir müssen ihnen den gleichen oder mehr Komfort liefern – Nahrung, Mobilität, Wärme, Kälte, was immer. Und das geht nur durch Technologie. Wir brauchen neue Speicher, Robot Farming, solche Sachen. »Weniger ist mehr« kann nicht die Antwort sein. Das wäre zynisch für die Hälfte der Menschheit.

Precht: Das Kernproblem ist, dass sich die Politik nicht viel traut, denn sie könnte Arbeitslose produzieren, ob beim Klimawandel oder der Digitalisierung. Das macht Politik erpressbar. Die beste Möglichkeit, aus dieser Falle herauszukommen, wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Thelen: Ja, da müssen wir hinkommen, das finde ich supergut. Zumindest ein Grundeinkommen, das fast bedingungslos ist. Also für alle, die sich fair verhalten.



COSTINER / BARCROFT MEDIA / GETTY IMAGES

Besucherin bei Digitalmesse in Yangzhou: »Die KI wird besser als Rembrandt malen«

Precht: Und was machen wir mit denen, die sich unfair verhalten? Die kriegen null? Dann werden die noch krimineller.

Thelen: Da kennen Sie sich besser aus. Ich habe nur so ein Bauchgefühl, dass es keinen Freifahrtschein geben darf, sich unsozial zu verhalten.

SPIEGEL: Sie sind beide für ein Grundeinkommen. Aber was fangen die Menschen mit ihrer Zeit an, wenn KI irgendwann alle Probleme löst?

Precht: Der Mensch kann dann nicht mal mehr künstlerisch kreativ sein. Denn die KI wird besser als Rembrandt malen. Irgendwann wird sie Muster selbstständig variieren und besser malen, als Rembrandt je hätte malen können. Mir gefällt die Vision nicht, dass wir irgendwann in einer Techno-Aristokratie leben. Wo die einen Entwicklungen vorantreiben und damit ihr Geld verdienen. Und alle anderen abgepeist werden. Das wäre ein gewaltiger sozialer Rückschritt.

Thelen: Genau das wird kommen, und wir werden es nicht aufhalten können. Und was macht dann der deutsche Fachverkäufer? Er hat auf einmal keine Karriereleiter mehr, weil die KI seinen Job hundertmal besser erledigt. Heute wird er gefeiert, weil er den 100. Kundenvertrag verkauft hat. Das fällt alles weg, und das ist scheiße, ja, richtig scheiße. Ich weiß nicht, wie sich das ändern lässt.

Precht: Das hört sich im Vergleich zu dem Optimismus, den Sie sonst verbreiten, sehr fatalistisch an.

Thelen: Ich glaube, wenn man den Menschen sagen würde: Hier habt ihr ein gutes Haus aus dem 3-D-Drucker, gute Nahrung aus einem Gewächshaus oder dem Labor, das alles wird per Drohne geliefert, und

wenn ihr wollt, könnt ihr Fußball spielen oder in den Wald gehen – ich glaube, die meisten werden dann so unglücklich nicht sein.

Precht: So machen Sie aus einem Menschen, der noch weitgehend selbstbestimmt ist, eine Art Haustier. Das wird nicht funktionieren. Die Mehrheit würde vermutlich lieber so leben, wie sie jetzt lebt.

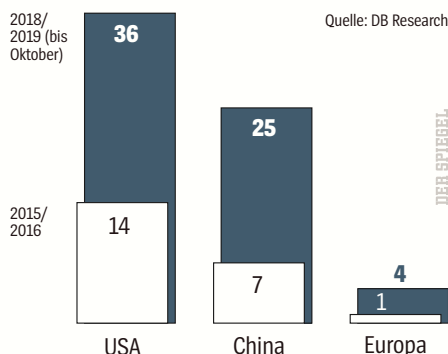
SPIEGEL: Das Grundproblem der digitalen Ökonomie ist die unglaubliche Machtkonzentration weniger Plattformkonzerne.

Precht: Mich interessiert in dem Zusammenhang, Herr Thelen, warum Sie jemanden wie Jeff Bezos so positiv sehen. Der Mann zertrümmert unsere Innenstädte und unsere urbane Kultur.

Thelen: Bezos ist nicht nur der Zerstörer, als den Sie ihn hier hinstellen. Er reduziert auch CO₂. Richtig radikal. Er will sogar CO₂-negativ werden. Und ernsthaft: Wollen Sie keinen Onlinehandel mehr?

Luft nach oben

Privatwirtschaftliche Investitionen im Bereich künstliche Intelligenz, in Milliarden Dollar



Precht: Man könnte zumindest bei den Onlinegiganten eine höhere Mehrwertsteuer erheben, nicht für jeden, der online etwas verkauft, sondern ab einer bestimmten kritischen Größe.

Thelen: Die Machtkonzentration ist tatsächlich ein Problem. Ich erlebe das selbst, wenn das Produkt eines unserer Start-ups bei Amazon gesperrt wird oder unsere App aus dem App Store fliegt. Andererseits begeistert es mich, was diese Unternehmer geleistet haben, und ich möchte, dass wir endlich auch in Europa mal wieder was richtig Geiles hinstellen.

Precht: Wir erleben doch gerade eine Zerstörung der freien und sozialen Marktwirtschaft. Und zwar deswegen, weil diese Firmen nicht Teilnehmer auf einem Markt sind, sondern weil sie selbst den Markt darstellen. Google etwa ist quasi die globale Wissensökonomie selbst. Amazon bildet den Großteil des internationalen Onlinehandels ab. Darauf haben wir ordnungspolitisch bislang in keinster Form reagiert.

SPIEGEL: Was ist Ihr Vorschlag?

Precht: Wir sind ja kein gleichberechtigter Marktteilnehmer mehr. Also müssen wir darüber nachdenken, wie wir unsere Märkte schützen. Das klingt ein bisschen altmodisch, ist es jedoch nicht. Trump denkt darüber nach, wie er seine Märkte gegenüber China schützt. Europa muss das in der digitalen Welt tun. Es widerspricht nicht dem Grundsatz des Liberalismus, seine Märkte bis zu einem gewissen Grad abzuschotten.

Thelen: Ich fände das furchtbar, doch vielleicht haben Sie recht. Es gibt überhaupt kein europäisches Produkt mehr im digitalen Sektor, außer Spotify vielleicht. Mein Herz blutet, wenn ich das sage, weil ich immer lieber innovativ war. Nun stecken wir so tief in der Scheiße, dass wir vielleicht mal eingreifen müssen für eine begrenzte Zeit, um das Europäische voranzubringen.

SPIEGEL: Die Exportindustrie wird sich für Ihren Vorschlag bedanken. Die erste Reaktion der USA auf eine solche Abschottung wären vermutlich hohe Zölle auf deutsche Autos.

Precht: Ja, deshalb wird Herr Altmaier auch nicht dafür sein. Er hat Angst, dass wir auf den Produkten sitzen bleiben, die wir gerade wunderbar nach Amerika verkaufen. Andererseits sind Autos mit Verbrennungsmotor Produkte der Vergangenheit.

Thelen: Abschottung ist immer riskant. Man sieht das gerade am Kampf zwischen China und den USA. Da kommt jeder Schlag gegen den anderen wie ein Bumerang zurück. Apple-Boss Tim Cook etwa findet diesen Handelskrieg gar nicht lustig. Er will ja weiter iPhones nach China verkaufen. So einfach kommen wir aus unserer Misere nicht heraus, fürchte ich.

Der mit dem Boss tanzt

Konzerne Im September geht Siemens Energy an die Börse. Damit das gelingt, muss der neue Chef Christian Bruch die fossile Firma als nachhaltigen Riesen verkaufen. Und Joe Kaeser auf Abstand halten.

SPIEGEL: Sie haben jetzt eine gute Stunde diskutiert, und ich frage mich: Wer von Ihnen ist eigentlich der größere Pessimist?
Precht: Herr Thelen. Ich bin kein Pessimist. Ich sehe Schattenseiten. Ich sehe Dinge auf uns zukommen, über die wir uns schnellstens Gedanken machen müssen. Ich glaube aber nicht, dass wir allen Entwicklungen hilflos ausgeliefert sind. Ich bewahre mir einen gewissen Optimismus, dass wir mitgestalten können.

Thelen: Ich bin total positiv, weil ich glaube, dass die Menschheit ihre großen Probleme durch Technologie lösen wird. Und ich freue mich auf die Zukunft. Ich meine: Wie geil ist das, wenn ich einfach in ein Flugtaxi einsteigen kann? Oder wenn ich weiß, ich esse ein super leckeres Steak, das diesen Planeten überhaupt nicht negativ beeinflusst, weil es aus dem Labor stammt?
Precht: Ich würde dieses Steak auch gern genießen, unter der Bedingung, dass die Patente für die Herstellungsverfahren am Ende nicht bei wenigen Firmen liegen. Ich möchte eine Konzentration von Marktmacht bei der Herstellung von künstlichem Fleisch verhindern. Nur dann kann es eine Lösung sein.

Thelen: Sie sind da zu misstrauisch, Herr Precht! Diese Techis sind coole Jungs, man muss sie persönlich erlebt haben, sie wollen das Gute.

Precht: Es geht doch überhaupt nicht um die Charaktereigenschaften dieser Leute, sondern darum, dass ihre Firmen Kapital aus aller Welt einsammeln, eine unglaubliche Macht entwickeln und bestimmte Technologien in die Welt setzen. Da ist es ziemlich egal, ob der CEO persönlich ein netter Mensch ist oder nicht. Nicht auf den Charakter kommt es an, sondern auf die Ethik der Geschäftsmodelle.

SPIEGEL: Auf dem Streamingportal Amazon Prime läuft gerade die Serie »Upload«. Die Geschichte: Menschen können ihr Bewusstsein am Ende des Lebens in einer wunderbaren virtuellen Welt hochladen. Wenn es das gäbe, würden Sie sich hochladen lassen?

Precht: Ich würde es nicht tun. Schon der konservativ-liberale US-Philosoph Robert Nozick hat sich eine ähnliche Maschine ausgedacht, eine wunderbare Matrix, in der man glücklich ist. Aber im Leben macht nichts Spaß, wenn es nicht zugleich auch misslingen kann. Und es gibt nur deswegen Freude und Glück in der Welt, weil auf der anderen Seite Unglück und Leid stehen.

Thelen: Ich habe eine Detailfrage. Wann kann ich genau da einsteigen?

SPIEGEL: Kurz bevor Sie sterben – Tod oder Upload.

Thelen: Na dann, definitiv ja. Das ist doch absolut cool.

SPIEGEL: Herr Precht, Herr Thelen, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Der 12. August war ein Tag ganz nach dem Geschmack von Joe Kaeser, 63, und Christian Bruch, 50: Die beiden obersten Siemens-Manager verbrachten ihn getrennt.

Kaeser, der scheidende Konzernchef, flog mit Bundesaußenminister Heiko Maas nach Beirut, um zu erkunden, wie Siemens beim Wiederaufbau der libanesischen Hauptstadt nach der Explosionskatastrophe helfen könnte.

Bruch, der neue Chef der Energiesparte, fuhr in die Südsteiermark. In der kleinen Gemeinde Weiz betreibt Siemens den größten Standort für den Bau großer Kraftwerkstransformatoren. Bruch mag solche Trips in die Provinz: »Ich bin ein großer Freund von Werksbesichtigungen, schließlich wird dort das Geld verdient – oder versenkt.«

Kaeser, der Staatsmann. Bruch, der Malocher. Der eine schwebt nach 40 Jahren Siemens-Karriere über den Dingen. Der andere gräbt sich als Neuling tief in den Konzern hinein. Bruch war erst Anfang Mai als Chef des Energiegeschäfts vom Gaskonzern Linde geholt worden, nachdem sein Vorgänger Michael Sen überraschend hingeworfen hatte. Seither hat Bruch schon ein halbes Dutzend Standorte besucht, auch solche, die Kaeser noch nie von innen gesehen hat.

Die Arbeitsteilung des ungleichen Duos klingt perfekt. Doch spätestens ab September dürfte das Verhältnis der beiden Manager auf eine harte Probe gestellt werden. Dann muss Bruch die noch immer vom Kohle- und Gasgeschäft abhängige Energiesparte an die Börse bringen und damit gleich zwei Wunder auf einmal vollbringen: Der promovierte Maschinenbauingenieur soll Kaesers Vermächtnis retten – indem er beweist, dass die von Big Joe angestoßene Zerlegung des Riesenreichs in kleinere Spezialfirmen die richtige Entscheidung war. Die einstige Lichtochter Osram und die Medizintechnik sind schon abgenabelt. Mit Siemens Energy folgt nun der letzte und vielleicht schwierigste Teil.

Denn der Kraftakt kann nur gelingen, wenn Bruch ein zweites Wunder schafft – sich freizuschwimmen von Kaeser. Das verlangt schon das Aktiengesetz. Danach liegt die Führung eines Unternehmens beim Vorstand, der Aufsichtsrat darf lediglich kontrollieren. Sich zurückzune-

men aber fällt dem scheidenden Siemens-Boss, der künftig dem Energy-Aufsichtsrat vorsitzen wird, erfahrungsgemäß schwer.

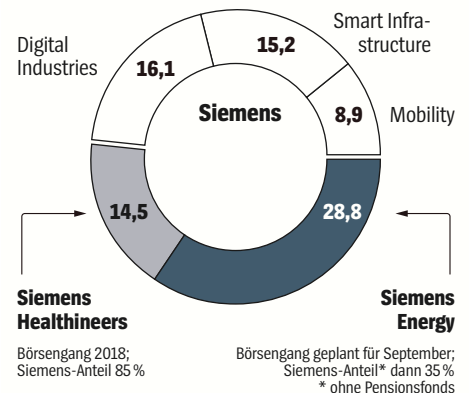
Schon vor dem Börsengang machte Kaeser klar, was Bruch künftig zu wollen hat. In einem Interview mahnte der Siemens-CEO, der künftige Energy-Vorstand müsse »zügig einen interessengerechten Plan für den Ausstieg aus der Kohle« vorlegen. »Wir brauchen keinen Schubs, um zu wissen, dass wir langfristig aus der Kohle rausmüssen«, kontert Bruch, »es geht vielmehr darum, wie.« Das darf man als Versuch lesen, Distanz zu wahren.

Tatsächlich weiß auch Bruch, dass sich das schmutzige Energiegeschäft an der Börse nur verkaufen lässt, wenn es gelingt, ihm ein grünes Mäntelchen umzuhängen. Wie das genau gehen soll, haben Bruch und seine Berater in den vergangenen Monaten eronnen, am 1. September soll der Plan den Investoren vorgestellt werden.

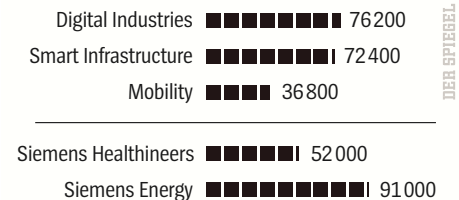
Die Details sind bislang nicht bekannt, nur so viel: Der neue Siemens-Ableger soll als grüner Riese und Entwicklungshelfer für eine CO₂-freie Zukunft vermarktet werden. Bis dahin ist es allerdings ein weiter Weg. Noch liegt der Umsatzanteil der

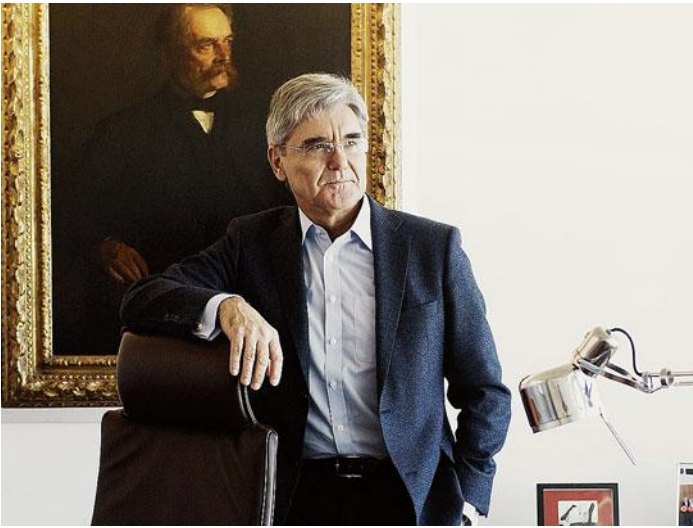
Getrennte Wege

Umsätze der industriellen Geschäfte von Siemens im Geschäftsjahr 2019, in Milliarden Euro



Mitarbeiter 30. September 2019





Siemens-Manager Kaeser, Bruch: »Wir brauchen keinen Schubs«

konventionellen Energietechniken bei rund 65 Prozent. Darunter fallen der Bau und die Wartung von Kohlekraftwerken ebenso wie der viel zu teuer eingekaufte US-Kompressorenhersteller Dresser-Rand. Er beliefert vor allem die amerikanische Öl- und Gasindustrie, die unter dem sinkenden Ölpreis und zahlreichen Pleiten in der US-Fracking-Branche leidet.

Bruch macht eine andere Rechnung auf. Mehr als die Hälfte des Umsatzes von knapp 30 Milliarden Euro entfällt schon heute auf das Geschäft mit alternativen Energien. Eine kreative Kalkulation: Der Energy-Chef rechnet den Bereich Netze hinzu. Durch sie fließt allerdings auch Strom, der mithilfe fossiler Energieträger gewonnen wurde.

Lässt man Masten und Strippen außen vor, ist nur der in Spanien börsennotierte Windkraft-Anlagenbauer SGRE (Siemens Gamesa Renewable Energy) lupenrein grün. Die Münchner besitzen 67 Prozent der Anteile, doch die Firma machte ihren Eignern in den vergangenen Jahren wenig Freude. Allein von Oktober bis Juni summierten sich die Verluste auf gut 800 Millionen Euro. Die Führungskräfte wechseln inzwischen schneller als die Windrichtung an den produzierten Turbinen.

Andere Teile der Energiesparte wie die Geschäfte in Indien, Indonesien oder Griechenland wurden aus politischen oder steuerrechtlichen Gründen gar nicht erst komplett auf Siemens Energy übertragen. Dort redet der Mutterkonzern weiterhin mit.

Bruch lässt sich durch solche Widrigkeiten nicht entmutigen. Bei seinem Werksbesuch in Weiz habe er streckenweise wie ein Motivationstrainer gewirkt, erzählen Teilnehmer. Den Betriebsräten des Trafowerks, die das Bürokratiewesen bei Siemens beklagt hatten, versprach er: »Wir müssen Strukturen verschlanken, die Abläufe straffen und den ineffizienten Ballast

aus unseren Prozessen entfernen.« Ein zusätzliches Debattierkränzchen, das sein Vorgänger Sen unterhalb des Vorstands ansiedeln wollte, strich er ersatzlos. »Ich brauche so etwas nicht, die Verantwortlichkeiten sind klar definiert.«

Die Zukunft von Siemens Energy sieht Bruch in grünem Strom, der in sonnenreichen Ländern in Südeuropa, Nordafrika oder den Arabischen Emiraten hergestellt und in den Norden transportiert wird. Siemens Energy will hierfür verstärkt in Speicherkapazitäten und Netze investieren.

Noch ist das Zukunftsmusik. Und für manche Beschäftigten keine schöne. In der Steiermark etwa werden noch immer Großturbinen für konventionelle Kraftwerke zu Preisen von bis zu acht Millionen Euro pro Stück hergestellt. Was soll daraus werden? Wenn es nach Bruch geht, müssen in den nächsten Jahren erst einmal »Zwischenlösungen« her. Dazu gehört der Betrieb von Gasturbinen mit umweltfreundlichem Wasserstoff oder, vorhandene Kohlekraftwerke effizienter zu machen.

»Was können wir den Kunden denn darüber hinaus noch verkaufen, um sie zu unterstützen?«, wollte Bruch bei seiner Werksvisite in Weiz wissen. Und: »Habt ihr auch genügend Lehrlinge?« Der Rheinländer gibt sich gern leutselig und unkompliziert, ganz anders als Kaeser, der in den letzten Jahren mehr und mehr zur moralischen Instanz und zum Welterklärer mutierte. Zuweilen nimmt sich Bruch sogar selbst auf die Schippe, eine Fähigkeit, die Kaeser abgeht. Einer Gruppe angehender Führungskräfte versicherte Bruch in Weiz: »Ich zünde jeden Morgen eine Kerze an, dass ich Siemens-Energy-Chef sein darf, das ist mein absoluter Traum-Job.«

Wie lange er ihn behalten darf, entscheidet am Ende vor allem einer: Kaeser. Kritik an seinem künftigen Chefaufseher ist

Bruch daher nicht zu entlocken, er belässt es bei vorsichtigen Absetzbewegungen.

So hatte Kaeser im vergangenen Jahr angekündigt, bei Siemens Energy einen mit Experten besetzten Nachhaltigkeitsbeirat einzurichten. Auslöser war die öffentliche Aufregung um die Beteiligung von Siemens am Bau der Adani-Kohlemine in Australien. Die Nachricht, dass der deutsche Konzern eine Signaltechnikanlage liefert, hatte bei den Umweltschützern von Fridays for Future (FFF) einen Proteststurm ausgelöst. Kaeser versuchte, ihn einzudämmen, indem er der FFF-Aktivistin Luisa Neubauer einen Posten in dem noch zu schaffenden Umweltbeirat anbot. Die lehnte ab.

Auch Bruch hält eine solche Runde für eher überflüssig. »Ich weiß gar nicht, ob es ein solches Gremium geben muss«, sagte der Energy-Chef kürzlich im kleinen Kreis. »Die Verantwortung für das Thema Nachhaltigkeit liegt beim Vorstand beziehungsweise bei den Verantwortlichen der einzelnen Geschäftsbereiche, dies sollte immer klar sein.«

Die FFF-Truppe um Neubauer und ihren Mitstreiter Nick Heubeck dürfte das kaum besänftigen. »Alle Versprechen von Joe Kaeser, sich nach dem Adani-Debakel von fossilen Energieträgern zu verabschieden, sind ins Leere gelaufen«, rügt Heubeck. Stattdessen investiere Siemens Energy weiterhin »in Kohleminen und große Gasprojekte in der ganzen Welt«.

Im Vorfeld des Börsengangs wollen die Umweltaktivisten deshalb an den Siemens-Standorten in München, Berlin und Erlangen Großkundgebungen abhalten, um den zügigen Ausstieg aus Kohle und anderen fossilen Energieträgern zu fordern.

Bruch kann dann schon mal zeigen, ob er sich im Krisenmanagement besser schlägt als Kaeser. Dinah Deckstein

Der neue starke Staat (VII): In der Coronakrise lenkt die Regierung die Wirtschaft. Der Staat verteilt Zuschüsse, bürgt für Kredite, beteiligt sich an Firmen. Die Strategie ist teuer



und heikel. Wann wird aus dem Retter ein Vormund? Und wo gefährdet öffentlicher Einfluss den Wettbewerb? Eine SPIEGEL-Serie über das riskante Abenteuer für Staat und Markt.

Das Glasfaser-Debakel

Infrastruktur Deutschland hängt seit Jahren beim Ausbau schneller Datennetze hinterher. Zu lange hat der Staat darauf gesetzt, dass der freie Markt und Großkonzerne es schon irgendwie richten.

Die Gemeinde Roetgen, knapp 20 Kilometer vor den Toren Aachens am Rande des Nationalparks Eifel, ist ein schöner Flecken Erde. Wald, Wiesen und Felder, so weit das Auge reicht. Nur Unternehmen waren schon immer Mangelware. Forstwirtschaft, Landwirtschaft, ein paar Ausfluglokale – das war's.

Doch neuerdings boomt das 8500-Einwohner-Städtchen. Vor allem Freiberufler und IT-Fachleute haben sich mit ihren Familien in den Neubaugebieten rund um den Ort angesiedelt. Sie arbeiten oft an der Technischen Hochschule in Aachen oder in einem der vielen IT-Unternehmen im Umfeld. Vor Kurzem hat sogar ein Co-Working-Space eröffnet, eine Kooperation der Gemeinde mit einem privaten Investor. Die Räume sind ausgestattet mit moderner IT-Infrastruktur, Konferenz- und Übertragungstechnik.

Möglich wurde das alles, weil sich Roetgen 2017 entschloss, auf schnelles Internet umzustellen. Und da der Deutschen Telekom das Projekt – wie so oft – zu aufwendig und auch zu teuer war, nahmen die Gemeindeoberen die Sache selbst in die Hand. Sie heuerten die Deutsche Glasfaser an, ein Unternehmen, das sich darauf spezialisiert hat, schnelle Breitbandanschlüsse im ländlichen Raum zu verlegen.

Zwei Jahre lang arbeiteten sich die Bautrupps durch Straßen und Feldwege. Inzwischen ist ein Großteil der Häuser an das Netz angeschlossen. Die Technik lockt nicht nur neue Bewohner und Unternehmen. Gerade in der Hochphase von Corona seien die Anschlüsse auch für die Alteingesessenen ein Segen gewesen, sagt Bürgermeister Jorma Klauss (SPD). Die Roetgener verfügen in ihren Homeoffices über eine Datengeschwindigkeit, von der der restliche Teil der Republik nur träumen kann.

Denn Deutschland ist längst nicht so weit wie Roetgen; es hat im Breitbandausbau immer noch enormen Nachholbedarf und

landet bei Vergleichen über die Verfügbarkeit leistungsfähiger Glasfaseranschlüsse seit Jahren auf beschämenden Plätzen – weit abgeschlagen hinter Ländern wie Südkorea, Schweden, Finnland oder Lettland.

Vollmundige Versprechen, die Aufholjagd zu beginnen und damit die Grundlagen für eine erfolgreiche Digitalisierung zu schaffen, gab es viele. Eingelöst wurde bislang keins – nicht von der Politik, nicht von der Deutschen Telekom und auch nicht von ihren sonst so umtriebigen Konkurrenten.

Das Versagen der größten Volkswirtschaft Europas resultiert aus einer kom-

plett verfehlten Privatisierungs- und Regulierungspolitik auf dem Telekommunikationsmarkt, genauer: aus einer fatalen Marktgläubigkeit.

Die Bundesregierungen hatten allesamt auf die Kraft des Wettbewerbs gesetzt und mussten immer wieder verwundert feststellen, dass kein Unternehmen freiwillig bereit war, die notwendigen Milliarden zu investieren. Was volkswirtschaftlich wünschenswert war, rechnete sich betriebswirtschaftlich nicht. Zumal der Staat völlig falsche Anreize schuf.

Das Glasfaser-Dilemma reicht zurück bis ins Jahr 1996. Damals beschloss der Gesetzgeber, den Monopolmarkt für Post-, Fernmelde- und Datendienste für den Wettbewerb zu öffnen. Die Deutsche Telekom sollte den Angriffen von Konkurrenten wie Vodafone oder Telefónica ausgesetzt werden. Das sorgte für mehr Innovation und Kundenfreundlichkeit, versprach die Bundesregierung.

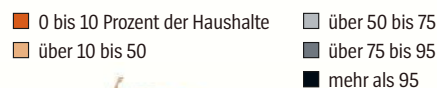
Der Gesetzgeber beschloss einen engen regulatorischen Rahmen. Die Telekom behielt als ehemaliges Monopolunternehmen die bestehenden Telefon- und Datennetze. Allerdings musste sie die Kabel auch ihren Wettbewerbern zur Verfügung stellen – gegen Gebühr samt einem angemessenen Gewinnaufschlag.

Die Idee hinter dieser Konstruktion: Die neuen Marktteilnehmer sollten in die Lage versetzt werden, in das Telefon- und Datengeschäft einzusteigen, ohne sofort Milliarden Euro in eigene Netze investieren zu müssen. Die sollten sie Zug um Zug errichten, mit wachsenden Kundenzahlen und Markterfolg. Die Telekom wiederum sollte mit den sicheren Einnahmen ihre hohen Kosten für Personal und Infrastruktur decken können und dafür Sorge tragen, dass Deutschland mit der jeweils bestmöglichen Netztechnik versorgt wird.

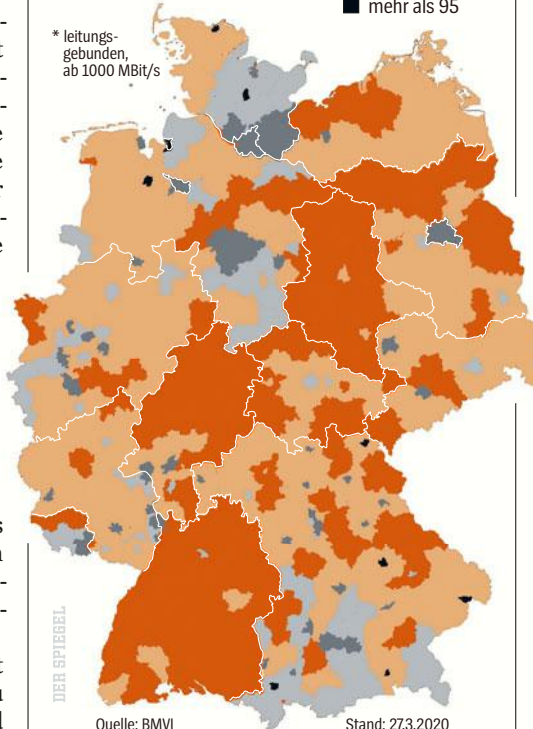
So zumindest wollte es der Gesetzgeber. Geklappt hat es nie. Die Wettbewerber nämlich begnügten sich lange Jahre

Lahme Leitung

Breitbandverfügbarkeit* in Deutschland



* leitungsgebunden, ab 1000 Mbit/s





Alex Kraus / Bloomberg / Getty Images

Telekom-Chef Höttges bei Hauptversammlung 2018: Nur nicht zu schnell

damit, die Produkte der Telekom unter eigenem Label zu verkaufen – anstatt selbst zu investieren. Und die Telekom gab ihr Geld lieber für Zukäufe im Ausland aus – in Osteuropa etwa, in Frankreich, Großbritannien oder den Vereinigten Staaten.

Weil der Kampf ums Netz daheim ausblieb, konnte sich die Deutsche Telekom darauf beschränken, das alte Kupfernetz immer wieder aufzumotzen. So wurde es mit vertretbarem finanziellem Aufwand ab 2006 zu einem sogenannten VDSL-Netz umgebaut. Durch den Eingriff, bei dem Glasfaser zumindest bis an die Verteilkästen gelegt wurde, schaffte es im Idealfall Übertragungsraten von bis zu 250 Megabit pro Sekunde. Das reicht aus, um Videos, Musik und Fernsehbilder zu übertragen.

Ein leistungsfähiges Breitbandnetz sieht anders aus. Dazu brauchte es ein bis in die Häuser reichendes Glasfasernetz. Das weiß auch Telekom-Chef Timotheus Höttges. Schon im Jahr 2007 startete er in Friedrichshafen mit viel Tamtam das Pilotprojekt »T-City«. Es sollte neue Techniken wie Telemedizin oder Videokommunikation in Friedrichshafen befördern und das Land aufs Zeitalter der Gigabitkommunikation vorbereiten.

Doch T-City wurde nach einigen Jahren diskret wieder heruntergefahren. Ebenso wie andere groß angelegte Investitionsprogramme zu Glasfaseranschlüssen, die die Telekom in den darauffolgenden Jahren teils freiwillig, teils auf Drängen der Politik gestartet hatte.

Die vermeintlichen Gründe für den Misserfolg waren stets dieselben. Das Aufreißen von Straßen und Kellern kostete viel Geld, so die Telekom. Es rechne sich nur, wenn in den erschlossenen Straßen, Vierteln oder Gemeinden auch genügend Kunden bereitstünden, die für die teuren Anschlüsse zahlen. Doch das ist selten der Fall – auch weil die deutschen Anbieter immer noch Preise zwischen 70 und 100 Euro pro Monat für einen Gigabit-Glasfaseranschluss aufrufen.

Nur wo Staat, Städte und Gemeinden wie in Roetgen vorangingen und den Breitbandausbau mit eigenem Geld oder unkonventionellen Planungen in die Hand nahmen, klappte der Ausbau. Im Ausland gehört das längst zum Alltag. Estland begann schon sehr früh mit ausgeklügelten Public-Private-Partnership-Programmen, Glasfasernetze selbst in dünn besiedelten Gegenden zu verlegen.

In Schweden sehen die Kommunen die Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen als einen Teil der Daseinsvorsorge für ihre Bewohner an und treiben den Ausbau ähnlich wie bei Wasser- und Stromnetzen oder der Kanalisation voran. In der Schweiz wurden kommerzielle Anbieter und kommunale Unternehmen wie Stadtwerke an einen Tisch geholt, um den Ausbau zu koordinieren.

In Deutschland fehlt bis heute eine echte Strategie. Als der Bundesregierung vor Jahren dämmerte, dass die Sache auf freiwilliger Basis nicht wirklich klappt, verlegte sie sich zunächst auf Appelle und vor-

sichtige Drohungen in Richtung der Telekom und ihrer Wettbewerber. Dann initiierte sie Gipfeltreffen und legte auf Drängen der Unternehmen üppige Förderprogramme auf.

Das erbärmliche Resultat: Anfang des Jahres waren gerade einmal 4,1 Prozent der festen Breitbandanschlüsse in Deutschland Glasfaserkabel.

Den Telekommunikationswissenschaftler Torsten Gerpott von der Uni Duisburg wundert das magere Ergebnis nicht. Die Förderprogramme seien kompliziert, wenig schlüssig und kaum aufeinander abgestimmt, kritisiert er. Zudem reiche das Geld nicht, um die ländlichen Gebiete zu versorgen, befanden Telekom und Wettbewerber unisono.

Und so besserte der Bund noch einmal nach – mit einem klangvollen Gigabyte-Programm. Unter Federführung des Bundesverkehrsministeriums sollen bis 2025 alle Regionen mit schnellen Breitbandanschlüssen versorgt werden. Der Bund gibt dafür weitere elf Milliarden Euro aus.

Ob das wirklich den erhofften Durchbruch bringt? Private Anbieter und Telekom haben versprochen, sich diesmal wirklich ins Zeug zu legen. Jedes Jahr, versichert Höttges, sollen zwei Millionen Haushalte direkt an das schnelle Glasfasernetz angeschlossen werden.

Die Bürger in Roetgen dürften froh sein, dass sie auf die Einlösung dieses Versprechens nicht mehr warten müssen.

Frank Dohmen

DER SPIEGEL

Für Sie als Dankeschön

Jetzt einen neuen Leser werben und Ihre Prämie sichern!



Stand-up-Paddle-Surfboard im Set

Hochwertiges Allround-Board für Anfänger und Fortgeschrittene. Maße: 320 x 76 x 15 cm. Zuzahlung: € 139,-.



Neu: Denver Tab TAQ-10473 Android 10 GO

Mit 0,3 Megapixel-Kamera, 16 GB internem Speicher und 10,1"-Farbdisplay. Ohne Zuzahlung.



Kärcher-Hochdruckreiniger K2

Modell »Full Control Home« mit Druckregulierung. Ideal für größere Flächen rund ums Haus. Ohne Zuzahlung.



€100,- Prämie

Erfüllen Sie sich selbst oder Ihren Lieben einen besonderen Wunsch!



TechniSat DIGITRADIO 370 CD BT

DAB+/UKW-Stereoradio mit CD-Player, Audiostreaming per Bluetooth und USB-Anschluss. Ohne Zuzahlung.



Polar Fitness-Uhr »Ignite«

Die neue Generation mit GPS, Farb-Touch TFT-Display und vielen nützlichen Funktionen. Ohne Zuzahlung.

Einfach jetzt bestellen:

 **abo.spiegel.de/p20**

oder telefonisch unter: 040 3007-2700

DER SPIEGEL zum Vorzugspreis von nur €5,30 statt €5,50 je Ausgabe.

Ausland



Mit zwei ausgestreckten Mittelfingern konfrontiert Ahad Nabi in einem Gerichtssaal im neuseeländischen Christchurch den Mörder seines Vaters. Wegen 51-fachen Mordes und weiterer Taten wurde der Attentäter von Christchurch zu lebenslanger Haft verurteilt – vorzeitige Entlassung ausgeschlossen. Premierministerin Jacinda Ardern hofft, dass der Name des Mörders bald vergessen ist: »Er verdient völlige Stille auf Lebenszeit.«

Voreiliges Lob

Analyse Schweden rutscht tiefer in die Coronakrise: Die Wirtschaft enttäuscht, die Regierung ist schwach.

● Es war ein Moment der Erleichterung für Schweden, als Anfang des Monats die neue Zahl zur ökonomischen Lage herauskam. Um 8,6 Prozent war die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal zurückgegangen. Vor das Minus stellten viele ein großes »Nur«, zumal die Prognosen für das Gesamtjahr erfreulich ausfielen: Anderswo, etwa in Deutschland, erst recht in Italien oder Spanien, sah es für die Wirtschaft schlechter aus. Nun schien der Beweis erbracht, dass die Schweden das Richtige getan hatten, als sie mit geringen Einschränkungen durch die Coronakrise steuerten. Auch international gab es Lob.

Das war, wie sich gerade herausstellt, voreilig. Mittlerweile haben alle nordischen Nachbarländer ihre Quartalszahlen vorgelegt, und obwohl sie das öffentliche Leben und damit ihre

Wirtschaft spürbar gedrosselt hatten, stellen sie Schweden in den Schatten. Am besten schlugen sich die Finnen mit einem Rückgang von 3,2 Prozent. In Deutschland schrumpfte die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 10,1 Prozent. Diese Zahlen sind zwar Momentaufnahmen, aber für die Regierung in Stockholm mehr als unangenehm. Schweden weist eine der weltweit höchsten Corona-Todesraten auf, und es mangelt an politischer Führung. Bisher ist Ministerpräsident Stefan Löfven nicht viel mehr eingefallen, als das Offensichtliche zu bedauern: die vielen Covid-19-Toten in den Altersheimen. Verantwortlich für die Corona-Strategie seien Experten wie Staatsepidemiologe Anders Tegnell – der diese zweifelhafte Ehre kühl zurückweist.

Wie schwach die rot-grüne Minderheitsregierung ist, hat inzwischen auch die schwedische Opposition begriffen, die den anfänglichen Corona-Konsens aufgekündigt hat und den Kampf gegen das Virus intensivieren will. Viele Bürger finden das anscheinend richtig. Löfvens Höhenflug in den Umfragen ist vorbei, seine Gegner im Parlament legen zu. Sollte sich nun auch noch die Wirtschaft des Landes dauerhaft verschlechtern, könnte es für die Regierung eng werden. Dietmar Pieper

China/USA

Scharfe Munition

● Im Handelsstreit reden China und die USA wieder miteinander, militärisch aber riskieren beide Supermächte eine gefährliche Konfrontation. Gleich mehrere See-Manöver hält Chinas Marine derzeit ab, um Gebietsansprüche im westlichen Pazifik zu untermauern. Washington trumpft ebenfalls auf: Anfang der Woche überflog ein US-Aufklärer ein chinesisches Übungsgebiet in der Bohai-Bucht, kurz darauf näherte sich ein zweiter der Tropeninsel Hainan. Peking reagierte mit scharfer Munition. Am Mittwoch feuerte China zwei Raketen ins Südchinesische Meer, darunter eine Antischiffsrakete, die einen US-Flugzeugträger ausschalten

könnte. Eine Eskalation ist möglich: »Anders als im Kalten Krieg gibt es heute keinen Mechanismus zur Krisenprävention«, sagt der chinesische Regierungsberater Shi Yinhong. »Es ist viel schwieriger, im Westpazifik Stabilität zu bewahren als in Europa.« US-Verteidigungsminister Mark Esper nannte die Region jetzt »das Epizentrum eines Großmachtwettbewerbs mit China«. Die USA würden nicht »einen Zollbreit Boden« abtreten. Mitte August hatten die Vereinigten Staaten bereits drei B-2-Tarnkappenbomber auf ihren Stützpunkt Diego Garcia im Indischen Ozean verlegt. Seit 2018 definiert das Pentagon den Indischen Ozean und den Pazifik als einheitliches Operationsgebiet, um Indien in die Allianz gegen China einzubinden. BZA

Polio

»Out of Africa«

● Es war ein langer Kampf, aber am Ende von Erfolg gekrönt: Am Dienstag erklärte die Weltgesundheitsorganisation (WHO), Afrika sei offiziell befreit vom Wildtyp des Poliovirus. 1996 war es Nelson Mandela, der das Programm »Kick Polio Out of Africa« anführte, unterstützt unter anderem von Rotary International. Millionen Gesundheitshelfer zogen von Dorf zu Dorf, die Kampagne verhinderte laut WHO 1,8 Millionen Fälle von Kinderlähmung und rettete rund 180 000 Leben. Nigeria war der letzte afrikanische Staat, in dem das Virus ausgerottet wurde. Der Kampf dort zeigt

exemplarisch, welche Rückschläge Helfer hinnehmen mussten. So machten 2003 Gerüchte die Runde, dem Impfstoff sei ein Mittel beigemischt worden, das Frauen unfruchtbar mache. Darauf wurden in mehreren nigerianischen Bundesstaaten die Impfkampagnen gestoppt. Doch nicht nur Misstrauen stand dem Fortschritt im Weg. Die islamistische Terrormiliz Boko Haram kontrolliert im Norden Nigerias ganze Landstriche. Allein 2013 wurden neun Frauen erschossen, als sie Kinder impfen wollten. Die Teams wählten darum eine »Hit and run«-Strategie: Sobald das Militär ein Gebiet für sicher erklärt hatte, legten sie innerhalb von 48 Stunden los. Am Ende war auch die

Hilfe der Polio-Überlebenden entscheidend, um Vertrauen zu gewinnen. Ihnen gelang es, eine Koalition zu formen, die das Virus in Nigeria besiegte. Fälle von wildem Polio gibt es jetzt nur noch in Afghanistan und Pakistan. FSC



Polio-Impfung im Sudan 2014

Albert Gonzalez/Farran/AFIP



Studentenprotest mit Chachavalpongpun-Bild in Thailand

Lillian Suwanrumpha / Getty Images

Soziale Medien »Mächtiges Instrument«

Bei den regierungskritischen Protesten in Thailand spielen soziale Medien eine maßgebliche Rolle. Die mitgliederstärkste Facebook-Gruppe hat Pavin Chachavalpongpun, 49, gegründet, ein thailändischer Politologe und Aktivist, der in Japan im Exil lebt. Auf Druck der Regierung in Bangkok hat das US-Unternehmen nun die Gruppe blockiert.

SPIEGEL: Herr Chachavalpongpun, Sie sind ein Kritiker des thailändischen Königshauses. Warum haben Sie Ihre Facebook-Gruppe »Royalist Marketplace« genannt, Marktplatz der Royalisten?

Chachavalpongpun: Sarkasmus ist ein mächtiges Instrument. Er nimmt der Monarchie ihren Heiligenschein und öffnet so Raum für Debatten. Nachdem ich die Gruppe im April eingerichtet hatte, stellten Leute dort zunächst Dinge zum Verkauf, die angeblich mit der Monarchie in Verbindung standen. Das war Satire. Ich selbst habe Hundefrisuren angeboten. Wussten Sie, dass der König, als er noch Kronprinz war, seinen Pudel Fufu zum Marschall der Luftwaffe ernannt hatte?

SPIEGEL: Wie wurde eine Gruppe von Witzbolden zur politischen Kraft?

Chachavalpongpun: Die Zahl der Mitglieder wuchs so schnell, dass mir bald klar wurde, ich hatte etwas

Bedeutsames angestoßen. Ich postete mehr Informationen über die Monarchie, ihre politische Rolle, ihr Verhältnis zum Militär, ihren maßlosen Reichtum. In der vergangenen Woche erreichten wir die Marke von einer Million Mitglieder. Eine so große Social-Media-Gruppe gab es in Thailand noch nie. **SPIEGEL:** Kurz darauf hat Facebook die Gruppe auf Anweisung der Regierung blockiert. Von Thailand aus kann man sie nicht mehr aufrufen. **Chachavalpongpun:** Facebook hat erklärt, dass es dagegen gerichtlich vorgehen will. Vermutlich hat der Konzern erkannt, dass es dem Geschäft schadet, wenn er eine Million Leute blockiert. **SPIEGEL:** Welche Rolle spielt Facebook für Protestbewegungen in Südostasien? **Chachavalpongpun:** In Thailand ist Facebook weiterhin das wichtigste soziale Medium. Auf der Plattform lassen sich Menschen gut mobilisieren. Doch Facebooks Haltung zur Förderung der Demokratie in Südostasien ist inkonsistent. In mehreren Ländern hat das Unternehmen regierungskritische Informationen entfernt – und griff andererseits in Myanmar bei der Hetze gegen die Rohingya zu wenig ein. **SPIEGEL:** Werden Sie die Plattform weiter benutzen? **Chachavalpongpun:** Nachdem unsere Gruppe in Thailand gesperrt wurde, habe ich sofort eine neue mit ähnlichem Namen gegründet. Wir haben schon mehr als 800 000 Mitglieder. GFA



Sara Naomti Lewkowicz / DER SPIEGEL

Häuserruinen, Wohngebäude in Wilkes-Barre: Narben der Globalisierung

»Trump wird gewinnen«

USA Im linksliberalen Amerika macht sich die Gewissheit breit, dass Donald Trump bei der Wahl im November nur noch Außenseiterchancen hat. Aber was sagen die Leute, die ihn vor vier Jahren gewählt haben? Ein Besuch in Luzerne County, Pennsylvania. *Von René Pfister*

An einem heißen Freitag im August kramt Donna Kowalczyk in einem Regal und sucht nach der Weltverschörung. Es ist kurz nach zwölf, aber die Friseurin hat schon Feierabend gemacht; da, wo sie morgens ihren Kundinnen Strähnchen ins Haar gefärbt hat, schläft nun ihr Hund Gabriel. Sie halte es einfach nicht aus, den ganzen Tag dieses Ding im Gesicht zu tragen. »Dabei hilft es nicht einmal«, sagt Kowalczyk und zieht triumphierend eine Pappschachtel aus ihrem Regal hervor. »Das steht sogar auf der Verpackung.«

Kowalczyk dreht den Karton mit Masken in den Händen wie ein wichtiges Beweisstück, bis sie einen winzigen Schriftzug entdeckt. »China!« ruft Kowalczyk, »Wuhan!!« Tatsächlich steht »Made in Wuhan/China« auf der Packung. Kowalczyk blickt zufrieden, als hätte sie einen Mord-

fall aufgeklärt. Plötzlich scheint sich alles zu fügen: die Kommunisten in Peking, die gottverdammte Maskenpflicht, die miesen Umfragewerte für ihren Präsidenten.

»Wie kann es sein, dass uns das Klopapier ausgegangen ist, wir aber nun die Masken aus China tragen müssen?«, fragt sie.

»Think about it!«

Hat Peking die Seuche in die Welt gesetzt, um den Absatz von Masken zu fördern? Donna Kowalczyk denkt einen Moment nach. Nein, sagt sie schließlich. Ihre Theorie sei, dass die chinesische Regierung das Virus in Umlauf brachte, um einen Vorwand zu haben, die Proteste im eigenen Land niederzuschlagen. »Das ist es, was ich glaube«, sagt Kowalczyk und lässt sich auf einen Stuhl fallen.

Kowalczyk ist 62 Jahre alt und kommt leicht außer Atem, hat aber keine Angst vor dem Virus. Sie liest auch viel im Inter-

net, weshalb sie vermutet, dass an den Infektionszahlen in den USA etwas nicht stimmen kann. »Haben Sie gehört, dass auf unbenutzten Wattestäbchen für den Covid-Test schon Viren entdeckt wurden?«, fragt sie. Kowalczyk wundert sich, dass die Mainstream-Medien das einfach totschweigen.

Ende April war sie mit ein paar Freunden in Harrisburg, der Hauptstadt Pennsylvanias, um gegen den Lockdown zu demonstrieren, den der demokratische Gouverneur Tom Wolf über den Bundesstaat verhängt hatte. Hunderte Menschen hatten sich vor dem Kapitol der Stadt versammelt. »Wir haben uns die Hand gegeben und uns umarmt, keiner hatte eine Maske auf. Und was ist passiert? Gar nichts.«

Donna Kowalczyks Friseursalon liegt an der South River Street in Wilkes-Barre, einer Stadt, die zwischen den sanft ge-

schwungenen Hügeln des Pocono-Gebirges liegt. Wenn man auf der Interstate 81 fährt und die Kirchtürme der Stadt zwischen den Bäumen auftauchen, erblickt man ein amerikanisches Idyll. Unten im Tal aber sind die Fenster vieler Häuser mit Spanplatten verrammelt. In den Vorgärten stehen rostige Grills herum, die seit Jahren nicht mehr angefeuert wurden.

Luzerne County ist kein schlechter Ort, um zu erkunden, ob sich die Stimmung im Land gegen Trump gedreht hat. Er wurde Präsident, weil er am 8. November 2016 drei Staaten holte, die über Jahrzehnte fest in der Hand der Demokraten gewesen waren: Michigan, Wisconsin und Pennsylvania, das allein 20 jener Wahlmänner stellt, die den Präsidenten bestimmen. Trump gewann Pennsylvania mit einem knappen Vorsprung von 44 292 Stimmen; 26 237 davon kamen aus Luzerne County. Man könne ohne große Übertreibung sagen, dass Luzerne County Trump den Weg ins Weiße Haus geebnet habe, schreibt der Journalist Ben Bradlee Jr, der vor zwei Jahren ein Buch über die Gründe des überraschenden Siegs von Trump in Pennsylvania veröffentlicht hat und das den Titel »Die Vergessenen« trägt.

In zehn Wochen wählt Amerika erneut, und wie vor vier Jahren macht sich in Washington und New York die Gewissheit breit, dass Trump auf verlorenem Posten kämpft. »Ist Trump schon erledigt?«, fragte der »New York Times«-Kolumnist Frank Bruni und beantwortete die Frage mit Ja. Der »Economist« bemisst die Siegchancen von Trumps Herausforderer Joe Biden auf 88 Prozent. Der virtuelle Parteitag der Republikaner, den zum großen Teil Trumps Ehefrau Melania, seine Kinder und Schwiegertöchter bestritten, wurde in weiten Teilen der US-Presse als Desaster beschrieben.

Donna Kowalczyk sagt: »Natürlich wird Trump gewinnen, er ist der Einzige, der uns aus diesem Schlamassel befreien kann.«

Der Präsident habe völlig recht, wenn er fordere, dass viel entschiedener gegen die Unruhen vorgegangen werden müsse, die nun schon seit Monaten das Land erschüttern. Seit dem Wochenende protestieren Hunderte Menschen in Kenosha im Bundesstaat Wisconsin, nachdem ein Polizist bei einer Kontrolle dem 29-jährigen Familienvater Jacob Blake in den Rücken geschossen hatte. Blake überlebte zwar, wird aber wohl für immer gelähmt bleiben. Viele in den USA sahen die Schüsse als neuerlichen Akt brutaler Polizeiwillkür gegen einen schwarzen Mann. Kowalczyk sagt, dass man der Anweisungen eines Cops eben Folge leisten müsse.

In Kenosha sind in den vergangenen Tagen Streifenwagen demoliert worden, ein Gerichtsgebäude ging in Flammen auf. Sie könne nicht verstehen, dass die Demokra-

ten von friedlichen Demonstranten redeten, sagt Donna Kowalczyk. »Ich glaube, die kapieren gar nicht, was hier vor sich geht.«

Kowalczyks Heimatstadt Wilkes-Barre lag einst in einer reichen Gegend, der Wohlstand wurde aus der Erde geschlagen, die voller Steinkohle ist. Ende des 19. Jahrhunderts kamen Zehntausende Einwanderer aus Osteuropa, um am Susquehanna River ihr Glück zu suchen. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg ging es mit der Kohleindustrie bergab, später setzte die Konkurrenz aus Asien den Nöhreien in der Region zu, die Tausenden Frauen Jobs geboten hatten. Was blieb, war schlecht bezahlte Arbeit in Lagerhallen und Frittenbuden.

Dennoch blieb die Stadt über Jahrzehnte in der Hand der Demokraten. Bis Donald Trump kam. Zweimal fuhr er im Wahlkampf 2016 nach Wilkes-Barre und trat in der riesigen Eissportarena auf, jedes Mal kamen mehr als 9000 Zuhörer. Sie schrien »USA, USA« oder »Lock her up«, womit die Demokratin Hillary Clinton gemeint war, die während des Wahlkampfs nur in der Nachbarstadt Scranton haltmachte, wo ein reicher Spender einen Abend für sie organisiert hatte.

Die Politiker in Washington seien Betrüger, sagte Trump am 10. Oktober 2016 in der Eissporthalle von Wilkes-Barre. Er aber werde neue Jobs in den Nordosten Pennsylvanias bringen, »all die vergessenen Menschen hier werden Gerechtigkeit erfahren«. Als Joe Biden, der in Scranton geboren wurde, ein Video von der euphorischen Masse sah, dachte er: »Heiliges Kanonenrohr, wir werden die Wahl womöglich verlieren.« So erinnerte er sich später in einem Zeitungsinterview.

Kowalczyk hat sich schon im Jahr 2016 über den Optimismus der Demokraten gewundert. In den Zeitungen stand, dass

nach dem ersten schwarzen Präsidenten nun erstmals eine Frau ins Weiße Haus einziehen werde; es war eine fröhliche Geschichte, in der die USA voranmarschieren auf dem Weg des Fortschritts und der Emanzipation. In Luzerne County dagegen entschieden sich die Leute dafür, den Demokraten einen Denkkzettel zu verpassen, aus ganz unterschiedlichen Gründen.

Donna Kowalczyk hatte genug vom Niedergang ihrer Stadt, genug von den Drogenhändlern, die über Jahre vor ihrem Friseursalon ungeniert ihre Geschäfte abwickeln konnten. Vito DeLuca, ein freundlicher grauhaariger Rechtsanwalt, brachte es einfach nicht fertig, für Hillary Clinton zu stimmen. »Sie ist einfach korrupt«, sagt er in seiner Kanzlei in Kingston, einem beschaulichen Städtchen im Norden von Luzerne County. Und Kim Woodrosky fand, dass das Land unter Obama in die falsche Richtung abgebogen war.

Woodrosky wohnt zusammen mit vier Katzen, drei roten Buntbarschen und einem Hund namens Bacy in einer Wohnung, die aussieht wie eine Mischung aus Gucci-Store und Geschenkeshop. Auf dem Tresen der Küche steht ein Strauß langstieliger Rosen und der Marmortorso eines jungen, durchtrainierten Mannes. Woodrosky trägt ein kirschrotes Kleid und lange, weiß lackierte Fingernägel. Sie war gerade mit einer Freundin für ein paar Tage am Strand von Mexiko und sagt: »Wenn man 85 000 Dollar im Jahr macht, gilt man hier im Valley schon als reich.«

Woodrosky verwaltet 72 Wohnungen in Wilkes-Barre, 9 davon besitzt sie selbst. Die 56-Jährige ist die Tochter eines Lastwagenfahrers und hat sich mit Fleiß und einer großen Portion Zähigkeit einen Wohlstand erarbeitet, den sie gern zeigt. Sie hat sich gerade eine neue, knallrote



Trump-Anhängerin Kowalczyk: »Und was ist passiert? Gar nichts.«

Karrieren Jerry Falwell war Trumps Bindeglied zu den Evangelikalen. Jetzt holt ihn eine Sexaffäre mit einem 30 Jahre jüngeren Mann ein.

Der falsche Prophet

● Donald Trump wirkte müde, als er am Ende eines langen Samstags auf die Bühne eines Theaters in Davenport schlurfte, einer Kleinstadt im tiefsten Iowa. »Wow«, rief Trump in den Jubel von rund 2400 Zuschauern, die stundenlang auf ihn gewartet hatten. »Nettes Publikum.«

Es war Januar 2016 und Trump noch ein Präsidentschaftsbewerber, den viele Republikaner mit einer Mischung aus Beustigung und Verachtung betrachteten. Ein Mann allerdings begrüßte ihn in Davenport euphorisch: Jerry Falwell, ein einflussreicher Evangelikaler. »Ich bin stolz darauf, ihn zu unterstützen«, sagte Falwell, bevor er erzählte, wie christlich der zweifach geschiedene Trump doch sei.

Vier Tage zuvor hatte Falwell dem Kandidaten seinen Rückhalt zugesichert und Trump damit die vielleicht wichtigste konservative Wählergruppe zugeschanzt. Es war eine bedeutsame Allianz – letztlich halfen die Evangelikalen, Trump ins Weiße Haus zu tragen. Falwell wurde zum Königsmacher. Zwischenzeitlich soll er sogar für den Posten des Bildungsministers im Gespräch gewesen sein.

Die Nähe zwischen dem Präsidenten und seinem christlichen Unterstützer ist nun vorbei. Am Dienstag trat Falwell von seinem Amt als Präsident der Liberty University zurück, der größten evangelikalen Hochschule der USA. »Die aufrichtigsten Gebete der Universität gelten ihm und seiner Familie«, erklärte der Liberty-Stiftungsrat, allerdings ohne Hinweis auf den Anlass. Denn dieser widerspricht allem, wofür die religiöse Uni steht – und womit auch Trump um fromme Wähler wirbt.

Kleinlaut mussten Falwell, 58, und seine Gattin Rebecca, genannt Becki, 53, zugeben, eine langjährige Dreierbeziehung mit einem Mann aus Florida unterhalten zu haben, dem sie auch Geld zukommen ließen. Eine solche Beziehung stört normalerweise kaum jemanden, es sei denn, man hat wie Falwell einen Großteil der Karriere damit verbracht, außereheliche Affären zu verteufeln, Bi- und Homosexualität zu geißeln und eine Institution zu leiten, die solche vermeintlich unchristlichen Praktiken mit Verweisen ahndet.

Der Fall von Jerry Falwell ist daher mehr als eine Sexstory. Er ist eine Metapher für die Scheinheiligkeit erzkonservativer Christen in den USA, etliche von ihnen Mitglieder der »Moralischen Mehr-

heit« – eines Vereins, der 1979 von Falwells Vater gegründet wurde, dem Massenprediger Jerry Falwell senior.

Die Sache ist umso schlüpfriger, als Falwell als Verbindungsmann zur Christenbasis fungierte und Becki bis heute im Beirat der Organisation Women for Trump sitzt, für die sie »starke« Familien propagiert. Hinzu kommt, dass die Sexaffäre im Umkreis Trumps offenbar bereits 2015 bekannt war, was Fragen über Falwells Wahlkampfunterstützung aufwirft.

Gerüchte über die sexuelle und finanzielle Liaison der Falwells mit dem heute 29-jährigen Giancarlo Granda kursieren seit Jahren. Doch erst in den vergangenen Tagen kam die komplette Geschichte ans



Verbündete Falwell, Trump 2017

»Er sah von der Zimmerecke aus zu«

Licht, als Granda der Nachrichtenagentur Reuters davon berichtete.

Das Trio lernte sich 2012 in Miami Beach kennen, als die Falwells im Fontainebleau urlaubten, einem Luxushotel, in dem sich schon Elvis und Frank Sinatra verlustierten. Granda, damals 20, arbeitete dort als »Poolboy«, eine Art Bademeister, um sich sein Studium der Finanzwirtschaft zu finanzieren. Die drei begannen eine Affäre, die nach übereinstimmenden Angaben bis 2018 dauerte. Auch das bestätigte Granda diese Woche.

Für den christlichen Hochschulleiter, der stets vorgab, nach einem erzkonservativen Leitbild zu leben, ist die Enthüllung eine Katastrophe. Falwell versuchte im Vorfeld der Veröffentlichung hektisch, die Schuld seiner Frau zuzuschieben. »Becki hatte ein unangemessenes persönliches Verhältnis mit dieser Person, in das ich nicht verwickelt war«, erzählte er. Granda sagt dagegen: »Becki und ich begannen

eine intime Beziehung, und Jerry sah uns gern von der Zimmerecke aus zu.«

Inzwischen wirft Falwell seinem einstigen Liebeskameraden vor, er habe ihn erpressen wollen. Granda dementiert das. Er habe den Austritt aus einem gemeinsamen Geschäftsprojekt verhandeln wollen.

Dieses Projekt macht die Affäre noch pikanter. Denn Granda reiste während ihrer Dreierbeziehung nicht nur mit den Falwells in deren Privatjet herum. Er durfte sich, wie beide Seiten bestätigten, auch gratis an einer 4,6-Millionen-Dollar-Immobilie der Falwells in Miami beteiligen, gemeinsam mit Falwells Sohn Trey. Falwell begründete das Millionengeschenk damit, dass Granda »eine aktive Rolle beim Management« hätte spielen sollen.

Bei der Immobilie handelte es sich um ein Hostel in South Beach, das vor allem von Mitgliedern der LGBT-Szene frequentiert wurde. US-Medien hatten über Falwells Beteiligung erstmals 2017 berichtet, als der Deal bei einem Gerichtsstreit ans Licht kam. »Politico«-Reporter Brandon Ambrosino, ein Liberty-Absolvent, beschrieb das Hotel als »Absteige« mit Schnapsladen im Haus, woran sich die Falwells offenbar nicht störten. Auch Alkohol ist bei Liberty verboten.

Der Gerichtsstreit deckte zunächst nur die finanzielle Verbindung der Falwells zu Granda auf. Mindestens einer wusste aber schon länger Bescheid, wohl auch über die Sexaffäre: Trumps damaliger Privatanwalt Michael Cohen, der 2018 wegen Steuerbetrug verurteilt wurde.

Voriges Jahr enthüllte Cohen, im Auftrag Falwells kompromittierende Fotos »beseitigt« zu haben. Kurz darauf arrangierte Cohen die Wahlkampfhilfe Falwells für Trump. War Falwells Einsatz für Trump die Gegenleistung für Cohens Hilfe bei der Spurenbeseitigung? Selbst die »New York Times« spekuliert darüber, doch Cohen hat bisher nur bestätigt, dass zuvor keine Evangelikalen Trump unterstützen wollten; Beweise für einen Zusammenhang gibt es bislang nicht. Womöglich wird Cohen mehr erzählen, wenn kommende Woche sein Enthüllungsbuch erscheint, in dem er Trump belasten will.

Beim Republikaner-Parteitag 2016 pries Falwell den Kandidaten Trump noch als »einen der großartigsten Visionäre unserer Zeit«. Nach Trumps Wahlsieg betriet er den Präsidenten bei dessen LGBT-feindlicher Politik.

Jetzt scheint Falwell eine Last von der Seele gefallen zu sein. »Es ist eine Erleichterung«, erklärte er nach seinem Rücktritt – und zitierte Martin Luther King jr.: »Endlich frei, endlich frei.«

Seine Abfindung von der Liberty University: 10,5 Millionen Dollar. Marc Pitzke

Corvette bestellt, mit der sie am Wochenende ihre Runden drehen will. Dass es in Amerika jeder schaffen kann, solange er sich nur bemüht, gehört zu den Gewissheiten der Kim Woodrosky.

»Eigentlich bin ich eine Liberale«, sagt sie. Sie versteht nicht die merkwürdige Obsession der Republikaner für das Thema Abtreibung, und Woodrosky konnte sich auch nicht über die Affäre Bill Clintons mit der Praktikantin Monica Lewinsky aufregen. Sie hat genug verheiratete Geschäftsfreunde, die selbst nach ein paar Drinks im falschen Bett gelandet sind. Nicht schön, klar. Aber: Who cares? Woodrosky fand es lächerlich, dass die Republikaner den Präsidenten wegen eines Blowjob aus dem Amt jagen wollten. Sie mochte Bill, weil sie seine Wirtschaftspolitik richtig fand. Und im Jahr 2008 wählte sie Barack Obama, weil der so schön reden konnte. »Der hätte sogar über Hundekacke sprechen können, und es hätte toll geklungen«, sagt sie.

Aber schon während Obamas erster Amtszeit kamen Woodrosky Zweifel, weshalb sie bei der Wahl im Jahr 2012 zu Hause blieb. »Die Demokraten sagen, dass die Universität und die Krankenversicherung umsonst sein sollen. Aber so etwas wie kostenlose Krankenversicherung gibt es nicht, am Ende muss jemand dafür bezahlen.« Und Woodrosky findet nicht, dass ausgerechnet sie das sein soll. Sie habe nichts dagegen, wenn die Regierung Menschen helfe, die unverschuldet in Not geraten seien. »Aber wir sind Amerikaner. Wir werden niemals ein System akzeptieren wie in Deutschland. Wir sind kein sozialistisches Land.«

Aus der Sicht eines Europäers mag die amerikanische Angst vor einem linken Umsturz leicht hysterisch wirken, zumal die Demokraten mit Biden nun einen Kandidaten nominiert haben, der mit Sozialismus so viel am Hut hat wie der Papst mit Fidel Castro. Aber zugleich ist es tief in der amerikanischen Seele verwurzelt, dass jeder seines Glückes Schmied ist. Nichts stößt Woodrosky mehr ab als der Ruf nach dem Staat.

35 Prozent ihrer Mieter, sagt sie, bekämen einen Zuschuss vom Amt. Als Geschäftsfrau wolle sie sich nicht darüber beklagen; so sei wenigstens sichergestellt, dass pünktlich Geld auf ihrem Konto lande. Als Bürgerin aber sehe sie das ganz anders. »Das Mietzuschussprogramm wurde einmal eingeführt, um Leuten wieder auf die Beine zu helfen. Das Gleiche gilt für die Essensmarken. Aber es war nie dazu gedacht, dass sich ganze Generationen darin einrichten, von der Oma über die Mutter bis zu den Enkelkindern.«

Woodrosky mag an Trump, dass er Geschäftsmann ist und die Dinge unverblümt anspricht. »Die Leute verstehen ihn, auch



Sara Naomi Lewkowitz / DER SPIEGEL

Unternehmerin Woodrosky: »Wir sind kein sozialistisches Land«

wenn er manchmal über die Stränge schlägt.« Bestimmt sei er kein vorbildlicher Ehemann. Aber habe das nicht auch für John F. Kennedy gegolten, der zahllose Affären hatte und heute ein Nationalheld sei? »Was Trump gemacht hat, haben ganz viele andere Männer auch getan. Es wurde nur nicht die Öffentlichkeit gezerrt.«

Fragt man Kim Woodrosky, ob sie noch einmal für Trump stimmen wird, schaut sie einen ungläubig an. In den vergangenen vier Jahren habe sich ihr Aktienportfolio prächtig entwickelt, sagt sie, und auch die Immobilienpreise im County seien gestiegen. Natürlich gebe es jetzt wegen Corona eine Delle. Aber deswegen Trump abwählen? »Ich habe eine Menge Freunde,

eigentlich nur noch zwei Menschen, die in verschiedenen politischen Lagern stehen und sich dennoch nicht überworfen haben: ihre Mutter, die ihr ganzes Leben lang Demokraten gewählt hat, und ihren Vater, der Trump die Daumen drückt.

Kurz nach der Wahl Trumps im November 2016 hat Woodrosky eine alte Freundin in einer Bar wiedergetroffen. Ihr Name lautet Kathy Bozinski, sie hatte ein paar Jahre in New York als Radiomoderatorin gearbeitet und war dann wieder nach Wilkes-Barre zurückgekehrt war, um sich um ihre Familie zu kümmern. Als sich herausstellte, dass Kathy Bozinski für Hillary gestimmt hatte, beschlossen die beiden Frauen, einfach nicht über Politik zu reden. Das Arrangement hält bis heute.

Kathy Bozinski trägt wie ihre Freundin Kim das Selbstbewusstsein einer Frau in sich, die zwischen ehemaligen Bergleuten aufgewachsen ist. Sie hat zuletzt als Sprecherin einer Hilfsorganisation gearbeitet, verlor aber wegen der Pandemie ihren Job, was allerdings ihrer Laune keinen erkennbaren Abbruch tut. Sie hat noch eine andere Aufgabe. Seit November 2019 ist Kathy Bozinski Vorsitzende der Demokratischen Partei in Luzerne County.

Wenn man mit ihr darüber spricht, warum die Demokraten vor vier Jahren so katastrophal gegen Trump verloren haben, fallen ihr erst einmal Pappschilder ein. Es mag banal klingen, erzählt sie, aber wer sich im Sommer 2016 ein Hillary-Schild in den Garten stellen wollte, musste eine Spende leisten – was nur den Eindruck verstärkte, dass Clinton eine abgehobene Politikerin aus Washington ist. Trumps Leute dagegen verteilten so freigiebig Aufsteller, dass das County vor dem Wahltag wie eine republikanische Hochburg

Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl der Latinos in Luzerne County verzehnfacht.

die früher Demokraten waren. Glauben Sie, einer von denen sagt: Klar, wir stimmen jetzt wieder für die Demokraten, weil Joe Biden der Kandidat ist?«

Wenn es eine Sache gibt, die sich Kim Woodrosky zurückwünscht aus der Zeit vor Trump, dann ist es ein unbeschwerter Barbesuch. Sie hat es mehr als einmal erlebt, dass sich langjährige Freunde wegen der Politik in die Wolle bekamen und nun kein Wort mehr miteinander wechseln. Sie findet das hirnrissig, aber es macht ihr auch ein bisschen Angst. »Wahrscheinlich werde ich in meinem Leben ja selbst wieder einmal Demokraten wählen«, sagt sie. Aber seit Trump Präsident ist, kennt sie

wirkte. Aber natürlich ging es nicht nur um Pappschilder.

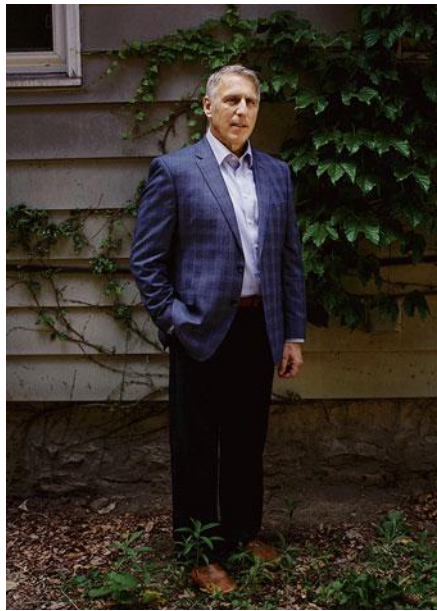
Wie so viele Gegenden in den USA hat auch Luzerne County in den vergangenen 20 Jahren einen dramatischen demografischen Wandel durchgemacht. Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl der Latinos verzehnfacht. Hazleton, die zweitgrößte Stadt des Countys, war im Jahr 2000 noch zu 95 Prozent weiß. Schon im Jahr 2016 besaß mehr als die Hälfte der rund 25 000 Einwohner lateinamerikanische Wurzeln, während der Anteil der weißen Bürger auf 44 Prozent zurückgegangen war.

»Luzerne County war lange eine Gegend, die vor allem durch Einwanderer aus Osteuropa geprägt war«, sagt Kathy Bozinski. »Aber plötzlich kamen all diese Menschen aus Südamerika und Asien. Natürlich hat das den Leuten hier Angst gemacht, und sie fühlten sich angezogen von Trumps Botschaft.« Bei seinem Auftritt in Wilkes-Barre im Oktober 2016 erzählte Trump die Geschichte von jener gutherzigen Frau, die eine halb erfrorene Schlange am Wegesrand findet. Sie nimmt das Tier zu sich nach Hause und pappelt es mit Milch und Honig auf, nur um dann gebissen zu werden. Kaum eine Passage seiner Rede kommt bei den Zuhörern so gut an.

Die Demokraten in Luzerne County seien eher konservativ, sagt Kathy Bozinski, weshalb sie glaubt, dass Joe Biden der richtige Kandidat für die Gegend sei. Sie hat dafür gesorgt, dass in diesem Jahr niemand mehr dafür zahlen muss, wenn er sich einen Biden-Aufsteller in den Vorgarten stellen will. 5000 Stück habe sie schon verteilt, erzählt sie stolz, 5000 weitere würden bis zum Wahltag folgen. Aber als sich im Frühsommer das »Wall Street Journal« bei ihr meldete, weil es einen Demokraten porträtieren wollte, der 2016 für Trump gestimmt hat und nun wieder die Seiten wechselt, musste sie leider passen.

Natürlich ist Luzerne County nur ein winziger Ausschnitt Amerikas; eine Gegend, in der die Globalisierung hässliche Narben hinterlassen hat. In Wilkes-Barre sieht man Fabrikgebäude mit zerschlagenen Fenstern und Brachen mitten in der Stadt. Die Wahl wird nicht nur hier entschieden, sondern auch in den Vororten von Detroit, in den Seniorenresidenzen Floridas und den Neubausiedlungen rund um Phoenix, Arizona.

Aber wenn man sich in Luzerne County umhört, dann wird klar, wie selten Amerikaner überhaupt mit dem Gedanken spielen, sich politisch umzuorientieren. Die Meinungen sind wie in Beton gegossen, nur zehn Prozent der Wahlberechtigten sind laut Umfragen noch unentschieden. Und so dreht sich die ganze politische Schlacht in diesem Jahr um Wähler wie Vito DeLuca, der sich seit dreieinhalb Jah-



Sara Naomi Lewkowicz / DER SPIEGEL

Anwalt DeLuca

»Trump war einfach das kleinere Übel«

ren das Hirn zermartert, ob es nicht doch ein furchtbarer Fehler war, Trump gewählt zu haben.

»Für mich war er einfach das kleinere Übel«, sagt DeLuca, der hinter dem schweren Holzschreibtisch seiner Anwaltskanzlei sitzt und nachdenklich durch seine Maske spricht. Eigentlich habe ihn alles an Trump abgestoßen, erzählt er: die Verachtung für Mexikaner, seine rohe Sprache, die Ignoranz gegenüber der Natur Pennsylvanias, die DeLuca so liebt. »Aber ich wollte die Botschaft loswerden, dass ich genug habe von Politikern, die seit 40 Jahren im Geschäft sind und immer die glei-

»Ich kam aus der Wahlkabine und dachte: Hast du jetzt für den Weltuntergang gesorgt?«

chen Versprechungen machen, die sie nicht halten.«

Luzerne County war in den vergangenen Jahren immer wieder von Korruptionsskandalen erschüttert worden; Richter hatten Geld von einem privaten Gefängnisbetreiber angenommen, damit sie Jugendlichen häufiger Haftstrafen aufbrummen. Der »kids for cash«-Skandal machte in den ganzen USA Schlagzeilen. Als Hillary Clinton im Jahr 2016 als Präsidentschaftskandidatin antrat, hatten viele Wähler offenkundig das Gefühl, dass die Korruption des demokratischen Establishments, die sie schon auf lokaler Ebene kennengelernt hatten, nun auch ins Weiße Haus einziehen könnte.

»Ich hatte für Hillary Clinton nur Verachtung übrig«, sagt DeLuca. »Mir war es wichtig, einen Außenseiter zu wählen, und deshalb habe ich für Trump gestimmt, obwohl ich kein gutes Gefühl dabei hatte. Ich kam aus der Wahlkabine und dachte: Hast du jetzt für den Weltuntergang gesorgt? Aber meine Hoffnung war, dass Trump sich im Amt wandeln und staatsmännischer werden würde. Aber das war leider überhaupt nicht der Fall. Dass sich ein Präsident mit einer solchen Hemmungslosigkeit auf Twitter äußern würde, hätte ich mir niemals träumen lassen.«

Und nun? Manchmal wisse er nicht mehr, was er denken solle, sagt DeLuca. Er ist ein gebildeter Mann und hat mit 51 Jahren noch einmal ein Studium an der Cornell University in New York angefangen. Er liest das »Wall Street Journal« und hat den »Economist« abonniert. Aber er schaut auch Trumps Lieblingssender Fox News und zappt bei CNN rein, wo der Präsident ohne Unterlass kritisiert wird. Je mehr Nachrichten er schaut, umso verwirrter wird er. Er glaube den Medien nicht mehr, sagt DeLuca. »Es ist sehr schwer, eine Entscheidung zu treffen, wenn die Fakten von allen Seiten verdreht werden.«

DeLuca weiß noch nicht, was er am Wahltag tun wird. Vielleicht werde er einfach zu Hause bleiben, weil er Trump zu abstoßend findet. Vielleicht aber werde er ihm noch einmal eine Chance geben. Nur in einem Punkt ist er sich sicher: »Ich werde mit absoluter Gewissheit nicht für Biden stimmen«, sagt er. »Biden ist jemand, der einfach drauflosredet und glaubt, dass niemand die Fakten überprüft.« Der Präsident sei zwar nicht viel besser. »Aber wenn ich die Wahl habe zwischen jemandem, der seit 40 Jahren Politik macht, und einem, der erst dreieinhalb Jahre dabei ist...« Er macht eine kurze Pause und sagt dann: »Nun ja.«

DeLuca kennt die Umfragen, die einen Wahlsieg Bidens voraussagen. Ihm fällt dazu ein, dass er vor gut einem Jahr in der Talkshow des MSNBC-Moderators Chris Matthews eingeladen war. DeLuca wollte erklären, warum er für Trump gestimmt hat, aber er hatte nicht das Gefühl, seine Argumente ausführlich darlegen zu können. Danach wurde er mit hässlichen Mails überschüttet, wildfremde Menschen nannten ihn »Trump-Bewunderer« oder »Volksfeind«, so erzählt es DeLuca.

Seither ist er vorsichtiger geworden. Demokraten hätten kein Problem damit, sich zu Biden zu bekennen, sagt DeLuca. Viele Trump-Wähler dagegen behielten ihre Meinung lieber für sich. Er empfiehlt, sich auf eine Überraschung gefasst zu machen. Der Wahlkampf ist noch lange nicht vorbei.

»Wann gönnen Sie sich eine Zigarette, Herr Kühnert?«

Neues aus der SPIEGEL-Welt: Im »Spitzengespräch«, dem aktuellen Studio-Talk auf SPIEGEL.de, befragt Redakteur Markus Feldenkirchen prominente Gäste zur Berliner Politik und zu den großen – und weniger großen – Fragen der Zeit.



DER SPIEGEL



DER SPIEGEL

Premierengast Kühnert, Moderator Feldenkirchen mit der »roten Box« bei der ersten Folge des Polit-Talks »Spitzengespräch«

Im Premierengespräch hat Juso-Vorsitzender Kevin Kühnert, 31, Auskunft gegeben über Berlin, die Zukunft der SPD und symbolträchtige Gegenstände aus seiner »roten Box«, die den »Spitzengespräch«-Gast jeweils mit privaten Vorlieben und Schwächen konfrontieren.

SPIEGEL: Herr Kühnert, in Ihrer »roten Box« findet sich ein Fanschal von Arminia Bielefeld. Wie wurden Sie als Berliner zum Arminia-Fan?

Kühnert: Reines Mitleid. Vor über zehn Jahren habe ich eine Erhebung gelesen, wonach damals Arminia Bielefeld der unbeliebteste deutsche Profiverein war. Dann habe ich mich aus Trotz mit dem Verein beschäftigt, habe mir das schöne Stadion angeschaut. Aus Zuneigung ist große Zuneigung geworden und letztes Jahr eine Dauerkarte.

SPIEGEL: Hier habe ich ein wunderschönes BMW-Modellauto. Sie wissen, worauf ich anspiele – das »Zeit«-Interview über Ihre Idee, Großkonzerne wie BMW zu kollektivieren.

Kühnert: Kapitalismus ist für mich eine Verwertbarmachung von allem und jedem in der Gesellschaft, eine Vermarktlichung unseres Zusammenlebens. Das ist mir deutlich zu weit vorangeschritten, und ich folge auch nicht diesem Wirtschafts- und letztlich Gesellschaftsmodell. Wobei ich zugestehe, dass BMW sicherlich nicht das beste Beispiel gewesen ist.

SPIEGEL: Ebenfalls in der Box ist eine Schachtel Ihrer Lieblingszigaretten. In welchen Momenten rauchen Sie eine?

Kühnert: Wenn ich es hinkriegen würde, wäre ich gern Genussraucher.

SPIEGEL: Kriegen Sie aber nicht hin.

Kühnert: Ja, ist ja gut. Nach einem guten Essen, finde ich, passt das bei mir irgendwie gut rein. Aber Sie haben recht: Es ist für mich auch ein Mittel der Stressbewältigung.

SPIEGEL: Sie gelten als Kräuterschnaps-Liebhaber und haben eine Initiative zur Rettung der Eckkneipe gestartet. Für einen Hoffnungsträger der SPD klingt das etwas spießig.

Kühnert: Ich weiß ja nicht, wo Sie in Berlin abends unterwegs sind. Aber ich finde, es gibt wenig Sozialdemokratischeres als Eckkneipen, einen Ort, an dem ganz unterschiedliche soziale Gruppen aus dem Kiez zusammenkommen und wo man nicht den Mai Tai für 8,50 Euro bestellen muss, sondern das Schultheiss aus der Kugel für 2,20 Euro. Das hat auch ein Element von Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

**SPITZEN
GESPRÄCH**

Die kompletten Polit-Talks mit Markus Feldenkirchen können Sie kostenlos unter [spiegel.de/spitzengespraech](https://www.spiegel.de/spitzengespraech) abrufen. Das nächste »Spitzengespräch« mit der Unternehmerin und Autorin Tijen Onaran läuft am kommenden Dienstag auf SPIEGEL.de.

Krieger auf den Klippen

Großbritannien Immer mehr Flüchtlinge versuchen die Überfahrt über den Ärmelkanal – in seeuntüchtigen Gummibooten, mit Schaufeln als Paddeln. Konservative Hardliner schüren nun die Angst vor einer »Invasion«. Ein Ortstermin vor der britischen Küste. *Von Jörg Schindler*



Tom Jamnison / DER SPIEGEL

Einsatz der Border Force bei Dover: »Das kostet Hunderttausende«

Da ist was im Busch«, sagt Matt Coker, als er die »Portia« an der mächtigen Kaimauer von Dover vorbei langsam Richtung Ärmelkanal steuert. Oben vor dem Hafengebäude haben sich vielleicht 20 Polizisten und Grenzsicherer in neongelben Westen positioniert, hinter ihnen mehrere Transportfahrzeuge und zwei Krankenwagen. »Wird wieder ein spannender Tag«, sagt Coker.

Es ist der Morgen des 19. August, gerade ist die Sonne aufgegangen, über der französischen Küste leuchtet der Himmel orangerot. Die See liegt ruhig da. Sturm »Ellen« wird erst am Nachmittag erwartet, man kann die Küstenlinie von Calais aus gut erkennen. Eine schwarze Kontur, rund 34 Kilometer entfernt.

Dort drüben, am Strand von Sangatte, wird in wenigen Stunden Abdulfatah Hamdallah angeschwemmt werden, ein junger Sudanese, der seine letzte Fahrt in einem Kinderschlauchboot über den Ärmelkanal mit Schaufeln antrat, die er anstelle von Paddeln benutzte. Er konnte nicht schwim-

men. Hamdallah ist der erste tote Kanalflüchtling des Jahres 2020.

Der erste, von dem man weiß.

»Es ist Wahnsinn«, sagt Matt Coker, ein hagerer Seemann mit Bubenfrisur und Boxernase, der seit 22 Jahren fast täglich hier rausfährt. Er verpachtet seinen blau-weißen Katamaran, die »Portia«, regelmäßig an Sportfischer, die Makrelen, Seebarsch, Steinbutt aus dem Wasser ziehen.

Vor zwei Jahren, im September 2018, ging es plötzlich um Menschen. Vier Meilen östlich von Dover erschienen sie aus dem Nichts, drei Männer und eine Frau in einem Schlauchboot ohne Motor. Ehe Matt und seine Kunden sich versahen, sprangen die vier aus ihrem Boot und klammerten sich an die Reling der elf Meter langen »Portia«. Coker gab ihnen Wasser und rief die Küstenwache. Die nahm die Flüchtlinge mit. Nach 40 Minuten war der Spuk vorbei.

Seither ist der Fischer immer wieder auf offener See Bootsflüchtlingen begegnet. Zuletzt praktisch täglich. Er hat Video-

schnipsel davon auf seinem Handy gespeichert, man sieht: Menschen in Ruderbooten, Menschen in Schlauchbooten, Menschen in Kajaks, Menschen, bisweilen so dicht zusammengedrängt, dass sich nicht sagen lässt, wo das Meer aufhört und wo das halb versunkene Boot anfängt. »Beweismaterial«, sagt der Kapitän. Man weiß nie, wofür man es gebrauchen kann.

Matt Coker, 40 Jahre alt, Seemann in vierter Generation, ist unversehens hineingeraten in einen Konflikt, der jetzt eskaliert. Es stehen sich gegenüber: Tausende Frauen und vor allem Männer aus den Krisenherden und Elendsstaaten dieser Welt, die es auf abenteuerlichen Wegen bis ins französische Calais geschafft haben und dort auf ihre Chance warten, allein oder mithilfe von Schleusern den Ärmelkanal zu überqueren. Bis zu 5000 Pfund müssen sie dafür angeblich zahlen, etwa 5500 Euro.

Und auf der anderen Seite eine britische Regierung, die mit dem Versprechen ins Amt gelangt ist, die Zahl der Einwanderer um jeden Preis klein zu halten. Und die

nun sogar das Militär mobilisiert, um die Menschen in ihren Minibooten zu stoppen.

Mehr als 5000 haben die Überfahrt in diesem Jahr schon geschafft, das sind fast dreimal so viele wie im vergangenen Jahr. Allein am 6. August kamen mit 235 Menschen in 17 Booten annähernd so viele wie im gesamten Jahr 2018 auf der Insel an.

Die Coronakrise treibt die Migranten aufs offene Wasser. Die Zahl der Lastwagen, die normalerweise in Dunkerque, Calais, Zeebrugge Richtung England verschifft werden, ist geschrumpft – und mit ihr die Zahl der Gelegenheiten, sich im Laderaum zu verstecken oder am Fahrgestell festzuklammern. Gleichzeitig wurden die Kontrollen verschärft.

Die Zahl der Menschen aber, die sich in Großbritannien ein besseres Leben erhoffen, ist nicht gesunken. Im Gegenteil. Offenbar wollen viele noch die Insel erreichen, bevor sie am 31. Dezember endgültig die Europäische Union verlassen wird. Mit dem Ruf »Jetzt oder nie!«, so heißt es, trieben Schleuser die Hoffenden dazu, mit allem, was schwimmt, in See zu stechen.

Kürzlich fischte die französische Marine einen Mann aus dem Wasser, der leere Limoflaschen um seinen Körper gezurrt hatte, um damit nach England zu treiben. Auch mit Planschbecken und Baustellenschaukeln haben es einige bereits probiert. Fischer melden immer häufiger ihre Außenbordmotoren als gestohlen.

Viele der Menschen, die aus Iran, dem Irak, aus Syrien und Jemen, aber zunehmend auch aus Afrika stammen, glauben, dass die Tür nach Großbritannien mit dem Brexit endgültig verrammelt sein wird. Einiges spricht dafür, dass sie recht haben könnten.

Innenministerin Priti Patel, unter den Brexit-Hardlinern eine der härtesten, hat noch für dieses Jahr ein neues »faites« Asylgesetz angekündigt, mit dem sie Migranten und deren Unterstützer nach eigenen Worten »in den Kollaps treiben« will. Dabei gibt es für Asylsuchende schon jetzt praktisch keinen regulären Weg mehr ins Vereinigte Königreich. Die Zahlen sprechen für sich: Während 2019 in Deutschland 142 500 Menschen Asyl beantragten, in Frankreich 120 000, waren es in Großbritannien nur 44 000.

Patel aber steht unter Druck. »Take Back Control«, lautete die Parole der Brexiteers, und sie meinten damit vor allem die angebliche »Überfremdung« Großbritanniens. In schlechter Erinnerung ist noch, wie der knallharte EU-Verächter Nigel Farage 2016 ein riesiges Plakat mit einer Flüchtlingskarawane enthüllte, darauf die Worte: »Breaking Point«.

Farage bringt sich gerade selbst wieder ins Spiel, um persönlich die »Invasion« aus Frankreich zu stoppen. Und Dutzende konservative Abgeordnete, die sich in einer »Common Sense«-Gruppe im Parlament

zusammengeschlossen haben, plappern es ihm willig nach: In einem offenen Brief haben sie Boris Johnsons Regierung aufgefodert, schleunigst etwas gegen die »einmarschierenden Migranten« zu tun.

Die regierenden Tories fühlen sich von den 5000 Habenichtsen bedroht. Wie Johnsons Vorbild Churchill im Kampf gegen Adolf Hitler rufen sie zu einem Kampf an den Stränden auf – dabei hat der Gegner nichts als aufblasbare Gummiboote.

Dennoch hat Innenministerin Patel, selbst Tochter indischer Einwanderer, gerade ganz große Geschütze aufgeföhren. Im Juli vereinbarten sie und ihr französischer Amtskollege eine »gemeinsame Geheimdienststeinheit«, die gegen Schleuserbanden vorgehen soll. Einen ehemaligen Marine-soldaten ernannte Patel soeben zum »Clandestine Channel Threat Commander«, zum Kommandeur gegen heimliche Kanal-Bedrohungen. Sie sorgte dafür, dass Überwachungsflugzeuge der Royal Air Force fotografieren über den Ärmelkanal schwebten. Und sie schickte einen Hilferuf an die Armee, um die Schlauchboot-Armada zu stoppen.

Soldaten sollen bereits mit Grenzschützern geübt haben, die Außenbordmotoren von Migrantenbooten mittels treibender Netze funktionsunfähig zu machen.

»Verrückt«, sagt dazu der Seemann Matt Coker – »es wäre ein Todesurteil.« Er habe bereits mehrfach völlig überfüllte Schlauchboote auf dem Kanal gesehen. »Da reicht eine Welle, und sie sind weg.«

Coker hat das mal überschlagen: Allein auf britischer Seite seien täglich vier Schnellboote der Border Force, ein Hubschrauber, zwei Flugzeuge und eine Drohne im Einsatz, dazu etliche Leute an Land: Polizisten, Grenzschützer, Ärzte. Und

demnächst also auch noch die Marine. »Das kostet Hunderttausende Pfund am Tag, um ein paar Leute aus dem Wasser zu retten. Wieso spendieren wir diesen Leuten nicht einfach ein Fährticket?«

In seinem Führerhaus hat Coker einen Monitor, auf dem er Tag für Tag den Wahnsinn verfolgt. Man sieht darauf in Gelb die Küsten von England und Frankreich, der Ärmelkanal dazwischen leuchtet in Hellrosa. Und darauf wimmelt es von kleinen schwarzen Dreiecken, das sind die Containerschiffe, Fähren, Fischer- und Patrouillenboote, die über das sogenannte Automatic Identification System verfügen. Der Ärmelkanal ist eine der meistbefahrenen Schifffahrtsstraßen der Welt. Manche der Frachter sind mehrere Hundert Meter lang.

Und irgendwo zwischen den Strichelinien, die die digitalen Schiffe hinter sich herziehen, befinden sich auch an diesem Morgen etliche luftgefüllte Kunststoffboote. Man sieht sie nicht auf dem Monitor, aber Coker weiß, dass sie da sind. Er kann es ablesen an der »Pride of Kent«, einer Fähre, die aus Calais kommend plötzlich hart abdreht und sich minutenlang nicht mehr fortbewegt. An der »Hunter«, einem der vier Schnellboote der Border Force, die gegen 7 Uhr morgens durch die Wellen pflügt. Oder an einem französischen Marineboot, das sich sehr langsam, aber stetig nach Nordwesten bewegt.

Die Franzosen stoppen die Schlauchboote nicht, sie bleiben nur in der Nähe, um den Insassen notfalls helfen zu können – so, wie es das Uno-Seerechtsübereinkommen vorsieht. Auch Großbritannien hat den Vertrag einst unterschrieben.

164 Menschen werden die britischen Behörden am Ende dieses 19. August an



Seemann Coker: »Wieso spendieren wir den Leuten kein Fährticket?«

Land gebracht haben. Wie viele es, neben dem Sudanese Hamdallah, nicht geschafft haben, wird man nie herausfinden. »Keiner weiß es«, sagt Coker, »aber man hört ab und zu Geschichten.« Geschichten wie die eines Fischers in Ramsgate, nördlich von Dover, der in seinem Netz angeblich eine Leiche gefunden haben soll und die Behörden alarmierte. Seine gesamte Ausrüstung sei daraufhin konfisziert und monatelang einbehalten worden. Vielleicht ist das nur ein Gerücht, aber: »Seither halten die Fischer hier lieber den Mund«, sagt Coker.

Es ist 7:33 Uhr, als sich über Funk die »Siegfried Lehmann« meldet. Mit schwerem osteuropäischen Akzent gibt der Kapitän durch, da draußen sei ein »small boat« unterwegs, ob jemand helfen könne? Cokers »Portia« ist keine 15 Minuten entfernt. Kurz darauf kommt die »Lehmann« in Sicht, ein gewaltiges, 90 Meter langes Güterschiff unter der Flagge Antiguas. Vor ihrem Bug schaukelt ein winziger Punkt auf den Wellen. Als er größer wird, erkennt man ein hellgraues Schlauchboot mit 14 eng aufeinanderhockenden Menschen, 12 von ihnen mit Schwimmweste. Eine Frau trägt eine Atemmaske, sie ist offenbar schwanger. Alle stammen dem Augenschein nach aus Nordafrika oder dem Nahen Osten.

»Are you okay?«, ruft Coker. Drei Männer winken. »Coast Guard is coming«, brüllt Coker, dann dreht er ab, denn von hinten schießt bereits die »Eagle« heran, umkreist das Schlauchboot einmal und kommt dann daneben zum Stehen. Und so endet die mutmaßlich Tausende Kilometer lange Reise der 14 rund sechs Meilen entfernt von der britischen Küste. Sie

haben Glück gehabt und werden Asyl im gelobten England beantragen können. Im Hintergrund sieht man die weißen Felsen und darauf die mächtige Festung von Dover. Ein Postkartenmotiv.

Fast.

»Das sind keine Invasoren«, sagt Coker, als er die »Portia« zurück in ihren Heimathafen steuert. »Sie haben keine Gewehre dabei, höchstens ein paar Flaschen Wasser.« Aber es sei auch klar, dass es so nicht weitergehen könne. In Dover, wo die Mehrheit für den Brexit gestimmt hat, kippe die Stimmung. Dann deutet der Kapitän auf ein Seitenbecken des Hafens, wo an diesem immer noch frühen Morgen etliche sichergestellte Schlauchboote und ein

Aufgebrachte Bürger verbreiten Adressen der Hotels, die Asylbewerber unterbringen.

Kajak vertäut im Wasser dümpeln. »Die Leute sind wütend.«

Tatsächlich haben sich zuletzt Berichte über Attacken auf die vermeintlichen »Wirtschaftsflüchtlinge« gehäuft. Aufgebrachte Bürger haben es Nigel Farage nachgetan und verbreiten in sozialen Netzwerken die Namen und Adressen von Hotels, in denen die Regierung Asylbewerber untergebracht hat.

Eine Gemeinde sah sich bereits gezwungen, öffentlich zu beteuern, die Schutzsuchenden stellten »keine Bedrohung für die lokale Bevölkerung dar«; viele kämen aus Weltregionen, »die von Kriegen oder

Hungersnöten verwüstet worden sind«, sie äßen niemandem in England etwas weg.

Für Anfang September haben Unbekannte über die sogenannten sozialen Netzwerke inzwischen »alle Patrioten« zu einer Demonstration nach Dover gerufen. Sie wollen dort »so viel Chaos wie möglich« anrichten. Es scheint, als fiele die feindselige Rhetorik der Innenministerin und ihrer konservativen Cheerleader auf fruchtbaren Boden. Aber noch ist nicht ausgemacht, ob die Hardliner von der Hysterie, die sie selbst geschürt haben, am Ende wirklich profitieren werden.

Am späten Vormittag steht im Hafen von Dover ein Mann mit Kamera und Stativ und filmt in aller Ruhe, wie die »Hunter« Menschen an Land spuckt, die sie an diesem Morgen aus dem Kanal gezogen hat. »26«, sagt der Mann, »vorhin waren es 23, darunter sogar jemand im Rollstuhl.« Er hat alles aufgenommen, er wird es am Nachmittag auf seiner Facebookseite posten, »dann kann jeder sehen, was hier passiert, und es mit offiziellen Zahlen abgleichen«.

Er ist ein kleiner, freundlicher Mann von 63 Jahren, der aus Newcastle zugezogen ist. Er war mal Metzger, musste aber wegen seines kaputten Rückens frühzeitig in Rente. Seit Mai steht er hier fast jeden Tag und filmt, er zeigt stolz einen Scanner, mit dem er den Funkverkehr der Grenzpolizei abhören kann.

»Es hat als Hobby begonnen«, aber inzwischen sei er Teil einer losen Gruppe, in der man sich mit Spitznamen anspricht. »Little Warrior« stehe wahrscheinlich da oben auf den Klippen, von wo aus man die Küste von Dover bestens überblicke. »Active Patriot« sei auch nicht weit. Andere stünden in Deal und Dungeness, in St. Margaret's Bay und Folkestone. Sie bewachen die gesamte Südostküste Englands, ihrer Regierung traue die Bürgerwehr vom Ärmelkanal nicht mehr.

»Sie sagen nicht die ganze Wahrheit«, sagt der Mann, den sie »Geordie« rufen, weil man Leute aus Newcastle hier so nennt. Tatsächlich seien dieses Jahr bereits viel mehr als die offiziellen 5000 »Wirtschaftsflüchtlinge« angelandet. Und Priti Patel – er nennt sie »Pretty Useless«, ziemlich nutzlos – tue nichts, als zu schwafeln.

»Die Navy hätte man schon vor Jahren rufen müssen«, sagt »Geordie«, und wenn die »Invasion« nicht bald gestoppt werde, müsse man das eben selbst in die Hand nehmen. Wobei er nicht so weit gehen würde wie manche Kollegen, die bereits darüber nachdachten, Löcher in die Schlauchboote zu schießen. Dann schaut er auf die Uhr: kurz nach zwölf – »Zeit für ein Bier«.

Auch das scheint manchem ja in diesen Tagen, in denen die Pubs wieder geöffnet haben, eine patriotische Pflicht zu sein.



Tom Jamieson / DER SPIEGEL

Sammelstelle für Migrantenboote: Sie erschienen aus dem Nichts



Oded Balilty / AP

Mit VAE-Flagge erleuchtetes Rathaus von Tel Aviv: »Teil eines größeren Bewusstseinswandels«

»Wir reden zu wenig«

Nahost Die Welt war verblüfft, als Jerusalem und die VAE jetzt diplomatische Beziehungen aufnahmen. Israels Berliner Botschafter Jeremy Issacharoff trieb die geheimen Verhandlungen voran.



Michael Kappeler / dpa

Es war ein historischer Schritt: Als erster Golfstaat kündigten die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) unter ihrem Kronprinzen Mohamed bin Zayed Al Nahyan Mitte August an, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Israels Botschafter in Berlin, Jeremy Issacharoff, 65, hat an der Einigung entscheidenden Anteil.

SPIEGEL: Herr Issacharoff, stehen Ihr Premier Benjamin Netanyahu, Mohamed bin Zayed und US-Präsident Donald Trump jetzt in einer Reihe mit Anwar el-Sadat, Menachem Begin und Jimmy Carter, die 1979 Frieden zwischen Israel und Ägypten schlossen?

Issacharoff: Historische Vergleiche sind immer schwierig. Aus meiner Sicht gibt jeder mutige Schritt in Richtung Versöhnung den Menschen in der Region einen Grund zur Hoffnung. Ich erinnere mich noch genau an den Enthusiasmus, mit dem wir 1977 Sadats Wagenkolonne in Jerusalem begrüßten. Der Prozess mit den VAE war anders, denn unsere beiden Länder befanden sich vorher nicht im Krieg. Die Verhandlungen zwischen Sadat und Begin ent-

wickelten sich innerhalb kurzer Zeit und vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Bei den Vereinigten Arabischen Emiraten war es ein sehr diskreter Prozess, der vor mehr als 25 Jahren begann.

SPIEGEL: Sie waren 1994 der erste israelische Diplomat, der sich im Geheimen mit einem emiratischen Vertreter traf.

Issacharoff: Ich war die Nummer drei an der israelischen Botschaft in Washington, verantwortlich für strategische Fragen. Eines Tages kam ein Berater zu mir und sagte, dass die VAE an amerikanischer Verteidigungsausrüstung interessiert seien und wissen wollten, ob wir Israelis damit ein Problem haben würden.

SPIEGEL: Ihr Gegenüber war laut Medienberichten Jamal Al-Suwaidi, ein emiratischer Akademiker.

Issacharoff: Dr. Suwaidi war ein hochrangiger Berater von Mohamed bin Zayed. Wir trafen uns zwei- oder dreimal in Washington. Innerhalb sehr kurzer Zeit legten wir alle Stereotype, die Israelis und Araber voneinander haben können, beiseite und freundeten uns an. Wir merkten, dass wir viel mehr Gemeinsamkeiten haben, als wir dachten. Wir hatten beide das Gefühl, dass wir mehr miteinander reden wollten, um mehr über den anderen zu erfahren. Das ist das Problem im Nahen Osten: Wir reden zu wenig miteinander – Israelis, Araber, Palästinenser.

SPIEGEL: Blieben Sie in Kontakt, nachdem Sie Washington verlassen hatten?

Issacharoff: Ja. Ein Ergebnis meiner Gespräche in Washington war, dass wir eine diskrete Präsenz in den VAE hatten. Dann gab es Spannungen während der zweiten Intifada, was dazu führte, dass ich zum ersten Mal Abu Dhabi besuchte. Wir saßen sieben Stunden zusammen. Das Gespräch drehte sich interessanterweise nicht nur um bilaterale Themen. Wir sprachen über regionale Herausforderungen, allen voran über die Bedrohung durch den Irak. Von da an flogen wir alle paar Monate mit einem Team in die VAE. Jedes Mal trafen wir einen höherrangigen Regierungsvertreter. Es war manchmal schwierig, ein Thema zu finden, bei dem wir unterschiedlicher Meinung waren.

SPIEGEL: Was brachte jetzt den Durchbruch? Der gemeinsame Feind Iran?

Issacharoff: Ich kann nicht für die VAE sprechen. Ich glaube, dass die gesammelte Menge an gemeinsamen Interessen im regionalen Kontext diesen Moment schuf und sich dann auch mit der Frage nach der Souveränität verbunden hat.

SPIEGEL: Sie meinen die geplante Annexion palästinensischer Gebiete.

Issacharoff: Vor zwei Monaten veröffentlichte Yousef Al Otaiba, der Botschafter der VAE in Washington, einen Namensbeitrag in der israelischen Tageszeitung »Yedioth Ahronot«. Darin warnte er, dass dieser Schritt ein Hindernis für die Normalisierung der Beziehungen Israels zur arabischen Welt darstellen würde. In diesem Sinne war ich von der Vereinbarung, die sich daraus ergab, nicht überrascht.

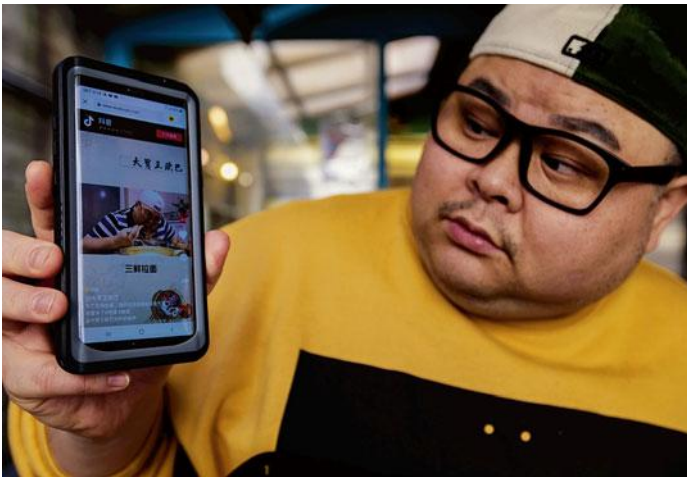
SPIEGEL: Der US-Botschafter in Israel sagte im Weißen Haus: »Man kann nicht Frieden und Annexion zur selben Zeit haben.« Ist das auch die Haltung der israelischen Regierung?

Issacharoff: Ich würde sagen: Man kann Frieden haben und gleichzeitig Fragen der Souveränität lösen. Es wird Anpassungen geben. Es ist seit dem Sechstagekrieg Teil unserer Außenpolitik, dass wir nicht zu den Grenzen von 1967 zurückkehren werden. Der beste Friedensplan ist, dass beide Seiten in einem Raum zusammenkommen und verhandeln. Aber dafür müssen die Palästinenser bereit sein.

SPIEGEL: Werden mehr arabische Staaten dem Beispiel der VAE folgen?

Issacharoff: Der Schritt, den die Vereinigten Arabischen Emirate zu gehen bereit waren, ist Teil eines größeren Bewusstseinswandels. Der Nahe Osten verändert sich in einer Art, die von uns mehr Offenheit und Kooperation verlangt. Ich hoffe sehr, dass andere Staaten dem Beispiel der VAE folgen.

Interview: Christoph Schult



Internetidole Huh Mino, BJ Hussey: »Sollte ich mir die Lippen aufspritzen lassen?«

Life is live

Südkorea Videoblogger dauerstreamen ihren Alltag, essen, singen, tanzen für ihr Publikum. Einblick in eine Branche, die mit der Sehnsucht nach Nähe ein Vermögen macht – und am Ende Stars wie Fans einsam zurücklässt.

Wenn die Sonne tiefer steht und die Angestellten in den gläsernen Bürotürmen von Seoul allmählich müde werden, beginnt die Arbeit von BJ Hussey erst. Vor sich auf dem Schreibtisch hat sie zwei Monitore und ein Mikrofon aufgebaut, grelle Lampen leuchten ihr Gesicht aus. Sie betupft ihre Lippen mit Gloss, schaltet die Kamera ihres Computers ein und begrüßt die ersten ihrer 27 911 Fans.

»Hallo, könnt ihr mich hören?«

»Ja, ich kann dich gut hören«, schreibt *qowogjs1234*.

»Ich habe dich vermisst«, schreibt *rmsiddklel*.

»Wo gehen wir heute hin? Was wirst du heute machen?«, fragt *hyh25*.

Sie lächelt. Auf dem Bildschirm wirkt ihre Haut makellos, viel jünger als 33 Jahre. Sie ist live auf Sendung und wird es auch bleiben, vom Nachmittag bis in die frühen Morgenstunden. Wie jeden Tag, bis zu zwölf Stunden lang.

BJ Hussey ist eine von Zehntausenden Livestreamern in Südkorea, die ihr Leben ungefiltert ins Netz übertragen, vom Aufstehen bis zum Zubettgehen, sieben Tage die Woche. Sie profitieren von dem schnellen Internet in Südkorea, das es erlaubt, selbst von unterwegs Livevideos ruckelfrei zu senden und zu empfangen. Online zu sein durchdringt den Alltag in dem Land, besonders den Alltag der Jüngeren.

Die Livestreamer sind Stars einer Generation, die so vernetzt ist wie keine zuvor. Vielleicht auch so einsam wie keine zuvor. Viele junge Koreaner lehnen die hohen Ansprüche ihrer Gesellschaft an Bildung, Karriere und Familie ab und flüchten in Parallelwelten. Livestreamer suggerieren ein simpleres, freieres Leben in einem Land, das bereits Kindern Leistung und Disziplin einimpft.

BJ Hussey begrüßt ihre Fans wie alte Freunde. Durch einen Strohhalm schlürft sie ihren Eiskaffee und liest, was ihre Zuschauer schreiben; die Kommentare laufen links auf dem Bildschirm ein. Sie ist nervös, weil sie noch unschlüssig ist, wohin sie heute Abend gehen wird. Also plaudert sie erst einmal weiter, formt einen Kussmund und fragt: »Sollte ich mir die Lippen aufspritzen lassen?«

jh3660: »Tu es nicht, deine Lippen sind schön genug.«

choisoon1: »Sei kein Schönheitschirurgie-Monster.«

BJ Hussey kann schlagfertig sein vor der Kamera, sie kann niedlich und lieb sein und nachts auch lasziv. Manchmal tanzt sie während der Sendung oder geht Karaoke singen. An anderen Tagen nimmt

sie ihre Zuschauer mit zum Friseur, zum Supermarkt oder zum Arzt, das Smartphone im Selfiestick eingeklemmt, das Gesicht zur Kamera gewandt.

BJ Hussey verkauft Intimität. Sie gibt ihren Zuschauern das Gefühl, nicht allein zu sein in einer Stadt voller Menschen, die nebeneinander, aber oft nicht miteinander leben. Gut zehn Millionen Einwohner zählt Südkoreas Hauptstadt. In den Apartmenttürmen wohnen immer mehr Koreaner allein. BJ Hussey ist beste Freundin, Schwester, Angebetete, Tanzpartnerin und Idol zugleich.

Sie ist auch deshalb so erfolgreich, weil sich Südkoreas Gesellschaft radikal gewandelt hat. Galt bis vor einigen Jahren noch die Einbindung in soziale Strukturen als Wert, werden der Einzelne und seine Unabhängigkeit immer wichtiger. Verheiratet zu sein oder Kinder zu haben ist für viele junge Koreaner kein Ideal mehr. Für manche führt das Alleinsein in die Einsamkeit, es ist der Preis der Unabhängigkeit.

Diese Lücke füllen die Livestreamer. Sie versprechen anstrengungslose Nähe zwischen Menschen, die per Bildschirm miteinander verbunden sind.

Unter dem Hunde-Emoji steht, BJ Hussey solle bellen. Also bellt sie wie ein Hund.

Plattformen wie AfreecaTV, die Livestreaming seit 2005 populär gemacht hat, werden immer beliebter. Hier wird geflücht, gesungen, gelacht, getanzt, AfreecaTV ist eine Parallelwelt der fast grenzenlosen Freiheit. Auch BJ Hussey ist hier unter Vertrag. Mehr als neun Millionen Zuschauer nutzen AfreecaTV monatlich, vor allem jüngere Männer. Livestreamer sind Popstars in Südkorea, mit Hunderttausenden Fans und Monateinnahmen, die ein Luxusleben finanzieren können.

BJ Hussey stammt aus einem kleinen Ort an der Ostküste des Landes. Hye-sung, so heißt sie mit Vornamen, lebte dort bei ihrer Großmutter. Das Bad teilten sie mit den Nachbarn, und wenn sie abends im Bett lag, hörte sie die Ratten auf dem Dach.

Ihre Eltern wohnten in Seoul, Hunderte Kilometer entfernt. Sie hatten sich nach der Geburt scheiden lassen. Die Oma wurde für Hye-sung Mutter und Vater. Zusammen rissen sie getrockneten Tintenfisch in Stücke, den sie als Snack verkauften. Ein paar Tausend südkoreanische Won bekamen sie pro Sack, weniger als vier Euro.

Als Mädchen träumte Hye-sung davon, Schauspielerin zu werden, doch die Castings liefen nicht gut. Als sie vor drei Jah-

ren die Alleinunterhalter bei AfreecaTV sah, dachte sie: Das kann ich auch. So wurde sie »Broadcast Jockey«, kurz BJ. Hussey nannte sie sich, weil sie fand, dass sie der Schauspielerin Olivia Hussey mit ihren großen Augen und dem herzförmigen Gesicht ähnlich sieht.

Inzwischen verdient BJ Hussey im Monat zwischen 20 000 und 50 000 Euro. Sie kann sich eine Wohnung in Seouls Edenviertel Gangnam leisten. Neben der Tür stehen Prada-Turnschuhe. Über die hellen Räume verteilen sich Accessoire für ihre Sendung, ein Karaoke-Mikrofon, Haarreife mit Katzenohren. Im Küchenregal liegen neben den Instantnudeln lose Haarnadeln und ein Truthahn-Hut.

»Aiguuu!«, ruft sie überrascht und klatscht, als auf ihrem Bildschirm ein Hunde-Emoji aufblinkt. Eine Mitteilung sagt, dass sie 109 »Star Balloons« erhalten hat.

Die Ballons sind die Währung zwischen ihr und ihren Fans. Die Zuschauer kaufen sie bei AfreecaTV und vergeben sie während der Sendung. 100 Ballons kosten zehn Dollar. Je aufregender ein Livestream und je beliebter ein Star, desto mehr Ballons. Desto höher die Einnahmen. Dazu kommen noch Abos und Anzeigen.

Unter dem Hunde-Emoji steht, BJ Hussey solle bellen. Also bellt sie wie ein Hund, lacht und hält sich, halb belustigt, halb verschämt, die Hände vor die Augen.

ks1234: »Du solltest wie ein großer Hund bellen, du hast dich angehört wie ein kleiner Hund.«

Kurz darauf ruft sie das Restaurant an, das gleich ihre Bühne wird. Das Handy auf Lautsprecher gestellt, damit die Fans mithören können. »Ich möchte Hühnersuppe«, sagt sie. Und Entenfleisch und in Salz eingelegte Krabben. »In einer halben Stunde bin ich da.«

Im Taxi ist es ruhig, die Geräusche des nächtlichen Seoul dringen gedämpft herein. Leuchtreklamen gleiten am Fenster vorbei. Die Kamera ist ausgeschaltet. Es ist einer der wenigen Momente, in denen BJ Hussey nicht auf Sendung ist. Vielleicht liegt es an der Stille, dass sie so zerbrechlich wirkt. Am Anfang ihrer Karriere, erzählt sie, hatte sie Albträume, dass ihr kein Zuschauer mehr folge. Nie habe sie so viel geweint wie damals, sagt sie. »Aber diese Arbeit ist alles für mich.«

Im Lokal köchelt die Hühnersuppe auf dem Tisch, doch BJ Hussey steht noch im Hinterhof. Auf ihrem Smartphone gehen Nachrichten ihres Betreuers bei AfreecaTV ein, der fragt, wann sie endlich weiterfilme. Sie setzt sich auf einen Plastikhocker. »Ein Tag ohne Livestream bedeutet, dass du Fans verlierst«, sagt sie. Sie würde gern freinehmen. »Aber wann immer ich die Kamera ausschalte,

habe ich Angst, dass meine Fans mich verlassen.«

Ihr richtiges Leben verblasst. Ihre Freunde von früher sieht sie nicht mehr. Sie hat ihren Rhythmus den Bedürfnissen ihrer Fans angepasst, die einschalten, um die Abendstunden zu überbrücken. Meist schläft sie erst um vier oder fünf Uhr morgens ein und steht dann gegen Mittag auf. Mit ihrer Mutter hat sie seit Jahren nicht gesprochen. Ihre Großmutter starb, als sie 18 war. Ihre engsten Kontakte sind jetzt Kollegen, mit denen sie hin und wieder zusammen dreht. Und ihre Fans.

Als sie ihr Make-up auffrischt, einige Stunden später, kehren diese Gedanken zurück. Sie wirkt in solchen Momenten wie eine Beobachterin von außen, die ihre Widersprüche seziert: ihren Reichtum, den sie mit niemandem teilt; ihre Erschöpfung, der sie nicht nachgibt; ihre Sehnsucht nach Aufmerksamkeit, die sie dazu treibt, immer wieder die Kamera anzuschalten. »Vielleicht bin ich ja süchtig«, sagt sie.

Es ist kurz vor Mitternacht, als sie vor den Lippenstiften und Paletten mit Lidshadow in ihrem Schlafzimmer sitzt. Sie brauche keinen Mann, sagt sie: »Ich brauche eine Freundin, die ich anrufen und mit der ich über meinen Tag sprechen kann.« Sie senkt ihren Schminkpinsel und wischt mit der Hand die Tränen weg.

Auch diesen Moment hat sie nicht gefilmt. Sie weiß, dass ihre Fans einschalten, um sie strahlend und stark zu sehen. Und nicht, um hinter die Fassade zu blicken.

Zuschauer wie Koo Beom verfolgen treu die Sendungen ihrer Livestreamer. Koo ist 41 Jahre alt, ein kräftig gebauter Mann, durch dessen schwarze Haare sich graue Strähnen ziehen. Tagsüber betreut er Behinderte. Abends arbeitet er in einem Supermarkt im Norden von Seoul und schaut unter Neonleuchten Livestreams, drei, vier Stunden lang.

Am liebsten sieht er den »Mokbang« zu, Livestreamern, die vor der Kamera schnell oder viel essen. Mokbang sind in Südkorea sehr beliebt. Manche Fans schauen diese Sendungen, weil sie auf Diät sind – sie lassen andere für sich essen. Die besten Mokbang achten darauf, dass das Schmatzen gut zu hören ist. Vor allem aber ist es in Südkorea wichtig, eine Mahlzeit in Gesellschaft einzunehmen. Wer ohne Familie am Tisch sitzt, schaut lieber einem Mokbang zu, als ganz allein zu essen.

Koo bestellt oft das Gleiche wie sein Star: Nudeln, gegrillten Schweinebauch, paniertes Hühnchen. Manchmal hebt er sein Glas, um dem Mokbang zuzuprosten, als säße er einem realen Freund gegenüber.

An einem Nachmittag geht er durch die Straßen seines Viertels zu einem Restaurant, in dem sein Lieblings-Mokbang einst gedreht hat. Die Metropole wirkt hier fast dörflich, mit niedrigen Häusern. Koo bleibt

vor einem Lokal stehen, wo in großen Pfannen Reiskuchen in scharfer Soße köcheln. Sein Idol Huh Mino kann die Reiskuchen besonders schnell essen, und wenn Koo über ihn spricht, leuchten seine Augen. Huh Mino habe ihn geheilt, sagt er.

Vor zwei Jahren war das, als Koo wegen Diabetes das linke Bein amputiert werden musste. Noch im Krankenhaus begann er, Huh Mino zu folgen. Die Sendungen hätten ihm Halt gegeben. Koo hat ihn zweimal bei Fanveranstaltungen getroffen und schreibt oft Kommentare unter seine Sendungen. Er fühlt sich ihm nah.

Seine Freunde aus der Schulzeit hat er seit Jahren nicht gesehen. Sie sind weggezogen oder haben Familie. Er hätte auch gern eigene Kinder gehabt. »Aber den Traum habe ich aufgegeben.« Um eine Familie zu ernähren, verdiene er nicht genug.

Koo lebt mit seiner Mutter und seinem Bruder über dem Supermarkt. Früher hat er sich mit Kollegen verabredet. Aber in der Coronakrise fiel auch das weg. Zwar gab es in Südkorea keine Ausgangssperren, doch die Bürger sollten, um die Verbreitung des Virus zu bremsen, Kontakte meiden.

»Ich habe immer ein fröhliches Gesicht aufgesetzt, und wenn die Kamera aus war, habe ich geweint.«

Die Restaurants und Bars leerten sich. Koo geht vorbei an Geschäften, deren Rolläden heruntergelassen sind, weil sie wegen der Pandemie nur noch selten offen haben oder ganz schließen mussten. Ihm blieb noch mehr Zeit allein vor dem Bildschirm.

Bei AfreecaTV und YouTube schnellten die Zugriffszahlen während der Pandemie nach oben. Koo sagt, seine Beziehung zu Huh Mino sei intensiver geworden in den vergangenen Monaten. »Am liebsten würde ich ihn fragen, ob wir mal zusammen Abendessen gehen könnten.«

Huh Mino lebt einige Kilometer weiter südlich. Wer ihm begegnet, trifft keinen Popstar, sondern einen Mann, der dabei ist, sein Leben neu zusammenzusetzen. Einmal die Woche geht er zur Therapie, seit kurzer Zeit verlässt er wieder häufiger die Wohnung. Koo glaubt, Huh Mino umgebe sich privat mit seinen berühmten Freunden; tatsächlich aber hat der Star seit Monaten nicht viele Leute gesehen.

Die Gegensätze in Huh Minos Leben waren für ihn selbst oft schwer zu ertragen. »In meinen Livestreams versuchte ich, gute Laune zu haben«, sagt Huh Mino. Dann zeigt er, wie er wie auf Knopfdruck herzlich lachen kann. Sein massiger Körper bebte einige Sekunden lang, dann schaltet

er sich ab. »Ich habe immer ein fröhliches Gesicht aufgesetzt«, sagt er. »Und wenn die Kamera aus war, habe ich geweint.«

Vor drei Jahren filmte er sich zweimal am Tag mehrere Stunden lang beim Essen. Oft schnitt er nach der Sendung noch Clips bis in die Nacht. Fast 10 000 Euro pro Monat verdiente er. Es machte ihn kaputt. Dauern live, dauernd »happy face, big smile«.

Dann beging seine Schwester Selbstmord. Jetzt gibt es noch seine Mutter, ihn und die drei Kinder, die seine Schwester hinterlassen hat. Außerdem war er in einen Rechtsstreit mit Konkurrenten verwickelt, der ihm zusetzte.

Koo weiß zwar, dass sein Idol schwere Momente hatte, Huh Mino hat das mal erwähnt. Aber diese Gefühle würde er vor der Kamera zu Recht nicht ausleben, sagt Koo. »Huh Mino möchte nicht, dass seine Fans leiden.«

Es geht allmählich aufwärts. Huh Mino arbeitet weiter als Mokbang, produziert die Clips aber nicht mehr live, sondern zeichnet sie auf. Zudem wechselte er zu YouTube, wo die Konditionen besser seien. Seine Zuschauerzahlen steigen, wohl auch wegen der Coronakrise. »Ich bin jetzt 43«, sagt er. »Am liebsten möchte ich so schnell wie möglich heiraten und Kinder bekommen.«

Auch BJ Hussey versucht, sich Mut zu machen. Sie sitzt in einem Café gegenüber ihrer Wohnung, nicht weit von dort entfernt, wo Huh Mino lebt. Es ist morgens um elf, ihr Livestream hat noch nicht begonnen. Weil sie wegen Corona nicht so viel draußen drehen kann, hat sie angefangen, vor der Kamera Videospiele zu spielen.

Ihr Gesicht hat sich über die Monate verändert. Schon vorher hat sie sich Botox an Augen und Stirn spritzen und ihr Kinn auffüllen lassen. Anfang des Jahres ließ sie die Lidfalten ihrer Augen operieren. Auch ihre Lippen wirken voller. Zu Beginn ihrer Karriere weinte sie, als Nutzer schrieben, sie sei hässlich oder sehe alt aus. Jetzt versucht sie, solche Angriffe zu ignorieren. »Wenn ich heute meinen Audi fahre oder Balenciaga-Sneaker trage, bin ich stolz auf mich«, sagt sie.

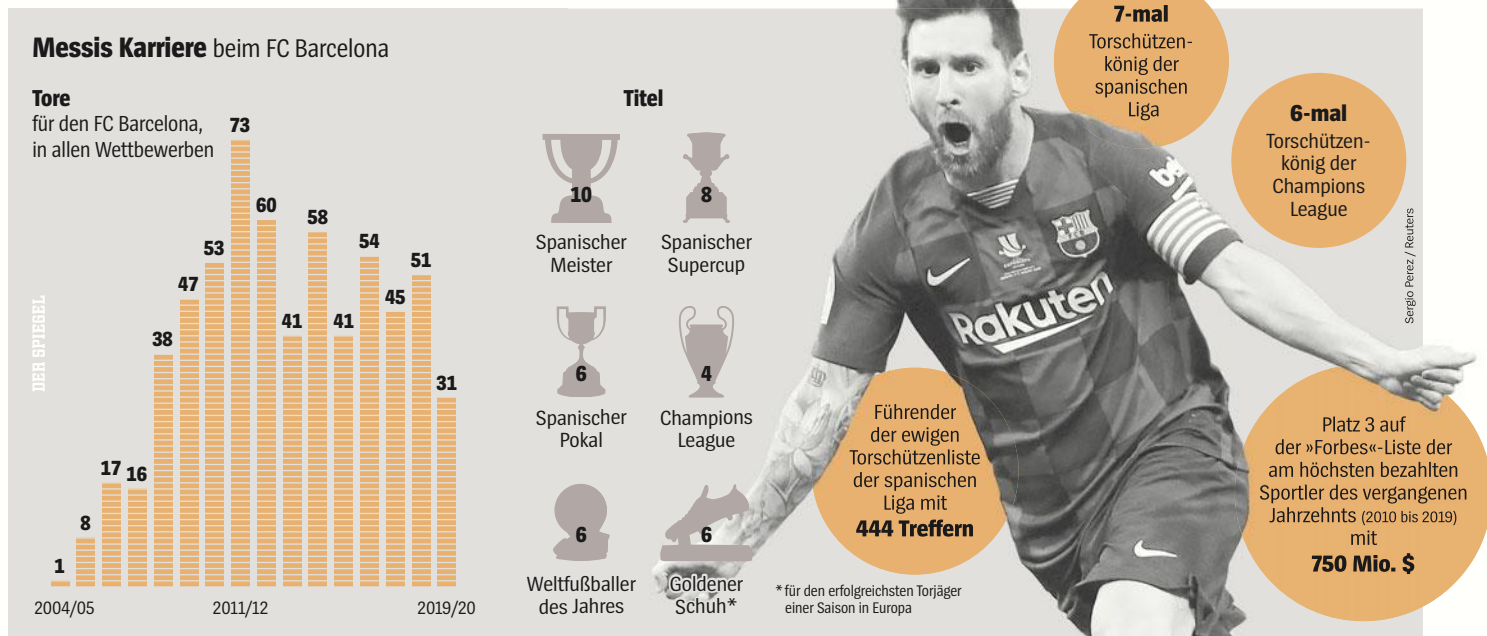
Es ist beklemmend, wie ähnlich die Livestreamer und ihre Fans sich geworden sind, Menschen oft ohne Beziehungen, ohne Freundschaften. Die Stars auf den kleinen Monitoren sind die Illusionskünstler des 21. Jahrhunderts. Sie füllen ein Vakuum in einem hypertechnologisierten Land, das sich nach menschlicher Nähe sehnt und sie doch nicht findet.

Sie könne sich nicht vorstellen, sagt BJ Hussey, jemals aufzuhören. Livestreaming sei ihr Leben. »Ich möchte Aufmerksamkeit, ich möchte Applaus, ich möchte Liebe. Ich möchte weniger einsam sein.«

Dann schaltet sie die Kamera ein.

Katharina Graça Peters

Sport



Nach 20 Jahren will Lionel Messi den FC Barcelona verlassen. Viele Fans des Weltklubs aus Katalonien trauern, weil sie sich nicht vorstellen können, wie es ohne das vergötterte Ballgenie weitergehen soll. Messi brach im Barça-Trikot zahlreiche Rekorde. Der Argentinier führte den Verein zu Meisterschaften und Europapokalsiegen. Aber nach dem 2:8 im Champions-League-Viertelfinale gegen den FC Bayern in Lissabon reichte es ihm. In einem kurzen Schreiben verkündete Messi seinen Abschied – wohl das glanzlose Ende einer Ära.

Gut zu wissen

Warum quälen sich Sportler beim Everesting?

● Es ist zum Trend geworden, die Berge nicht mit Wanderschuhen, sondern mit dem Fahrrad zu erkunden. In manchen Alpenregionen brettern Mountain- und E-Biker inzwischen in Kolonnen auf Forstwegen und Pfaden durch die Landschaft. Ambitionierte Bergradler messen ihre Leistungsfähigkeit gern beim sogenannten Everesting. Dabei radeln die Sportler einen Berg oder Hügel so lange hoch und wieder runter, bis sie die 8848 Höhenmeter des Mount Everest, des höchsten Gipfels der Welt, erreicht haben.

Die Idee des Everestings stammt von dem Australier Andy van Bergen. Inspiriert wurde er nach eigener Aussage durch den britischen Extremradfahrer George Mallory, der 1994 achtmal in Folge den australischen Mount Donna Boubing bezwang.

Bislang war Everesting vor allem in der Szene der Ultrasportler beliebt. Doch nachdem wegen der Corona-Pandemie

die meisten Radrennen abgesagt werden mussten, suchten auch Hobbyathleten nach neuen Zielen. Immer mehr nehmen sich seitdem die knapp 9000 Höhenmeter vor, zeichnen ihre Leistung per App auf und bekommen so einen Eintrag in der virtuellen Hall of Fame. Rund 5000 Sportler hatten die Herausforderung bis Anfang des Jahres gemeistert, allein im



Begradler Contador

Mai und Juni kamen um die 2500 Kandidaten dazu.

Auch Rekorde werden laufend gebrochen. Der schnellste Everesting-Mann ist derzeit der Ire Ronan McLaughlin mit 7:04:41 Stunden. Zuvor hielt der zweimalige Tour-de-France-Sieger Alberto Contador die Bestzeit. Den Rekord bei den Frauen schaffte die britische Profiradfahrerin Emma Pooley in 8:53:36 Stunden.

Die meisten Everesting-Enthusiasten sind Amateure, die sich stundenlang die Berge hochquälen und dabei oft Spenden für wohltätige Zwecke sammeln. Mittlerweile bewältigen immer mehr die Strapazen auch zu Fuß oder probieren sich an der doppelten Distanz.

Den bislang spektakulärsten Selbstversuch legte aber der Schweizer Fahrradartist Manuel Scheidegger hin, der im Juni 130-mal auf den Hartlisberg, eine Anhöhe in der Nähe von Thun, radelte – auf dem Hinterrad. JOK

Contador Foundation



Endspiel

Football Leaks In wenigen Tagen beginnt der Gerichtsprozess gegen Rui Pinto. Der Mann hinter der Enthüllungsplattform befindet sich im Zeugenschutzprogramm. Er hat mit der portugiesischen Justiz einen Deal geschlossen, denn die braucht seine Daten.

Stonja Och / DER SPIEGEL

Rui Pinto spaziert an Kühen und Schweinen vorbei, an einem menschenleeren Ort, einige Kilometer von Lissabon entfernt. Zwei Polizisten folgen dem 31-Jährigen und zwei SPIEGEL-Reportern. Der Mann hinter der Enthüllungsplattform Football Leaks befindet sich in einem Zeugenschutzprogramm, deshalb gibt es strenge Regeln, was über seinen Aufenthaltsort geschrieben werden darf. »Ich bin weiterhin in Lebensgefahr«, sagt Pinto.

Und trotzdem ist er guter Dinge. Denn zum ersten Mal seit anderthalb Jahren lebt er wieder in Freiheit. Und seine Aussichten, als Beschuldigter eines Lissabonner

Gerichtsverfahrens glimpflich davonzukommen, sind gestiegen.

Der Spaziergang im portugiesischen Nirgendwo findet einen Tag vor dem Champions-League-Endspiel zwischen Bayern München und Paris Saint-Germain am vergangenen Sonntag statt. Es soll das erste von zwei Gesprächen sein. Pinto hat wie wohl kein Informant zuvor die Schattenseiten des Profifußballs offengelegt. Während die Branche im Stadion von Benfica Lissabon das Hochamt der weltbesten Vereinsmannschaften feiert, lebt Pinto nur einige Kilometer entfernt in einem sogenannten Safe House und wird von der Polizei beschützt.

Er hat sich in den vergangenen Jahren einflussreiche Feinde gemacht. Mehr als 70 Millionen vertrauliche Dokumente, eine Datenmenge von 3,4 Terabyte, übergab Pinto dem SPIEGEL und dessen Partnern vom Recherchenetzwerk European Investigative Collaborations (EIC). Auf dieser Grundlage entstanden seit 2016 mehr als tausend Enthüllungsartikel, die mitunter straf- und sportrechtliche Konsequenzen hatten. Cristiano Ronaldo wurde wegen Steuerhinterziehung zu einer Bewährungsstrafe verurteilt und musste rund 20 Millionen Euro zahlen. Einige der weltweit mächtigsten Spielerberater werden bis heute wegen Steuervergehen und Geld-

wäsche gejagt. Auch Fifa-Präsident Gianni Infantino haben die Football-Leaks-Dokumente in Bedrängnis gebracht, die Schweizer Staatsanwaltschaft ermittelt nun gegen ihn.

Aber bisher ist nur eine Person im Gefängnis gelandet: Rui Pinto.

Ihm wird Hacking und versuchte Erpressung vorgeworfen. Am kommenden Freitag beginnt das Gerichtsverfahren gegen ihn. Noch im Dezember beschrieb Pinto im SPIEGEL-Interview seine düsteren Aussichten, inklusive einer drohenden Haftstrafe von bis zu 25 Jahren. Doch ein Grund für seine gestiegene Zuversicht ist ein Deal mit der portugiesischen Justiz. Pinto hat den Ermittlern seinen größten Schatz zugänglich gemacht: Er öffnete acht verschlüsselte Festplatten mit einem Gesamtvolumen von 17,5 Terabyte.

Pinto vor Prozessbeginn zu treffen ist nicht einfach. Monatelang bat der SPIEGEL um ein Interview, doch Pinto lehnte immer wieder ohne Begründung ab. Er saß in Hausarrest und durfte nicht erzählen, dass er gerade mit der Justiz verhandelte. Mittlerweile ist er zwar offiziell in Freiheit, muss aber jeden Schritt außerhalb seiner geheimen Wohnung zur Gefahrbewertung mit der Polizei besprechen. Einem Treffen mit dem SPIEGEL stimmen Pintos Beschützer nur unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen zu. Sie übermitteln die Adresse einer Ferienwohnung, in der ein Treffen am Tag des Champions-League-Finales stattfinden kann. Nach dem Endspiel der Königsklasse beginnt Pintos Endspiel um seine Freiheit.

Einen Tag vor dem ersten Treffen verschickt Pinto spätabends über einen verschlüsselnden Messengerdienst eine Adresse. Sie führt zu einem Supermarktparkplatz, etliche Kilometer von Lissabon entfernt. »Schick mir das Nummernschild eures Mietwagens«, bittet er und nennt eine Uhrzeit.

Am folgenden Tag hält ein Auto nur wenige Minuten nach dem verabredeten Zeitpunkt auf dem Parkplatz. Zwei Männer mit Mund-Nasen-Schutz fahren ihre Fenster runter, nicken kurz und bedeuten, ihnen zu folgen. Auf der Strecke vollziehen sie mehrere abrupte Wendemanöver. Sollten tatsächlich Verfolger unterwegs sein, sind sie spätestens jetzt abgeschüttelt. Als der Wagen irgendwann auf einem verlassenem Rastplatz zum Stehen kommt, öffnet Pinto die Tür und springt von der Rückbank. Er trägt Kappe, Sonnenbrille und die obligatorische Maske.

Der ehemalige Geschichtsstudent, der 2015 nach Budapest ausgewandert ist, soll Server gehackt und sensible Daten abgesaugt haben – von Fußballklubs, Anwaltskanzleien, Ermittlern und Beratungsagenturen. Das wirft ihm die portugiesische Staatsanwaltschaft vor.

Pinto gibt seit Beginn des Football-Leaks-Projekts an, dass er sich nicht als Hacker sehe. Im vergangenen Dezember erklärte er allerdings gegenüber dem SPIEGEL, dass er »akzeptiere, dass einige meiner Handlungen aus Sicht der portugiesischen Rechtsordnung möglicherweise als illegal betrachtet werden könnten«. In seiner Anfang dieser Woche bei Gericht eingereichten Klageerwiderung führen seine Anwälte diesen Punkt nun erstmals aus: Pinto bedaure, Straftaten begangen zu haben, um an Daten zu gelangen. Er sei überzeugt gewesen, damit schwere Verbrechen aufdecken zu können, und habe die Folgen seines Handelns nicht angemessen reflektiert. »Ihr könnt mir alle Fragen dazu stellen«, sagt Pinto, »aber vor dem Gerichtsverfahren darf ich nicht auf alles antworten. Der Gerichtssaal ist dafür der richtige Ort.«

Am Folgetag kommt Pinto bereits einige Stunden vor Anpfiff des Champions-League-Endspiels in der geheimen Wohnung an. Es ist ein karges Zimmer mit einem Doppelbett, zwei Sesseln und einem kleinen Fernseher im Untergeschoss eines Ferienhauses. Pinto setzt sich in einen der Sessel und blickt auf die vergan-

»Ich glaube nicht, dass ich das Gefängnis wiedersehen werde.«

genen anderthalb Jahre zurück. Er erzählt von Schikane und »psychischer Folter« in einem Budapester Gefängnis, in dem er nach seiner Festnahme im Januar 2019 untergebracht war. Ungarn lieferte ihn zwei Monate später nach Portugal aus, dort kam er über ein halbes Jahr in Einzelhaft.

Pinto ist stolz darauf, dass er die Zeit dort durchgestanden hat. »Als ich aus der Isolationshaft kam, hatte ich manchmal Konzentrationsprobleme«, erzählt er. Es habe sich angefühlt, als wäre eine riesige Tür geöffnet worden. Der Kontakt zu den vielen Menschen überforderte ihn.

Im April wurde Pinto in den Hausarrest entlassen, seit dem 7. August ist er offiziell frei. Eine Kommission aus Richtern, Staatsanwälten und Mitarbeitern des Justizministeriums schätzt seine Bedrohungssituation aber weiterhin als ernst ein. Mit seinen Dokumenten verärgerte Pinto nicht nur Fußballstars und Vereine, sondern legte sich auch mit den Staatsführungen von Katar, Abu Dhabi und Angola an. »Ich kann nachts gut schlafen«, sagt er trotzdem. Er trage das Risiko, denn er habe all die Missstände offenlegen wollen.

Auf Fragen, wie genau er an die Daten gekommen ist, weicht Pinto aus. Er sagt, er sei jemand, der Erkenntnisse über Straf-

taten suche, sammle und analysiere und sie an Journalisten oder Strafvermittler weitergebe. Er sehe sich nicht als Hacker, sondern als Whistleblower.

Doch es gibt auch eine andere Wahrnehmung. Seine größte Schwachstelle vor Gericht ist der Vorwurf der versuchten Erpressung. Er stellt Pintos angeblich hehre Absichten infrage. »Ich bereue ganz besonders eine Sache«, sagt Pinto: »Diesen Kontakt mit Nélio Lucas gehabt zu haben.« Eine Anzeige der Sportvermarktungsagentur Doyen und ihres Managers Lucas führte zu dem Verfahren. Pinto soll 2015 die IT-Systeme der Firma gehackt haben. In einer Mail forderte er eine Summe »zwischen 500 000 Euro und einer Million«, damit er das Material nicht veröffentlichte. Zudem schaltete er einen Anwalt ein, der sich mit Lucas und dessen Rechtsbeistand an einer Tankstelle in Lissabon traf, um den Deal zu diskutieren. Die Gespräche wurden von der Polizei verdeckt aufgezeichnet. Der SPIEGEL und das EIC schrieben bereits 2016 über diese Vorwürfe.

»Ich war naiv«, sagt Pinto. Er habe testen wollen, wie weit Lucas und Doyen gehen würden, um eine Veröffentlichung der kompromittierenden Dokumente zu verhindern.

Vor wenigen Tagen zitierte die portugiesische Tageszeitung »Público« aus einer Mail, die Pintos Schilderung infrage stellen könnte. Demnach soll er gegenüber seinem damaligen und nun ebenfalls angeklagten Anwalt geäußert haben, dass man das geforderte Geld von Doyen über Steueroasen wie Malta oder Zypern leiten könne. Hat Pinto wirklich überlegt, Geld auf solch intransparente Art fließen zu lassen? Gerade diesen Vorwurf hat er der Fußballbranche selbst immer gemacht.

»Sollte es notwendig sein, werde ich diese Mail vor Gericht erklären«, sagt Pinto. Bevor es zu einer Zahlung kam, habe er die Verhandlungen jedoch abgebrochen. Darum habe er sich nicht strafbar gemacht, behauptet Pinto.

Doyen war in der Branche als besonders zwielichtiges Unternehmen bekannt. Der Sportvermarkter kaufte Anteile an Transferrechten von Profifußballern und profitierte so maßgeblich von den späteren Spielerverkäufen. Die sogenannte Third-Party Ownership (TPO) ging irgendwann sogar der sonst moralisch flexiblen Fifa zu weit. Der Weltverband verbot das Modell.

In Malta, wo die Firma Doyen Sports registriert ist, bekam das Unternehmen wegen illegaler Kreditvergaben eine Strafe von der Finanzaufsicht aufgebremmt. Spanische Behörden ermitteln aufgrund der Veröffentlichungen von Football Leaks gegen Doyen Sports und Nélio Lucas wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung. Zwei weitere Manager werden zusätzlich der Geldwäsche beschuldigt. Portugiesi-

sche Behörden froren im Frühjahr 2019 acht Millionen Euro auf einem Doyen-Konto ein, weil ihnen eine geplante Millionenüberweisung ins Steuerparadies St. Lucia bedenklich vorkam. Die Ermittlungen dauern an. Lucas und Doyen äußern sich nicht öffentlich zu den Vorwürfen.

Die Beamten werfen die Frage auf, woher die vielen Millionen stammen, die Doyen in den Fußball investiert hat. Pintos Unterlagen legen den Verdacht nahe, dass das Kapital des Doyen-Netzwerks von kasachischen Oligarchen kommt, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Milliarden im Rohstoffsektor scheffelten. Tefvik Arif, Vater eines der damaligen Doyen-Chefs, machte mit Donald Trump Immobiliengeschäfte. Ein US-Kongressausschuss hob vergangene Woche Arifs Kontakte nach Russland und in die Türkei hervor. Er sei »mindestens seit 2000 in die Organisierte Kriminalität Russlands, in Geldwäsche und Menschenhandel involviert«, heißt es in dem Bericht. Auf eine SPIEGEL-Anfrage lässt Arif die Vorwürfe über eine Sprecherin zurückweisen.

Die Football Leaks legten offen, dass es dem Profifußball vollkommen egal ist, aus welchen Quellen das Geld für Gehälter, Provisionen und Ablösesummen stammt.

Pinto hat seine Daten nun der portugiesischen Justiz überlassen. Dass er so umfassend mit den Ermittlern kooperiert, stärkt wohl seine Position vor Gericht. Aber wie kam es zu dem Deal?

Pinto sagt, er habe stets mit den Portugiesen zusammenarbeiten wollen – aber nur unter einer Bedingung: Die Unterlagen auf den Datenträgern dürften nicht gegen ihn verwendet werden. Diesem Deal wollte die Staatsanwaltschaft lange nicht zustimmen. Doch dann wuchs der Druck auf die Ermittler. Im Januar veröffentlichte das Journalistennetzwerk ICIJ, zu dem in Deutschland auch die »Süddeutsche Zeitung« gehört, Recherchen zur Angolanerin Isabel dos Santos, der reichsten Frau Afrikas. Die sogenannten Luanda Leaks zeichneten ein kleptokratisches System aus Korruption und Geldwäsche in Angola nach. Die Dokumente stammten von Rui Pinto. »Es ist widerlich, dass Portugal zur Geldwaschanlage der angolanischen Elite geworden ist«, beklagt er. Die Herrschenden hätten sich bereichert, während das Land unter extremer Armut leide.

Dos Santos bestreitet die Vorwürfe. Mit den Veröffentlichungen brach ihr System dennoch zusammen. Nun galt Pinto plötzlich in portugiesischen Medien als wertvoller Whistleblower, nachdem sie ihn zuvor Hacker, Pirat oder Spion genannt hatten. Auch die portugiesischen Behörden mussten nun zugeben, dass sein Datmaterial Fehlverhalten in vielen ver-

Football-Leaks-Chronik

• **September 2015** Der Portugiese Rui Pinto stellt die **anonyme Enthüllungsplattform Football Leaks** ins Netz.

Frühjahr 2016 Die Plattform **überlässt dem SPIEGEL erste Dokumente**. Sie werden mit dem Recherchenetzwerk European Investigative Collaborations (EIC) geteilt.

Ab Dezember 2016 Football-Leaks-Veröffentlichungen des SPIEGEL und der EIC-Partner. Darunter: **Steuerhinterziehung von Fußballprofis wie Cristiano Ronaldo**. Zudem Nebenabsprachen bei Spielertransfers, der Umgang mit minderjährigen Talenten, rassistische Scoutingpraktiken, Umgehung des Financial Fair Play oder **geheime Pläne für eine Super League** samt Abspaltung vom Fußballverband Uefa.



ulstein bild

• **November 2018** Inzwischen hat die Plattform Football Leaks dem SPIEGEL und dem EIC **mehr als 70 Millionen Dokumente** (3,4 Terabyte Daten) zur Verfügung gestellt.

• Vorwürfe gegen **Fifa-Präsident Gianni Infantino**, u. a. wegen der Änderung des Ethikkodex der Uefa mit dem Ziel, Voruntersuchungen zu erschweren.



image sport

Dezember 2018 Rui Pinto, der anonym in Budapest lebt, entscheidet sich, in ein **französisches Zeugenschutzprogramm** zu gehen. Frankreich will die Daten auswerten.

• **Januar 2019** Portugiesische Behörden erlassen Haftbefehl gegen Pinto wegen **Straftaten in sechs Fällen**. Kurz vor seinem geplanten Umzug nach Frankreich wird er in Ungarn verhaftet.

• **19. Februar 2019** Staatsanwälte aus neun Ländern bekunden bei einem Eurojust-Koordinierungstreffen ihr **Interesse, die Daten auszuwerten**.

• **21. März 2019** Pinto wird nach Portugal ausgeliefert und kommt **in Lissabon in U-Haft**.

• **16. April 2019** Pinto wird mit dem **Whistleblower-Award** der Linken im Europäischen Parlament ausgezeichnet.

• **20. September 2019** Die Generalstaatsanwaltschaft in Lissabon erhebt **Anklage** gegen Pinto.

• **19. Januar 2020** Das ICIJ veröffentlicht die »Luanda Leaks«. Wenige Tage später gibt Pinto bekannt, dass er dem Journalistennetzwerk **die Daten zur Verfügung gestellt** hat.

• **8. April 2020** Pinto wird in den **Hausarrest** entlassen.

• **20. Mai 2020** Es wird bekannt, dass Pinto **mit den portugiesischen Behörden kooperiert**. Bis heute hat er ihnen 17,5 Terabyte Daten übergeben.

• **7. August 2020** Pinto wird in ein **Zeugenschutzprogramm** aufgenommen.

• **4. September 2020** Pintos **Prozess beginnt**. Ihm werden 90 Straftaten zur Last gelegt. Sie beinhalten den Vorwurf der versuchten Erpressung, des illegalen Zugangs zu vertraulichen Daten sowie Verletzung des Briefgeheimnisses.

schiedenen Branchen aufdecken kann. Nur kamen sie ohne seine Hilfe nicht an die Dokumente.

Die Festplatten hatten Passwörter von mehr als 40 Zeichen, jeder Datenträger war individuell verschlüsselt. Pinto drohte: Dos Santos sei nur der Anfang, sein Material könne noch viel mehr Missstände offenlegen, auch über Portugal.

Offenbar ist es für die Ermittler nun der bessere Weg, gemeinsam mit Pinto zu arbeiten. Der Direktor der Strafverfolgungsbehörde lobte Pinto für seine Hilfe. »Ich glaube nicht, dass ich das Gefängnis wiedersehen werde«, sagt Pinto. Sein Verteidigerteam besteht aus drei Anwälten: dem Portugiesen Francisco Teixeira da Mota und seiner Tochter Luísa sowie dem französischen Anwalt und Whistleblower-Experten William Bourdon. Sie wollen 45 Zeugen berufen, darunter den US-amerikanischen Whistleblower Edward Snowden. Und sie hatten bereits mit Befangenheitsanträgen zu zwei der drei zugelosten Richtern Erfolg. So hatte sich der Vorsitzende Richter des Verfahrens auf Facebook als begeisterter Benfica-Lissabon-Fan gezeigt und den Like-Button unter einem Beitrag geklickt, der Rui Pinto kritisierte. Er wurde ebenso vom Verfahren abberufen wie eine Richterin, die in einem anderen Fall von einem der jetzigen Klägeranwälte vertreten worden war.

Es sind mehrere Stunden Interview in der Ferienwohnung vergangen, als das Champions-League-Finale beginnt. Während die Spieler von Bayern München und Paris Saint-Germain den Rasen des Benfica-Stadions betreten, steht Pinto auf, er will frische Luft schnappen. Das Finale der beiden von Katar gesponserten Klubs verfolgt er nach seiner Rückkehr nur mit einem Auge, während er mit seiner Freundin chattet. »Für Fußball braucht man doch Fans, echte Stimmung«, sagt Pinto, »nicht diese Plastikatmosphäre, in der Geld alles dominiert.«

Vom Fußball, für den er all die Risiken eingegangen ist, wie er behauptet, wendet er sich offenbar langsam ab. Leidenschaftlich wird er nun eher, wenn es um Themen wie die Aufklärung von Korruption, Betrug oder Steuerhinterziehung geht. Pinto sagt, er habe die Zeit im Gefängnis genutzt und zahlreiche Enthüllungsbücher gelesen, auch über staatlichen Machtmissbrauch.

Nach dem Spiel fährt Pinto mit seinen Beschützern in die Dunkelheit davon, an einen unbekannt Ort. Dort will er sich auf seinen Prozess vorbereiten. Was danach kommt, darüber mache er sich noch keine Gedanken, sagt Pinto. »Ich will erst diese Sache regeln. Ich will freigesprochen werden.«

Rafael Buschmann, Nicola Naber, Christoph Winterbach

Ein neuer Zeitgeist

Rassismus Die Streiks vieler US-Profiteams gegen Polizeigewalt sind eine Zäsur für das Land. Aber Geld verdienen wollen die Klubs trotzdem.

Die Wucht des Moments scheint auch einen knapp zwei Meter großen Basketballprofi fast zu übermannen. Nervös wiegt sich Sterling Brown von den Milwaukee Bucks aus der nordamerikanischen Basketballliga (NBA) von einem Bein aufs andere. Mit beiden Händen hält er ein Blatt Papier. »Die vergangenen vier Monate haben die anhaltenden, rassistisch motivierten Ungerechtigkeiten gegenüber Afroamerikanern offengelegt«, liest Brown, 25, hastig ab, vor ihm TV-Kameras, im Rücken seine Teamkollegen in schwarzen T-Shirts. »Doch trotz aller Appelle wurde nichts unternommen, weswegen unser Augenmerk heute nicht dem Basketball gelten kann.«

Wenige Stunden zuvor hatten Brown und seine Mitspieler amerikanische Sportgeschichte geschrieben – indem sie ihre Arbeit verweigerten. Die Profis bestreikten am Mittwochabend eine Partie gegen Orlando, zum eigentlich vorgesehenen Spielbeginn blieben sie in der Umkleekabine. Von ihnen werde erwartet, in jedem Spiel alles zu geben und füreinander einzustehen, heißt es in der Stellungnahme der Bucks-Spieler, »aber gleichzeitig ver-

langen wir genau das auch von unseren Gesetzgebern und Vollzugsbeamten«.

Dem Streik der Bucks schlossen sich Spieler und Teams aus anderen US-Sportligen an: Fußball, Baseball, Basketball der Frauen. Auch die weiteren NBA-Partien am Mittwoch sowie die Play-off-Spiele am Donnerstag fanden nicht statt.

Denn drei Tage vorher hatte ein Polizist in Wisconsin, dem Heimatstaat der Bucks, siebenmal auf den Afroamerikaner Jacob Blake geschossen, dokumentiert von einer Handykamera, die Bilder gingen schnell viral. Doch wie schon beim gewaltsamen Tod des Schwarzen George Floyd im Mai wurden die beteiligten Beamten zunächst nicht für ihr Handeln bestraft.

Sterling Brown hat seine eigenen Erfahrungen mit Polizeigewalt gemacht. Im Januar 2018 hatten Beamte den Afroamerikaner aus Illinois festgenommen und ihn mit einer Elektroschockpistole traktiert – weil er sein Auto vor einer Apotheke auf zwei Behindertenparkplätzen abgestellt hatte.

Nun bedeutet die Aktion von Brown und seinen Teamkameraden eine Zäsur in der amerikanischen Popkultur: Sport ist mehr als eine Ablenkung oder ein Allheilmittel in schwierigen Zeiten, so die Aussage der Athleten. Das Spielfeld ist auch eine Plattform für politische Botschaften.

Noch nie fand diese Idee so deutlichen Widerhall in der Gesellschaft wie am Mittwochabend. »Ich lobe die Bucks-Spieler, dass sie eintreten für das, woran sie glauben«, twitterte der ehemalige US-Präsident Barack Obama. Die Tageszeitung »USA Today« schrieb, die Entscheidung der Sportler werde »den Lauf der Geschichte verändern«.

Dabei datiert der Streik der Bucks auf dem vierten Jahrestag der bislang wohl

berühmtesten Protestaktion des amerikanischen Sports im 21. Jahrhundert: Am 26. August 2016 fotografierte eine Reporterin, wie Colin Kaepernick, damals Footballspieler bei den San Francisco 49ers, während der Nationalhymne sitzen blieb – eine Protestaktion gegen Polizeigewalt und Rassismus. Vor weiteren Partien kniete er sich schließlich hin. Kaepernick wurde dafür angefeindet, Donald Trump bezeichnete ihn als »Hurensohn«, seit Anfang 2017 findet der Spielmacher keinen neuen Verein mehr.

Eine Reaktion, die schon andere vor ihm erfahren mussten: 1968 wurden die schwarzen 200-Meter-Läufer Tommie Smith und John Carlos verbannt, nachdem sie bei den Olympischen Spielen in Mexiko den Black-Power-Gruß gezeigt hatten. Ein Jahr später warf der Footballtrainer der Universität von Wyoming 14 schwarze Studenten aus dem Team; sie hatten ihn gefragt, ob sie bei einem Spiel mit Armbändern auflaufen dürften, um gegen die diskriminierende Politik einer anderen Hochschule zu demonstrieren.

Auch aufgrund solcher Erfahrungen hielten sich viele Sportstars in den vergangenen Jahrzehnten politisch oft bedeckt. O. J. Simpson, einer der schillerndsten Stars im Football der Siebzigerjahre, sagte einmal: »Ich bin nicht schwarz. Ich bin O. J.« Und Michael Jordan, eine Werbekönigin des Sportartikelherstellers Nike, ergriff wohl auch deswegen vor 30 Jahren nicht Partei für einen schwarzen Kandidaten für den US-Senat, weil »Republikaner auch Turnschuhe kaufen«, wie er sagte.

Heute herrscht ein neuer Zeitgeist. Ähnliche Repressalien wie Kaepernick müssen die Basketballer der Milwaukee Bucks nicht fürchten. Die NBA gilt als Profiligena mit dem liberalsten Publikum in den USA, bei den Fans löst der Streik eine weitgehend positive Resonanz aus.

Allerdings bringt die Aktion die Liga selbst in Bedrängnis. Unter großem Aufwand versucht sie derzeit, die Saison trotz Corona zu Ende zu spielen, abgeschirmt in Disney World, Florida – wohl vor allem, um die milliardenschweren TV-Verträge nicht zu gefährden. Dass es bei der Entscheidung für eine Wiederaufnahme des Spielbetriebs ums große Geld ging, ließ sich auch nicht dadurch vertuschen, dass die Funktionäre den Profis erlaubten, Botschaften wie »Black Lives Matter« auf ihren Trikots zu tragen.

Doch der Protest der Milwaukee Bucks zeigt: Das Wohl der Liga liegt in den Händen der Spieler. Diese sprachen sich am Donnerstag dafür aus, die Saison fortzusetzen. Donald Trump kritisierte die NBA: Sie sei »wie eine politische Organisation«, sagte der US-Präsident.

Thilo Neumann



NBA-Profi Brown (l.) am 13. August: »Den Lauf der Geschichte verändern«

Natürlicher Drang

Bildung Eine neue Studie zu Corona zeigt: Trotz Lockdowns haben sich die Kinder mehr bewegt als sonst. Welche Lehren lassen sich daraus ziehen?

Box-Workout, Yoga und Krafttraining für Fußballer. Im Corona-Lockdown war YouTube für den Sportlehrer Michael Berndt eine wichtige Quelle. Er verlinkte kurze Filme der Plattform auf der Website des Peter-Wust-Gymnasiums im saarländischen Merzig, an dem er seit 20 Jahren unterrichtet. »Ich wollte irgendetwas tun, um meine Schüler in Bewegung zu bringen«, erklärt Berndt.

Der Pädagoge war besorgt, dass seine Schüler durch die Restriktionen des öffentlichen Lebens noch mehr Zeit vor dem Fernseher und mit dem Handy verbringen würden. »Gerade weil Sportvereine, Fitnessstudios und sogar Spiel- und Sportplätze über viele Wochen geschlossen waren«, sagt Berndt.

Die Weltgesundheitsorganisation hat den Bewegungsmangel unter Kindern und Jugendlichen zur Pandemie des 21. Jahrhunderts deklariert. Viele bewegen sich weniger als die empfohlenen 60 Minuten pro Tag. Die Folge: Es fehlt ihnen an Körperspannung, Kondition und koordinativen Fähigkeiten. Aktuell gilt jedes siebte Kind in Deutschland zudem als übergewichtig.

Dass der Lockdown diese Probleme verschärfen würde, befürchtete auch Alexander Woll, Leiter des Karlsruher Instituts für Sport und Sportwissenschaft (KIT). Mit seinem Team fragte er deshalb 1711 Kinder und Jugendliche hierzulande im Alter von 4 bis 17 Jahren danach, womit sie sich in dieser Zeit beschäftigt haben.

Eine erste Auswertung der repräsentativen Studie liegt dem SPIEGEL vor. Das Ergebnis ist überraschend. Denn Bildschirm- und Bewegungszeiten stehen nicht wie oftmals angenommen im Widerspruch zueinander. Im Lockdown haben die Kinder und Jugendlichen einerseits mehr Zeit vor dem Fernseher, dem Computer und mit dem Handy verbracht und weniger organisierten Sport betrieben – sich insgesamt aber mehr bewegt als in ihrem regulären Alltag (siehe Grafik).

»Damit hätte ich nicht gerechnet«, sagt Studienleiter Woll, »aber es verdeutlicht: Haben Kinder entsprechende Freiräume, kommen sie ihrem natürlichen Bewegungsdrang von sich aus nach.«



Junge auf einem Spielplatz in Hamburg: Bewegung als Hausaufgabe

In allen Altersgruppen hatte sich im Lockdown die Bildschirmnutzung in der Freizeit durchschnittlich um etwa eine Stunde am Tag erhöht. Vor allem in der Gruppe der 14- bis 17-Jährigen, wobei der Anstieg bei den Jungen insgesamt stärker ausfiel.

Das »organisierte Sporttreiben«, im Schnitt sonst 28,5 Minuten täglich, fiel während der Ausgangsbeschränkung komplett weg. Dafür bewegten sich die Kinder und Jugendlichen durchschnittlich 17,7 Minuten mehr am Tag im Rahmen von »unorganisiertem Sporttreiben«, sie spielten Fußball auf der Wiese oder Basketball vor der Garage. Das galt besonders für die Sechs- bis Zehnjährigen.

Um im Schnitt 36,2 Minuten täglich nahm darüber hinaus die »Alltagsaktivi-

tät« zu, wie etwa Radfahren oder auch Spielen im Garten.

Ein Vergleich war Woll und seinen Kollegen deshalb möglich, weil ihnen entsprechende Daten aller Teilnehmer aus der Zeit vor Corona vorlagen. Denn diese sind zugleich Probanden des »Motorik-Moduls« (MoMo), einer seit 2003 andauernden Untersuchung über die motorische Leistungsfähigkeit und körperlich-sportliche Aktivität von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland.

Woll zieht aus den neuen Erkenntnissen wichtige Schlüsse: »Insbesondere in Großstädten muss es stets genügend Bewegungsflächen für Kinder und Jugendliche geben. Sie sind ein wichtiger Raum für jene, die kein Zuhause mit Garten haben.«

In der Kindheit werden die Grundsteine für koordinative und konditionelle Fähigkeiten gelegt. Englisch lernen kann man noch mit Mitte vierzig – Defizite in diesen körperlichen Bereichen kann man als Erwachsener nur noch schwer ausgleichen.

Damit sich jedes Kind genug bewegt, nimmt Woll neben den Eltern vor allem die Bildungsinstitutionen in die Pflicht: »In den Schulen erreichen wir alle, unabhängig vom sozialen Status und dem freiwilligen Engagement der Eltern.« Doch bis auf wenige Ausnahmen werde dort noch nicht ausreichend viel getan, um den Schülern den »Eigenwert von Bewegung« zu vermitteln – so wie es die Bildungsaufträge der Kultusministerien vorschreiben.

In der Regel sind an Schulen zwei bis drei Wochenstunden Sportunterricht à 45 Minuten vorgesehen. Der Weg zur Turnhalle und das Umziehen kosten Zeit, am Ende bleibt oft nicht viel übrig für den Sport selbst. »Und jetzt in der Corona-Zeit wird an vielen Schulen in den nächsten Monaten überhaupt kein regulärer Sportunterricht stattfinden«, fürchtet Woll.

Bewegte Jugend

Wie lange 4- bis 17-Jährige in Deutschland am Tag durchschnittlich mit den genannten Aktivitäten beschäftigt waren, in Minuten

vor d. Lockdown während d. Lockdowns (April 2020)

Organisiertes Sporttreiben (z. B. im Verein) Veränderung

0,0 **28,5**

-28,5 min

Unorganisiertes Sporttreiben (z. B. Kicken)

6,6 **24,3**

+17,7

Alltagsaktivität (z. B. Spazierengehen, Spielen)

107,3 **143,5**

+36,2

Bildschirmnutzung in der Freizeit

133,3 **194,5**

+61,2

1711 Befragte, Quelle: KIT

DER SPIEGEL

Was die Situation verschärft: Zugleich fehlt es durch den wieder aufgenommenen Schulbetrieb nun erneut an Freiräumen, in denen die Kinder ihrem angeborenen Bewegungsdrang nachkommen könnten.

Einen Lösungsansatz dafür sieht der Karlsruher Sportwissenschaftler in einem Instrumentarium, das es sonst in jedem anderen Schulfach gibt: »Es ist wichtiger denn je, über Hausaufgaben im Sportunterricht zu diskutieren«, fordert Woll.

Dadurch ließen sich zusätzliche Anreize schaffen, die Kinder individuell und altersgerecht zur Bewegung zu motivieren. Um das Gleichgewicht zu fördern, könnte man jüngeren Kindern zum Beispiel auftragen, sich die Zähne auf einem Bein zu putzen und dabei zu versuchen, die Augen zu schließen. Als Krafttraining böten sich klassische Übungen wie Sit-ups oder Liegestütze an. Um die Kondition zu verbessern, eigne sich etwa ein Lauftagebuch, in dem die Fortschritte dokumentiert werden. Zudem gebe es für Jugendliche inzwischen viele digitale Angebote.

Bleibt die Frage, wie motiviert Schüler angesichts eines ohnehin vollen Tageskalenders sind. Sportlehrer Berndt hat seine Schützlinge gebeten, kurze Videos zu schicken, die zeigen, wie sie üben, was er auf die Schul-Website gestellt hat. Nur die Jüngeren aus den Klassen fünf und sechs seien dem nachgekommen, sagt Berndt.

Auch wenn er selbst seinen Schülern öfter mal etwas für zu Hause aufgibt, etwa das Jonglieren mit drei Bällen zu üben – von verpflichtenden Hausaufgaben hält er wenig, gerade im Hinblick auf die älteren Schüler. »Deren Pensum nach Schulschluss ist jetzt schon sehr beachtlich«, meint er.

Doch wie schafft man es, Schüler für Sport zu begeistern, die damit anscheinend nichts anfangen können? Womit Berndt gute Erfahrungen gemacht hat: Der Leichtathletikverein, in dem er als Trainer tätig ist, kooperiert nachmittags mit einer Grundschule. »Im Zuge dessen können sich die Kinder in unterschiedlichen Sportarten ausprobieren«, so Berndt.

Der Karlsruher Forscher Woll denkt derweil darüber nach, wie er die Politik dazu bringen kann, sich mit dem Thema Hausaufgaben im Sportunterricht zu beschäftigen. Aus Elterngesprächen weiß er: »Zugehört wird mir dann, wenn ich erkläre, dass Bewegung die Konzentration und Aufmerksamkeit verbessert.«

Oder sollte man nicht, so Woll, das gleiche Recht für Kinder wie für Hunde fordern? Ab 2021 sollen Hundehalter dazu verpflichtet werden, ihrem Tier täglich mindestens eine Stunde Auslauf im Freien zu ermöglichen. Woll: »Wenn wir das auch für unsere Kinder hinbekämen, dann wäre viel gewonnen.« Antje Windmann

Der KÖNIG der SPIIONE

Auch als
E-BOOK
und
HÖRBUCH-
DOWNLOAD
erhältlich



320 Seiten mit Abbildungen, gebunden · € 20,00 (D)

Er nannte sich Murat Cem. Doch in den Akten heißt er nur VP01. Der Mann, der lange Zeit der wohl beste und wichtigste V-Mann Deutschlands war, blieb stets ein Phantom. Im verdeckten Einsatz für die Polizei überführte Murat Cem nicht nur Drogen- und Waffenhändler. Er klärte Morde auf und wurde zur wichtigsten Polizei-Quelle in der deutschen Islamistszene. Seine Warnungen vor Anis Amri verhallten ungehört: Es kam zum Terroranschlag am Berliner Breitscheidplatz. Die Polizei wollte ihren Zuträger kaltstellen, doch jetzt packt Murat Cem aus.



Getty Images

Wie ein Spalt zur Hölle wirkt der brennende Bergkamm in der argentinischen Provinz Córdoba. Trockenes und windiges Wetter facht die Brände in Zentral- und Nordargentinien an. Die Luftverschmutzung liegt in manchen Regionen bis zu sechsmal höher als normal. Allein im Naturparadies um den Fluss Paraná haben Experten seit Januar 25 000 Feuer gezählt. Viele davon sollen illegal von Ranchern gelegt worden sein, die das Land nutzen wollen.

Riskante Zulassung

Analyse Donald Trump verspielt die Chance auf einen rettenden Corona-Impfstoff.

● US-Präsident Donald Trump versteht rein gar nichts von Wissenschaft, das hat er immer wieder eindrücklich bewiesen. Und wer seine bizarren Ideen zur Virusabwehr (Desinfektionsmittel injizieren, UV-Licht im Körper) schon gefährlich findet, den muss das Entsetzen schütteln, wenn er von seinen neuesten Plänen erfährt: einen unzureichend getesteten Impfstoff im Eilverfahren zuzulassen – noch vor den Wahlen im November.

Die Generalprobe dafür hat der US-Präsident aufgeführt, als er die Arzneimittelbehörde FDA massiv unter Druck setzte; am vergangenen Sonntag dann genehmigte diese das Blutplasma von genesenen Covid-19-Patienten als Notfallmedikation. Trump feierte dies als Durchbruch. Aber es ist keiner – die wissenschaftliche Evidenz für die Wirksamkeit von Blutplasma fehlt.

Ein Impfstoff wäre ein noch viel größerer Coup: Trump könnte sich dem Wahlvolk als Heilsbringer präsentieren und das Ende

des Sterbens verkünden. Dass Trump wohl genau dies plant, enthüllte am Wochenende die »Financial Times«; konkret soll es um die Eilzulassung für den Impfstoff der University of Oxford und des Herstellers AstraZeneca gehen.

Auch dass der US-Präsident seinen wichtigsten Pandemieberater Anthony Fauci gefragt hat, ob sich nicht doch früher als zum Jahresende Gewissheit über die Eignung eines Impfstoffkandidaten erlangen ließe, kündigt von Trumps Absichten. Fauci erklärte dem SPIEGEL jetzt auf Nachfrage, dass er dies Trump gegenüber als »unwahrscheinlich« dargestellt und gewarnt habe, »dass ein Sars-CoV-2-Impfstoff nur dann zur Verfügung gestellt werden sollte, wenn er sich in einer randomisierten, kontrollierten Studie als sicher und wirksam erwiesen hat«.

Ein Hopplahopp-Impfstoff, der versagt, würde Impfgegnern auf der ganzen Welt in die Hände spielen. Eine voreilige Zulassung könnte die Entwicklung weiterer, womöglich besserer Kandidaten stoppen – es dürfte dann keine Probanden mehr geben, die sie testen wollen. Behörden für den Wahlkampf zu instrumentalisieren, wie es Trump offenbar mit der FDA gelungen ist, lässt das Vertrauen in diese Institutionen zerbröseln. Die Politisierung ist der Tod der Wissenschaft. Und ohne gute Wissenschaft wird es keinen guten Impfstoff geben. Rafaela von Bredow

Tiere »Frühzeitig Grenzen setzen«



Die Biologin Melanie von Orlow, 49, vom Naturschutzbund Deutschland über den besten Schutz vor Wespenattacken

SPIEGEL: Anfang der Woche wurde in Lüdenscheid eine Schülergruppe von Wespen attackiert, mehrere Kinder mussten vorübergehend ins Krankenhaus eingeliefert werden. Wie gefährlich sind die Insekten?

Orlow: Die Wespen hatten ihr Nest offenbar in der Nähe eines Sitzbereichs auf dem Schulhof. Wer so ein Nest stört oder auch nur erschüttert, muss damit rechnen, dass die Wespen angreifen, vor allem jetzt im Spätsommer. Die Arbeiterinnen verteidigen die nächste Generation, die derzeit herangezogen wird: junge Königinnen und Männchen.

SPIEGEL: Nehmen solche Attacken zu?

Orlow: Darauf gibt es bislang keine Hinweise. Allerdings sind einige Wespenarten Profiteure des Klimawandels. In Deutschland überwintern normalerweise nur die Königinnen und gründen dann im Frühjahr ein neues Volk. Bald könnte es aber auch hierzulande so warm sein, dass ganze Völker überwintern. Dann werden die Nester nach einigen Jahren eher in Metern als in Zentimetern gemessen. Solche Völker sind schnell Zehntausende Tiere stark. Das sind ganz andere Kaliber.

SPIEGEL: Sind die Tiere grundsätzlich aggressiv?

Orlow: Das ist ein dehnbarer Begriff. Manche Leute finden es schon aggressiv, wenn die Tiere auf die Marmelade oder den Kuchen fliegen. Dabei ist das die ganz normale Nahrungssuche, die zwar lästig und nervig ist, aber nicht aggressiv. Ich empfehle, sich durchaus energisch zu zeigen und frühzeitig Grenzen zu setzen, etwa indem man Speisen abdeckt und die Wespen mit einer Zeitung wedelnd vertreibt oder unter einem Glas einsperrt. Wenn die Tiere erfolg-

reich sind und mit Nahrung zurück zu ihrem Nest fliegen, kommen bald mehr von ihnen. Das muss man also verhindern. Wespenfallen sind im Freien allerdings weder erlaubt noch hilfreich. Auch Teller mit Ersatzfutter aufzustellen ist keine Lösung. Dann wird Ihr Garten oder Ihr Balkon erst recht als Futterstelle etabliert. So etwas spricht sich rum unter Wespen. Die Tiere sind sehr lernfähig.

SPIEGEL: Was lässt sich tun, wenn das Wespennest direkt im eigenen Garten oder am Haus ist?

Orlow: Wespen sind geschützt. Es muss einen vernünftigen Grund geben, ihre Nester zu beseitigen. Aber wenn die Tiere die Wärmedämmung von Häusern zerstören, wenn man allergisch ist oder wenn man ständig durch ihren Flugverkehr laufen muss, dann muss



das keiner tolerieren. Allerdings wird mir zu oft viel zu schnell abgetötet. Muss das Nest beseitigt werden, sollten unbedingt nur Fachfirmen beauftragt werden. Sonst wird man schnell über den Tisch gezogen. Es gibt leider sehr viele selbst ernannte Wespenbekämpfer, die für viel zu viel Geld irgendwelche Hausmittelchen in die Nester sprühen und dann schnell wieder verschwinden. Es ist zudem wichtig, die Eingänge zu bekannten Neststandorten im Winter zu verschließen. Sonst können die Tiere im nächsten Jahr wiederkommen.

SPIEGEL: Wespen sind aber auch Nützlinge.

Orlow: Auf jeden Fall, und neben unseren Problemarten haben wir einige Hundert weitere Arten in Deutschland, von denen die Leute kaum etwas mitbekommen. Viele Wespen sind Aasfresser und natürliche Aufräumer. Und sie halten Schadinsekten der Landwirtschaft im Zaum. Gleichzeitig sind sie Beute, zum Beispiel für den Wespenbussard. Als Teil des Gesamtsystems müssen sie unbedingt erhalten werden. PHB

Verkehr Ungewohnt regeltreu

● Ab 2021 könnten erste automatisierte Autos auf deutschen Straßen fahren, während ihr Fahrer liest oder Filme schaut. Mit der Automatisierungsstufe drei (von fünf) soll dann eine Ära beginnen, in der Fahrzeuge – zu-



Autobahnvision

nächst bei Geschwindigkeiten von bis zu 60 Stundenkilometern auf kreuzungsfreien Schnellstraßen – zeitweise selbstständig lenken, bremsen, anfahren und die Spur halten dürfen. Experten der Unfallforschung der Versicherer haben jetzt in zwei Studien untersucht, welche Folgen es haben könnte, wenn sich herkömmliche Fahrzeuge die Straße auch bei höheren Geschwindigkeiten von maximal 130 Stundenkilometern mit solchen maschinengelenkten Autos teilen. 51 Probanden testeten dafür den sogenannten Mischverkehr im Simulator. Anschließend wurden die Tester ausführlich befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass hoch automatisierte Autos »im Verkehrsfluss als Behinderung erlebt« würden, berichten die Forscher. Das »ungewohnt defensive und regeltreue Ver-

halten« der Fahrzeuge führe in einzelnen Situationen »zu sehr kleinen, sicherheitsrelevanten Fahrzeugabständen«. Dies »könnte zu Auffahrunfällen führen«. In anderen Situationen wurde das Verhalten der selbstfahrenden Autos aber auch »als angenehm und kooperativ erlebt und eher positiv bewertet«. Für sinnvoll erachteten es die Probanden, die automatisierten Autos zu kennzeichnen, um deren Fahrverhalten besser erlernen und einschätzen zu können. »Der Mischverkehr mit automatisierten Fahrzeugen hat sich als weitgehend unproblematisch erwiesen«, resümiert Siegfried Brockmann, Leiter der Unfallforschung der Versicherer. »Es wäre für den Verkehrsfluss aber trotzdem gut, wenn man erkennen könnte, dass ein Fahrzeug automatisch fährt«. PHB

Fußnote

93

Prozent der Hundebesitzer sogenannter Qualzuchten wie Französische und Englische Bulldogge oder Mops würden sich wieder für dieselbe Rasse entscheiden, obwohl sie bei ihren Haustieren schwere Gesundheitsprobleme beobachtet haben, berichten britische Forscher. Die flachgesichtigen Rassen leiden oft unter Atembeschwerden oder Augenschmerzen. Weil sie schlechter Wärme abgeben können, sind Hitzschläge häufiger. Trotzdem gehören zum Beispiel Französische Bulldoggen auch in Deutschland zu den beliebten Hunden.

Psychotest im Stall

Nutztiere Können Hühner, Kühe und Schweine glücklich sein? Und lässt sich das messen? Das viel diskutierte Tierwohl sei weit mehr als die Abwesenheit von Qualen, sagen Verhaltensforscher – und entwickeln neue Methoden für die Haltung.

Jeden Mittwoch schaut Sonja Hillemacher ganz genau, wie es ihren Hühnern geht. Einige der rund tausend Legehennen in den Ställen der Lehr- und Forschungsstation Frankenforst der Universität Bonn in Königswinter-Vinzel werden dann gewogen, ihr Gefieder wird inspiziert. Es folgen Verhaltenstests: Bleiben die Hühner gelassen, wenn sich ihnen Menschen nähern? Untersuchen sie unbekannte Gegenstände in ihrem Stall?

Die Abfolge der überraschenden Objekte wiederholt sich alle sechs Wochen: Länger reicht das Hennengedächtnis nicht – der rote Ball etwa oder das Gummiboot sind dann stets aufs Neue aufregend, denn die Tiere haben schlicht vergessen, dass sie sie schon einmal gesehen haben.

Je unerschrockener die Hennen sich Menschen gegenüber zeigen, je neugieriger sie Spielzeug in Augenschein nehmen, umso besser geht es ihnen: Das sind die Grundannahmen der beiden Standardtests

zur Messung des Tierwohls. Angst und Schmerzen würden das unbefangene Verhalten bremsen.

Im Rahmen ihrer Doktorarbeit am Institut für Tierwissenschaften der Uni Bonn will Biologin Hillemacher herausfinden, was das Hühnerleben schöner macht, zumindest ein bisschen, im Rahmen der Möglichkeiten. Die Forscherin untersucht, ob die Tiere runde oder eckige Sitzstangen bevorzugen; welche Beleuchtung bei ihnen welche Wirkung zeigt; wohin sie am liebsten ihre Eier legen und warum.

Die Bedingungen sollen dabei jenen möglichst nahe kommen, unter denen auch der überwiegende Teil der rund 42 Millionen Hühner in deutschen Legehennenbetrieben gehalten wird. Nur so, das ist die Idee, lassen sich neue Erkenntnisse aus der Verhaltensforschung in die Wirklichkeit des Wirtschaftslebens exportieren.

Noch bis Mitte nächsten Jahres läuft das Projekt »Open Livestock in der Landwirt-

schaft – Moderne Geflügelhaltung aus der biologischen Perspektive des Huhns«. Es findet statt in einem Hightechstall mit Glaswänden und einem Besuchergang, von dem aus interessierte Bürger die Hennen beim Picken und Scharren beobachten können. In einem kleinen Laden werden deren Eier verkauft.

Der Ansatz füge sich in ein generelles Umdenken in der Sicht aufs Tierwohl in der Landwirtschaft, erklärt Hillemachers Betreuerin Inga Tiemann. Die Verhaltensbiologin erforscht seit mehr als 20 Jahren Fähigkeiten und Vorlieben von Hühnern. In jüngster Zeit, sagt sie, setze sich die Erkenntnis durch, »dass wir nicht die Tiere an die Haltung anpassen müssen, sondern die Haltung an die Tiere«. Vor allem aber: dass Wohlbefinden mehr sei als die Abwesenheit von Schmerz.

Angesichts der Zustände in vielen deutschen Nutztierställen klingt das wie eine aberwitzige Utopie: Vor einer Woche erst



Hühnerhaltung: Zwischen Ball und Gummiboot

offenbaren dem SPIEGEL von Tierrechtlern zugespielte Videos aus einem Schweinestall in Mecklenburg-Vorpommern, wie weit die konventionelle Massentierhaltung entfernt ist selbst von minimalen Anforderungen an tierisches Wohlbefinden. Da gab es Bilder von toten oder sterbenden Ferkeln mit klaffenden Wunden, ihre Geschwister saugten an den Zitzen der in der sogenannten Abferkelbucht eingezwängten Muttertiere.

Nicht nur solche Aufnahmen zeigen, wie es noch immer steht um das Wohl von Schweinen, Hühnern und Kälbern in Deutschland. Noch deutlicher belegt das Dauergezerre um viele längst beschlossene Verbesserungen, dass die Praxis weit entfernt ist von der hehren Idee einer ans Tier angepassten Haltung.

So gibt es lange Fristen für die Umsetzung von Verboten etwa der Kastration von Ferkeln ohne Betäubung oder des Tötens männlicher Küken. Der Kastenstand soll abgeschafft werden – aber erst nach einer Übergangsphase von acht Jahren.

Statt das offensichtliche Leid im Stall zügig zu beenden, brachte die zuständige Ministerin Julia Klöckner (CDU) unlängst eine Gassiverordnung für Hunde auf den Weg: Zweimal täglich sollen Waldi und Fiffi jetzt an die frische Luft – für insgesamt mindestens eine Stunde am Tag.

»Ich kenne kein Rechtsgebiet, in dem so heuchlerisch vorgegangen wird wie im Tierschutzrecht«, urteilt Steffen Augsberg,

Professor für Öffentliches Recht an der Uni Gießen. Vorgaben würden so lange verwässert, bis von der gesetzlichen Regelung nichts mehr zu erkennen ist.

Auch die Fülle der Tierwohllabels, mit denen Handel und Erzeuger ihre Produkte gern schmücken, sei eher ein Strauß von Feigenblättern fürs Verbrauchergewissen. Oft spiegelten sie nur minimale Verbesserungen der Haltungsbedingungen wider. »Das sind sehr bescheidene Zugeständnisse«, sagt der Jurist, »darauf dürfen wir uns nicht ausruhen.«

Vegetarier Augsberg ist Mitglied im Deutschen Ethikrat und Mitautor einer Stellungnahme zum Thema »Tierwohllachtung – zum verantwortlichen Umgang mit Nutztieren«, die das Gremium im Juni vorgestellt hat. »So wie Nutztierhaltung jetzt betrieben wird, kann sie nicht weitergehen«, sagt Augsberg, »darüber wollen wir eine Diskussion anstoßen.«

Das Papier mahnt, wenig überraschend, zur konsequenteren Umsetzung dessen, was bereits Gesetz ist. Revolutionärer ist indes, dass der Ethikrat – ebenso wie Wissenschaftlerin Tiemann und ihre Kolleginnen und Kollegen aus der Verhaltensbiologie – eine grundsätzlich neue Sicht aufs Tier fordert.

Das Tierwohl sei die zentrale Zielvorgabe, an der das Tierschutzrecht auszurichten sei. Und: »Für dessen Bestimmung sind primär die Kriterien der ethologischen Forschung zu berücksichtigen ein-

schließlich der Tatsache, dass unsere Nutztiere soziale Tiere sind.«

Was aber ist Tierwohl? Wie kann man es messen? Und wie viel Glück gebührt dem Schwein?

Solche Fragen zu beantworten, ohne die Tiere dabei zu vermenschlichen, ist eine der großen Herausforderungen der modernen Verhaltenswissenschaften. Zweifellos können Tiere Schmerzen, Angst und Stress empfinden. Doch langweilt sich ein Schwein in reizarmer Stallumgebung so, wie das auch ein Mensch tun würde? Höher entwickelten Tieren, heißt es in der Stellungnahme des Ethikrats, komme »gleichsam ein dritter moralischer Status zwischen Mensch und Sache zu«.

Tierärztin Sara Hintze vom Institut für Nutztierwissenschaften an der Wiener Universität für Bodenkultur entwickelt Methoden, mit denen sich die Gefühlswelt von Tieren erfassen lässt – nach wissenschaftlichen Kriterien, nicht nach menschlicher Intuition. Sie weiß, was Kälber optimistisch stimmt, wie die Gestaltung ihrer Käfige das Verhalten von Labormäusen prägt und dass es Schweine wahrscheinlich glücklich macht, wenn ein Mensch ihnen den Bauch kraut. Hintzes Fachgebiet ist die »Identifizierung und Validierung von Indikatoren für emotionale Zustände«, im Augenblick vor allem bei Schweinen und Rindern.

»Wir müssen Wege finden, die Emotionen von landwirtschaftlich genutzten



Hausschwein: Kontakt zu Menschen als Stimmungsaufheller



Zuchtrinder: Stresshormone und Herzfrequenz

Tieren zu messen, wenn wir ihr Leben verbessern wollen«, sagt Hintze. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen hat die Wissenschaftlerin jetzt Kriterien entwickelt, mit denen sich das wachsende Forschungsgebiet Nutztierglück vereinheitlichen lässt.

Ein paar Tests gibt es schon, mit denen sich die Stimmung von Tieren messen lässt. Indirekten Aufschluss können etwa Stresshormone oder Herzfrequenz geben.

Von zentraler Bedeutung ist es zum Beispiel, Langeweile und ihre Folgen zu messen. Eintönigkeit ist unbestritten eines der Hauptprobleme der konventionellen Tierhaltung, doch ist noch unklar, ob sie bei Nutztieren jene unerträgliche chronische Langeweile auslöst, die beim Menschen zu Sucht oder Depressionen führen kann.

Einen Test, der Hinweise darauf liefern könnte, entwickelt Wissenschaftlerin Hintze gegenwärtig mithilfe von Schweinen auf den Versuchsanlagen der Veterinärmedizinischen Universität in Wien.

Zuerst bringen Hintze und ihre Forscherkollegen den Tieren bei, dass jeweils ein bestimmter Reiz einem Ereignis vorausgeht. So heißt etwa ein hoher Ton, dass sogleich ein Leckerchen folgt, ein tieferer bedeutet, dass es keines gibt. Was aber tun die Schweine, wenn ein unbekannter Ton erklingt – nicht so hoch wie jener, der das Futter ankündigt, aber auch nicht so tief wie der andere? Wenden sie

sich der potenziellen Futterquelle zu, gelte das als Zeichen für Optimismus. Tun sie es nicht, erwarten sie offenbar nicht allzu viel Gutes.

Bei jungen Kälbern haben Hintze und zwei ihrer Kolleginnen diesen Test schon angewandt – und herausgefunden, dass es den Tieren dann besser geht, wenn sie paarweise mit Artgenossen gehalten werden und nicht wie sonst üblich in Einzelboxen. Solche Experimente, sagt Hintze, »zeigen, dass wir messen können, wie sich bestimm-

»Die Schweine legen sich auf den Rücken wie Hunde und lassen sich den Bauch kraulen.«

te Haltungsbedingungen auf den emotionalen Zustand von Tieren auswirken.«

Bei Schweinen wiederum könnte der Kontakt zu Menschen als Stimmungsaufheller wirken. Einmal täglich haben manche der Tiere für fünf Minuten Besuch von einem Menschen, dem sie sich dann nähern können oder auch nicht. »Die meisten lieben diesen Kontakt«, berichtet Hintze. »Die legen sich auf den Rücken wie Hunde, schließen die Augen und lassen sich den Bauch kraulen.«

Auch aus dem Bonner Hühnerstall kommen Anzeichen, dass vergleichsweise ein-

fache Maßnahmen das Wohlbefinden steigern können. So fällt an schönen Tagen Sonnenlicht durch die Fenster der Anlage. »Das ist ein Riesengewinn für die Hühner«, sagt Wissenschaftlerin Tiemann. Die Sonnenplätze seien stets im Nu belegt, alle Tiere strömen ins natürliche Licht, zum Staubbaden etwa oder für andere genussliche Tätigkeiten, die die Forscher »Komfortverhalten« nennen.

Mittels künstlichen Lichts wiederum haben die Wissenschaftlerinnen erreicht, dass die Hühner ihr natürliches Ruheverhalten besser ausleben können. Im Stall stehen zwar Sitzstangen für das sogenannte Aufbaumen zur Verfügung – doch viele Tiere finden am Abend nicht den Weg hinauf, ehe im Stall das Licht ausgeht, und schlafen am Boden. Dort aber fehlen laut Tiemann Transportbänder für den Kot – der Boden verreckt und der Ammoniakgehalt der Raumluft steigt.

In Bonn können Teilbereiche des Stalls unterschiedlich illuminiert werden. Abends geht das Licht über den Schlafplätzen als Letztes aus, sodass die meisten Hühner sich dort niederlassen. Auch die Nutzung der Nester, in denen die Hühner ihre Eier ablegen sollen, haben die Forscher durch veränderte Beleuchtung verbessert.

Gegenwärtig wird die Versuchsanlage gereinigt und umgebaut. Wenn im September neue Hennen einziehen, wollen Hillemacher und Tiemann untersuchen, welchen Einfluss die Einstreu auf das Wohlbefinden hat. Statt Sägespänen wollen die Geflügelexpertinnen gröbere Häcksel testen: Fördern diese das Stallklima, und beschäftigen sich die Tiere mehr damit als mit der herkömmlichen Variante?

Nächsten Sommer wollen die Forscherinnen ihre Ergebnisse Wissenschaftlern und Tierhaltern im Rahmen von Workshops vorstellen. Sie werden dann wissen, welche Maßnahmen das Tierwohl messbar fördern, und hoffen, dass die Erkenntnisse es in die praktische Anwendung schaffen. »Dass eine funktionale Einteilung der Beleuchtung den Tieren sehr viel bringt, kann jetzt schon als gesichert gelten«, erklärt Tiemann.

»Wir können nur die Basis liefern«, ergänzt Veterinärmedizinerin Hintze. »Was wir dann damit anfangen, muss die Gesellschaft entscheiden.«

Jurist Augsburg glaubt, dass bei vielen Menschen das Unwohlsein über den Umgang mit Nutztieren wächst: »Die Sensibilität nimmt zu.« Das, hofft er, werde sich irgendwann auch am Kühlregal zeigen. Er halte es für ausgeschlossen, dass künftige Generationen die heutige Tierhaltung als richtig empfinden werden. »In 50 Jahren«, sagt er, »wird man darauf mit Entsetzen zurückschauen.« Julia Koch

Auf Udos Spuren

Naturerbe Immer wieder werden wertvolle Fossilien zu Schotter verarbeitet – und Forscher, die sie retten wollen, haben das Nachsehen.

Vergangenen November befahl Bayerns Ministerpräsidenten Markus Söder ein Gefühl, das ihn nicht oft überkommt: Er wurde »ein bisschen demütigt«. Es geschah beim Besuch der Tongrube Hammerschmiede im Landkreis Ostallgäu, in der bereits Überreste von urzeitlichen Riesensalamandern und Pandas ans Tageslicht gekommen waren. Die Fossilienfunde, die Söder besichtigen konnte, überrufen jedoch alles.

Es handelt es sich um versteinerte Knochen eines bis dahin unbekanntem Menschenaffens, der vor fast zwölf Millionen Jahren lebte und von seiner Entdeckerin, der Tübinger Paläontologin Madelaine Böhme, Udo getauft wurde. Das Besondere an dem Primaten ist nicht sein geologisches Alter, sondern die Beschaffenheit seiner Beinknochen und der Lendenwirbelsäule. Die spricht dafür, dass Udo aufrecht gehen konnte.

Manch einen verleitete das zu der verwegenen These, dass der Mensch nicht aus Afrika, sondern aus Bayern stammt. Ganz so weit ging Söder nicht, immerhin aber freute er sich über einen »sensationalen wissenschaftlichen Fund, der uns vielleicht die ganze Geschichte neu schreiben lässt«.

Für Böhmes Team sollte diese Euphorie Grund genug gewesen sein, die Grabung unverzüglich fortzusetzen. Doch keineswegs: Seit dem Besuch des Landesvaters verbrachten die Forscher keinen einzigen Tag mehr in der Tongrube. Der Grund: Es gab keinen gültigen Grabungsvertrag, und es konnte auf die Schnelle auch kein neuer ausgehandelt werden.

Das Problem, das Böhme in den vergangenen Monaten plagte, ist in der Paläontologenbranche wohlbekannt: Die Urzeitforscher machen ihre Funde oft dort, wo industriell Gestein abgebaut wird. Sie sind deswegen darauf angewiesen, dass Tagebaubetreiber und andere Grund-

stücksinhaber sie arbeiten lassen. Die aber sind meist wenig geneigt, Wissenschaftler aufs Gelände zu lassen. Tonnenweise werden so wertvolle Fossilien unbeabsichtigt zu Schotter oder anderem Baumaterial verarbeitet.

Jetzt wenden sich Deutschlands Profund- und Freizeitpaläontologen mit einer Unterschriftenkampagne an die Politik. Der »Zugang zur Ressource« sei immer schwieriger zu bekommen, klagt Sönke Simonsen, der die Kampagne für Nordrhein-Westfalen initiiert hat und als Herausgeber des Magazins »Der Steinkern« eine Art Wortführer der deutschen Fossilienzunft ist. Wenn man es ernst meine mit der Forschungsfreiheit, müssten die Behörden unbedingt bei den Verhandlungen mit Betreiberfirmen helfen, fordern die Paläontologen.

Aus Sicht der Tagebaubetreiber sind Urzeitkundler ein Ärgernis. »Betriebs-

fremde Personen« störten die »eingespielten Abläufe«, argumentiert eine Sprecherin der Geiger Unternehmensgruppe, die unter anderem an Udos Fundort Hammerschmiede Ton abbaut. Die Fossilienjäger seien zudem ein »Haftungsrisiko«. Kämen sie zum Beispiel durch Steinschlag zu Schaden, müssten die Betreiber zahlen.

Simonsen findet solche Bedenken »absolut verständlich«. Deswegen kommen die Paläontologen in ihrem Novellierungsvorschlag den Steinbruchbetreibern auch sehr weit entgegen. Sie schlagen gesetzliche Vordrucke von rechtssicheren »Haftungsausschlusserklärungen« vor, die sicherstellen sollen, dass die Forscher künftig auf eigenes Risiko hämmern und klopfen können. Damit solche Vereinbarungen wasserfest sind und von den Unternehmern als eine Art Eintrittskarte akzeptiert

werden, brauchen die Forscher jedoch politische Unterstützung.

Die Unterzeichner des Novellierungsvorschlags, zu denen zahlreiche namhafte Professoren aus ganz Deutschland zählen, wünschen sich aber nicht nur »legale Zugangsmöglichkeiten zu vorhandenen Fossilienfundstellen«. Sie fordern auch eine bessere Zusammenarbeit zwischen Laien und Denkmalpflegern und erhoffen sich auf längere Sicht höhere Finderlöhne in all jenen Bundesländern, in denen es ein sogenanntes Schatzregal gibt. Das schreibt vor, dass alle Fossilienfunde, die von besonderem wissenschaftlichen Wert sind, der zuständigen Behörde gemeldet werden müssen. Außerdem gehören sie automatisch dem Land.

Zumindest was das betrifft, haben es Freizeitpaläontologen in Bayern deutlich besser. Im Freistaat gilt ein Prinzip, nach dem Finder und Grundeigentümer jeweils eine Hälfte des Fundstücks gehört. Diese Regelung begünstigt Amateurforscher, kann aber zu schweren Konflikten führen. So wurde eines der Fragmente des sogenannten Neuschwanstein-Meteoriten, das Anfang des Jahrtausends in der Nähe des Märchenschlosses vom Himmel fiel, halbiert, weil sich die Eigentümer partout nicht einigen konnten.

Diese Gefahr besteht im Fall der Udo-Fossilien nicht. Außerdem konnte nun endlich ein neuer Grabungsvertrag ausgehandelt werden. Böhmes Team darf kommende Woche zurück in die Tongrube – und verspricht spektakuläre Entdeckungen: »Da steckt noch viel mehr von Udo und seinen Artgenossen im Boden.« Guido Kleinhubbert



Patriek Junker / laif



Veitlar Simenovskij / swins.com / Action Press

Paläontologin Böhme, Menschenaffe Udo (Illustration)
Sensation in der Lendenwirbelsäule

Signal aus der Kloake

Pandemie Corona-Virentests sind teuer und langsam. Um für die zweite Welle gewappnet zu sein, entwickeln Forscher neuartige Frühwarnsysteme. Sie können den Pulsschlag, Blutproben und die Ausscheidungen von Zigtausenden Menschen auswerten, um Infektionsherde zu erkennen.

Einmal am Tag nimmt Dr. Brockmann der Nation den Puls. Er setzt sich an den Rechner und schaut, wie schnell das Herz seiner Probanden durchschnittlich gerade schlägt. So will er feststellen, wo neue Covid-Infektionen aufflackern, und zwar möglichst mehrere Tage bevor die Gesundheitsämter es bemerken.

»Wir entwickeln ein Corona-Frühwarnsystem«, sagt Dirk Brockmann, Professor am Fachbereich für Biologie an der Humboldt-Universität in Berlin. Er ist eigentlich studierter Physiker, derzeit modelliert er aber am Computer das Pandemie-Geschehen. Er und sein Team werten dazu die »Corona-Datenspende«-App des Robert Koch-Instituts (RKI) aus.

Die Forscher machen sich zunutze, dass die starke Immunreaktion eines Infizierten seine Pulsfrequenz geringfügig ansteigen, seine Schrittzahl in der Regel jedoch sinken lässt. Die Veränderung wird dabei nicht für einzelne Patienten berechnet, sondern für größere Gruppen. Brockmann hofft, auf diese Weise zuverlässig Infektionsherde zu erkennen.

Deshalb luden er und sein Team jedermann zum Mitmachen ein: Wer die RKI-App herunterlade, könne automatisch seine Pulsdaten und die Zahl seiner Schritte vom Fitnessarmband übertragen lassen, freiwillig und unter Pseudonym, aber verbunden mit der Postleitzahl.

Das Interesse war gewaltig. »Wir hatten eigentlich mit ein paar Tausend Teilnehmern gerechnet«, sagt Brockmann. Doch als er die App am 7. April vorstellte, gingen die Server fast in die Knie, in kürzester Zeit machten über 500 000 Menschen mit.

Prompt gab es Kritik, denn die App, entwickelt von einer privaten Firma, wies Datenschutzängel auf. Doch inzwischen sind die meisten Probleme behoben, und es zeigt sich: Die kollektive Pulsvermessung könnte tatsächlich taugen als Alarmsystem im Kampf gegen das Virus.

Im Schnitt liegt der Ruhepuls der Datenspende bei 61,01 Schlägen pro Minute. Doch seit Mitte Juli schlugen die Herzen der Teilnehmer merklich schneller. »Das könnte wohl der Hinweis auf die zweite Infektionswelle sein«, sagt Brockmann. Seit dieser Woche verwendet das RKI den aktuellen »Fiebermonitor« offiziell, um schneller auf neue Ausbrüche reagieren zu können. Derzeit sind die Warnungen nach Bundesland aufgeschlüsselt, demnächst

könnten sie bis auf Ebene der Landkreise aufgelöst werden.

Brockmann ist nur einer von vielen Pionieren, die an neuen Corona-Alarmanlagen tüfteln. Während er den Puls der Bürger misst, fahnden andere in der Kanalisation nach Virenstücken oder wollen Millionen von Blutproben nach Hinweisen auf Infektionen durchforsten.

All das könnte zur wertvollen Waffe werden, falls das Virus im Herbst mit voller Wucht zurückkommen sollte. Bei der ersten Corona-Welle mussten die Behörden landesweit mit dem Lockdown-Hammer reagieren. Das nächste Mal, so die Hoffnung, könnte es reichen, gezielter zu agieren: prompt, lokal und präzise.

Die bisherigen Testmethoden sind oft zu träge, um lokale Ausbrüche, kaum dass sie auflodern, ersticken zu können. Der sogenannte PCR-Test, bei dem beispielsweise mithilfe eines Rachenabstrichs Virusmaterial nachgewiesen wird, gilt zwar als Goldstandard, doch die Ergebnisse liegen oft erst vor, wenn Patienten längst ansteckend sind. Hinzu kommen teils Verzögerungen bei Laboren und Gesundheitsämtern wie zuletzt in Bayern. Die neuen Corona-Alarmsysteme sollen schneller rea-

gieren – noch allerdings befinden sie sich allesamt im Experimentalstadium.

Eines der neuen Verfahren entwickelt Rosalie Pype. Jeden Dienstag und Donnerstag entnehmen sie und ihr Team Abwasserproben aus acht verschiedenen Kläranlagen in Belgien. Seit Juni schicken sie pro Kläranlage regelmäßig über Kurier je einen Viertelliter Schmutzwasser in einem Kühlgefäß ins Labor, um es dort auf Spuren von Sars-CoV-2 untersuchen zu lassen. Die Ergebnisse ergeben ein Abbild des Infektionsgeschehens. Denn wer infiziert ist, scheidet auf der Toilette Virenpartikel aus, die zwar nicht als infektiös gelten, aber immer noch nachweisbar sind.

Auch aus den Niederlanden liegen Befunde vor: Schon im März stellten Forscher in der Stadt Amersfoort Coronavirenpartikel im Abwasser fest, sechs Tage vor der ersten offiziellen Meldung eines Infektionsfalls, berichten sie in der Zeitschrift »Environmental & Science Technology Letters«. Seit Juli sind die Abwassertests Teil des nationalen Corona-Kontrollsystems, ab September sollen alle Klärwerke auf Sars-CoV-2 kontrolliert werden.

Deutschland könnte bald nachziehen. Mehrere Arbeitsgruppen testen bereits entsprechende Methoden, und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) will erkunden lassen, wie gut geeignet das »flächendeckende stichprobenartige Testen von Abwasser« ist, so steht es in einem Beschlussvorschlag vom Montag.

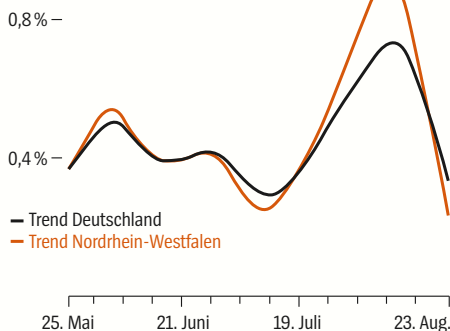
Immer deutlicher zeichnet sich ab: Schmutziges Abwasser liefert saubere Daten. Nachdem Patienten sich angesteckt haben, selbst dann, wenn sie keine Symptome spüren, steigt die Virenlast im Abwasser. Und zwar teils mehrere Tage bevor ein Ausbruch den Gesundheitsämtern auffällt. Zudem gibt es weder Probleme mit dem Datenschutz, noch mit Schlendrian. Denn positive Befunde lassen sich nicht auf einzelne Menschen zurückführen, und niemand kann sich dem Test entziehen. Statt vieler mühsamer Einzeluntersuchungen liefert das Abwasser auf einen Schlag einen »gepoolten« Test von Zig- oder Hunderttausenden Menschen.

»Abwasser lügt nicht«, schwärmt Bernd Gawlik. Für die Europäische Kommission koordiniert der Chemieingenieur von seinem Dienstsitz am italienischen Lago Maggiore aus die Zusammenarbeit von bald 93 Abwasser-Teststellen in mehr als

Puls der Nation

Erkanntes Fieber, basierend auf Datenspenden zu Herz- und Schritzfrequenz

Geschätzter Anteil der Datenspende mit Fieber





Ralf Hirschberger / picture alliance / dpa



Getty Images



Sebastian Gollnow / picture alliance / dpa

Kläranlage, Fitnessstracker, Blutproben: Das Internet der Körperflüssigkeiten könnte wie eine Art globales Immunsystem funktionieren

20 Ländern, etwa in Deutschland, Österreich, Italien oder Schweden. Demnächst könnten auch Bosnien und Herzegowina, Montenegro und die Ukraine dazustoßen.

Noch gibt es viele Fragen und wenige einheitliche Standards. Die Forscher müssen zum Beispiel noch genau ergründen, wie es die Messergebnisse verändert, wenn ein Regenguss das Abwasser verdünnt. Für klassische Veröffentlichungen in Fachzeitschriften bleibe kaum Zeit, sagt Gawlik. Ende September will sein Team einen Zwischenbericht vorlegen.

Immerhin gibt es, anders als bei der nationalen Pulsmessung, langjährige Erfahrung. Die Abwasserüberwachung hat sich seit den Neunzigerjahren bewährt. Neben der EU nutzen unter anderem auch Australien und Kanada Abwasserproben als Teil eines Frühwarnsystems. Es eignet sich für die Erkennung von Masern oder Kinderlähmung, ebenso wie von antibiotikaresistenten Bakterien oder Noroviren. Auch Drogenrückstände lassen sich so nachweisen (demnach ist in deutschen Großstädten Ecstasy besonders beliebt, in den Niederlanden außerdem Kokain).

Ambitionierter noch als die Pläne der Puls- und Kloakenvermesser ist die Vision von Michael Mina. Der Epidemiologe der amerikanischen Harvard-Universität will ein Globales Immunologisches Observatorium (GIO) aufbauen. Sein Ziel ist es, viele Millionen Blutproben aus aller Welt auf Antikörper hin zu durchforsten, um so nach Markern unterschiedlichster Krankheiten zu fahnden.

Bislang sei das Gesundheitssystem der USA ein Flickenteppich aus lokalen Zuständigkeiten, Kliniken und Ärzten, so die Wissenschaftszeitschrift »Science« in einem Artikel über Minas Projekt. Die Corona-Epidemie habe viele Schwächen offengelegt, sagt Mina. Daher würde sein Team gern ohnehin anfallende Proben aus Krankenhäusern, Blutbanken und von Plasmaspendern auswerten – Tag für Tag, um einen Überblick zu bekommen, wo ein neuer Infektionsherd aufflammt.

Nicht nur im Kampf gegen Covid-19 wäre ein solches Observatorium hilfreich, sondern auch bei anderen gefährlichen Erregern wie dem Zika- oder dem West-Nil-Virus. Vor allem aber könnte mit dem GIO eine Bastion gegen zukünftige Plagen entstehen, von deren Existenz heute noch niemand etwas weiß.

Minas Team vergleicht das neuartige Immunobservatorium mit einer Art biologischen Wetterwarte: »Die Fähigkeiten der Wettervorhersage wurden durch den Einsatz von Bojen, welche die Oberflächenwassertemperatur auf den Weltmeeren messen, dramatisch verbessert«, schreibt sein Team in einem Artikel in der Zeitschrift »eLife«. Ähnlich könne ein globales Infektionsmessnetz funktionieren: wie eine Art »hochsensibles Messgerät, bestehend aus allen unseren Immunsystemen«.

Egal ob kollektive Pulsmessung, Abwasserscreening oder Blutobservatorium: All diese neuen Ansätze sollen helfen, Gesundheitssysteme zu entlasten, die bisher

auf die Diagnose und Behandlung einzelner Patienten ausgerichtet waren, die aber angesichts einer Pandemie mit vielen Millionen Infizierten an Grenzen stoßen.

Die Pioniere der neuen Methoden setzen auf Tempo statt auf Präzision; auf Statistik statt auf individuelle Diagnosen. Kollektive Warnsysteme für ganze Regionen sollen an die Seite der telefonbasierten Kontaktverfolgung treten.

Keines der neuartigen Alarmsysteme funktioniert zuverlässig, solange es isoliert betrachtet wird. Der Clou liegt in der Vernetzung. Wenn die experimentellen Überwachungsdaten von Puls, Ausscheidungen und Blut mit den herkömmlichen Methoden kombiniert werden, könnten sie im Zusammenspiel wie ein globales Immunsystem funktionieren. Ein solches Internet der Körperflüssigkeiten könnte die Zeit überbrücken, bis Impfstoffe die echten Immunsysteme der Menschen mobilisieren.

Und immer wieder tun sich unvermittelt neue Wege auf. »Ständig stolpern wir über unerwartete Zusammenhänge«, sagt Puls-Experte Brockmann. Ihm ist zum Beispiel aufgefallen, dass Infektionen die Nachtruhe seiner Datenspender stören: Fitness-tracker registrieren, wenn sich Nutzer stundenlang unruhig im Bett umherwälzen. Nun erwägt er mit Forschern aus München, seine Freiwilligen auch nächstens zu beobachten, um das neuartige Coronavirus vielleicht im Schlaf zu ertappen.

Hilmar Schmundt
Twitter: @hilmarschmundt

Alles Neuland

Medizin Covid-Warnung für Schwangere: Corona kann die Plazenta verändern. Ärzte fürchten Langzeitfolgen fürs Kind.

Markus Busch hatte gerade Wochenenddienst, als Anfang Mai eine schwangere Covid-19-Patientin auf die Intensivstation in der Medizinischen Hochschule Hannover verlegt wurde. »Alle dachten, dass das neuartige Coronavirus für Schwangere nicht gefährlicher ist als für andere«, erzählt der Oberarzt. »Als sie uns telefonisch angekündigt wurde, hieß es zunächst, die Frau sei nicht allzu schwer krank.«

Tatsächlich schwebte die Patientin zu diesem Zeitpunkt bereits in Lebensgefahr. »Der Notarzt hat es kurz danach kaum noch geschafft, sie lebend zu uns zu bringen«, sagt Busch.

Die Schwangere zählte zu jenen Covid-19-Patienten, die man inzwischen als »happy hypoxics« bezeichnet – ihre bedrohlich niedrige Sauerstoffsättigung im Blut blieb lange unbemerkt, weil sie keine Atemnot hatte. »Das war damals alles noch Neuland«, so Busch. Gute Intensivmedizin erfordere es, der Krankheit immer ein paar Schritte voraus zu sein. »Aber das ging in diesem Fall nicht, weil wir über Covid-19 ganz viel noch gar nicht wussten.«

Am Ende überlebte die Patientin. Aber ihr Kind trug so schwere Hirnschäden davon, dass sich die Frau zur Spätabtreibung entschloss. »Das war wirklich schlimm«, sagt Busch. »Ich war mir sicher, dass wir das Kind hätten retten können, wenn die Frau früher zu uns gekommen wäre.«

Drei Tage stand ihr Bett leer. Dann lag die nächste schwangere Covid-19-Patientin darin. »Diesmal wollten wir unbedingt Frau und Kind retten«, sagt Busch. »Wir haben noch penibler als sonst üblich auf sie aufgepasst.«

Nach zwei Wochen Beatmung ging es der Frau langsam wieder besser. Die Gynäkologen waren ebenfalls zufrieden. Alles lief gut, die Frau war in der 20. Schwangerschaftswoche. »Ich fing an, mich gedanklich schon wieder mit anderen Patienten zu beschäftigen«, erzählt



Intensivmediziner Busch
»Das Kind kommt!«

Joanna Nottebrock / DER SPIEGEL



Covid-19-Patientin in Brasilien: Blutgerinnsel im Mutterkuchen

Busch. »Aber dann rief plötzlich ein Pfleger: »Das Kind kommt!« Als ich in ihr Zimmer kam, presste sie gerade ihr totes Baby heraus.«

Die Fehlgeburt sei für alle »völlig unerwartet« gekommen, sagt Busch. »Es zeigte uns, was alles passieren kann, wenn man es mit einer Krankheit zu tun hat, die man noch nicht richtig kennt.«

Ob es das neuartige Coronavirus war, das zum Tod des Kindes führte, konnte nicht endgültig geklärt werden. Doch es verdichten sich die Hinweise, dass Covid-19 für Schwangere keinesfalls weitgehend harmlos ist, wie anfangs angenommen.

Noch ist die Datenlage dünn, aber ein Bericht der US-amerikanischen Seuchenschutzbehörde Centers for Disease Control and Prevention von Ende Juni kommt zu dem Schluss, dass das Risiko, mit Covid-19 auf der Intensivstation zu landen, für Schwangere erhöht sein kann. Auch in der Fachzeitschrift »Science« wurde Anfang August davor gewarnt.

Im Fall von Sars und Influenza sind schwerere

Krankheitsverläufe bei Schwangeren schon lange bekannt. Und falls werdende Mütter doch nicht ernsthafter an Covid-19 erkranken sollten als andere, sind sie trotzdem Risikopatientinnen: weil sie nicht alle Medikamente bekommen dürfen und im Notfall nicht wie andere Patienten mit Lungenversagen auf dem Bauch liegend beatmet werden können.

Dringlichkeit bekommt das Thema, weil in Deutschland zunehmend jüngere Menschen vom Coronavirus betroffen sind. »Meine Botschaft ist: Wenn ihr schwanger seid, passt auf!«, sagt Ulrich Pecks, Gynäkologe am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein in Kiel, der verantwortlich für die Schwangeren im deutschen Register für Corona-Infizierte ist.

In seinen Daten hat Pecks noch etwas anderes festgestellt: Infizierte Schwangere haben häufiger Frühgeburten. »Statt etwa 9 sind es rund 16 Prozent«, berichtet er. In Großbritannien sei es sogar jede vierte Schwangere mit Covid-19, bei der das Kind zu früh auf die Welt komme. Das müsse allerdings nicht unbedingt am Virus liegen, sagt Pecks. Möglich sei auch, dass die Kinder frühzeitig von den Ärzten auf die Welt geholt würden, um die Mütter nach der Geburt besser therapieren zu können.

Einen anderen überraschenden Befund offenbarte eine Studie aus dem Südwesten

Irlands: Während des Lockdowns ging dort die Zahl stark untergewichtiger Neugeborener deutlich zurück. Die Erklärung ist unklar. Kamen etwa weniger Frühchen zur Welt, weil die Mütter während des Lockdowns weniger gestresst waren? Oder verstarb ein Teil der Kinder bereits im Mutterleib, sodass diese Babys in der Frühchenstatistik nicht auftauchten? Mehr und bessere Daten, darin sind sich alle Experten einig, sind notwendig, um zu verstehen, was wirklich bei Schwangeren mit Covid-19 passiert.

Nach allem, was man bislang weiß, wird das neuartige Coronavirus nur sehr selten im Mutterleib von der Mutter auf das Kind übertragen. Wenn es doch passiert, kann das ernsthafte Folgen haben. In der Fachzeitschrift »Nature« beschrieben französische Ärzte ein Neugeborenes, das wegen einer im Mutterleib erworbenen Coronavirus-Infektion ähnliche neurologische Komplikationen entwickelte, wie sie bei erwachsenen Covid-19-Patienten vorkommen.

Vor allem aber bereitet den Ärzten ein weiteres Problem Kopfzerbrechen. Aufgrund von Prozessen, die durch eine Infektion mit dem Virus ausgelöst werden, kann es zu entzündlichen Veränderungen in der Plazenta kommen. Und in einer Studie aus New York wurden bei fast der Hälfte der infizierten Patientinnen Blutgerinnsel – ein für Covid-19 typisches Phänomen – im Mutterkuchen entdeckt.

»Diese Veränderungen können die Durchblutung der Plazenta verschlechtern«, erklärt Jeffrey Goldstein, Pathologe an der Northwestern University in Chicago, der inzwischen rund hundert Plazentas von Covid-19-Patientinnen untersucht hat. Ärzte aus Rotterdam beschrieben den Fall einer infizierten Mutter, die keinerlei Symptome zeigte, deren Kind jedoch per Kaiserschnitt auf die Welt geholt werden musste – weil die Plazenta entzündet war.

»Den meisten dieser Kinder geht es nach der Geburt gut«, sagt Goldstein. »Aber wir sind uns nicht sicher, ob es vielleicht zu Langzeitfolgen kommt.« Von der Spanischen Grippe, die von 1918 bis 1920 wütete, sei bekannt, dass Kinder, die während der Hochzeit der Pandemie im Mutterleib waren, später im Leben häufiger ins Krankenhaus mussten und eine etwas kürzere Lebenserwartung hatten.

»Deshalb wollen wir gerne wissen, wie es den Kindern der Corona-Pandemie langfristig geht«, sagt Goldstein. In Registern sollen sie über Jahre weiterverfolgt und regelmäßig untersucht werden.

Jeffrey Goldstein hat einen klaren Rat: »Schwangere sollten es vermeiden, sich anzustecken.« Panik, sagt der Pathologe, sei nicht angebracht. Aber Vorsicht sehr wohl.

Veronika Hackenbroch



Prinzessin Diana in London im Juli 1991

SPIEGEL GESCHICHTE

SAMSTAG, 29. 8., 18.10 – 19.45 UHR, SKY

Diana – Sieben Tage erschüttern die Welt

Am 31. August 1997 stirbt Prinzessin Diana bei einem Autounfall in Paris. Die folgende öffentliche Anteilnahme übersteigt alles bisher Dagewesene. Millionen Menschen auf der ganzen Welt sind erschüttert. Großbritannien befindet sich im Schockzustand. Die Queen jedoch schweigt. Erst nach Tagen wendet sich die Monarchin endlich an das trauernde Volk.

ZDF HISTORY

SONNTAG, 30. 8., 23.45 – 0.30 UHR, ZDF

Dieter Hallervorden – Eine deutsche Legende

In der alten Bundesrepublik war er vor allem als Didi aus der Serie »Nonstop Nonsense« bekannt. Die Fernsehzuschauer lachten über seine Sketche. Doch Dieter Hallervorden wollte nicht auf Blödeleien reduziert, sondern auch als politischer Mensch und Schauspieler wahrgenommen werden. Ein Porträt anlässlich seines 85. Geburtstags.



Schauspieler Hallervorden

SPIEGEL TV

MONTAG, 31. 8., 23.25 – 0.00 UHR, RTL

Kampf um Berlin

Die Politik stoppt Demos gegen Corona-Maßnahmen. Widerstand



Querdenken-711-Initiator Michael Ballweg

formiert sich, sogar der Reichstag soll gestürmt werden. Reportage aus einer Stadt am Rande des Chaos

Die Macher des Widerstands

Wer sind die führenden Corona-Skeptiker in Deutschland?

Extrawurst für Clangröße

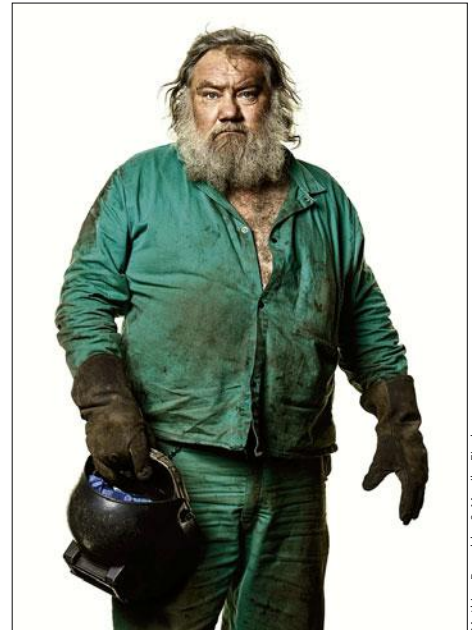
Pokerräuber Momo Abou Chaker vor Gericht

SPIEGEL TV WISSEN

DIENSTAG, 1. 9., 21.45 – 22.45 UHR, SKY und bei allen führenden Kabelnetzbetreibern

Super Heroes

Einige Menschen haben übernatürlich wirkende Fähigkeiten, die es ihnen ermöglichen, körperliche Grenzen zu überschreiten. Sporttrainer und Physiotherapeut Arnaud Tortel hat acht von ihnen getroffen. An Orten, an denen diese außergewöhnlichen Personen sich den Elementen stellen.



Mathias Braschler & Monika Fischer

Gesichter Amerikas

Fotografie Der Bildband »Divided We Stand« zeigt die USA als gespaltenes Land.

● Für ihren neuen Bildband reisten die Schweizer Fotografen Monika Fischer und Mathias Braschler mit ihrem zum Studio ausgebauten Lieferwagen 24 000 Kilometer durch die USA, durch 40 Staaten. Sie wollten Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund treffen. »Divided We Stand« zeigt meisterhafte Porträts dieser Menschen und dazu ihre ehrlichen Mei-

nungen – etwa dass Donald Trump von Gott gesendet worden sei, um den Teufel zu vertreiben, oder auch dass Drogenkonsum zum Alltag gehöre. Eine Waffenhändlerin erklärt, wie die Angst im Land ihre Verkäufe beflügelt. Ein Arbeiter spricht über das Ende der großen Stahlwerke. Viele zeigten sich unversöhnlich, denn »es gibt keinen Diskurs. Die Men-

schen sprechen untereinander nicht über Politik, sie bleiben in ihrer Blase«, sagt Braschler. Die 82 Gesichter erzählen von der tiefen Spaltung, die Donald Trump 2016 zum Präsidenten gemacht hat – und die sich seitdem verschärft. CPA

Mathias Braschler/Monika Fischer: »Divided We Stand«. Hartmann; 160 Seiten; 39 Euro.

Integrationsdebatte

Politische Punchlines

● Sein erstes Sachbuch 2018, das war die ganz große Pose: unsachlich, böse, wütend und oft ungerecht, ein Angriff auf die sogenannte Mehrheitsgesellschaft. »Desintegriert euch!« heißt es und brachte den Berliner Max Czollek, 33, bis in die »New York Times«. Die extreme Kritik an Deutschland war der richtige Ansatz, um die eigenen linken Reihen zu schließen. Aber für die Debatte um Herkunft, Heimat,

Identität war sie eher »nicht hilfreich«, wie Angela Merkel sagen würde. Die Debatte ist ohnehin polarisiert, da braucht es nicht noch einen Provokateur, besser ist eine ausgerichtete Stimme. Eine solche hat Czollek sich für weite Teile seines neuen Buchs zugelegt. »Gegenwartsbewältigung« heißt es. Der Lyriker und Politikwissenschaftler, promoviert am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, hat noch immer ein Gespür für Punchlines: »Schreibe so, dass die

Nazis dich verbieten würden!« Aber er setzt den Punch selbener ein, er tänzelt mehr um seine Gegner herum. Sein Ziel: nicht die Vergangenheit bewältigen, sondern die Gegenwart. Czollek singt das Hohelied der Differenz: »Gerade die radikale Vielfalt der Gesellschaft ist ein Motor der Demokratie.« Er stänkert gegen das Gerede von einer jüdisch-christlichen Leitkultur, das so tolerant daherkomme, oft aber umso intoleranter sei, weil sich hinter ihm Islamophobie



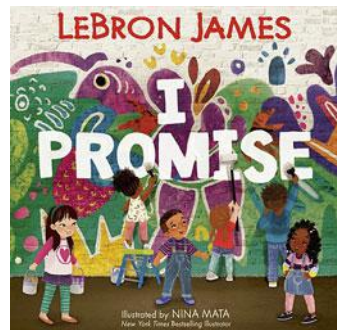
verberge. Die neue deutsche Heimatsehnsucht konterkariert Czollek mit einem Alternativvorschlag: einer jüdisch-muslimischen Leitkultur. Nach den rechten Terrorangriffen der vergangenen Jahre sei doch klar, dass beide Seiten ein Schicksal teilen: »Entweder, es gelingt Juden und Jüdinnen wie Muslim*innen, in Deutschland zu leben. Oder beiden nicht.« Czolleks Vision: ein Bündnis der Diskriminierten über die Grenzen ihrer jeweiligen Diskriminierung hinweg. TOB

Max Czollek: »Gegenwartsbewältigung«. Hanser; 208 Seiten; 20 Euro.

Kinderbücher

Des Königs Verse

● Der US-amerikanische Basketballspieler LeBron James, genannt King James, steht derzeit auf Platz eins der Bestsellerliste der »New York Times«. Kategorie: Bilderbücher für Kinder. James und die Illustratorin Nina Mata haben zusammen 42 Seiten gestaltet, die Kindern innere Stärke und Motivation vermitteln sollen. Das Schöne: In dem Buch mit dem Titel »I Promise« spielen Mädchen Basketball, Kinder



»I Promise«-Cover

unterschiedlicher Herkunft und Hautfarbe klettern zusammen auf dem Spielplatz, und

die Lehrerin trägt ein Kopftuch. Der Text besteht fast komplett aus Versen, die mit den Worten »I promise« beginnen. Reimend listet James Versprechen auf, die Kinder sich selbst geben sollen. Es geht um Respekt, Rechtschaffenheit, Regeltreue – die Werte, mit denen sich James aus seiner Herkunft in Armut an die Spitze des amerikanischen Sports gekämpft hat. Erwachsene Leser werden vielleicht merken, dass James kein virtuoser Lyriker ist, doch Kinder dürfte das kaum stören. Sein

erstes Kinderbuch sei ein Versuch, jene jungen Menschen zu erreichen, die sonst durch die Lücken des Systems rutschen, sagt er. Für diese Kinder schreibt James Verse, die sich übersetzt so lesen: »Ich verspreche, über das gesamte Feld zu rennen/zu jedem Training zu kommen/wieder aufzustehen/und meine Magie strahlen zu lassen.« Original King James klingt dann so: »I promise to run full court/and show up each time,/to get right back up/and let my magic shine.« RED

Pop

Betonblume

● In ihren großen Momenten war Katy Perry immer ein perfekter amerikanischer Popstar: künstlich, überzuckert, ausgedacht, sexy. Wie sie in »I Kissed a Girl« so tut, als wäre sie an Mädchen interessiert. Wie sie im Video von »California Gurls« durch einen Wald aus Lollis wandert und ein zwischen Jungsfantasie und Selbstermächtigungslyrik schwebendes Zauberesen verkörpert. All das klang, wie Zuckerwatte, Lollipops oder ultrapinkes Kaugummi schmecken muss – nach Nummer-eins-Hit-Musik. All das ist jetzt eine Weile her. Katy Perry ist mittlerweile 35 Jahre alt, hat gerade mit Orlando Bloom

ein Kind bekommen – doch ihr sechstes Album »Smile« klingt, als vertonte sie eine Simulation der Katy Perry von damals. Künstlich wirkt das noch immer, etwa wenn sie mit ihrem Liebsten auf der Harley über einen »herzförmigen Highway« auf Hawaii fährt, aber auch eigenartig blutleer. Ihre großen Gesten sind gefüllt mit hohlen Phrasen, zu Synthie-Stampf-Beats, die man schnell vergisst: »Es ist nicht das Ende der Welt, ... verlier die Hoffnung nicht«, heißt es in einem Stück, in einem anderen singt sie von sich als Blume, die es geschafft habe, durch den Beton zu wachsen. »Smile« klingt eher pflichtschuldig als inspiriert. Nicht mehr nach Nummer eins. Nach auf Nummer sicher. SKR



Perry

Zeitgeist

»Zu viel davon«



Thomas Daxhuber

Der Leiter der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, Jörg Skriebeleit, 52, über kleine Filme, in denen

sich Mädchen auf TikTok als Holocaust-Opfer verkleiden

SPIEGEL: Herr Skriebeleit, auf der Kommunikationsplattform TikTok gibt es einen eigenartigen neuen Trend. Mädchen inszenieren sich als Opfer des Holocaust und spielen, dass sie an der Himmelpforte als Tote ihre Geschichte erzählen. Was denken Sie, wenn Sie diese Filmchen sehen?

Skriebeleit: Zunächst mal sind diese Filme höchst befremdlich. In ihrer Flachheit.

SPIEGEL: Und dann?

Skriebeleit: Als Leiter einer KZ-Gedenkstätte mache ich mir seit Jahren Gedanken darüber, wie wir junge Leute erreichen können. So gesehen, sind die Filme für mich natürlich interessant.

SPIEGEL: Warum?

Skriebeleit: Sie sind erst einmal Versuche der Kommunikation. Diese jungen Menschen wollen etwas mitteilen. Die machen das ja selbst, das Phänomen scheint nicht orchestriert zu sein. Dafür nutzen sie ein Medium, das ihnen vertraut ist. Sie sagen: Das ist mir wichtig, deshalb

erzähle ich das nun. Das ist ein wesentlicher Kern dieser Ausdrucksform. Einige der Mädchen scheinen aus jüdischen Familien zu kommen. Das legt für mich nahe, dass da ein generationelles Thema mitschwingt. Man möchte sich in die Familiengeschichte einschreiben. Aus diesen Videos spricht Empathie, Emotion, ganz sicher auch zu viel davon.

SPIEGEL: Warum verkleiden sich junge Frauen als Tote?

Skriebeleit: Man möchte dem, was einem bedeutsam erscheint, nahekommen. In der Geschichtswissenschaft spricht man von einem »emotional turn«. Das beschreibt etwa diese Mittelalterspektakel, wo sich Leute als Ritter verkleiden und Kämpfe nachstellen. Auf den Holocaust bezogen, zeugt so etwas natürlich von Unzulänglichkeit und Hilflosigkeit.

Man kann den Ermordeten so nicht nahekommen.

SPIEGEL: Es gibt ein Unbehagen mit der deutschen Gedenkkultur. Ihre Rituale kommen vielen Menschen routiniert und leer vor. Aber auch über diese TikTok-Videos gibt es nun Empörung. Warum ist es so schwer, den richtigen Ton zu treffen?

Skriebeleit: Es gibt keinen Masterplan, wie in der Zukunft an den Holocaust erinnert werden wird. Die zentrale Aufgabe wird sein, das Thema relevant zu halten. RAP

Komisch

Zeitgeist In Deutschland ist Humor eine ernste Angelegenheit und gerade heftig umstritten. Ein Report über unbequemen Witz in politisch korrekten Zeiten.

Wo fängt der Spaß an, und wo hört er wieder auf? Können sexistische Witze witzig sein? Und rassistische? Und falls ja: Wer darf sie wem wann und wo erzählen? Und wer darf lachen?

Kurz: Was darf Satire?

Eine uralte Frage und aktueller denn je. Mit religiösen Empfindlichkeiten fing das Empörungsgesetz vor einigen Jahren an, die Mohammed-Karikaturen, die »Charlie Hebdo«-Morde. Aber der heilige Ernst ist längst in weltliche Glaubensgemeinschaften eingezogen: Die »New York Times« hat die Karikaturen abgeschafft, nachdem es Antisemitismusvorwürfe gegeben hatte. Die »Emma«-Cartoonistin Franziska Becker erlebte einen Shitstorm, weil manche ihrer älteren Zeichnungen rassistisch und islamophob sein sollen. Der schwule Comiczeichner Ralf König geriet in den Fokus junger, queerer Aktivisten.

Der Comic und die Karikatur haben heute ein Problem, weil sie gar nicht anders können, als mit Stereotypen zu arbeiten, auch optischen. Doch es trifft nicht nur den gezeichneten Gag: Böhmermann und Erdoğan, die Gender-Witzeleien von Annegret Kramp-Karrenbauer bei einer Karnevalssitzung, die Oma als Umweltsau in einem Satirevideo des WDR, zuletzt immer wieder die Polizei, dein Freund und Henker. Pardon! Darüber macht man keine Scherze. Oder?

Die Kabarettistin Lisa Eckhart, die im September in Hamburg aus ihrem Debütroman lesen sollte, wurde von den Veranstaltern plötzlich ausgeladen, wegen angeblicher Warnungen aus der linksautonomen Nachbarschaft. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft warf einen Beitrag von Dieter Nuhr von ihrer Website, den sie zuvor selbst in Auftrag gegeben hatte. Und dann geriet auch noch Otto unter Rassismusverdacht, kein Witz. Otto Waalkes, der als Ostfrieser selbst eine Sturmflut an schlechten Witzen über sich ergehen lassen musste.

Die »taz« berichtete vergangene Woche in ihrem Ressort »Die Wahrheit«, dass Kulturstaatsministerin Monika Grütters einen »Deutschen Satirerat« plane. Dieser solle Komiker beaufsichtigen und entscheiden, was Satire sei und was nicht. Bei Grenzüberschreitungen und fehlgeleiteten Pointen könne der Rat eine Rüge aussprechen.

Bevor Sie nun einen Shitstorm starten: »Die Wahrheit« ist die Satiressite der »taz«.

Aber so ein amtliches Siegel? Wäre das nicht was? Ein Siegel, das Satirikern, Kabarettisten, Komikern die Einhaltung allgemein anerkannter Qualitätsstandards bescheinigt? Und den Zuschauern das Signal zum Lachen gibt? Hier lachen Sie gefahrlos – dort verlassen Sie den komischen Sektor.

Beim Humor versteht der Deutsche, der alte Protestant, schließlich keinen Spaß. Intelligent soll der Humor sein, kritisch wie im politischen Kabarett und neuerdings auch moralisch. Eine plurale Gesellschaft ist keine Spaßgesellschaft. Übrigens: Dass der Begriff Spaßgesellschaft, inzwischen etwas aus der Mode gekommen, eine primär negative Bedeutung hatte, war schon auch sehr deutsch. Wer Spaß hat, ist nicht ernst zu nehmen.

Die Redaktion des Satiremagazins »Titanic«, gegründet 1979, war in der bundesdeutschen Geschichte immer so etwas wie der Gralshüter des respektlosen Witzes. Moritz Hürtgen, 31, wurde 2019 neuer Chefredakteur, der neunte Mann in Folge, aber er ist der Erste, der das offen problematisiert. So macht man das heute. Unter Hürtgens Ägide schreiben mehr Frauen denn je, auch Migrantinnen und Transpersonen. Dem Heft steht das gut zu Gesicht, auch wenn einzelne Texte hinter das alte Niveau zurückfallen, weil sie sich eher ideologisch als komisch lesen.

»Zu meiner Zeit galt bei »Titanic«: »Klares Ja zum Nein!« Wir waren einfach gegen alles«, sagte der frühere »Titanic«-Chef Martin Sonneborn kürzlich der »Berliner Zeitung«. Heute sitzt er für die Satiretruppe Die PARTEI im EU-Parlament und beobachtet, dass es bei seinem alten Blatt darum geht, Anliegen zu unterstützen, Minderheiten zu schützen. »Das ist aber nicht die Aufgabe von Satire. Wenn man politisch korrekt arbeiten muss, schadet das der Kunst.«

Wieso kocht die Debatte immer wieder so hoch, wieso sind alle so empfindlich?

In den Redaktionsräumen hängen noch die alten Titelbilder. Roberto Blanco als Bundespräsident: »Warum nicht mal ein Neger?« Oder nackte Brüste und dazu der Text »2 gute Gründe für Hildegard Hamm-Brücher«. »Das würde man heute nicht mehr machen«, sagt Hürtgen. Das liegt auch daran, dass sich in den sozialen Netzwerken heute jedes Partikularinteresse äußert. Die These, dass etwas verboten werde – »gecancelt«, wie der Kampfbegriff heißt –, hält Hürtgen aber für paranoid: »Natürlich gibt es auch in linken Kreisen humorlose Leute, aber die gab es schon immer. Jetzt werden diese Leute durch Social Media sichtbarer, aber nicht relevanter.«

Die meisten Shitstorms hätten keine Konsequenzen: »Ich möchte mal die Beispiele sehen von Leuten, die wegen Witzen ihre Karriere verloren haben. Wer ist bedroht?« Wenn ein Shitstorm mal Konsequenzen habe, dann eher positive. Er hilft dem Geschäft. »Ich finde nicht problematisch, was ein Dieter Nuhr sagt, ich finde obszön, dass er sich als Verfolgter inszeniert.«

Und überhaupt: Wo wäre eigentlich Lisa Eckhart ohne die Diskussion? Die Geschmähte befeuert die Debatte nach Kräften, hier die Freiheit der Kunst, dort deren Einschränkung durch »Gutunmenschen«, wie sie die moralischen Kämpfer für das Korrekte nennt.

Komiker sind Rebellen, die sich auflehnen gegen Autoritäten, das können die Herrschenden sein, aber auch die herrschende Moral. Deshalb sind so viele Witze unanständig, ungehörig, ungerecht, deshalb verlieren sie so oft das rechte Maß. Der Grundgestus des Witzes ist die Subversion, der Tabubruch. Der Witz ist anarchisch.

Politisch korrekter Humor hingegen, das klingt wie alkoholfreies Bier, koffeinfreier Kaffee. Pure Vernunft ist selten lustvoll.

Der Politically Correct Comedy Club, ansässig in Wien, trägt das Kürzel PCCC, ausgesprochen: pissy sissy. Was übrigens ziemlich lustig ist. Das Veranstaltungsgelände auf dem Wiener Prater ist an diesem Abend nur locker gefüllt, die Seuche, dazu ein Gewitter. 70 Zuschauer sind gekommen: schwule und lesbische Pärchen,



Marcus Simaitis / laif



Franziska Schroedinger



Katharina Dubno / DER SPIEGEL

Komiker Nuhr, Eckhart, Baydar: Auflehnen gegen Autoritäten

Transpersonen, Queere, Schwerbehinderte und sehr Dicke.

Politische Korrektheit, das ist für viele identitätspolitisch bewegte Linke ein Kampfbegriff, der von rechts kommt. In Wien eignen sie sich den Begriff offensiv an, ähnlich wie sich Homosexuelle einst das Wort »schwul« angeeignet haben.

Der Autor und Comedian Josef Jöchl und die Comedian und Aktivistin Denice Bourbon haben den PCCC gegründet. Jöchl ist der schwule Mann, Bourbon ausweichlich ihres T-Shirts ein »Fat Feminist Homo«. Gemeinsam machen sie Comedy für Leute, die eigentlich keine Comedy mögen. Sie diskutieren darüber, ob es okay ist, wenn eine dicke Frau auf der Bühne Dickenwitze erzählt, während eventuell eine dicke Frau im Publikum sitzt und zuhören muss. »Wir wollen, dass alle mitlachen können«, erklärt Jöchl. Es gibt beim PCCC sogar eine »sensitive readerin«, eine Art Humorpolizistin, die die Texte der Auftretenden vorab liest und auf problematische Stellen hinweist.

Der Politically Correct Comedy Club ist ein utopischer Ort: Lachen ohne Verletzen. Aber ist ein solcher Safe Space lustig? »Zwischen Comedians und Publikum gibt es bei uns gewisse Überschneidungen«, sagt Jöchl, »aber deshalb sind uns die Mittel anderer Comedians ja nicht verwehrt. Selbstironie und Ambivalenz dürfen wir genauso.«

Der PCCC ist auch ausdrücklich offen für Unbeholfene: die dicke Transe, die über schlanke Heteros witzelt; manch kümmerliche Performance, die eher therapeutisch als satirisch motiviert zu sein scheint. Das hat dann das Niveau einer Szeneparty, auf der jemand in der Küche mal Dampf ablässt, kein Timing, kaum eine echte Pointe. Wer hier lacht, will freundlich und – ganz wichtig – »woke« sein, wachsam gegenüber Diskriminierungen.

Wann ist ein Witz erlaubt? Für Rainer Stollmann, einen sogenannten Lachforscher, braucht es da kein aufwendiges Testverfahren: »Ein Witz ist okay, wenn die Menschen über ihn lachen.«

Und wann ist es okay zu lachen? »Auch die Frage bringt uns nicht weiter. Vorschriften können Sie das sowieso niemandem.« Zum Lachen kann man sich nicht zwingen, zum Nichtlachen nur sehr schwer.

Damit wir lachen, muss jemand ins Stolpern geraten, und sei es beim normalen Lauf der Dinge. Das hat etwas mit Schadenfreude zu tun, mit Häme, hässlichen Eigenschaften also. Und zugleich geht es weit darüber hinaus.

Stollmann, emeritierter Kulturwissenschaftler der Uni Bremen, hat sich mit einer Arbeit über »Natur und Kultur des Lachens« habilitiert. Der Mensch könne nur nach oben lachen, erklärt er, das La-

chen richte sich immer gegen eine Autorität, eine Macht, meint er. »Niemand kann mit Lust von oben nach unten lachen«, alle Versuche, das Lachen als Herrschaftsmittel zu missbrauchen, hätten nicht lange Erfolg. »Man kann mit Lachen keinen Staat machen.«

Und die Nazis, die über die Juden gelacht haben?

»Die Nazis haben in ihrer Wahnvorstellung eine jüdisch-kapitalistisch-bolschewistische Weltverschwörung gefürchtet.« Auch sie hätten von unten nach oben gelacht, zumindest gefühlt. Nur das zähle.

Der Witz ist die Waffe des kleinen Mannes, des Schwächeren im Kampf mit dem Stärkeren. Die Krux: Wer schwach ist und wer stark, ist mitunter eine Frage der Perspektive. Auch in der offenen, diversen Gesellschaft ist nicht jedem klar, wer oben und wer unten ist. Ist die Weltsicht linksliberaler, urban lebender Kosmopoliten nicht die, die aktuell viele Debatten dominiert?

Und so lachen Mario-Barth-Fans gegen den Feminismus an, der ihnen allmächtig erscheint. Sie sehen sich mit ihrem Lebensmodell in der Defensive – und erleben Mario Barth als Entlastung. »Auch die Blondinenwitze sind Macho- oder Patriarchenwitze gegen die Emanzipation der Frau«, sagt Stollmann.

Erstens: je stärker die Moral, desto größer die Lust, sie zu durchbrechen. Zweitens: Wenn sich die moralischen Standards ändern, wenn sich die soziale Hierarchie einer Gesellschaft ändert, dann ändert sich auch der Humor.

Witze über Minderheiten sind out in der radikal diversen Gesellschaft, die so vielfältig ist, dass es nur noch Minderheiten zu geben scheint und keine Mehrheit mehr. Vielleicht ist die alte Pointe des türkischstämmigen Comedians Serdar Somuncu mehr als eine Pointe: »Jede Minderheit hat ein Recht auf Diskriminierung.«

Idil Baydar ist eine Komikerin, der nicht zum Scherzen zumute ist. Seit im März des vergangenen Jahres ihre Daten auf hessischen und Berliner Polizeicomputern abgerufen wurden, erhält sie sexistische und rassistische Drohschreiben, unterzeichnet mit »Heil Hitler« und »NSU 2.0.«

Eckhart und Nuhr haben leicht lachen, Idil Baydar lacht aus Notwehr.

Baydar macht migrantische Comedy, ihre Kunstfigur Jilet Ayse nennt sie einen

»Integrationsalptrium zum Anfassen«, eine »Kanakin«, die alle Klischees erfüllt: Sie gibt Schminktipp, lästert im Slang der Einwandererkinder über die »Kartoffeln«, aber sie nimmt auch die Frauenverachtung ihres eigenen Milieus aufs Korn.

Jilet Ayse ist eine Opportunistin, aber eine mit Charme. »Okay, behalt mal dein Deutsch«, sagt Ayse, »ich will nur den Pass!« Es ist eine Pointe, vor der man für konservative Deutsche vielleicht eine Triggerwarnung einblenden müsste. »Auf Migranten hingegen kann die Pointe kathartisch wirken«, sagt Baydar, »weil's endlich mal einer ausspricht.« Humor als Waffe gegen die Mehrheitsgesellschaft.

Baydar ist im Gespräch laut und derb und zart zugleich. »Jilet Ayse will niemandem wehtun«, sagt Baydar. Sie will zeigen, wo ihr wehgetan wird, sie ist nicht gehässig, nicht fies, sie will nur etwas klarmachen, indem sie es übertreibt. »Da fehlt mir bei einem wie Dieter Nuhr der Ausgleich.«

Baydar sagt aber auch: »Politische Korrektheit gehört nicht in die Kunst«, und für die Kunst und ihre Freiheit setzt sie sich ein, »auch für einen Dieter Nuhr, auch für eine Lisa Eckhart. Ich muss nicht verstehen, was sie da machen, es muss mir auch nicht gefallen.«

Wieso kocht die Debatte über Humor immer wieder so hoch, wieso sind alle so empfindlich?

Vielleicht wächst die Kränkungsbereitschaft in einer offener werdenden Gesellschaft, ein Paradox, das der Soziologe Aladin El-Mafaalani beschrieben hat: Je weniger eine gesellschaftliche Gruppe diskriminiert werde, desto sensibler sei sie für die verbliebenen Diskriminierungen und desto größer ihre Chance, diese Diskriminierungserfahrungen in den Diskurs einzuspeisen. Mit anderen Worten: Je seltener eine Gruppe beleidigt wird, desto häufiger fühlt sie sich beleidigt.

Das wäre eine Möglichkeit. Die andere: Die sogenannte Ambiguitätstoleranz schrumpft. Die Menschen sehnen sich nach einfachen Antworten, vor allem aber nach eindeutigen, sie halten Ungewissheiten und Ambivalenzen nur noch schwer aus. Humor ist ein Motor der Ambivalenzen. Also muss man ihn abstellen.

Harald Schmidt hatte seinen Fernsehserfollg Ende der Neunziger vor allem der Tatsache zu verdanken, dass man in seiner guten Gesellschaft – implizit links, immer kritisch, immer Bildungsbürgertum – über Pointen lachen konnte, die am eigenen Familientisch unerwünscht gewesen wären.

Aber das waren eben die späten Neunzigerjahre. Es gab eine rot-grüne Bundesregierung, es gab keine AfD im Parlament, keine organisierten Rechts-Mobs im Internet.

Das elfte Gebot ist das Gebot des Humors: »Du sollst über jeden lachen, auch über dich selbst.«



Kerstin Bänisch / picture alliance / dpa



Ralf König / dpa



Marcus Simaitis / DER SPIEGEL

Entertainer Kerkeling, Schmidt, Comiczeichner König
In alle Fettnäpfchen reintreten

Heute ist der Kabarettist Nuhr der große Mann des deutschen Fernsehhumors. Seine Rolle ist nicht die eines aggressiven Anklägers, sondern die eines altmodischen Vertrauenslehrers, der an den vorgeblich gesunden Menschenverstand appelliert. Er heischt nach Einverständnis und erntet dafür stürmischen Protest.

So wurde Nuhr von seinem Komikerkollegen Jan Böhmermann und vielen anderen attackiert, als er 2015 über griechische Politiker höhnte. Er wurde zum Ziel eines Shitstorms, als er sich 2019 über

Greta Thunberg lustig machte. Und als er kürzlich in einem Beitrag für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) formulierte, dass Wissenschaft »keine Heilslehre« sei, entspann sich eine derart aggressive Twitter-Diskussion, dass die DFG den Kommentar zeitweise von ihrer Website entfernte.

Nuhr ist der Chefsatiriker der ARD, ein mächtiger Mann im Humorgeschäft, seine Gegner würden seine Sendung »Nuhr im Ersten« am liebsten abschaffen. »Der Sender wird geradezu belagert«, sagt Nuhr,

»die Intendanz bekommt massenweise Mails.«

Und was sagt die Intendanz dazu? »Immer den schönen Satz: »Wir freuen uns über die große Aufmerksamkeit.««

Bei seinen Auftritten nennt Nuhr sich gern einen »alten weißen Mann«, er ist 59 und seit mehr als 30 Jahren im Geschäft. »Ich bin damals mit dem Anspruch gestartet, dass links moralisch höher stehend sei als der Rest. Und ich habe dann gemerkt, wie gerade bei den Linken Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen.« Heute bekommt er für manche seiner Aussagen Applaus von Rechten.

Früher richtete sich eine Satire an diejenigen, die eine Eintrittskarte hatten. Satiremachen, das hieß oft: Predigen zu den Bekehrten. Heute stehen die Saaltüren sperrangelweit offen, dank YouTube, Facebook, Twitter. Der bayerische Grantler Gerhard Polt sagt: »Durch die neuen Medien sind alle Menschen dazu animiert, sehr schnell irgendein Werturteil oder eine Empörung abzuliefern.«

Es gibt eine linke Cancel-Culture, und es gibt rechte Cancel-Culture. Im Juni erst hatte die »taz«-Autorin Hengameh Yaghoobifarah Berufsalternativen für Polizisten durchdekliniert und war am Ende ihrer Kolumne (Titel: »All cops are berufsunfähig«) zu dem Schluss gekommen, dass Polizisten am besten auf der Mülldeponie aufgehoben seien, umgeben von Abfall, »unter ihresgleichen fühlen sie sich bestimmt auch selber am wohlsten«.

Lustig? Eher nicht. Ernst gemeint? Ein bisschen. Das Textlein fütterte wochenlang Debatten. Innenminister Horst Seehofer drohte mit einer Anzeige gegen die Kolumnistin. Nur die deutschen Müllwerker schrien nicht auf, was jene, die mit modernen Diskurswässern gewaschen sind, erstaunt haben dürfte: War der Text etwa nicht klassistisch, war das nicht ein

verächtlicher Umgang mit prekarierten Arbeitnehmern?

Auf der Humorebene wird die Debatte um Cancel-Culture bislang nur auf zweierlei Art und Weise geführt. Die einen sagen: So ein Quatsch, das gibt es gar nicht. Die anderen sehen sich als Opfer. Der schwule Comiczeichner Ralf König will einen dritten Weg gehen: die Political Correctness selbst zum Programm zu machen, zum Ziel des Spotts. König, der in diesem Jahr 60 geworden ist, plant ein Comicbuch aus der

Perspektive des »alten weißen schwulen Mannes«. Sein Prinzip: nicht die Fettnäpfchen umgehen, sondern in alle reintreten.

»PC«, sagt König, »ist ja ein bisschen wie die Zehn Gebote: Du sollst nicht dies, du sollst nicht das...« Die Diskussionen findet er »angespannt und total humorlos« und stellt daher ein elftes Gebot auf, das Gebot des Humors: »Du sollst über jeden lachen, auch über dich selbst.«

König gilt als Ikone der deutschen Schwulenbewegung, aber er stand immer etwas abseits. Distanz von der Welt und von sich selbst – das sei die Grundtugend jedes Komikers. »Ohne Selbstironie«, sagt König, »säße ich schon beim Psychiater.« Humor macht locker.

Wenn Hape Kerkeling beispielsweise eine Tunte nachmacht, die beim Warten an der Kuchentheke die ganze Affektiertheit ihrer Existenz ausstellt (»Ich glaube es nicht. Ich glaube es gerade nicht!«), dann haben alle die Lizenz zum Lachen, weil Kerkeling selbst ein Schwuler ist. Man lacht nicht über ihn, sondern mit ihm. Seine Autobiografie »Der Junge muss an die frische Luft« erzählt, wie er seinen Humor entwickelt hat: aus Mitgefühl und Hilflosigkeit. Der junge Kerkeling entdeckte, wie er seine Familie zum Lachen bringen kann, zugleich tröstete er sich selbst – darüber, dass er ein dickes Kind war mit einer depressiven Mutter.

Kerkeling gehört zu jenen Komikern, bei denen das Publikum auch über sich selbst lacht: Wir werden alle sterben, wir sind alle zu dick, zu dünn, zu doof für das Leben. Diese Probleme verschwinden nicht, aber sie lassen sich kurz weglachen.

Die »Jüdische Allgemeine« hat mal geschrieben, dass Tragik und Selbstironie den jüdischen Humor über Jahrhunderte hinweg zum Diamanten geschliffen hätten. Tragik, erklärte das Blatt, könne ein Pogrom sein, »aber auch die eigene Ehefrau«.

Das ist große Komik: nichts und niemanden ernst zu nehmen, nicht einmal sich selbst, egal wie ernst die eigene Lage auch sein mag.

Auch die offene Gesellschaft hätte Humor nötig, mehr, als manch Öffnungsfantiker vielleicht vermutet. Wer Humor hat, der hat Distanz zu sich selbst und zu seinen Interessen, der lässt den Zweifel zu und mit dem Zweifel den Dialog. Wer keinen Spaß versteht, der nimmt sich und seine Sache tendenziell zu ernst. Je mehr Ideologie, desto weniger Ironie.

Man könnte sagen, Humor hilft, die Gesellschaft weiter zu öffnen. Ein bisschen Spaß muss sein.

Tobias Becker, Arno Frank,
Wolfgang Höbel, Elke Schmitter



Sebastian Welts / OSTKREUZ / DER SPIEGEL

Filmemacherin Heinz: »Jeden Tag ein Termin, Schulungsgruppe, Kickboxen«

Im Durchlauferhitzer

Kino In dem Film »Und morgen die ganze Welt« verarbeitet die Regisseurin Julia von Heinz ihre Jugend in der Antifa – dynamisch und roh. Jetzt läuft er bei den Filmfestspielen von Venedig.

Sie hätte niemals jemanden heiraten können, der politisch anders geprägt worden sei als sie selbst, sagt Julia von Heinz voller Überzeugung. Dann hält sie inne. »Klingt schon fast wie bei einer Sekte.« Die Regisseurin steht in der Bonner Altstadt. Hier hat sie Anfang der Neunzigerjahre gelebt – und die Sekte, von der sie erzählt, ist die Antifa.

Nun hat Heinz, 44, einen Film gedreht, der inspiriert ist von dem, was sie selbst in ihrer Jugend erlebt hat. »Und morgen die ganze Welt« heißt er, und bevor er Ende Oktober ins Kino kommt, feiert der

Film jetzt bei den Filmfestspielen von Venedig seine Weltpremiere.

In »Und morgen die ganze Welt« überträgt Heinz ihre eigene Geschichte in die Gegenwart: Die Jurastudentin Luisa (Mala Emde) fragt sich angesichts rechter Wahlerfolge und der Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, ob ihr Engagement in einem linken Wohn- und Kulturprojekt ausreicht, um den Rechtsruck abzuwehren.

Der Filmtitel ist einem Kampflied der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront entnommen, mittlerweile ist es ver-

boten. »Denn heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt« lautet die vollständige Zeile. Warum dieses Zitat, ist es denn wieder so weit, lässt sich die politische Situation heute, der Aufstieg der Rechtspopulisten, mit derjenigen der Dreißigerjahre vergleichen?

»Rechtsextreme Positionen sind heute präsenter und ihre Vertreter stärker akzeptiert als noch in meiner Jugend«, meint Heinz. Dabei empfand sie schon die Neunziger als bedrohlich. Am Tag der Wiedervereinigung, dem 3. Oktober 1990, stand sie mit ihrer Mutter auf dem Bonner Münsterplatz. »Plötzlich liefen dort offen Nazis mit ihren Plakaten herum«, erinnert sie sich. »Das hätten wir bis dahin nicht für möglich gehalten.«

Als sie gut ein Jahr später ihren 15. Geburtstag in der Bonner Rheinaue feiert, kommt es noch schlimmer: Sie und ihre alternativen Freunde werden von Nazis überfallen und gejagt. Heinz schließt sich in der Folge der Antifa an. »Antifa hieß aber nicht ein-, zweimal Plenum die Woche. Antifa hieß jeden Tag ein Termin, Schulungsgruppe, Kickboxen, zusammen wohnen, leben, arbeiten.«

Also wohnt, lebt, arbeitet Heinz Antifa. Organisiert Demos, macht Infoarbeit zu schlagenden Verbindungen, die in der Uni-Stadt Bonn so präsent sind, sprüht Parolen. »Weil wir zu den Jüngsten gehörten, wollten eine Freundin und ich den anderen zeigen, wie cool wir sind, und haben nachts gesprayed. Am nächsten Tag blieben die beeindruckten Reaktionen leider aus«, erzählt sie lachend: »Wir hatten aus Versehen ›Support your local Anifa geschrieben.«

Militante Aktionen stellt sie zunehmend infrage, ihr Berufsziel ist linke Anwältin. Nach zwei Semestern Jura schmeißt sie jedoch hin und fängt schließlich an, beim Film zu arbeiten. 2005 wird sie Mitarbeiterin Rosa von Praunheims, einem der Pioniere des deutschen Films der Sechziger und Siebziger. Künstlerisch hat sie allerdings wenig mit Praunheims Experimenten gemein. Für ihr Debüt, die Ausreißergeschichte »Was am Ende zählt«, bekommt sie den Deutschen Filmpreis für den besten Kinder- und Jugendfilm. Später dreht sie »Hanni und Nanni 2« und verfilmt Hape Kerkelings Bestseller »Ich bin dann mal weg«. Heute distanziert sie sich davon. Das seien Auftragsarbeiten gewesen.

Was Heinz' Arbeit auszeichnet, ist in anderen Filmen zu sehen: Sie zeigt die inneren Konflikte ihrer Figuren, deren Begierden und Widersprüche auf unmittelbare Wei-

se. So in einer »Tatort«-Folge, in der sie die Beziehung zwischen einer 15-Jährigen und einem Mittvierziger plausibel gemacht hat, ohne den Missbrauch zu relativieren.

Der Grund aber, warum sie überhaupt mit dem Filmemachen angefangen habe, sei, dass sie schon immer die Geschichte von »Und morgen die ganze Welt« habe erzählen wollen. Früh hatte sie angefangen, an dem Stoff zu arbeiten, und dabei immer wieder Absagen von Redaktionen und Filmförderern kassiert. Heinz ahnt, warum: »Anfangs wollte ich Filme machen, wie ich Flugblätter verfasst habe. Da wäre nur uninteressante Propaganda herausgekommen.«

Nun aber ist »Und morgen die ganze Welt« zum Kulminationspunkt ihres bisherigen Schaffens geworden: ein politischer Film, der von den Gefühlen und der Überzeugung seiner Figuren getragen wird. Von Anfang an ist man mittendrin im Geschehen. Die Studentin Luisa das erste Mal im linksalternativen Kulturzentrum, beim ersten Soli-Konzert, beim ersten Auskundschaffen für eine Störaktion gegen eine rechte Demo, bei ihrer ersten Schlägerei mit Nazis. Und dann plötzlich mit einem Gewehr in der Hand, geklaut aus dem Waffenschrank ihrer betuchten Eltern, die am Wochenende gern auf die Jagd gehen.

Streng autobiografisch ist das alles nicht. Anders als ihre Hauptfigur ist Heinz weder in einem großbürgerlichen Haushalt – ihre Eltern waren Juristen im Familienministerium – noch mit einem Waffenschrank aufgewachsen. Aber es ist unbedingt persönlich. Jedes Bild ist aus subjektiver Perspektive gefilmt, dynamisch, roh, aufwühlend. »Die linke Szene funktioniert meiner Erfahrung nach in Teilen wie ein Durchlauferhitzer für junge Menschen«, sagt Heinz. »Ein Großteil des Engagements zum Beispiel geht auf Gruppendynamik zurück.«



Szene aus »Und morgen die ganze Welt«

»Da wäre nur Propaganda herausgekommen«

Mit dem Umzug nach Berlin kam ihr Engagement bei der Antifa Anfang der Nullerjahre zum Erliegen. »In den Berliner Gruppen haben sich alle nur mit Decknamen angesprochen. Das kam mir irgendwie albern vor.« Überhaupt sieht sie die linke Szene und vor allem deren Strukturen mittlerweile kritischer. »Wie hierarchisch sie organisiert ist und wie stark noch immer das Machogehabe ausgeprägt ist, ist für mich ein großes Problem.« Trotz allem bleibe aber das Gefühl von starker Zusammengehörigkeit aus dieser Zeit. »Wie bei einer Familie«, sagt Heinz und trifft beim Rundgang durch die Bonner Altstadt prompt ein altes Mitglied aus der Jugendgruppe wieder, die sie später selbst geleitet hat.

Die Begrüßung ist herzlich und vertraut. Lachend erzählt ihr ehemaliger Weggefährte, dass er Heinz' Handynummer immer noch auswendig könne. Der Grund: Um der Polizei bei einer möglichen Verhaftung keine Hinweise auf Mitstreiter zu geben, hatten die Mitglieder der Jugendgruppe die Telefonnummer der anderen stets nur auswendig gelernt, nie aufgeschrieben. Den totalen Bruch mit den Werten von einst hat in Heinz' Umfeld niemand vollzogen. Und sie selbst hat tatsächlich einen Mitstreiter geheiratet, John Quester, der mittlerweile mit ihr zusammen Drehbücher schreibt, auch das für diesen Film.

Doch was passiert mit den politischen Überzeugungen, wenn man älter wird? Im Film belächelt der Vater von Luisa das Engagement seiner Tochter und verkneift sich auch das vielfach kolportierte Winston-Churchill-Zitat nicht: »Wer mit 20 Jahren kein Kommunist ist, hat kein Herz. Wer mit 40 noch Kommunist ist, hat keinen Verstand.«

Heinz meint, sie wolle niemanden mit dem Film »agitieren«. »Wir hatten eine Montage mit rechten Gewalttaten lange Zeit drin. Während wir drehten, wurden es immer mehr: der Mord an Walter Lübcke, die Anschläge von Halle und Hanau – wir kamen fast nicht hinterher.« Am Ende entschloss sie sich, die Sequenz wieder herauszunehmen. Sie wollte den Film möglichst zeitlos erzählen.

»Und morgen die ganze Welt« ist als Frage zu verstehen. Welche Antworten seine Figuren finden, zeigt der Film. Alle anderen werden sie sich suchen müssen, beim Blick in die Nachrichten, die sozialen Medien, auf die Straßen – und vielleicht auch endlich wieder im Kino.

Hannah Pilarczyk

Spuren der Menschheit

Sammler Er galt als verschollen, nun wird der legendäre Bildatlas des Aby Warburg in Berlin ausgestellt – zum ersten Mal seit Jahrzehnten.



Plötzlich erkannte der Kurator, dass er den originalen Karton in Händen hielt.

Der »Bilderatlas Mnemosyne« des Hamburger Mäzens Aby Warburg ist der Heilige Gral der Geisteswissenschaften: sagenhaft, geheimnisvoll und von keinem lebenden Menschen mehr bezeugt.

Auf 63 großformatigen Tafeln hatte Warburg, der 1866 geborene Sohn einer vermögenden Hamburger Bankiersfamilie, Reproduktionen von klassischen Kunstwerken, Gemälden der Renaissance, Holzschnitten der frühen Neuzeit bis hin zu Fotografien und Zeitungsausschnitten arrangiert, um zivilisatorische Kontinuitäten zu erkennen. Es war ein kühnes Projekt: Bilder nicht mehr nach Stilmerkmalen und ästhetischen Kategorien zu betrachten, sondern nach ihren Details, winzigen Zeichen, die eine Verbindung zu früheren Epochen belegen.

Es war der Versuch einer optischen Spurensuche durch die Menschheitsgeschichte, die durch ein damals gerade erst neu zur Verfügung stehendes Reproduktionsverfahren möglich wurde. Warburg bestellte für seinen noch heute existierenden Bibliotheksneubau in der Hamburger Heiligstraße im August 1926 einen sogenannten Rectigraphen vom Typ Photo Clark. Das Gerät diente dazu, Manuskriptseiten aufzunehmen. Bedient wurde die Maschine von einem eigens angestellten Fotografen. Dessen Arbeit im Fotoatelier der Bibliothek machte den Atlas überhaupt erst möglich.

Warburg investierte nicht nur Geld, sondern vor allem Arbeit und Mühe, besprach das Projekt fast täglich mit seinem Team, seiner Assistentin Gertrud Bing und seinem Kollegen Fritz Saxl. Wer auch immer die Bibliothek besuchte, Studenten, Kollegen, Freunde, sie sahen die großen Tafeln mit den Abbildungen und waren eingeladen, ebenfalls mit zu untersuchen, zu denken, zu diskutieren. Es war von der Methode und vom Stil her ein Avantgardeprojekt. Warburg legte Wert darauf, dass man ihm widersprach.

1929 starb Aby Warburg, ohne seinen Atlas publiziert zu haben. 1933 wurde die Bibliothek von Hamburg nach London gebracht, um sie vor den Nationalsozialisten zu retten. Der Atlas verschwand und wurde zu einem Mythos, wie das Passagen-Werk von Walter Benjamin oder das Bernsteinzimmer.

Bis man die Tür öffnet und den Ausstellungssaal im Haus der Kulturen der Welt in Berlin betritt. Schwarze Tafeln, in einem leichten Bogen aufgestellt, wie ihn die Ellipsenform des Vortragssaals der Warburg-Bibliothek in Hamburg vorgibt. Auf ihnen sind die Materialien befestigt, mit denen Warburg gearbeitet hat. Reproduktionen auf Karton, die mit einfachen Klammern befestigt sind. »Das sind«, erklärt Kurator Roberto Ohrt, »seine Passepartouts« – ein

dunkles Beige. Es ist der Atlas, das Original. Es ist ein Wunder.

Eigentlich war er nie weg. Die Bestände der Warburg-Bibliothek sind fast vollständig in London angekommen. Aber über die Frage der Edition des Bilderatlas als Buch oder als Ausstellung auf den Tafeln gab es unter den Wissenschaftlern und Freunden, die sich um den Nachlass kümmerten, unterschiedliche Auffassungen.

Warburgs Mitarbeiterin Bing beauftragte den Kunsthistoriker Ernst Gombrich mit der Veröffentlichung des Atlas in Buchform, aber der kam viele Jahre mit diesem Auftrag nicht weiter. Das bestärkte sein Urteil über diese Arbeit, er fand dann, so schreiben es die beiden Kuratoren der Ausstellung Roberto Ohrt und Axel Heil, Warburg habe letztlich nicht das »organisatorische Geschick und die methodische Stringenz« besessen, um solch ein kühnes Projekt abzuschließen.

Die Reproduktionen wurden nicht mehr benötigt und in die Photographic Collection des Londoner Warburg Institute einsortiert, die dann auch rapide anwuchs. Und als die Bilder in den Vierzigerjahren nach anderen, ikonografischen Stichworten katalogisiert wurden, war der Zusammenhang endgültig verloren.

Immerhin gab es Protokolle und andere Unterlagen, sodass man im Laufe der Zeit rekonstruieren konnte, was Warburg wo hingetan hatte. Die Kunsthistorikerin Dorothee Baerle kam Ende der Siebzigerjahre zu wegweisenden Forschungsergebnissen. Dann kümmerte sich die Wiener Gruppe Daedalus um den Atlas, sodass man in etwa einen Plan der Anordnung erstellen konnte.

Es war fast ein Zufall, dass Roberto Ohrt, der, basierend auf den Vorarbeiten der Daedalus-Leute, schon 2016 eine Ausstellung mit Kopien in Karlsruhe gemacht hatte, Angaben zu einem der Bilder brauchte und dazu in der Londoner Fotosammlung forschte. Und plötzlich erkannte er, dass er – auf dem originalen Hamburger Passepartoutkarton – eine der Reproduktionen aus dem Atlas in Händen hielt.

»Der Atlas war nie verloren«, resümiert er. »Man hat ihn nur nicht mehr gefunden.« Ohrt und Heil fanden einen Partner im Berliner Haus der Kulturen der Welt. Gemeinsam konnten sie den Atlas sogar in Buchform herausbringen – auch wenn das Werk eher die Dimension eines Surf- oder Bügelbretts hat.

Die Ausstellung, die wegen Corona vom Frühjahr in den Herbst verschoben wurde, sorgt für interna-

tionale Aufmerksamkeit, in der »New York Times« gab es schon im Mai einen seitenlangen Bericht über das Projekt. Das ist nicht nur Nostalgie, vielmehr kommt der Bildatlas zur rechten Zeit, denn in einer bildersüchtigen Zeit lehrt er das genaue Studium optischer Symbole. Leichte Übung mag sich mancher denken, schließlich sind viele Menschen an Instagram, Handyfotos und Videoströme gewöhnt und haben mehr mit Bildern zu tun als alle anderen Kulturen zuvor. Aber der Bildatlas hat nichts von seiner einschüchternden Wirkung eingebüßt, er lehrt Demut in der Interpretation von Bildern.

Zunächst mag man die Tafeln in ihrer Vielfalt, in ihrer Unvorhersehbarkeit für eine vorzeitige Hommage an die Postmoderne halten, in der zitiert und collagiert wird, wie es beliebt. Warburg beginnt die ersten Tafeln mit den antiken Vorprägungen, mit Motiven, die in der Antike entstanden. Die folgenden 20 Tafeln dokumentieren die Rückkehr der antiken Götter durch den Umweg über die arabische Kultur in der italienischen Frührenaissance. Auch ist der Atlas selbst nach einer mythologischen Gottheit benannt: Mnemosyne, der griechischen Göttin der Erinnerung.



The Warburg Institute

Kulturwissenschaftler Warburg 1929
Zerbrechlichkeit von Kultur und Seele

Immer wieder weist Warburg uns auf Figuren und Motive hin, in denen sich antike Formen ins Bild schmuggeln. Da ist etwa eine ins Bild wehende, einen Korb mit Früchten tragende junge Frau – in ihr erkennt er die Wiederkehr der antiken Grazie in eine christlich erstarrte, noch vom Spätmittelalter geprägte Kultur. So fasziniert ist Warburg vom Motiv der hereinwehenden jungen Frau, dass er der entsprechenden Tafel ein Foto hinzufügt, das er selbst gemacht hat: Auf ihm ist eine unbekannte Dame aus Florenz zu sehen, die dort über die Straße geht.

Es sind detektivische Arbeiten – auch wenn er darstellt, wie sehr Rembrandt, der damals von deutschnationalen Ideologen als Vorreiter einer deutschen Kunst vereinnahmt wurde, von italienischen Einflüssen durchdrungen war. Je näher sich die Tafeln Warburgs Gegenwart nähern, desto mehr drängt sich die politische Realität seiner Zeit hinein, Mussolini ist zu sehen, aber auch das Luftschiff »Graf Zeppelin«.

Berühmt wurde auch die Verwendung von Reklamebildern, in denen Warburg Formen und Symbole aus der Antike wiedererkannte, etwa eine liegende Göttin in der Werbung für eine Toilettenpapiermarke.

Im Ersten Weltkrieg hatte sich bei Aby Warburg eine psychische Krankheit entwickelt, die ihn viele Jahre lang arbeitsunfähig machte. Die Zerbrechlichkeit von Kultur und Seele ist das unausgesprochene Grundmotiv seiner Arbeit. Der Atlas ist ein kommunikativer Versuch, die Zuschauerinnen und Zuschauer einzubeziehen, zu verunsichern und zu bewegen.

Es gibt einen Wandel der Medien, der Stile, der verwendeten Materialien, aber Warburg verdeutlicht die Einheitlichkeit der Themen, die Kunst und Kultur bewegen. Die Gesten der Arme, die vom Schmerz verzerrten Gesichter, die Sorge und die Suche – das sind Einzelheiten, die die Kunstwerke und ihr Publikum stärker verbinden, als die Epochen und Kulturen sie trennen.

Warburgs Denken, seine Lust am Versuch und die Eigenwilligkeit seiner Thesen entwickeln im Biedermeier der bundesrepublikanischen Postmoderne eine Kühnheit, die beschämt. 91 Jahre nach seinem Tod kehrt der Hamburger Kosmopolit, Privatgelehrte, Intellektuelle und Bankierssohn Aby Warburg nach Deutschland zurück, aber es wirkt, als käme er aus der Zukunft. Nils Minkmar

»Amerikas Geschichte neu erzählen«

Kunst Das Metropolitan Museum in New York öffnet am Wochenende nach mehr als fünf Monaten wieder für das Publikum. Der Direktor Max Hollein muss das Haus mit wenig Geld neu aufstellen.

Hollein, 51, gebürtiger Österreicher und ehemaliger Direktor des Städel Museums sowie der Schirn Kunsthalle in Frankfurt, leitet seit 2018 das Metropolitan Museum an der New Yorker Fifth Avenue, das größte Museum der USA. Die Sammlungen gehören zu den wichtigsten der Welt, sie umfassen unter anderem archäologische Schätze und Kunstwerke aus allen Teilen der Welt. Im März wurde es wegen der Pandemie geschlossen.

SPIEGEL: Herr Hollein, vor zwei Jahren traten Sie einen der begehrtesten Jobs Ihrer Branche an. Als Direktor des Metropolitan Museum sollten Sie das traditionsreiche Haus in eine glänzende Zukunft führen. Nun müssen Sie es durch eine historische Krise bringen. Wie gehen Sie damit um?

Hollein: Wir alle fragen uns gerade, was wichtig ist, ob die Prioritäten noch stimmen. Das ist also eine schwierige und auch folgenreiche Zeit, aber in gewisser Weise ist diese Krise für mich keine Zäsur.

SPIEGEL: Warum nicht?

Hollein: Die Kultur ist im Umbruch, und der hat schon vor der Krise eingesetzt. Unser Museum befand sich bereits in einem Prozess der Erneuerung. Wir leben in einem Moment großer Debatten und haben gerade in den vergangenen Monaten spüren können, wie wichtig wir für die Gesellschaft und ihre Diskussionen sind. Natürlich stellen sich aufgrund der Pandemie Fragen, auf die wir bisweilen keine prompten oder befriedigenden Antworten haben, weder die Institution noch ich persönlich.

SPIEGEL: Sie haben bereits angekündigt, 400 von 2000 Stellen abzubauen.

Hollein: Das ist sehr schmerzhaft für das Museum und auch für mich. Wir wissen aber, dass es über Jahre schwierig bleiben wird und wir nicht die Einnahmen realisieren werden, die wir davor gehabt haben. Dabei geht es uns noch gut, das Metropolitan Museum gilt in diesem Land als eine der bedeutenden Einrichtungen, wir haben engagierte Förderer. Andere Häuser stehen vor ganz anderen Herausforderungen.

SPIEGEL: Wie groß sind Ihre Einbußen?

Hollein: Bis Ende des Jahres fehlen uns 150 Millionen Dollar Umsatz. Uns entgegen Einkünfte durch Ticketverkäufe und durch Veranstaltungen. Darauf haben wir unmittelbar reagiert, auch mit einer Reduzierung des Programms sowie einer Umschichtung unserer Mittel. Eine andere Maßnahme war es, unsere Förderer, die den Gremien unseres Museums angehören, um Hilfe zu bitten. Da sind 25 Millionen Dollar zusammengekommen. Wir versuchen also, ohne ein riesiges Loch in der Bilanz aus diesem Jahr herauszukommen.

SPIEGEL: Und danach?

Hollein: Wird es herausfordernd bleiben. New York wird Zeit brauchen, um das Tourismusgeschäft wieder aufzubauen. Touristen spielen für uns eine große Rol-

»Es kann sein, dass Museen bald Werke veräußern, um den Betrieb aufrechtzuerhalten.«

le. Wie für den Louvre in Paris, für die Eremitage in Sankt Petersburg. Vor der Krise hatten wir knapp sieben Millionen Besucher pro Jahr, in den kommenden beiden Jahren werden es vier bis fünf Millionen sein.

SPIEGEL: Das Metropolitan Museum verkauft regelmäßig Kunstwerke, was eigentlich verpönt ist. Im vergangenen Geschäftsjahr haben Sie damit sechs Millionen Dollar Erlöst. Werden Sie noch mehr und noch wertvollere Stücke veräußern?

Hollein: Diese Institution ist wie viele Museen im Land eine private Stiftung. Dass die Werke verkauft, ist nicht unüblich und wird von dem maßgeblichen Museumsverband auch akzeptiert. Normalerweise sollen die erzielten Mittel nur dafür eingesetzt werden, um andere Objekte zu erwerben, es geht ja darum, die Sammlung zu verbessern. In Anbetracht der

Pandemie dürfen aber auch Werke veräußert werden, um Kosten zu decken, etwa die Gehälter von Konservatoren oder Lagerkosten.

SPIEGEL: Werden Sie davon Gebrauch machen?

Hollein: Im Moment gehen wir diesen Schritt nicht. Aber sollte eine zweite Welle kommen und eine neuerliche Schließung notwendig werden, müssen wir ganz andere Anstrengungen unternehmen, um Umsatzausfälle zu kompensieren. In den USA gibt es anders als in einigen europäischen Ländern keine staatlichen Rettungsschirme. Dann könnte es ein Werkzeug sein, das wir tatsächlich nutzen.

SPIEGEL: Würde das nicht die Preise verderben, wenn auch andere Museen wichtige Werke auf den Markt bringen?

Hollein: Es kann sein, dass andere Museen schon in den nächsten Wochen oder Monaten Werke veräußern, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Ich glaube aber nicht, dass gleich eine Schwemme von zum Verkauf stehenden Kunstwerken droht. Der Markt ist angebotsgetrieben, bei guten Angeboten greift er dann auch zu.

SPIEGEL: Experten sagen ein Museumssterben in den USA voraus. Wäre der US-Regierung eine Schwächung der Kulturszene sogar ganz recht, die vielleicht aufmüpfiger ist als andere gesellschaftliche Bereiche?

Hollein: Museen sind der amerikanischen Politik relativ egal. Ausstellungen können Debatten auslösen oder verstärken, aber das heißt nicht, dass die Politiker Museen besondere Beachtung schenken würden. In Deutschland ist das anders. Dort sind Museen in der Regel mit der öffentlichen Hand und somit auch mit der Politik stärker verbunden.

SPIEGEL: In Ihrem Stiftungsrat sitzen Millionäre und Milliardäre, etwa Nita Ambani, eine der reichsten Frauen Indiens, auch Dascha Schukowa, russische Sammlerin und Gattin eines griechischen Reederei-Erben, dazu der kolumbianische Unternehmer Alejandro Santo Domingo oder der New Yorker Im-



Lelanie Foster / The New York Times / Redux / Iair



Aaron Wynia / The New York Times / Redux / Iair

Kunsthistoriker Hollein, Monkman-Bilder in der Great Hall
 »Der amerikanischen Politik relativ egal«

mobiliemogul Daniel Brodsky. Sind 25 Millionen Dollar Spenden aus diesem Kreis tatsächlich eine bemerkenswerte Summe?

Hollein: Natürlich. Viele dieser Leute engagieren sich für mehrere Häuser oder Projekte. Ich finde es sogar wichtig, dass sich Mäzene insbesondere in der heutigen Zeit nicht ausschließlich für Museen einsetzen, sondern zum Beispiel für das Gesundheitswesen oder soziale Zwecke. Sie müssen bedenken, dass unser Etat zum größten Teil durch private Förderung zusammenkommt.

SPIEGEL: Die »New York Times« kritisiert das: Die Milliardäre würden die Macht in den großen Kunstmuseen übernehmen. Denn die wollten nicht nur bezahlen, sondern auch mitreden.

Hollein: Jedes Museum befindet sich in einer gewissen Abhängigkeit. Die Förderer in der Kultur sind immerhin welche, die sich dem widmen, was ihnen besonders am Herzen liegt, die eine echte Verbindung zu diesem Anliegen spüren. Die Kunst hierzulande besteht darin, eine große Anzahl Unterstützer an ein Museum zu binden, dann haben Sie ein Orchester der einzelnen Stimmen und Interessen, aus denen man dann ein Großes und Ganzes formt.

SPIEGEL: Sie haben es wahrscheinlich mit ausgeprägten Egos zu tun. Sind die leicht zu dirigieren?

Hollein: Eine gewisse Diplomatie, viel Charme und eine klare Haltung sind schon notwendig. Wir haben beispielsweise zwei gigantisch große Gemälde von Kent Monkman für unsere Great Hall in Auftrag gegeben. Monkman ist ein indigener Künstler, und diese Werke zeigen auf jeweils mehr als 22 Quadratmetern sehr anschaulich und unmissverständlich den Umgang mit indigenen Gruppen, mit Minderheiten in der amerikanischen Geschichte. Im Grunde erzählen wir die Geschichte Amerikas neu. Man könnte meinen, dass konservative amerikanische Milliardäre das nicht vorbehaltlos unterstützen. Tun sie aber.

SPIEGEL: Eine der bekanntesten Veranstaltungen Ihres Hauses ist eine jährliche Modegala mit Stars in glamouröser Aufmachung. Passt das zu einem Museum?

Hollein: Wir sind in erster Linie ein enzyklopädisches Museum, das alle kulturellen Ausdrucksformen ergründen will, Mode gehört da natürlich dazu. Wir wollen in allen Bereichen, selbstverständlich auch mit unseren Ausstellungen und in unserer gesamten Sammlung, mehr als nur eine Perspektive zulassen. Das wird die künftige Aufgabe der großen Universal-museen sein. Wir müssen uns außerdem der Gegenwart stellen, und die ist geprägt von Debatten über Gerechtigkeit, Rassismus, Kapitalismus. Die Mode

SPIEGEL Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control); nähere Informationen finden Sie online unter: spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Robert Seethaler**
Der letzte Satz Hanser Berlin; 19 Euro
- 2 (2) **Stephenie Meyer** **Biss zur Mitternachtssonne** Carlsen; 28 Euro
- 3 (4) **Delia Owens** **Der Gesang der Flusskrebse** Hanserblau; 22 Euro
- 4 (3) **Bernhard Schlink**
Abschiedsfarben Diogenes; 24 Euro
- 5 (7) **Ursula Poznanski**
Cryptos Loewe; 19,95 Euro
- 6 (-) **Sally Rooney**
Normale Menschen Luchterhand; 20 Euro
- 7 (6) **Marco Balzano**
Ich bleibe hier Diogenes; 22 Euro
- 8 (8) **Renate Bergmann** **Dann bleiben wir eben zu Hause!** Ullstein; 8 Euro
- 9 (-) **David Grossman**
Was Nina wusste Hanser; 25 Euro


Der vielleicht gerade bedeutendste Schriftsteller Israels schreibt fulminant über drei Frauen, die Gefängnisinsel Goli Otok und ein altes Familiengeheimnis.
- 10 (5) **Stephen King**
Blutige Nachrichten Heyne; 24 Euro
- 11 (-) **Lisa Eckhart**
Omama Zsolnay; 24 Euro
- 12 (10) **Suzanne Collins**
Die Tribute von Panem. Das Lied von Vogel und Schlange Oetinger; 26 Euro
- 13 (12) **Laetitia Colombani**
Das Haus der Frauen S. Fischer; 20 Euro
- 14 (9) **Karin Slaughter**
Die verstummte Frau HarperCollins; 24 Euro
- 15 (13) **Susanne Matthiessen**
Ozelot und Friesennerz Ullstein; 20 Euro
- 16 (14) **Pascal Mercier**
Das Gewicht der Worte Hanser; 26 Euro
- 17 (11) **Wladimir Kaminer** **Rotkäppchen raucht auf dem Balkon** Wunderraum; 20 Euro
- 18 (16) **Donna Leon**
Geheime Quellen Diogenes; 24 Euro
- 19 (15) **Benjamin Myers**
Offene See DuMont; 20 Euro
- 20 (-) **Jane Gardam**
Robinsons Tochter Hanser Berlin; 24 Euro

Sachbuch

- 1 (1) **Mary L. Trump**
Zu viel und nie genug Heyne; 22 Euro
- 2 (3) **Richard David Precht**
Künstliche Intelligenz und der Sinn des Lebens Goldmann; 20 Euro
- 3 (4) **Ferdinand von Schirach / Alexander Kluge**
Trotzdem Luchterhand; 8 Euro
- 4 (2) **John Bolton** **Der Raum, in dem alles geschah** Das Neue Berlin; 28 Euro
- 5 (5) **Philippa Perry** **Das Buch, von dem du dir wünschst, deine Eltern hätten es gelesen** Ullstein; 19,99 Euro
- 6 (6) **Maja Göpel** **Unsere Welt neu denken** Ullstein; 17,99 Euro
- 7 (7) **Michelle Obama**
Becoming Goldmann; 26 Euro
- 8 (8) **Bas Kast** **Der Ernährungskompass** C. Bertelsmann; 20 Euro
- 9 (9) **Hans-Werner Sinn**
Der Corona-Schock Herder; 18 Euro
- 10 (10) **Lily Brett** **Alt sind nur die anderen** Suhrkamp; 15 Euro
- 11 (-) **Heiner Wilmer / Simon Biallowons**
Trägt Herder; 16 Euro


Der Bischof von Hildesheim schreibt darüber, was für ihn entscheidend ist im Leben und was ihm in Krisen hilft: sein Glaube.
- 12 (11) **Frank Thelen**
10 x DNA Frank Thelen Media; 19,99 Euro
- 13 (16) **Kübra Gümüşay**
Sprache und Sein Hanser Berlin; 18 Euro
- 14 (13) **Peter Hahne** **Seid ihr noch ganz bei Trost!** Quadriga; 12 Euro
- 15 (20) **Mojib Latif**
Heißzeit Herder; 20 Euro
- 16 (19) **Rutger Bregman**
Im Grunde gut Rowohlt; 24 Euro
- 17 (-) **Max Czollek**
Gegenwartsbewältigung Hanser; 20 Euro
- 18 (15) **Kathrin Passig / Aleks Scholz**
Handbuch für Zeitreisende Rowohlt Berlin; 20 Euro
- 19 (17) **Margot Käßmann**
Nur Mut! Die Kraft der Besonnenheit in Zeiten der Krise bene!; 12 Euro
- 20 (18) **Stephen Hawking** **Kurze Antworten auf große Fragen** Klett-Cotta; 20 Euro

macht uns als gesellschaftliche Stimme auch nicht leiser.

SPIEGEL: Das Museum soll in diesen nervösen Zeiten kein Ruhepol sein, sondern Verstärker?

Hollein: Im guten Sinne, ja. Wir sind ein Ort, an dem sich Auseinandersetzungen akzentuieren. Und ich bin mir sicher, dass die kommenden Jahre und Jahrzehnte nicht ruhiger werden.

SPIEGEL: Auf Instagram solidarisierten Sie sich mit den Anhängern von »Black Lives Matter«. Manche Museen, die sich gerade ebenfalls zu dieser Bewegung bekennen, weigern sich gleichwohl, koloniale Raubkunst zurückzugeben. Zu Ihrer Sammlung gehören einige der legendären Benin-Bronzen, die 1897 nach einer kolonialen Strafexpedition aus dem Königreich Benin geschafft wurden und auf den Weltmarkt gelangten.

Hollein: Gewisse Museen waren zeitweise so etwas wie das Schaufenster des Kolonialismus. Beispiele dafür finden Sie in Paris, in Brüssel, in Berlin, das ist beim Metropolitan Museum und beim Aufbau seiner Sammlung so nicht der Fall. Trotzdem müssen wir uns die Frage stellen, wie wir mit Werken umgehen, die aus Raubgrabungen stammen oder aus anderen illegalen oder auch nur fragwürdigen Quellen. Solche Werke werden wir zurückgeben. Im vergangenen Jahr haben wir beispielsweise einen vergoldeten Sarkophag nach Ägypten restituiert.

SPIEGEL: Aber die Benin-Bronzen haben Sie noch nicht herausgerückt.

Hollein: Wir sind dabei, die Vorgeschichte unserer Stücke zu erforschen. Am Ende werden wir eine eindeutige Haltung entwickelt haben. Wir sind nicht gegen Restitution. Aber ich bin nicht der Meinung, dass alle Werke nur dort zu sehen sein sollten, wo sie einst entstanden sind. Ich meine nicht, dass sie nur dort ihre kulturelle Kraft entfalten können. Ich glaube aber sehr wohl, dass enzyklopädische Museen wie das Metropolitan mit Objekten aus aller Welt, aus allen Epochen etwas zum gegenseitigen Verständnis der Kulturen beitragen.

SPIEGEL: Das Metropolitan Museum hatte im Frühjahr seinen 150. Geburtstag. Wird es diese Einrichtung auch in 150 Jahren noch geben?

Hollein: Natürlich. Ich denke, diese Pandemie hat uns selbst noch deutlicher gemacht, wie verbunden sich die Menschen mit diesem Museum fühlen, obwohl es monatelang geschlossen war. Viele Leute haben die Besuche hier wirklich vermisst, sie haben uns das auch wissen lassen. Wir haben fast nicht mehr damit gerechnet, dass wir das Haus tatsächlich noch im August wieder öffnen dürfen. Aber dann kam die Genehmigung, und das ist der erste Schritt in die Zukunft.

Interview: Ulrike Knöfel

Die Lolita-Lüge

Literaturkritik »Meine dunkle Vanessa« erzählt von Verführung, Manipulation und von der Illusion, eine 15-Jährige und ein erwachsener Mann könnten ein Liebespaar sein.

Vanessa Wyes ist 15 Jahre alt, als sie zum ersten Mal Sex mit ihrem Englischlehrer hat. Das Mädchen hatte ihre Eltern angebettelt, sie auf ein privates Internat in Maine zu schicken, im Prospekt sah die Schule perfekt aus, schneeweiße Holzfassaden, Backsteinmauern. Wirkliche Freundschaften hatte sie im Laufe des ersten Jahres zwar nicht schließen können, doch zu Beginn des zweiten Jahres ändert sich alles: Jacob Strane hält die Eröffnungsansprache, ein 42-Jähriger, groß, bärtig, mit einer etwas überkorrekten Sprechweise. Vanessa hatte ihn bis dahin nicht wahrgenommen. Ihr neuer Literaturlehrer.

Es beginnt fast unmerklich: Ihre Gedichte seien bemerkenswert gut, sagt Strane, und ihre Haare hätten die Farbe von herbstlichen Ahornblättern. Er gibt ihr Bücher, die sie lesen soll, Gedichte von Sylvia Plath, »Lolita« von Vladimir Nabokov. Und er gibt ihr das Gefühl, interessanter zu sein als die anderen. Wie zufällig drückt er einmal sein Bein an ihres und spricht davon, dass er sie gern in einem großen Bett einmummeln würde. Vanessas Gedanken kreisen bald um diesen Lehrer, um den fast 30 Jahre älteren Mann. Der erste Kuss geht dann von ihr aus, ein ungelinker Versuch, endlich jenen Schritt zu tun, auf den seine wochenlangen Manipulationen und Verführungen hinauslaufen.

Dem Roman »Meine dunkle Vanessa« – der ein Debüt ist – hat die Autorin Kate Elizabeth Russell einen kurzen Text vorangestellt, in dem sie nachdrücklich betont, dass ihre Geschichte fiktiv und nicht autobiografisch sei. Sie erzählt dann mit entschiedener Genauigkeit davon, wie ein Mädchen, das sich unter Gleichaltrigen nicht wohlfühlt, von einem erwachsenen Mann ausgesucht und in eine obsessive Liebesgeschichte verstrickt wird.

Die Handlung entwickelt sich auf unterschiedlichen Zeitebenen, die Kapitel sind nur mit Jahreszahlen überschrieben, was die Orientierung beim Lesen erleichtert, denn Russell arbeitet mit vielen Vor- und Rückblenden. Es beginnt im Jahr 2017, Vanessa arbeitet als Rezeptionistin in einem Hotel und verfolgt über die sozialen Medien, dass Jacob Strane von einer anderen ehemaligen Schülerin sexueller Übergriffe be-

schuldigt wird. Schnell wird deutlich, dass Vanessa noch immer Kontakt zu ihm hat, dass sie auch mit Anfang dreißig noch davon überzeugt ist, ihrer beider Liebesgeschichte sei etwas Einmaliges gewesen. Nichts kann und darf diese Illusion erschüttern, kein Skandal und kein anderer Mann, nur so sind die Erinnerungen für Vanessa erträglich.

Der andere Handlungsstrang beginnt im Jahr 2000 mit der ersten Begegnung zwischen Vanessa und Strane und setzt sich bis ins Jahr 2007 fort, da ist sie 22 und zu alt, um für ihn noch begehrenswert zu sein. Das Buch enthält einige unerbittliche Wahrheiten, und weil Russell ihr Thema emotional durchdrungen hat, kann sie leicht einen größeren Bogen spannen. Das romantische Klischee, nur eine Liebe, die Hindernisse überwindet, die von Verboten und Leiden begleitet wird, könne eine große Liebe sein, entlarvt Russell als eine Voraussetzung für solche pädophilen Missbrauchsgeschichten.

In der »Lolita«-Ausgabe, die Vanessa am Anfang von Strane geliehen bekommt, bleibt sie an der Formulierung von der »mythischen Macht« hängen. Das Buch ist für sie ein Hinweis auf die Absichten des Lehrers, nach der Lektüre glaubt sie aber auch, sie könnte ihm ebenbürtig sein. »Ich habe Macht. Macht, es geschehen zu lassen. Macht über ihn. Duse-

selig, dass ich darauf noch nicht selbst gekommen bin.«

Ohne plump oder vordergründig zu werden, zeigt Russell, wie sehr das Lolita-Motiv die Popkultur geprägt hat – die Sängerin Fiona Apple wird erwähnt, Britney Spears oder die Schauspielerin Kirsten Dunst in »The Virgin Suicides« – lauter nymphenhafte Heldinnen, die dieses Rollenbild für junge Mädchen erstrebenswert machen können. Man kann »Meine dunkle Vanessa« als Kommentar zu Nabokovs »Lolita« und zu dessen Rezeption lesen (der Romantitel zitiert eine Zeile aus einem anderen Nabokov-Roman, aus »Fahles Feuer«). Die Freude an der Musikalität von Nabokovs Sprache und an der Raffinesse seiner Romankonstruktion überstrahlt den Einwand, dass »Lolita« aus der Perspektive eines Mannes von einer Obsession erzählt, die einen jungen Menschen zerstört. Dass Russell ihre Heldin zur Ich-erzählerin macht, gibt dieser Erfahrung eine Stimme.

Nachdem »Meine dunkle Vanessa« im Frühjahr in den USA erschienen war, sah Russell sich mit Plagiatsvorwürfen durch die Autorin Wendy C. Ortiz konfrontiert. Sie wies das von sich. Doch der Vorwurf, eine weiße Autorin bediene sich der Erfahrungen einer unbeachtet gebliebenen mexikanischstämmigen Autorin, war so erheblich, dass Russell in knappen Worten bekannt gab, ihr Roman basiere auf persönlichen Erlebnissen in ihrer Teenagerzeit.

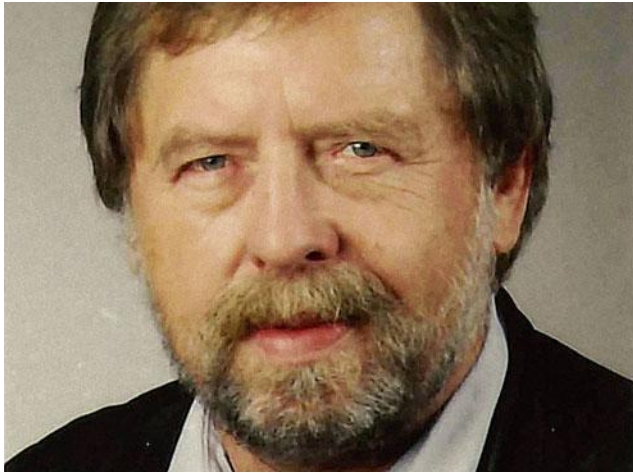
Der dem Roman vorangestellte Text, der das Gegenteil behauptet, sollte ihre Privatsphäre schützen. Es geht ihr in »Meine dunkle Vanessa« nicht nur um die eine Missbrauchsgeschichte, die sie selbst erlebt hat, um den Einzelfall. Ihr Roman erzählt, wie gegenwärtig die verführerische, kindliche Frau in unserer Kultur ist, wie sehr sie künstlerisch überhöht wird und wie verhängnisvoll das sein kann. Claudia Voigt



Autorin Russell

Unerbittliche Wahrheiten

Nachrufe



Hans-Joachim Noack, 80

Seine Beobachtungsgabe, sein Urteilsvermögen und seine schreiberische Kraft wurden früh gewürdigt: 1978 erhielt er als Reporter der »Frankfurter Rundschau« den Egon-Erwin-Kisch-Preis für seinen Text über den Comebackversuch eines deutschen Berufsboxers. Dabei galt Noacks Hauptaugenmerk dem politischen Personal der Republik, was ihn 1983 zum SPIEGEL führte. An die Objekte seiner journalistischen Neugier pirschte sich der passionierte Schachspieler auf eher leisen Sohlen heran. Wer Nähe zuließ, landete beim Menschendurchschauer Noack schnell auf der Couch, konnte Gerechtigkeit erwarten, aber keine Gnade. So entstanden viele Psychoporträts von Politikern wie Björn Engholm, Gerhard Schröder, Edmund Stoiber oder Gregor Gysi – aber auch immer wieder von Sportgrößen. In den letzten Jahren seiner SPIEGEL-Karriere war Noack als Ressortleiter für die Berichterstattung aus der Hauptstadt verantwortlich. Seit 2006 im Ruhestand, schrieb er Biografien über die ganz Großen: Helmut Schmidt, Helmut Kohl, Willy Brandt und den Weizsäcker-Clan. Hans-Joachim Noack starb am 17. August. WEI



Image Images

Wolfgang Uhlmann, 85

Im Alter von neun Jahren lernte der gebürtige Dresdener bei einem Sanatoriumsaufenthalt das Schachspiel kennen. Er entwickelte sich im Laufe der Jahrzehnte zu einem Meister dieses Sports und rückte bis auf Platz acht der Weltrangliste vor. Zu seinen Triumphen gehörte 1960 ein Sieg über den späteren Weltmeister Robert James »Bobby« Fischer. Uhlmann, der Buchdruckerei gelernt und dann eine Ausbildung zum Industriekaufmann absolviert hatte, errang insgesamt elf DDR-Meisterschaften und nahm an elf Schacholympiaden teil. In seiner Karriere trat er gegen zehn Weltmeister an und konnte fünf von ihnen besiegen. Darüber hinaus schrieb er auch Bücher über seinen Sport, galt als führender Experte für die Französische Verteidigung und saß bis ins hohe Alter an seinem Schachstisch, den ihm einst Fidel Castro geschenkt hatte. Wolfgang Uhlmann starb am 24. August in Dresden. LOB

Justin Townes Earle, 38

»Ich hätte Buchhalter werden können. Oder Republikaner. Das hätte meinen Vater richtig angepisst«, sagte Justin Townes Earle 2008 in einem Interview anlässlich der Veröffentlichung seines Debütalbums. Aber Earle entschied sich für eine Karriere als Songwriter, genau wie sein Vater, der Rockmusiker Steve Earle, und wie dessen Mentor, der Folksänger Townes Van Zandt, nach dem sein Vater ihn benannt hatte – eine doppelte, schicksalhafte Hypothek. Earle, 1982 in Nashville geboren, übernahm nicht nur das musikalische Erbe seiner beiden Übertäter, sondern auch deren Suchtanfälligkeit. Schon im frühen Teenageralter verfiel er dem Heroin und blieb zeitlebens abhängig. Zwischen 2008 und 2019 veröffentlichte Earle acht seelenvolle Alben, die von Country-, Blues-, Gospel und Rock-'n'-Roll-Einflüssen geprägt waren und auf denen er sich immer wieder mit seinen privaten Dämonen beschäftigte. Sein bekanntester Song ist zugleich auch sein traurigster: In »Harlem River Blues« malt er sich, damals in New York lebend, einen erlösenden Selbstmord durch Ertrinken aus. Am 23. August starb Justin Townes Earle in Nashville vermutlich an einer Überdosis Drogen. BOR



Getty Images

Gail Sheehy, 83

Die amerikanische Journalistin und Sachbuchautorin gehörte zu den wichtigsten Chronistinnen der US-Gesellschaft. Vom New Journalism beeinflusst, schrieb sie Reportagen und Analysen für das »New York«-Magazin oder »Vanity Fair« und setzte sich mit Themen wie Rassismus, Prostitution oder Drogenmissbrauch auseinander. Sie wollte am Puls der Zeit sein, dort, wo soziale und politische Veränderungen sichtbar und erfahrbar wurden. Sie begleitete Robert F. Kennedy auf einer Wahl-



Magnum / Agentur FOCUS

kampftour und schaute sich das Festival von Woodstock an, reiste von Nordirland bis Südostasien zu den Krisenherden der Welt. Sie versuchte, den maßgeblichen Staatsmännern und -frauen ihrer Zeit nahezukommen, und porträtierte unter anderem Margaret Thatcher, Michail Gorbatschow und Hillary Clinton. Einige ihrer Bücher wurden Bestseller, darunter das 1976 erschienene »Passages«, das in Deutschland unter dem Titel »In der Mitte des Lebens« herauskam. Es handelt von existenziellen Krisen und den Möglichkeiten ihrer Bewältigung. Die Library of Congress stufte es als eines der zehn einflussreichsten Sachbücher der Zeit ein. Gail Sheehy starb am 24. August in Southampton im Bundesstaat New York. LOB

Personalien

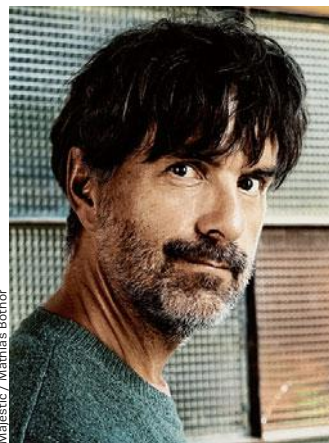


AFP-PHOTO

Kettenreaktion

● Die frühere Präsidentengattin **Michelle Obama**, 56, ist nicht nur eine der beliebtesten Persönlichkeiten ihres Landes, sondern auch eine wichtige Trendsetterin. Als sie Mitte August auf dem virtuellen Parteitag der Demokraten eine Rede hielt, trug sie eine golden schimmernde Halskette mit vier Buchstaben: V-O-T-E. Dies war eine unübersehbare Aufforderung, bei den kommenden Präsidentschaftswahlen im November vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Obamas Stilberaterin hatte das von

der kalifornischen Designerin Chari Cuthbert bereits für die Wahlen 2016 entworfene Accessoire entdeckt und ihrer Chefin nahegelegt, es zu tragen. Obama sei »der heilige Gral«, sagte Cuthbert gegenüber der »Los Angeles Times«. »Die Frau, die man sein möchte, die Frau, auf die man hört.« Vor Obamas Rede seien von der Kette pro Tag höchstens 200 Stück verkauft worden, so die Designerin. Danach seien in nur zwei Tagen mehr als 4000 Bestellungen eingegangen, Cuthbert habe mit der Nachfrage kaum Schritt halten können. Ein Grund für den Verkaufserfolg dürfte der vergleichsweise günstige Preis sein: Die Kette ist für umgerechnet 250 Euro zu haben. LOB



Majestic / Mathias Bother

Es sind nur Haare, Hase

● Der Schauspieler **Christoph Maria Herbst**, 54, ist seit seiner Rolle als fieser Chef in der Fernsehserie »Stromberg« wohl einer der markantesten Glatzenträger Deutschlands. Für seinen neuen Kinofilm »Es ist nur eine Phase, Hase«, der gerade in Köln, München und Umgebung gedreht wird, setzte sich der Grimme-Preisträger nun eine Perücke

auf. »Der Regisseur Florian Gallenberger köderte mich mit Christiane Paul als Leinwandpartnerin und mit einer Vollhaarfrisur, wie hätte ich da Nein sagen können?«, so Herbst. In der Beziehungskomödie, die auf der gleichnamigen Buchvorlage von Maxim Leo und SPIEGEL-Autor Jochen-Martin Gutsch basiert, spielt Herbst einen Mann, der damit klarkommen muss, dass seine Frau sich einen deutlich jüngeren Liebhaber nimmt und eine

Auszeit von der Ehe will. Der Film soll ein amüsantes Generationenporträt über Menschen werden, die sich in der Lebensmitte bisweilen wieder wie Pubertierende aufführen. »Ich spiele einen Autor in der Krise«, beschreibt Herbst seine Rolle. »Volles Haar, leeres Leben, beides fliegt dem Helden um die Ohren.« Man solle sich nicht davon täuschen lassen, dass er in der Rolle aussehe »wie in einer Filmbiografie über Jürgen Löw«. LOB

Chronist eines geteilten Landes

● Der 22. November 1963, an dem John F. Kennedy in Dallas ermordet wurde, gilt als Tag, der die amerikanische Nation in tiefer Trauer vereinte. Der US-Songwriter **Bruce Hornsby**, 65, hat ihn jedoch völlig anders in Erinnerung. Seine Klasse habe gejubelt, als sie vom Tod des Präsidenten erfahren habe, erzählte er der britischen Internetzeitung »The Independent«. Der dreifache Grammygewinner ging in Williamsburg im Bundesstaat Virginia zur Schule. Er habe sich damals »schrecklich« gefühlt, als Mitschüler geschrien hätten: »Hurra!



Daniel Deslover / ZUMA / picture alliance

Jetzt kann Nixon übernehmen!« Der spätere US-Präsident hatte beim Kampf ums Weiße Haus Ende 1960 nur sehr knapp gegen Kennedy verloren. Hornsby sei zu seinen weißen Klassenkameraden auf Distanz gegangen und habe stattdessen mit schwarzen Jungs Basketball gespielt. Noch heute treffe er sich mit einigen von ihnen. Hornsby wurde ein einflussreicher Musiker und beschäftigte sich in seinen Liedern mit den Konflikten, die das Land zu zerreißen drohen. Sein größter Hit »The Way It Is« wurde gerade von dem Rapper Polo G in dessen Song »Wishing for a Hero« gesampelt und mit Bildern von »Black Lives Matter«-Protesten unterlegt. LOB

Bis(s) in alle Ewigkeit

● Wofür man der Nachwelt im Gedächtnis bleiben wird, kann man sich nicht aussuchen, das gilt auch für Bestsellerautorinnen. Als die Amerikanerin **Stephenie Meyer**, 46, vom britischen »Guardian« gefragt wurde, welches ihrer Bücher sie für besonders erinnerungswürdig halte, gab sie eine überraschende Antwort. Statt der Vampirsaga »Bi(s) zum Morgengrauen« (im Original: »Twilight«) und ihren Fortsetzungen nannte sie ein eher unbekanntes Werk: den 2008 auf Deutsch erschienenen Science-Fiction-Roman »Seelen«. Dass die Autorin mal etwas schrieb, was nichts mit Vampiren und Werwölfen zu tun hat, dürften viele vergessen haben. Mit der »Twilight«-Reihe, von der sich seit 2005 etwa 160 Millionen Bücher verkauft und die mit großem Erfolg verfilmt wurde, prägte Meyer eine ganze Generation von Heranwachsenden. Doch mit ihrem Science-Fiction-Roman über Außerirdische, die menschliche Körper besetzen, konnten die meisten Jugendlichen



Lionel Hahn / ABACA / picture alliance

weniger anfangen, er war ihnen wohl zu kulturpessimistisch. Warum nun gerade seelenfressende Aliens erinnerungswürdiger als liebeshungrige Vampire im Bluttausch sein sollen, verriet Meyer dem »Guardian« nicht. Vielleicht wollte die clevere Autorin jetzt, da sie wieder einen »Bi(s)«-Band in die Bestsellerlisten gehievt hat, einfach mal den Underdog ihres Schaffens bewerben. Aber es wird nichts nützen, was von ihren Werken bleiben wird, entscheiden die Leser. Das gestand sich auch Meyer ein: »Lasst uns ehrlich bleiben, man wird sich an mich wegen »Twilight« erinnern.« Ansonsten hoffe sie sehr, dass ihr bestes Werk noch vor ihr liege. EVH

Zwischen Trauung und Trainer

● Eigentlich sollte sich bei einer Hochzeitsfeier alles um das glückliche Paar drehen. Doch als der ukrainische Fußballspieler **Oleksandr Sintschenko**, 23, und die Journalistin **Vlada Sedan**, 23, vergangenen Montag heirateten, war ein Dritter im Bunde, obwohl er sich gar nicht unter den Gästen befand: Pep Guardiola, Trainer von Manchester City und Boss des Mittelfeldspielers. Die Sportreporterin Sedan hatte den Starcoach auf ihrem YouTube-Kanal nach der Niederlage des Teams im Champions-League-Viertel-

finale gegen Olympique Lyon scharf attackiert. Guardiola habe von einer Vierer- auf eine Dreierabwehrkette umgestellt, fachsimplerte Sedan, das Ausscheiden sei »ganz und gar seine Schuld«. Die Taktik des Trainers bei der Partie war weithin kritisiert worden. Um die Wogen zu glätten, griff Sintschenko, der im Spiel gegen Lyon 90 Minuten lang auf der Bank gesessen hatte, zu einer ungewöhnlichen Maßnahme. Er schickte einen Instagram-Post von seiner Hochzeitsfeier, um seinen Respekt vor dem Trainer zu bekunden. »Statt diesen unglaublichen Moment zu genießen, muss ich das hier loswerden«, erklärte er in dem Post. Seine Frau sei nicht

nur Journalistin, sondern auch ein Fan und habe ihrer Enttäuschung nach der Niederlage Ausdruck geben wollen. Wohl um jeden Zweifel an seiner Loyalität auszuräumen,

stellte Sintschenko klar, Guardiola sei die »Nummer eins«. Ob dieses Kompliment dem Spieler allerdings mehr Einsatzzeiten verschaffen wird, bleibt abzuwarten. LOB



Vlada Sedan / Instagram



»Das ist ja ein gewaltiges Geschütz, das Sie mit dieser Titelgeschichte auffahren. Es ist ja noch nichts passiert – aber alles möglich. Wir können nur hoffen, dass die Amerikaner sich einen Wahlbetrug nicht bieten lassen.«

Hagen Kühner, Ludwigshafen

Amerikanischer Albtraum

Nr. 35/2020 Operation Wahlbetrug – Wie Trump versucht, seinem Volk die Demokratie zu stehlen

Sollte dieses Schreckensszenario des Wahlbetrugs eintreten, ist Amerika nicht mehr weit entfernt von einer Verfassungsreform à la Putin. Man möchte es sich nicht vorstellen: Trump als Präsident auf Lebenszeit.

Dr. Rudolf Holzappel, Augsburg

Ich kaufe den SPIEGEL regelmäßig, denn er ist eine der besten Zeitschriften, die es gibt. Aber: Wie oft kommt dieser sichtlich schwer geistesgestörte, schlimmste Präsident der USA noch auf die Titelseite? Seine Fratze verursacht unerträgliche Übelkeit.

Ingrid Habenschuss, Wien

Sie wollen zum Mars fliegen und wählen ihren Präsidenten noch wie vor über 200 Jahren. Eigentlich kann oder muss man für die US-Wahl im November nur auf einen klaren Wahlsieger hoffen, zur Not dann eben noch mal vier Jahre Donald Trump.

Uwe Heinemann, Arnstadt (Thür.)

Die OSZE/ODIHR muss unbedingt die Wahl in den USA beobachten, um eine mögliche Autokratisierung zu verhindern.

Karlheinz Sailer, Weiden (Bayern)

Wenn in unserer Kinder- und Jugendzeit über Amerika diskutiert wurde, erklärte unser Vater immer: Amerika ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Damals lachten wir. Wir lebten ja hinter dem Eisernen Vorhang. Beim Lesen dieses Artikels musste ich daran denken. Amerika ist tatsächlich das Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Dr. Kurt Jeroch, Leipzig

Das Land gespalten, die amerikanische Demokratie und die internationalen Beziehungen beschädigt, das Amt missbraucht, vielleicht sogar die Rolle als Weltmacht aufs Spiel gesetzt und dazu täglich eine neue Peinlichkeit. Trump hat aus dem amerikanischen Traum einen amerikanischen Albtraum gemacht. So einer kann nicht verlieren, die eigene Wahl schon gar nicht. Der Secret Service wird ihn nach seiner Niederlage wohl aus dem Weißen Haus tragen müssen.

Rüdiger Lüttge, Altlandsberg (Brandenb.)

Trump ist ein Symptom, nicht die Ursache. Ist es nicht fast zwingend, dass eine zutiefst rassistische Gesellschaft degeneriert, die der Plutokratie und dem Sozialdarwinismus huldigt und deren Demokratie einem pervertierten Raubtierkapitalismus untergeordnet ist? Militärische Supermacht USA – gesellschaftliche und moralische Regionalmacht USA!

Alfred Kick, Vohenstrauß (Bayern)

Ist es möglich, dass Demokratien mit der Zeit ausleiern wie alte Schuhe? Und warum wurden uns über Jahrzehnte die USA als Vorzeigedemokratie vorgeführt? Was man seit einiger Zeit beobachtet, gleicht eher einer Bananenrepublik denn einer Demokratie. Der Weltmacht ist die glaubwürdige Macht abhandengekommen. Fazit: Bleiben wir wachsam in unserem Land und in der EU!

Sigrid Beyer, Osten (Nieders.)



Polizeieinsatz in Portland im Juli

Der SPIEGEL beschäftigt sich mit einem Szenario, von dem heute niemand weiß, ob es eintreten wird. Ergänzt wird es durch einen vollkommen unangemessenen Vergleich des Beraters des ehemaligen Vizepräsidenten Al Gore, Matt Bennett, mit der Weimarer Republik sowie durch Barack Obamas anmaßende Aburteilung der Politik seines Amtsnachfolgers. Ganz abgesehen davon haben wir genug Baustellen im eigenen Land, etwa das mangelhafte Corona-Krisenmanagement und die jahrelange Verschleppung einer Wahlrechtsreform.

Arnd Deterding, Hamburg

Der Kernsatz des Artikels steht nach meiner Einschätzung auf Seite 14, wenn der Republikaner und Trump-Gegner Bill Kristol sagt: »Am Ende sind wir immer noch die Vereinigten Staaten und nicht Venezuela.« Ist das so?

Peter Januszewski, Berlin

Quizduell: Ein rücksichtsloser Autokrat, dessen Gier und moralische Verkommenheit hinreichend dokumentiert sind, lässt sich von einer gewissenlosen Clique von Profiteuren seine Macht sichern. Menschen, die für ihre Freiheitsrechte friedlich aufbegehren, werden mit polizeistaatlichen Methoden brutal eingeschüchert. Intellektuelle Kritiker und die freie Presse werden denunziert und bedroht. Wahlen werden systematisch gefälscht, demokratische Regeln sowie die Prinzipien internationaler Zusammenarbeit und Vertrauensbildung außer Kraft gesetzt. Wer vorschnell auf B) Lukaschenko tippt, verkennt: America First! A) für Trump.

Michael Bartolf, Stockelsdorf (Schl.-Holst.)

Der Satz »Was Trump antreibt, ist vermutlich der Mut der Verzweiflung« zielt genau auf den Kern des Problems. Leider verschwindet dieser im Artikel weitgehend im Wust der zahllosen – zweifellos wichtigen – Details. Die Hartnäckigkeit, mit der sich Trump weigert, seine Steuerdaten öffentlich zu machen, hat zweifellos gute Gründe. Er muss Anklagen und Gefängnisstrafen befürchten, sobald er nicht mehr Präsident ist. Das ist vermutlich der eigentliche Grund seiner »Verzweiflung«.

Ernst Terhardt, München

Wenn Trump eine Wahlniederlage nicht akzeptieren würde, müssten seine Berater ihm klarmachen, dass er als erster amerikanischer Präsident mit Handschellen vor laufender Fernsehkamera aus dem Weißen Haus abgeführt würde. Diese Demütigung verträge sein narzisstisches Ego noch weniger als eine Wahlniederlage.

Dr. Rüdiger Falke, Lübeck

Mühlstein am Hals

Nr. 34/2020 Olaf Scholz redet im SPIEGEL-Gespräch über die Kanzlerkandidatur und sein neues Verhältnis zu Kevin Kühnert

Wenn sich nun gerade der SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz in einem SPIEGEL-Gespräch über die katastrophalen Arbeitsverhältnisse und Zustände in der Fleischindustrie aufregt, dann könnte das zynischer wohl kaum sein. Es war im Wesentlichen auch dieser Olaf Scholz, der eine überwältigende Mehrheit in der SPD für deren Agenda-Politik organisierte und damit erst die Möglichkeit für die sich

zwangsläufig einstellenden entwürdigenden Zustände schuf. Die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit, sich dafür zu entschuldigen, besitzt er offenbar bis heute nicht.

Hans Ries, Heringen (Hessen)



Vizekanzler Scholz

Ein harter Ritt wird es mit Sicherheit für Olaf Scholz, nämlich dann, wenn die SPD an ihrem Vorsitzenden-Duo festhält! Diese Personalie wird Scholz wie ein Mühlstein am Hals hängen. Warum es nicht mit Kevin Kühnert probieren und diesem eine charismatische junge Partnerin zur Seite stellen? Nur so kann es gehen, liebe SPD!

Detlef Stadelbacher, Leverkusen

Abbild der politischen Meinung

Nr. 34/2020 Die Union macht einen neuen Vorschlag zur Wahlrechtsreform

Die einfachste Lösung des Problems aus der Sicht eines Steuerzahlers: Der Bundestag wird auf 600 Abgeordnete begrenzt, die Kosten für diese sind der Deckel. Werden es immer mehr Abgeordnete, fallen die Diäten eben geringer aus. Damit wäre allen gedient: Die Parteien behielten ihre Überhang- und Ausgleichsmandate, und der Steuerzahler würde nicht weiter für deren Uneinsichtigkeit bestraft.

Jürgen von Bergmann-Korn, Ettlingen (Bad.-Württ.)

Mein Vorschlag an Herrn Schäuble: Berufen Sie eine externe Expertenkommission, mit der Maßgabe, die Zahl der Abgeordneten zu begrenzen. Eine solche Kommission hätte den Vorteil, dass keine Partei sich von einer anderen vorhalten lassen muss, sich auf Kosten anderer Parteien oder des Steuerzahlers einen Vorteil verschaffen zu wollen. Mit einer solchen Vorgehensweise wurde bereits das Dauerthema Diätenerhöhung aus der Welt geschafft.

Reinhard Heider, Steinheim (NRW)

Eine Wahl sollte ein Abbild der politischen Meinung der Bevölkerung eines Staates sein. Möglich ist das aber nur mit einem reinen und einfachen Verhältniswahlrecht. Damit entfielen die in ihrer Größe umstrittenen Wahlkreise mit Direktkandidaten. Von diesen sind vermutlich nur wenige dem wählenden Volk wirklich bekannt – die meisten machen ihr Kreuz auf dem Wahlschein nach der Vorliebe für eine Partei.

Otto Kuck, Wachtberg (NRW)

Umdenken heißt die Devise

Nr. 34/2020 SPIEGEL-Streitgespräch zwischen dem Atomkritiker Paul Dorfman und dem Reaktoringenieur Staffan Qvist über Kernkraft gegen den Klimawandel

Zwei Aspekte fehlen: Die Verzögerungen beim Bau der Reaktoren Olkiluoto und Flamanville sind sicherlich zum Teil dem neuen Typus sowie Sicherheitsanforderungen geschuldet. Aber es fehlt auch immer mehr die Expertise bei Zulieferern und Sachverständigen. Der Atomausstieg hat diesen Abfluss an Kompetenz noch verstärkt. Selbst wenn wir wollten, wie wir müssten, und neue Kernkraftwerke bauen würden – wir können es nicht mehr. Herrn Dorfman mag das freuen, für das Klima ist es eine Katastrophe. Oder China liefert uns in zehn Jahren Hualong-Reaktoren. Der zweite Aspekt ist von grundlegender Art. Wir als entwickelte Industrieländer erlauben es uns, eine Luxusdiskussion um Endlagerung und Restrisiko zu führen und emittieren weiterhin ungebremst CO₂, um unseren Lebensstandard zu sichern. Es gibt kein Endlager für CO₂. Die Auswirkungen müssen diejenigen tragen, die ohnehin schon genügend zu unserem Wohlstand beitragen, ohne ausreichend daran zu partizipieren. Und wir maßen uns an, auf eine CO₂-freie Energiequelle zu verzichten, nur weil wir deren Risiken selbst zu tragen hätten und der Müll in Standortzwischenlagern vor unserer Haustür steht?

Jens Beck, Veitsbronn (Bayern)

Kernenergie ist nicht CO₂-neutral. Wie werden die Tausenden Tonnen Stahl und Zement, die pro Kernkraftwerk benötigt werden, erzeugt, transportiert, verbaut, und nach 30 Jahren wieder entsorgt? Wie wird der Kernbrennstoff abgebaut, isoliert, angereichert, transportiert, zwischengelagert, wieder transportiert, endgelagert? Kernenergie ist sehr ineffizient, weil sie sich nicht für die Kraft-Wärme-Kopplung eignet. Keine fossile Energieform benötigt mehr Kühlung, und Kühlwasser wird knapp. Kernenergie ist globalisiertes Sozial- und Umwelt-Dumping. Gälten überall deutsche Umwelt- und vor allem Arbeitssicherheitsstandards, gäbe es keine Kernbrennstoffe.

Dr.-Ing. Felix Franck, München

Beide Protagonisten sind in alten Denkstrukturen gefangen. Statt zentraler Energieerzeugung mit aufwendigen und teuren Produktionsstätten und Verteilnetzen wird die dezentrale Energieerzeugung am Ort des Bedarfs ein entscheidender Schritt zur CO₂-Reduktion sein. Bremen macht es vor: Bei jedem Neubau muss eine Fotovoltaikanlage aufs Dach. Umdenken heißt die Devise.

Thomas Wöhling, Seevetal (Nieders.)

Hiesige Klimaschützer, die ansonsten immer auf den IPCC Bezug nehmen, blenden dessen Studien zur Atomenergie systematisch aus. Ein Sonderbericht des IPCC von 2018 legt nahe, dass die Nutzung der Kernenergie und deren erhebliches Wachstum unumgänglich sind, um das Pariser Klimaabkommen zum 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Die skandinavischen Länder sind uns dabei voraus, wie in anderen Dingen auch. Seit Anfang der Neunzigerjahre hat Schweden seinen CO₂-Ausstoß um 26 Prozent reduziert, die Akzeptanz der Kernenergie ist dort groß.

Dr. Rainer Schellenbeck, Konstanz

Ist die erneuerbare Energie durch Sonne und Wind wirklich krisensicher? Was passiert nach einem ja durchaus möglichen Vulkanausbruch zum Beispiel im Bereich der Phlegräischen Felder westlich des Vesuvs? Danach dürfte es sehr dunkel werden.

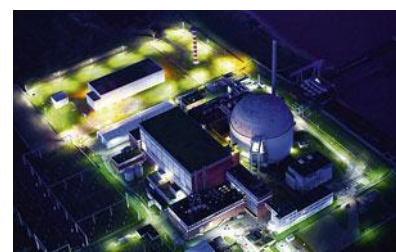
Dr. Ruthild Grips, Bonn

Wer wie Herr Qvist mit zur Schau gestellter Unverfrorenheit die Probleme der Kernenergie wegwischt, verdeutlicht einmal mehr den argumentativen Bankrott der Atomgemeinde. Die Krönung: Die sichere Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll, immerhin notwendig für die nächsten Jahrtausende, sei »ein gelöstes Problem«.

Dr. Reinhard Klopffleisch, Berlin

Das beeindruckend sachliche und informative Streitgespräch zeigt eindeutig, dass Atomkraftwerke, Windräder und Fotovoltaik neben der CO₂-Neutralität Vor- und Nachteile haben, die nur schwer gegeneinander abgewogen werden können. Nicht gesagt wurde: Wir haben zum Point of no Return, bei dem das Klima unwiderruflich kippt, nur noch sehr wenig Zeit. Deshalb muss alles versucht werden, um die Energieerzeugung möglichst schnell von den fossilen Brennstoffen abzukoppeln. Das heißt Atomkraft, Sonnen-, Wind- und Wasserenergie gemeinsam nutzen!

Dr. Volker Hepp, Schriesheim (Bad.-Württ.)



Stillgelegtes Kernkraftwerk Stade

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe (leserbriefe@spiegel.de) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter www.spiegel.de zu archivieren.

Augen durch und zu

Aus der »Gießener Allgemeinen«

Aus der »Lippischen Landes-Zeitung«:
»Beim dritten Mal Mitte
März kam jede Hilde zu spät.«

HÜHNER BESUCHEN UND REITEN

Aus dem »Tagesspiegel« unter der
Rubrik »Berlin Familie«

Aus der »Neuen Zürcher Zeitung«:
»Dünne Sommerdecken
sind wärmstens zu empfehlen!«

Seniorin, unabh., sucht zwecks
Vereinsamung die neue gute
Freundin, den netten Freund. Bin
mobil, um der Einsamkeit zu ent-
fliehen. Bitte melden ✉ Nr. Z
an GEA RT

Aus dem »Reutlinger General-Anzeiger«

Aus einer Pressemitteilung
des Deutschen Reiseverbands (DRV):
»Was die Türkei betrifft, müssen die
Gäste der deutschen Reiseveranstalter
allesamt einen negativen Corona-Text
vorweisen, bevor sie wieder ins Flugzeug
steigen und die Heimreise antreten.«

Polizei beleuchtet Familien

Aus dem »Wiesbadener Kurier«

Aus dem »Stern«: »Fleisch zu braten ist,
wie auf einem nicht gebändigten
Fluss zu fahren – treibt das Boot zu
rasch auf die Stromschnellen zu, reißt
es uns dahin, und wir zerschellen.«

Radler können viel Bier enthalten

Aus der »WAZ«

Aus dem »Trierischen Volksfreund«:
»Notwendig seien kreative Lösungen
für »neue Innenstädte«, bei denen
neben dem Handel auch Gastronomie
und Verunstaltungen eine viel
größere Rolle spielten als bisher.«

Zitate

Die »Berliner Zeitung« greift den
SPIEGEL-Bericht »Olafs neue Heimat«
(Nr. 35/2020) über mögliche Probleme des
SPD-Kanzlerkandidaten bei der Direkt-
kandidatur im Wahlkreis Potsdam auf:

Der SPIEGEL war bei einer Veranstaltung
des Ortsverbandes dabei. Eine Genossin
wird mit den Worten zitiert: »Rein theo-
retisch wäre es ja denkbar, dass wir es
schaffen, Olaf Scholz nicht zu nominie-
ren.« Auch die Jusos wollen keinen Wahl-
kampf für den konservativen Scholz ma-
chen. Der SPIEGEL stellt also die Frage,
ob der neue Hoffnungsträger der SPD
scheitern könnte, bevor es richtig losgeht.

Die »Süddeutsche Zeitung« würdigt die
afghanische Politikerin und Frauenrecht-
lerin Fausia Kufi, die der SPIEGEL in
seiner Jahreschronik 2012 unter der Über-
schrift »Die Kämpferin« porträtierte:

Seit 1979 dauert der Krieg in ihrem Land
nun schon an und hat den religiösen Hard-
linern immer mehr Gefolge zugetrieben,
deswegen begrüßt Fausia die Verhandlun-
gen, die von den
USA mehr oder
minder erzwun-
gen wurden, auch
wenn sie für
die Taliban nichts
übrighat. In ei-
nem Interview
mit dem SPIEGEL
sagte Kufi einmal:
»Die Taliban ha-
ben den Islam
beschädigt. Sie
haben ihn an sich
gerissen, ihn korrumpiert und in ein In-
strument verwandelt, mit dem sie ihre
egoistischen Ziele verfolgen.« Auch nicht
gerade eine leise Aussage.

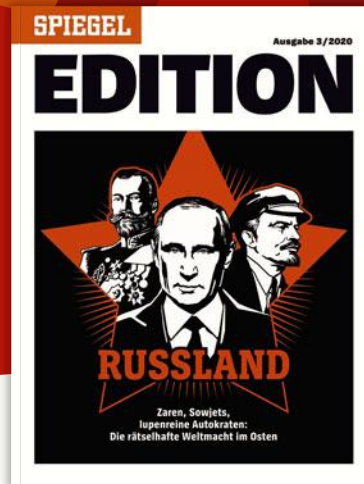


Kufi

Media Office Koofi / picture alliance / dpa

Der »Stuttgarter Zeitung« machen Sätze
des Filmregisseurs Christopher Nolan in
einem SPIEGEL-Gespräch Hoffnung
(»Seit ich im Geschäft bin, schwimme ich
gegen den Strom«, Nr. 34/2020):

Hollywood weiß: Solang ein Künstler wie
Christopher Nolan am klassischen Kino
festhält, so lang ist der Wettkampf mit den
Streamingdiensten noch nicht ganz ent-
schieden. »Die Trennung in Blockbuster
und persönlichere Filme finde ich falsch«,
sagte Nolan jüngst in einem SPIEGEL-In-
terview. »Es gibt große Filme, die sehr per-
sönlich sind, und kleine, die sehr unper-
sönlich sind. Die Zukunft des Kinos hängt
davon ab, dass Regisseure Geschichten er-
zählen, die ihnen am Herzen liegen.« So
spricht ein Autorenfilmer in Hollywood.



Rätsel- haftes Imperium

Die Rolle Russlands
erscheint vielen
undurchsichtig.
Ein Blick in die
Geschichte macht
sie verständlich.

Jetzt im
Handel

Wählen Sie Ihren Wunschtitel

Zum Selbstlesen oder Verschenken plus Gutschein als Dankeschön.



DER SPIEGEL für ½ Jahr

Deutschlands bedeutendstes Nachrichten-Magazin steht für einen unabhängigen und investigativen Journalismus.

26 Ausgaben für nur €5,30 pro Ausgabe.



SPIEGEL WISSEN für 1 Jahr

Das Magazin für ein besseres Leben informiert Sie zu lebensnahen Fragen. Jede Ausgabe widmet sich einem Thema.

4 Ausgaben für nur €8,- pro Ausgabe.



SPIEGEL GESCHICHTE für 1 Jahr

Hier wird die Vergangenheit emotional und packend erzählt. Jede Ausgabe widmet sich einem historischen Thema.

6 Ausgaben für nur €8,- pro Ausgabe.



»Dein SPIEGEL« für 1 Jahr

Das Nachrichten-Magazin für Kinder und Jugendliche ab 8 Jahren, die unsere Welt verstehen wollen. So macht Wissen Spaß!

12 Ausgaben für nur €4,- pro Ausgabe.

Einfach jetzt anfordern:

 abo.spiegel.de/wunschtitel

oder telefonisch unter 040 3007-2700



Ihr Dankeschön:
ein Amazon.de Gutschein
in Höhe von €20,-.



**Zeit für die Zukunft –
mit der richtigen Strategie.**

**Morgen
kann kommen.**

Wir machen den Weg frei.

Mit unserer Genossenschaftlichen Beratung.

Der Finanzberatung, die erst zuhört und dann berät: ehrlich, kompetent, glaubwürdig und gerne auch zu Finanzthemen rund um Krisenbewältigung und Zukunftsstrategien. Probieren Sie es aus und nutzen auch Sie unsere Genossenschaftliche Beratung für Ihre unternehmerischen Ziele und Wünsche, Pläne und Vorhaben. Jetzt Termin vereinbaren und beraten lassen: [vr.de/durchstarten](https://www.vr.de/durchstarten)

**Volksbanken
Raiffeisenbanken**

